REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 490 · 17.12.2004

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 41 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Anpassung oder Emanzipation?
2. Die allerdeutschesten der deutschen Linken
3. Stauffenberg und das "Novembertrauma"
4. Voll normal
5. Stolpersteine auf der Datenautobahn?
6. Spielball zwischen den Blöcken
7. Es kann nur besser werden
8. Rebellion ohne Flugblattverteilen
9. Heterosexualität: Die Macht der Norm
10. Das dreckige Dutzend
11. Tabu Kriegsdienstverweigerung
12. Frente Amplio - Chronik eines angekündigten Sieges
13. Der Wasser-Fall
14. Der Stoff, aus dem die (Alb-)Träume sind
15. Mauern - Grenzen - Projektionen
16. Klassen-Gewitter
17. Drogenpolitik und Drogenkontrolle
18. AUFGEBLÄTTERT
19. Vielfalt statt Klasse
20. Nach dem Kolonialismus
21. Raus aus dem Rahmenprogramm
22. "Wer sich beschwert, muss Repressionen fürchten."
23. Sand ins Getriebe
24. "Ein sozialkritischer Film hat nicht mehr Einfluss als eine gute Reportage"
25. LESERINNENBRIEFE
26. Menschenrechte sind unteilbar
27. Ohrenpropaganda
28. Besuchserlaubnis als krimineller Akt
29. "Der Diskurs der Unsicherheit treibt die Fragmentierung voran"
30. KALENDER
31. Eigentum grenzt aus!
32. "Werdet Coca-Cola los, rettet das Wasser!"
33. Mehrstaatlicher Antiterrorismus als mieses Gerichtstheater
34. das thema: Kämpfe um Wasser
35. Soldaten sind keine Tiffys
36. (Haar-)Risse im Putz
37. Wann sind die fetten Jahre endlich vorbei?
38. Erst spenden, dann rutschen !
39. EDITORIAL
40. Desintegration jetzt!
41. Errata!

1. Anpassung oder Emanzipation?

Über Bildung, Schule und Familie

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:01

Bildung ist in aller Munde, auch wenn in der Regel damit die Zurichtung für den Arbeitsmarkt gemeint ist. Aus lebenslangem Lernen wird lebenslänglich Lernen, in zwölf Jahren soll den Schülerinnen und Schülern mehr eingetrichtert werden als bisher in 13. Außerdem hat Deutschland in den letzten Jahren bei den so genannten Bildungsrankings schlecht abgeschnitten. Zuletzt hat eine OECD-Studie wieder einmal festgestellt, dass in Deutschland die soziale Herkunft noch stärker als in den anderen kapitalistischen Zentren über die Bildungschancen entscheidet.

Die Reaktionen der Betroffenen allerdings bewegen sich zwischen Pragmatismus, Hoffnungslosigkeit und Sarkasmus. Die ex-autonome Mutti zieht mit Kind und ex-autonomem Papi aus dem Kiez, damit das Kind nicht in die fürchterliche Schule mit den vielen Migrantenkindern gehen muss, und die Bildungskommission der Heinrich-Böll-Stiftung fordert in ihren Empfehlungen: "Die Schule muss für Kinder und Jugendliche differenzierte Lernangebote bereitstellen ... Eltern und Jugendliche sollen ihre Schule wählen können, Schuleinzugbereiche sind dafür hinderlich." Auf den Einwand, dass eine solche Schulpolitik die "Chancengleichheit der Nutzer gefährdet", stellt die Kommission lapidar fest: "Tatsächlich haben sich Einrichtungen auch bei direkter staatlicher Steuerung faktisch längst sehr unterschiedlich entwickelt ... Chancenungleichheit war also vor jeder Autonomie vorhanden."

Elitebildung oder soziale Kompetenz?

Während die einen die Marktöffnung für den Bildungssektor vorantreiben wollen, führen die anderen den Abwehrkampf gegen diese Maßnahmen. Schulpädagogische Projekte wie die Glockseeschule in Hannover oder das Oberstufenkolleg in Bielefeld befinden sich in einem verstärkten Kampf um ihre Absicherung. Im außerschulischen Bereich bangen politische Bildungsträger um ihre Existenz; Jugendbildungsstätten wie die zentrale DGB-Jugendschule in Oberursel werden geschlossen. Lehrerinnen und Lehrer sind genau so mit den Alltagsproblemen beschäftigt wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der außerschulischen Arbeit. Initiativen, etwa für selbstverwaltete Strukturen oder Räume, sind im politischen Raum kaum zu finden. Dabei ist es ähnlich wie im Gesundheits- und Kulturbereich wichtig, die Grenzen des herrschenden Diskurses zu durchbrechen, sich dessen Logik zu widersetzen und emanzipatorische Alternativen zu entwickeln. Der Gegenwind ist in der Tat sehr scharf, und bildungsökonomische Entwicklungen, wie sie die Reformbewegung Ende der 1960er Jahre begünstigten, sind heute nicht vorhanden.

In der inhaltlichen Auseinandersetzung um die Pädagogik der kommenden Jahre streitet man sich darum, ob "mehr Naturwissenschaften" und Elitebildung angesagt sind, wie es in konservativen Kreisen gefordert wird, oder eher die Förderung von "soft skills" in Verbindung mit ein wenig Multikulti auf der Agenda stehen soll, wie es das grün-liberale Lager vorschlägt. Einig ist man sich im Ziel: eine konkurrenzmächtige demokratische Gesellschaft, in der Konflikte sozialpartnerschaftlich ausgetragen werden, "ausländische Mitbürger" integriert (oder abgeschoben) werden und jeder nach seinen Fähigkeiten arbeitet, ohne (unverschämte) Ansprüche zu stellen. Das alles, flankiert von Gender-Mainstreaming und Behindertenintegration, soll Deutschland in den harten Zeiten der Standortkonkurrenz Top-Positionen sichern. Bildung soll dabei wie eine knappe Ressource so verteilt werden, dass diesem Ziel dienliche, effektiv verwertbare Ergebnisse erzielt werden.

Es geht mir weniger darum nachzuweisen, dass die Rezepte illusionär sind, oder vorzuschlagen, wie hier und da Subversives eingebracht werden kann. Ich möchte vielmehr eine Diskussion führen, die jenseits dieses gesellschaftlichen Konsenses Positionen entwickelt. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, dass zum Beispiel Studierende der Sozialpädagogik heute in der Auseinandersetzung um außerschulische Bildungsstrukturen auf die Entwürfe einer antikapitalistischen Jugendbildung Manfred Liebels oder des emanzipatorischen Bildungsansatzes Diethelm Damms aus den 1970er Jahren zurückgreifen. Das macht es um so notwendiger, diese Diskussion wieder aufzunehmen.

Daher beginne ich mit zwei Thesen zu den zentralen Bildungsinstitutionen Familie und Schule. Erste Instanz im Bildungsprozess ist immer noch die Familie. Wenn über sie und das Thema Erziehung gesprochen wird, ist das Bild der bürgerlichen Kleinfamilie dermaßen dominant, dass eigentlich der Hinweis auf die

gesellschaftliche Realität ausreichen müsste, um eine komplett andere Diskussion zu entfachen. In Berlin etwa wächst die Hälfte der Kinder nicht mehr in einer solchen "Vater-Mutter-Kind"-Familie auf. Verwandtschaften sind lange schon nicht mehr auf den nationalen Raum begrenzt. Kommunikationsstrukturen haben sich völlig gewandelt und werden eher via Telefon und Internet gepflegt als beim gemeinsamen Essen.

Aber gerade Jugendliche, die unter Bedingungen aufwachsen, die mit einer "klassischen" Vorstellung von Familie nichts mehr zu tun haben, hegen romantisch eingefärbte Vorstellungen von Heirat, Ehe und Kindern; Träume, die sie nie werden verwirklichen können. Nirgendwo trifft die Feststellung, dass die Meinung der Herrschenden auch die herrschende Meinung ist, so offensichtlich zu wie beim Thema Familie.

Das bürgerliche Ideal: die Kleinfamilie

Neben der Ideologie sind es Gesetzgebung, Architektur, Sozialversicherungssysteme und vieles mehr, die diesen Hort patriarchaler Sozialisation künstlich am Leben erhalten. Besonders in den Eltern-Kind-Beziehungen, die über wenig soziales Kapital verfügen, sind die Bildungschancen für die Kinder minimal. Das ist nicht erst seit den jüngsten OECD-Studien klar. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die mit Tabletten, Therapien und unbehandelten psychischen Störungen aufwachsen, hat ein solches Ausmaß erreicht, dass eine Diskussion um die Sozialisationsinstanzen und zuerst über den Erziehungsort Kleinfamilie schon lange überfällig ist. Nach Einschätzung der Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie benötigen mindestens fünf Prozent der Jungen und Mädchen bis zum 18. Lebensjahr wegen psychischer Leiden ärztliche Behandlung. Weitere 10 bis 13 Prozent seien deutlich "verhaltensauffällig". Insgesamt seien in Deutschland rund eine Million Kinder und Jugendliche psychisch oder psychosomatisch krank. Sicherlich liegen die Ursachen dafür nicht allein in der Kleinfamilie. Auch die "Alternativen" Heim oder betreutes Wohnen sind miserabel ausgestattet. Sie sollen ihren schlechten Ruf behalten und werden dennoch dringend gebraucht.

Eine Form selbstgewählten kollektiven Zusammenlebens jenseits der Kleinfamilie wird höchstens mal für die Zeit des Studiums gesellschaftlich als Möglichkeit gedacht. Ansonsten ist lediglich das Single-Dasein vorgesehen. Die Erfahrungen von Kommunen, Kibbuzim und ähnlichem werden bestenfalls ins Lächerliche gezogen. Ungeachtet davon schicken die Eliten weltweit ihre Kinder in Internate, versuchen Menschen immer wieder auszubrechen. Die Beweggründe könnten sicherlich nicht verschiedener sein, doch der Ausgangspunkt bleibt der gleiche: Die Kleinfamilie wird immer weniger dem Interesse der darin Organisierten gerecht. Sie selbst ist brüchig, und den Kapitalansprüchen von Flexibilität und Mobilität kann sie wenig entgegensetzen. Ihre christlich-moralische Verpflichtung zur Dauerhaftigkeit wirft eher Probleme auf, als dass sie tatsächlichen Rückhalt bietet. Selbst als Ort patriarchaler Reproduktion versagt sie zunehmend, obwohl das weiterhin ihr Fundament darstellt.

Das Lernen an der Person, für das die Familie steht, wird sicherlich auch in Zukunft wichtig sein. Aber wer die Person ist, wie die Beziehung zwischen den Bezugspersonen sich entwickelt und in welchem verwandtschaftlichen Grad sie zueinander stehen, darf nicht durch eine privilegierte Form monopolisiert werden. Im Mittelpunkt muss die Frage stehen nach der Form eines befriedigenden Zusammenlebens und die Möglichkeit eröffnet werden, selbstgewählte repressionsarme Beziehungen der gegenseitigen Hilfe als Familie zu definieren.

Und die Schule? Auch wenn deren Methoden heute nicht mehr dem preußischen Kasernendrill früherer Tage entsprechen, ihr Ziel bleibt Anpassung, Funktions- und Arbeitsfähigkeit. Auch wenn dies heute Karriere genannt und mit Kritikfähigkeit gekoppelt wird, es geht um die Eingliederung in Ausbeutungsverhältnisse und deren grundsätzliche Akzeptanz. Der Unterschied zum preußischen Drill liegt in der Betonung der Individualität, wie sie etwa in den eingangs zitierten Empfehlungen der Böll-Stiftung hervorgehoben wird. Gemeinschaftsfähigkeit wird diskutiert als Stärkung der gesellschaftlichen Strukturen und als Möglichkeit, eine gestellte Aufgabe besser als allein zu erreichen.

Bildung jenseits staatlicher Kontrolle

Dabei soll die schulische Kontrolle auf Kosten des Freizeitbereichs ausgeweitet werden. Selbst wenn es ein wenig holzschnittartig daher kommt, hatte Steffen Falk Recht, als er zum Thema Ganztagsschule schrieb: "Wichtig ist hierbei nicht unbedingt, dass bis in die Abendstunden gelernt wird, sondern dass die Fürsorge des Staates nicht am Mittag endet. Und so ganz nebenbei werden die Kleinen auf die 60-Stunden-Woche vorbereitet." (Jungle World, 22.9.2004)

Was nur gegen die Schule gelernt werden kann, ist Widerstandsfähigkeit. Dafür werden der Raum und die Zeit jedoch immer enger gezogen. Mittelstandskids werden schon heute durch Ergänzungsschulen wie Musikunterricht und Sportvereine geschleust, deren heimliche Lehrpläne nicht die Freude am Tun vorsehen. "Leistung muss sich wieder lohnen" ist auch dort der Leitspruch. Die Ohnmacht der Straße, die den Kindern jenseits der Vereine und Ergänzungsschulen bleibt, entwickelt mit Schulverweigerung, Flucht in Drogen, Diebstählen und anderen Verweigerungshaltungen jedoch keine emanzipatorische Perspektive.

Notwendig wäre vielmehr eine Rückdrängung der Schule. Selbstbildung im Sinne eines Humboldtschen Ideals, das nach Vervollkommnung der eigenen Persönlichkeit strebt, ergänzt durch die Offenheit dem Anderen gegenüber. Schon vor Jahren konnten Schülerinnen und Schüler des Oberstufenkollegs für ein Jahr nach England gehen und sich dort ein Schuljahr "durchschlagen". Ein solches Schuljahr ist zur Persönlichkeitsbildung und für ein "globales Denken" nützlicher als ein noch so ausgeklügeltes Curriculum. Viele Eltern finanzieren heute ihren Kindern ein kostspieliges Auslandsjahr. So zeigt sich auch hier, wie gute Bildung zu einer Frage von Geld, sozialem und kulturellem Kapital wird.

Die Schaffung von informellen und nicht formalen Bildungsstrukturen, die sich der staatlichen Kontrolle entziehen und deren Nutznießer dennoch formale Bildungsabschlüsse erreichen - solange diese notwendig sind - haben meines Erachtens einen zentralen Stellenwert in der Diskussion um die Veränderung von Schule. Dabei geht es nicht darum, dass diese Bildungsstrukturen effektiver als die Schule sind, wie Vertretungen solcher Bildungseinrichtungen immer wieder betonen. Der Spaß, in solchen Strukturen zu lernen, und der Anteil der Selbstbildung muss Grund für die Stärkung solcher Strukturen sein. Schule, außerschulischen Bildungsträgern, wie auch der Familie käme in diesem Zusammenhang eher die Aufgabe zu, Hierarchisierungen entgegenzuwirken, die in solchen Strukturen auftreten.

Sicher müssen wir der Kommerzialisierung der Schulbildung Widerstand entgegensetzen, doch wie in vielen anderen Bereichen kann dies nicht geschehen durch Besinnung auf das "Bewährte", ergänzt um die Forderung nach Gesamtschulen. Eine Rückdrängung der Schule, in Verbindung mit neuen Lebens und Lernformen, die emanzipatorischen Grundsätzen folgen, sind ein Ansatz, der weiterentwickelt werden muss.

Thomas Schroedter

In einem zweiten Teil möchte ich Thesen vorstellen zu den Bildungsinhalten Widerstandsfähigkeit, Antirassismus, Antisexismus und Solidarität.

2. Die allerdeutschesten der deutschen Linken

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:02

Unter dem Titel "Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken" lud der Freiburger Soziologe Gerhard Hanloser 15 linke AutorInnen ein, an seiner kritischen Anthologie über die affirmative Wende mitzuwirken, die beachtliche Teile der Linken in den 1990er Jahren vollzogen haben.

Der Herausgeber - der nach eigener Aussage aus einer "antideutsch-antifaschistischen Familie kommt, die Henry Morgenthau und Ilja Ehrenburg gleichermaßen verehrt" - hat ein breites Spektrum kritischer Stimmen versammelt, die aus der Nah- und der Fernperspektive dieses Phänomen kolossaler "Wirklichkeitsabstinenz" untersuchen: Vom Frühaussteiger des antideutschen Sektenwesens bis zum kopfschüttelnden Beobachter aus dem Ausland sind alle vertreten, die zur Aufklärung beitragen können: Wie konnte es dazu kommen, dass die Vollzugsgehilfen des "kapitalistischen Weltgeistes" (Robert Kurz) radikale Herrschaftskritik durch antikritische Scheinradikalität ersetzen konnten, ohne auf nennenswerten Widerstand aus der Linken zu stoßen.

Bernhard Schmid zeichnet in seiner "Deutschlandreise auf die ‚Bahamas`" den Weg der Antideutschen von der Kritik des linken Nationalismus zu einer autoritären Glaubensgemeinschaft nach. Atemberaubend dabei ist zu beobachten, wie emphatisch die Kreuzritter für Bush und Abendland gegen den Schatten der eigenen Vergangenheit kämpfen, denn nicht wenige Antideutsche älteren Semesters sind vor einigen Jahren - folgt man ihrer Definition - noch glühende Antizionisten oder gar Antisemiten gewesen.

Markus Mohr und Sebastian Haunss stellen Überlegungen an, warum die antideutsche Ideologie Menschen aus dem autonomen Spektrum, das sich noch vor kurzem unter der Parole "Kein Blut für Öl!" gegen US-Imperialismus und für die Befreiung Palästinas stark gemacht hat, als Fahnen schwenkendes Fußvolk für die erklärten "Freunde des amerikanischen Krieges" rekrutieren konnte. Durch einen kurzen Abriss autonomer Bewegungsgeschichte vermitteln die Autoren plausibel, dass der Hang zur Polarisierung und Vereinfachung vielschichtiger politischer Prozesse sowie die Neigung zum autoritären Charakter, Mitläufertum und zur Denunziation genuin im autonomen Projekt vorhanden war. Ein Milieu, das sich an volksmythologischen Vorstellungen und einem naiv romantisiertem Drittweltismus berauschen kann, erweist sich als anfällig für simple monokausale Welterklärungen. Wer sich zudem eine Diskurspraxis zu eigen gemacht hat, die die Kontrahenten aus dem linken Lager willkürlich als "Rassisten" beschimpft und vor die von den Nazis "angerichteten Leichenberge schiebt", wie Mohr und Haunss schreiben, lässt sich auch zu einem inflationären Gebrauch des Antisemitismusbegriffs hinreißen.

Von der Tragödie zur Narrenposse

In nahezu allen Beiträgen werden auch die von Antideutschen hysterisch eingeforderten Liebeserklärungen an Israel kritisch beleuchtet: Mit dem Hinweis, dass Israel ein "ideologisch Zusammengeschweißtes" sei, stellt Moshe Zuckermann die rhetorische Frage, wem denn nun eigentlich die ebenso pathosgetränkte wie abstrakte Formel "Solidarität mit Israel!" gilt: Dem säkularen oder dem religiösen Israel? Dem Israel der aschkenasischen oder der orientalischen Juden, der russischen Einwanderer, der arabisch-palästinensischen Minderheit, der rechten Siedler- oder der linken Kibbuz-Bewegung? Um die Komplexität der historisch gewachsenen gesellschaftlichen Gegensätze und vielfältigen ethnischen Spannungen deutlich zu machen, liefert der Leiter des Instituts für Deutsche Geschichte in Tel Aviv eine Analyse der politischen Konfliktwirklichkeit in Israel.

Schließlich kommt Zuckermann zu dem Schluss, dass die Bilder seines Landes, die von deutschen "Solidarisierungsfetischisten" gemalt werden, ideologisch verstümmelt oder rein fiktional sind; die antideutsche Avantgarde des ISF beispielsweise will Israel "als bewaffneten Versuch der Juden, den Kommunismus lebend zu erreichen", begreifen. Zuckermann verwahrt sich auch dagegen, Israel als "pure Projektionsfläche eigener Befindlichkeiten" und deutscher Vergangenheitsbewältigung zu benutzen. Die Forderung der "bedingungslosen Solidarität" mit Israel sei "eine Farce, die die reale Tragödie in eine Narrenposse verwandelt".

Zuckermann macht die deutsche Linke auch diskret auf das mit der antideutschen Ideologie gewucherte Problem der falschen Juden=Israel=Zionismus-Identifizierung und Pauschalisierung aufmerksam: Begriffe, die "alles Heterogene über einen (simplifizierenden) Kamm scheren". Am Ende verdichtet der jüdische Marxist seine Kritik an den "solidarisierungswütigen Israel-Freunden" zu einer unmissverständlichen Absage:

"Ideologisch durchwirkte Abstraktionen" seien kontraproduktiv, wenn es um die Lösung schwerwiegender Probleme ginge, "besonders unangenehm", wenn sie Juden anbelangten, "vollends unappetitlich" aber, wenn die Abstraktion der Juden wieder aus Deutschland komme.

Antideutsche und "Möchte-Gern-Juden"

Peinlich berührt von der Verwahrlosung des ideologiekritischen Denkens der deutschen Linken zeigt sich auch der türkische Politik- und Geschichtswissenschaftler Gazi Caglar. Er beschäftigt sich mit der antideutschen Praxis, im Namen von Marx emanzipatorische Begriffe zu entwürdigen, um sie schließlich für das von US-amerikanischen Neokonservativen reanimierte machiavellistische Prinzip des Krieges als "schöpferische Zerstörung" zu instrumentalisieren. Wer die "Barbarei der Moderne" als einzige Lösung gegen die "moderne Barbarei" des Djihaddismus predige, mahnt Caglar, "beraubt die Linke jeglichen humanen Gehalts".

Die Lektüre von 290 Seiten Ideologiegeschichte der deutschen Linken erhellt, dass die Mentaldisposition der Antideutschen hervorragend mit dem Zeitgeist der Berliner Republik harmoniert: Das narzisstisch-larmoyante Suhlen in deutschen Befindlichkeiten sowie die pathischen Projektionen des "deutschen Wesens" auf das arabisch-palästinensische Kollektiv zeugen von einem tiefen Bedürfnis nach Entsorgung der Schande. Nicht zuletzt das feige Davonstehlen der Antideutschen aus der Verantwortung gegenüber der eigenen deutschen Täter-Geschichte, das sich in ihrer distanzlosen und anmaßenden Identifikation mit den Juden in Israel offenbart, wirft die Frage auf, warum Hanloser seinem Buch nicht mit dem eindeutigeren Titel "Sie warn die allerdeutschesten der deutschen Linken" versehen hat.

Die unverschämte Aneignung der Definitionsmacht über die jüdische Identität gipfelt darin, dass zionismuskritische israelische Juden als "Möchte-Gern-Juden" bezeichnet wurden. Da fragt man sich, warum eigentlich nur so wenige Bernhard Schmids Rat beherzigen: Wer am Gedanken materialistischer Gesellschaftskritik und -veränderung festhalten will, solle schleunigst die Tür zumachen, "durch die diese Leute ihren verschlungenen Weg nach rechts angetreten haben".

Susann Witt-Stahl

Gerhard Hanloser (Hrsg.): Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken. Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik. Unrast-Verlag, Münster 2004, 288 Seiten, 16 EUR

3. Stauffenberg und das "Novembertrauma"

Eine historisch-analytische Dekonstruktion des bürgerlichen Widerstandsmythos

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:03

"Ein Name wie Georg Elser ruft bei vielen verblüfftes Erstaunen hervor. Wer war das? Erwähnt man die Rote Kapelle, wird wieder nachgedacht. Ob das nicht Stalinisten waren, fragen manche, aber die meisten bekunden ihr Nichtwissen auch hier mit Achselzucken. Nur bei der Erwähnung des 20. Juli leuchten mehr Gesichter auf. Das war der Widerstand der Deutschen." (Stefan Roloff)

Zwei Seiten über kommunistischen Widerstand, elf Seiten über den "Widerstand traditioneller Eliten" gegen die Nazi-Diktatur - schon diese Gewichtung macht sichtbar, welche Art von Geschichtspolitik die Bundeszentrale für politische Bildung mit ihren kostenlos verteilten Heften betreibt. (1) Da sich die einschlägige Propaganda der Mainstream-Medien auf dem gleichen Niveau bewegt, spricht einiges dafür, dass Linke sich ihrerseits auf den viel zu wenig bekannten Widerstand von unten konzentrieren.

Willige Diener ihres "Führers"

So haben es auch Karl Heinz Roth und Angelika Ebbinghaus von der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts bislang gehalten. In drei Jahrzehnten, in denen sie die Geschichte des deutschen Widerstandes erforschten, haben sie sich "fast ausschließlich mit dem Widerstand der Unterschichten und den gegen sie gerichteten Repressionen" beschäftigt. So steht es im Vorwort ihres neuen Buches, das nun den bürgerlichen Widerstand zum Hauptgegenstand der Untersuchung macht. Die Vielschichtigkeit dieses Gegenstandes kommt schon im Titel zum Ausdruck: "Rote Kapellen - Kreisauer Kreise - Schwarze Kapellen". Das Buch bietet eine "historisch-analytische Dekonstruktion des bürgerlichen Widerstandsmythos", unternommen mit "professioneller Unbefangenheit" und im Dialog mit ZeitzeugInnen, deren Detailwissen verblüfft, auch wenn ihre Argumente nicht in jedem Fall überzeugend gewesen seien.

Eine Neubewertung im Sinne einer "Revision" kritischer linker Einschätzungen liefert das Buch dennoch nicht: Der bürgerliche Widerstand war halbherzig, er kam viel zu spät, viele seiner Träger, insbesondere Militärs, hatten ihrem "Führer" jahrelang treu und begeistert gedient, auch im Vernichtungskrieg und beim Judenmord, ihre politischen Alternativen waren zum Teil nicht nur reaktionär, sondern auch realpolitisch nicht umsetzbar.

Festzuhalten bleibt zudem, dass in allen Schichten höchstens zehn Prozent der Bevölkerung zu den sozialen Milieus gehörten, welche die widerständigen Netzwerke trugen. Namentlich der bürgerliche Widerstand blieb auch dann noch eine Randerscheinung, als der Krieg aussichtslos geworden war. Von den Offizieren der Wehrmacht gehörten im Juli 1944 maximal 1.800 (von 232.000) zur Opposition; 47.500 waren als "NS-Führungsoffiziere" Teil der politischen Avantgarde des NS-Regimes. Erst dessen Terror führte in der Schlussphase des Krieges "die letzten politischen und sozialen Hoffnungsträger des Widerstandes zusammen, obwohl sie über erste Ansätze zu einem gemeinsamen Handeln nicht hinausgelangt waren", schreibt Roth. Im Rahmen der "Aktion Gewitter" wurden nach dem misslungenen Attentat des 20. Juli 1944 auch Tausende FunktionärInnen der Arbeiterbewegung verhaftet; noch im Frühjahr 1945 wurden 1.800 KommunistInnen hingerichtet.

Herausragendes Beispiel eines breite Teile der Bevölkerung repräsentierenden Widerstandsnetzes war die Rote Kapelle. Der Name, eine Erfindung der Gestapo, ist irreführend. Stefan Roloff, Sohn des Rote-Kapelle-Aktivisten Helmut Roloff, zeigt in seinem Beitrag, wie "Aristokraten, Putzfrauen, Lehrer, Bohemiens und Abenteurer, Christen, Juden und politisch Konservative" in dem in Wirklichkeit namenlosen Netzwerk ein Bindeglied fanden. Sie schrieben und verschickten Flugblätter, klebten antinazistische Zettel, halfen Verfolgten. Die "Kundschaftertätigkeit" für die Sowjetunion war dabei ein untergeordneter Bereich. Das wussten auch die Nazis, die nach der Zerschlagung der Widerstandsbewegung peinlich auf Geheimhaltung bedacht waren - eben weil die Rote Kapelle einen Querschnitt der Bevölkerung darstellte. Dessen ungeachtet wurden ihre Mitglieder im Kalten Krieg nach 1945 als Stalinisten verunglimpft. Das war auch im Sinne der Millionen MitläuferInnen - deren lügenhafte Schutzbehauptung, man habe von den NS-Verbrechen nichts wissen und nichts dagegen tun können, wurde durch das Beispiel der Roten Kapelle eindeutig widerlegt.

In einem gesonderten Beitrag fasst Ludwig Eiber weitere Manifestationen des "Widerstandes von unten" zusammen. Dazu zählt er Widerstand und Widersetzlichkeit aus den Arbeitermilieus, insbesondere die Arbeiteropposition in den Betrieben und den Widerstand im Krieg, auch durch ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangene. Nicht nur "Arbeitsbummelei" und Sabotage, "jede Art von Regelverstoß wurde als mangelnde nationale Überzeugung und damit als Verweigerung gegenüber dem Regime interpretiert". Dessen Reaktion war schwer kalkulierbar; im Einzelfall - wenn es sich um kommunistische "TäterInnen" handelte oder wenn ein Exempel statuiert werden sollte - wurde auch aus nichtigem Anlass die Todesstrafe verhängt. Unangepasste Jugendliche waren in der Regel darauf bedacht, sich der Reglementierung durch die Hitlerjugend zu entziehen, sie waren aber keine bewusste politische Opposition. "Unpolitisch" waren auch die Aktionen vieler Frauen, die als Fluchthelferinnen von Deserteuren eine wesentliche Rolle spielten.

Eiber kommt zu dem Schluss, dass die große Mehrheit der von den NS-Sondergerichten geahndeten politischen Delikte von "kleinen Leuten" begangen wurden. Deren häufig unscheinbare Aktivitäten sind längst noch nicht umfassend erforscht. Mit diesem Ausblick auf weitere Untersuchungen zum Widerstand von unten endet das Buch, dessen Schwerpunkt aber eindeutig auf dem bürgerlichen Widerstand liegt, und hier wiederum bei den Aktivitäten der militärischen Opposition, die im Umsturzversuch des 20. Juli 1944 kulminierten.

Großdeutsche Visionen

Die bis heute immer wieder gezielt verbreitete These, Hitler habe die Wehrmacht für seine verbrecherischen Ziele "missbraucht", wird von Karl Heinz Roth noch einmal vollständig widerlegt. Er sieht sogar Anhaltspunkte für die Gegenthese, "dass die NSDAP nach ihrer Säuberung vollends für die Zwecke der bewaffneten Macht instrumentalisiert wurde". Bei der den Krieg vorbereitenden deutschen Politik - Austritt aus dem Völkerbund, Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, Besetzung der entmilitarisierenden Zone des Rheinlandes, Intervention in den Spanischen Bürgerkrieg - entstehe eher der Eindruck, "als hätten die Generäle ihren politischen Partner ständig vor sich hergetrieben".

Eine militärische Opposition entstand jedenfalls erst ab 1938, als Teile der Wehrmachtsführung Hitlers "utopischem Vabanque-Imperialismus" ihr Konzept einer "realistischen" Expansionspolitik entgegen setzten. Ihre auch offen vorgetragene Kritik verstummte allerdings schnell: Denn der gerade Weg in den Krieg war ja zunächst erfolgreich. Erst als mit der deutschen Kriegserklärung an die USA im Dezember 1941 der globale Zweifrontenkrieg da war, meldeten sich wieder oppositionelle Stimmen, und das relativ offen: "Im exklusiven Ambiente der Offizierskasinos, Tee-Gesellschaften, Gutshäuser, Stadtwohnungen, Familienfeiern, Adelsbälle und Jagdgesellschaften waren die Vertreter oppositioneller Meinungen eine tolerierte Minderheit". Sie wurden auch deshalb geduldet, weil ihre kritischen Appelle oft den Charakter militärischer "Verbesserungsvorschläge" hatten. Deutlich wird das an der Politik, die spätere Protagonisten des Widerstandes in den besetzten Teilen der Sowjetunion vorschlugen: Um die militärische Schlagkraft zu stärken, wollten sie vermehrt einheimische antisowjetische Verbände aufstellen. Mit Maßnahmen zur Milderung des Besatzungsregimes wollten sie "die positive Mitarbeit der Bevölkerung" fördern. Gleichzeitig beteiligten sie sich, nicht nur in der Sowjetunion, an der Vernichtung der Widerstandsbewegungen: "Sie blieben tief in die Brutalisierung des Ostkriegs eingebunden, zu der die von Stauffenberg mit vorangetriebene ‚Ethnisierung` der Kriegführung erheblich beitrug."

Lang ist die Liste der Verbrechen, an denen spätere Widerständler mitgewirkt haben. Einige waren, wie Roth hervorhebt, "in Schlüsselpositionen an den Weichenstellungen zum Vernichtungskrieg beteiligt"; dazu gehört die Ausarbeitung der verbrecherischen Befehle ("Kriegsgerichtsbarkeitserlass" und "Kommissarbefehl"), die den Weg zur gezielten Ermordung "jüdisch-bolschewistischer Intelligenzler" ebneten; sie trugen eine Mitverantwortung für den Hungertod von Millionen sowjetischer Kriegsgefangener; die in ihrem Verantwortungsbereich von der Wehrmacht verübten Massaker und die systematische Raubwirtschaft überschritten die Grenzen zum Völkermord an den Juden; im Rahmen der "Bandenbekämpfung" organisierten sie "Geiselerschießungen" und andere grausame Repressalien gegen die Zivilbevölkerung.

Halbherzigkeiten bis zuletzt

Auch in Frankreich und auf dem Balkan gingen sie rigoros gegen die Widerstandsbewegungen vor. Für die Opposition entschieden sich viele aus "pragmatischem Kalkül", schreibt Roth: "Erst als die oberste Führung

sich als zu inkompetent, entscheidungsunfähig und unflexibel erwies, um den Vorschlägen zum militärisch-politischen Kurswechsel zu folgen und die Kriegführung im Osten rechtzeitig an die veränderte Lage anzupassen, verließen sie allmählich den Dienstweg und begannen über politisch-militärische Führungsalternativen nachzudenken." Lange Zeit noch träumten sie von einem Separatfrieden mit dem Westen und einem nach Osten ausgedehnten Großdeutschland, in dem die Armee und sie selber eine entscheidende Rolle spielen würden.

Die Niederlage von Stalingrad, der Sturz Mussolinis und der Bombenkrieg gegen deutsche Städte setzten dann allerdings praktische Umsturzplanungen auf die Tagesordnung. Erst nach langem Zögern entschied man sich für das bekannte Szenario: Tötung Hitlers, ein "getarnter" Staatsstreich als Reaktion auf einen fiktiven Staatsstreich führender Nazis, Militärdiktatur, Waffenstillstandsverhandlungen an allen Fronten. Weil schon der erste Schritt misslang - Hitler überlebte Stauffenbergs Bombenanschlag fast unverletzt - und weil danach wertvolle Zeit verloren wurde, war die Katastrophe unvermeidlich.

Die Tarnung des eigenen Umsturzversuchs mit Hilfe des Notstandsplans "Walküre", die viele Historiker als genial bezeichneten, sieht Roth eher als Notlösung. Sie weist auf einen fundamentalen Mangel der Verschwörung hin: Die beteiligten Offiziere verfügten über keinerlei Truppen, die sie hätten kommandieren können. Auf die Einbeziehung einfacher Soldaten hatten sie bewusst verzichtet. Denn auch sie waren, wie das gesamte Offizierskorps durch das "Novembertrauma" geprägt, "dass einfache Soldaten im Jahr 1918 durch Befehlsverweigerung, Fahnenflucht und Meuterei die erste Weltkriegsetappe beendet, die Monarchie gestürzt und eine demokratische Republik begründet hatten. Derartiges sollte sich nie mehr wiederholen ..."

Hier liegt für Roth der Grundfehler der Verschwörung vom 20. Juli 1944. Das Scheitern des Attentats im "Führerhauptquartier Wolfsschanze" erklärt er so: "Stauffenberg schreckte im letzten Augenblick doch davor zurück, die gesamte militärische Führungsgruppe zusammen mit Hitler zu töten, und deponierte deshalb die nur mit einem Sprengsatz gefüllte Aktentasche in der Nähe des ‚Führers`." Wenn es so war, war es bezeichnend für die Halbherzigkeit des militärischen Widerstandes. Dass Stauffenberg und seine Mitverschwörer heute als Sinnstifter einer tendenziell weltweit Krieg führenden Bundeswehr herhalten müssen, ist vor allem deshalb skandalös, weil so die neue deutsche Interventionsarmee als bewaffneter Arm eines vermeintlich geschichtsbewussten "Antifaschismus" erscheint.

Js.

Anmerkung:

1) Informationen zur politischen Bildung 243, 2. Quartal 1994: Deutscher Widerstand 1933-1945

Karl Heinz Roth/Angelika Ebbinghaus (Hrsg.): Rote Kapellen - Kreisauer Kreise - Schwarze Kapellen. Neue Sichtweisen auf den Widerstand gegen die NS-Diktatur 1938-1945. VSA-Verlag, Hamburg 2004, 293 Seiten, 18 EUR

4. Voll normal

Zur Diskussion um Niedriglohnsektoren in Deutschland

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:05

Die Debatte um den so genannten Niedriglohnsektor wird all zu oft von dem Bild beherrscht, es handele sich dabei um ein klar abgrenzbares Segment des Arbeitsmarktes. Zu dieser Vorstellung gehört auch die Sichtweise, Niedriglohnsektoren seien Resultat (neoliberaler) staatlicher Arbeitsmarktpolitik, so zu sagen "von außen" in die Ökonomie hineingetragen. Beide Vorstellungen sind bestenfalls verkürzt. Faktisch vollzieht sich die Ausweitung von Niedriglöhnen aus der "Mitte" des Arbeitsmarktes heraus - und das bereits seit langem.

Was als Niedriglohn angesehen wird, ist abhängig von den sozialen und politischen Auseinandersetzungen und den entsprechenden Kräfteverhältnissen. In der momentanen Mindestlohndebatte kursieren z.B. zehn Euro pro Stunde, im Umkehrschluss wäre jeder Lohn bis zu dieser Grenze ein Armuts- und damit auf jeden Fall ein Niedriglohn. In einer Anfrage an die Bundesregierung zum Umfang des Niedriglohnsektors orientiert sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dabei an Stundenlohnsegmenten bis zu elf Euro. (BT-Drs. 15/2932, 19.4.2004) Das Düsseldorfer WSI geht bei seiner Niedriglohndefinition von den Abweichungen vom durchschnittlichen Bruttoverdienst aus. Danach gelten alle Löhne und Gehälter, die weniger als 75% des Durchschnitts betragen, als Niedriglöhne.

Wenn von Niedriglohnsektor und Billigjobs die Rede ist, dann bezieht sich das häufig auf den Bereich der so genannten geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse, also die "400-Euro-Jobs" oder auch Minijobs. Seit der Neuregelung des Arbeitsmarktes im ersten Hartz-Paket vom April 2003 ist deren Zahl sprunghaft gestiegen. 5,88 Mio. Menschen haben im September 2003 in solchen Verhältnissen gearbeitet, im April desselben Jahres waren es noch 4,1 Mio. Das ist ein Anstieg von 43% innerhalb eines knappen halben Jahres - Minijobs haben sich zur absoluten "Boombranche" entwickelt. Die Relevanz dieser nackten Zahlen wird noch deutlicher, wenn man bedenkt, dass die Gesamtzahl aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland im Januar 2004 26,5 Mio. betrug. Im Vergleich dazu machen die MinijobberInnen also satte 25% aus.

Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel

Überdurchschnittlich viele dieser Minijobs gibt es in der Gebäudereinigung, im Gesundheitswesen und im Einzelhandel. Aber auch in Restaurants, Speditionen sowie Detekteien und Wach- und Schutzdiensten nehmen solche Beschäftigungsformen rasant zu. Gewissermaßen per Definition handelt es sich dabei um Arbeit, von der man nicht leben kann. Es ist somit wenig verwunderlich, dass Minijobs in aller Regel als Zweit- und Drittjobs dienen. Dabei ist diese Form der Billigarbeit ganz überwiegend weiblich. 65% der MinijobberInnen sind Frauen.

Aber nicht nur geringfügige Beschäftigung und ähnlich ungesicherte Arbeitsverhältnisse sind Bestandteile des Niedriglohnsektors, sondern auch die reguläre Vollzeitbeschäftigung. Nach Angaben der Bundesregierung betrug der durchschnittliche Bruttomonatslohn aller Vollzeitbeschäftigten im Oktober 2001 2.813 Euro. Gleichzeitig geht aus diesen Zahlen hervor, dass die Löhne und Gehälter von ca. 33% der Beschäftigten nicht über 75% des Durchschnittslohns hinaus gekommen sind. Mit anderen Worten: Im Herbst 2001 hat rund ein Drittel aller Vollzeitbeschäftigten in Deutschland für Niedriglöhne gearbeitet. Das WSI kommt auf der Basis der effektiv gezahlten Löhne zu ganz ähnlichen Ergebnissen: 6,3 Mio. bzw. 35,9% aller Vollzeitbeschäftigten haben demnach einen Niedriglohn-Job. (1)

In Deutschland existiert also bereits ein Niedriglohnsektor in erheblichem Umfang, und zwar seit langem: Schon 1980 arbeiteten 31,3% aller Vollzeitbeschäftigten für Niedriglöhne, und diese Dynamik hat sich seitdem erheblich verschärft. 1997 hatte sich die Zahl der Vollzeit beschäftigten NiedriglöhnerInnen bereits um 400.000 Personen erhöht, während allein in Westdeutschland die Gesamtzahl der Vollzeitbeschäftigten um 1,4 Mio. gesunken ist. Hintergrund dieser Entwicklung ist eine andauernde und zunehmende Lohnspreizung: Neben dem massiven Anstieg des Niedriglohnbereichs (+ 4,6 Prozentpunkte) und einem gleichzeitigen Zuwachs bei den hohen Löhnen (+ 0,9 Prozentpunkte) ist der Bereich der mittleren Löhne (75-125% des Durchschnitts) drastisch zurückgegangen (-5,8 Prozentpunkte). Während also im Bereich der Vollzeitbeschäftigung schlecht bezahlte und - in deutlich geringerem Umfang - sehr gut bezahlte Arbeit zunehmen, erodiert der gesamte Bereich der mittleren Einkommen, also der Bereich der tradierten "normalen" Lohnverhältnisse.

Dass Niedriglöhne auch unter den so genannten Normalarbeitsverhältnissen ein Massenphänomen darstellen, bestätigt sich auch dann, wenn man ganzjährige Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse betrachtet, also den "Kern des Normalarbeitsverhältnisses". Auch hier beziehen mit 28,4% fast ein Drittel aller Beschäftigten Niedriglöhne. Dabei sind keineswegs nur so genannte "Problemgruppen" betroffen. Niedriglöhne streuen breit über alle Alterstufen und Qualifikationsmerkmale. Im Arbeitsalltag gibt es kaum noch Nischen, die davor geschützt wären. Auch sind Niedriglöhne keineswegs eine Domäne des Dienstleistungsbereichs. Vor allem die Land- und Forstwirtschaft (38,9%) sowie die Nahrungs- und Genussmittelindustrie (32,1%) sind Niedriglohn-Domänen. Die Anteile anderer Wirtschaftszweige wie z.B. die Verbrauchsgüterindustrie oder die verschiedenen Dienstleistungssegmente variieren zwischen 29,1 und 22,4%. Auch unter dem Aspekt der Branchenverteilung zeigt sich, dass Niedriglöhne nicht auf einzelne Segmente beschränkt sind. (2)

Billiglöhne streng nach Tarif

Auch hier sind es nach wie vor hauptsächlich Frauen, deren Arbeit - egal welche und egal wo - niedrig entlohnt wird. Bei Armutslöhnen, d.h. Löhnen bis 50% des Durchschnitts, sind Frauen mit ca. 70% vertreten, bei den Prekärlöhnen (50 bis 75% des Durchschnitts) mit 50%. Allerdings scheint es hier eine kontinuierliche Verschiebung zu geben, denn 1980 war der Anteil von Frauen in beiden Segmenten der Niedriglöhne mit 76,1% bzw. 68% deutlich höher. Man kann in diesen Zahlen also durchaus ein statistisches Indiz für die These von der "Feminisierung der Lohnarbeit" sehen: Schlechte und niedrig bezahlte Arbeit ist zwar immer noch im Wesentlichen Frauenarbeit, doch weiten sich Arbeitsbedingungen, die Frauen bereits seit Jahren bekannt sind, zunehmend auch auf Männer aus.

Wie wenig es sich bei Niedriglöhnen um einen klar abgrenzbaren "Sektor" des Arbeitsmarktes handelt, zeigt auch ein Blick auf die Tarifwirklichkeit. Wo früher mehr schlecht als recht ein Niedriglohnsektor an der Grenze zwischen tarifierten und "irregulären" Beschäftigungsverhältnissen festgemacht wurde, ist das heute schlechterdings nicht mehr möglich. Weder sind niedrig entlohnte Beschäftigungsverhältnisse "irregulär" noch sind Tariflöhne automatisch Mittel- oder gar Hochlöhne: "Wer glaubt, dass allein durch Tarifverträge ein ausreichendes und sozial akzeptables Einkommensniveau gesichert werden kann, kennt die Tarifverträge nicht", so Reinhard Bispinck vom WSI-Tarifarchiv.

Auch in Branchen mit gültigen Tarifverträgen gibt es reguläre Niedriglöhne mit einer tariflichen Grundvergütung zwischen vier und zehn Euro in der Stunde. Auch wenn von vorneherein in Ostdeutschland gegenüber dem Westen nach abgesenkten Tarifen entlohnt wird und somit hier weite Teile per se ein Niedriglohnterritorium darstellen: Niedriglöhne nach Tarif werden auch im Westen gezahlt, und sie gelten keineswegs nur für Un- oder Angelernte, Jugendliche oder ArbeiterInnen in einfachen Tätigkeiten. Eine Friseurmeisterin in Rheinland-Pfalz bekommt nach Tarif 8,19 Euro pro Stunde (in Sachsen 5,59 Euro), ein gelernter Konditor im ersten Jahr in Hamburg 7,87 Euro. Eine Floristin im dritten Berufsjahr verdient in Westdeutschland tariflich 7,66 Euro (in Sachsen-Anhalt 5,33 Euro), eine Verkäuferin im Einzelhandel im zweiten Berufsjahr in Niedersachen 8,44 Euro. GebäudereinigerInnen bekommen in Nordrhein-Westfalen 8,17 Euro, ein Wachmann im Veranstaltungsdienst in Schleswig-Holstein 5,60 Euro. NäherInnen in der Bekleidungsindustrie in Bayern kommen auf 9,44 Euro und Industriekaufleute in der Papier verarbeitenden Industrie im Saarland auf 9,84 Euro. Ein Stahlfacharbeiter ohne Berufserfahrung ist in Nordrhein-Westfalen mit tarifierten 10,43 Euro "Spitzenreiter" (3)

Eine vollständige Erfassung aller tarifierten Niedriglöhne liegt bis heute nicht vor, allerdings gibt es eine Auswertung des Bundesministeriums für Arbeit über tarifvertraglich vereinbarte Stundenentgelte bis zu sechs Euro. Mit dem Stand vom 31. Dezember 2003 sahen danach von 2.800 gültigen Verbandsentgelttarifverträgen im gesamten Bundesgebiet 130 Vergütungen unter sechs Euro die Stunde bzw. unter 1.000 Euro im Monat vor, nicht selten mit Stundenlöhnen von drei bis vier Euro. Es handelt sich hier um reine Armutslöhne - Entgelte unter 50% des Durchschnittslohns. Die Anzahl aller regulären Niedriglohntarife dürfte folglich deutlich größer sein.

Unsicherheit als Normalzustand

Die Tarifpolitik selbst hat also zu einem guten Teil dazu beigetragen, dass der Niedriglohnsektor im Herzen des Normalarbeitsverhältnisses angekommen ist. Die alte gewerkschaftliche Parole, nach der jeder Tarif besser sei als keiner, hat inzwischen viel von ihrer früheren Plausibilität verloren. In der Tarifierung von Löhnen

am und unter dem Sozialhilfesatz in Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes bis hin zur freiwilligen Tarifierung des gesamten Leiharbeitssektors im Jahr 2003 hat die gewerkschaftliche Tarifpolitik die Etablierung von Niedriglöhnen begleitet und teilweise auch abgesichert. (4) Mit den aktuellen oder bevor stehenden Abschlüssen bei Siemens, DaimlerChrysler, MAN, Karstadt/Quelle oder Opel/GM und VW kann man auch nicht mehr sagen, dass die Kernbereiche der tariflich regulierten Arbeitsverhältnisse vor einem tariflich begleiteten Abgleiten in Niedriglohnbereiche verschont wären: Niedrigere Sondertarife für BerufsanfängerInnen oder NeueinsteigerInnen, für ausgegründete Unternehmensteile oder auch tariflich regulierte Einbußen bei anderen Teilen des Lohns bzw. bei den Arbeitszeiten führen sicher noch nicht dazu, dass die Mehrzahl der ehemaligen "Kernbelegschaften" plötzlich zu Niedriglohnbedingungen arbeiten müssen. Doch die schiefe Bahn ist gelegt, auf der eben nicht nur die so genannten Ränder ins Rutschen kommen. In der innergewerkschaftlichen Debatte um Mindestlöhne zeigt sich, dass die Fixierung auf eine Tarifpolitik, die nicht die gesamtgesellschaftliche Einkommensstruktur mit reflektiert, zumindest in Teilen der Gewerkschaften in die Kritik gerät. (5)

Das, was - oftmals reichlich pauschal - als fordistisches Normalarbeitsverhältnis bezeichnet worden ist, befindet sich seit Jahren in einem fortschreitenden Auflösungsprozess. Zickzack-Kurse und vielfältige Patchwork-Szenarien in den betrieblichen Alltagswirklichkeiten weisen darauf hin, dass sich eine neue Form von Normalarbeitsverhältnis (noch) nicht etabliert hat, dass wir uns gewissermaßen in einer Phase des Übergangs oder des Experimentierens befinden. Was sich aber andeutet, ist eine tief greifende Prekarisierung im Sinne einer (Zwangs-)Flexibilisierung und Entgarantierung von Lebens- und Arbeitsverhältnissen. (6) Auch wenn diese Entgarantierung nicht per se identisch mit Armutslagen ist, so sind niedrigere Löhne dennoch ein wesentliches Element dieser Entwicklung.

Die Prozesse, die an dieser Art von Prekarisierung und Neudefinition von "Normalarbeit" beteiligt sind, firmieren unter Schlagworten wie "Flexibilisierung", "Eigenverantwortung" und "Aktivierung". Sie schlagen sich in der tariflichen wie außertariflichen Prekarisierung ganz normaler Vollzeitbeschäftigung (Flexibilisierungsregelungen, Auflösung des Flächentarifs, Lohnsenkungen und Lohnspreizung etc., Honorarverhältnisse) genauso nieder wie in der Vielzahl "klassischer" prekärer Beschäftigungsverhältnisse wie Minijobs, Leih- und Heimarbeit, (Schein-)Selbstständigkeit, Ich-AGs usw. Es ist keineswegs ein Zufall, wenn Gerhard Schröder in seiner berüchtigten Agenda-2010-Rede vom 14. März 2003 die Umgestaltung der Sozialversicherungssysteme, die Drohungen gegenüber Erwerbslosen und SozialhilfeempfängerInnen und die Attacke auf die Tarifautonomie in einem Atemzug nennt. Genauso wenig zufällig ist der Umstand, dass die Umsetzung der Hartz-IV-Maßnahmen zusammenfällt mit direkten unternehmerischen Angriffen auf die Löhne und Arbeitsbedingungen in den industriellen Kernbereichen. Hartz IV und die Auseinandersetzungen bei Siemens, DaimlerChrysler, Opel etc. sind zwei Seiten einer Medaille.

Wer nicht arbeitet, darf auch nicht essen

In vielerlei Hinsicht kommt dabei mit Hartz IV eine Entwicklung zu ihrem vorläufigen Abschluss, die sich bereits in den letzten zehn Jahren immer deutlicher abgezeichnet hatte. Bund, Länder und Gemeinden haben in dieser Zeit den gesamten Bereich der öffentlichen Beschäftigung für SozialhilfeempfängerInnen und Erwerbslose zu einem einzigen Niedriglohnbereich umgebaut. Die Beschäftigungsmaßnahmen der "aktiven Arbeitsmarktpolitik" sind zurückgefahren und dabei auch die Löhne kontinuierlich bis auf das Sozialhilfeniveau abgesenkt worden. Die Einführung der staatlich organisierten Leiharbeit, die aktive Förderung von Minijobs oder der flächendeckende Ausbau der gemeinnützigen Pflichtarbeit für 1 Euro die Stunde sind in ihrem Kern also keineswegs neue Entwicklungen. In welcher Weise auch immer dabei mit Lohnkostensubventionierung, Leistungskürzungen bei Arbeitslosen- und Sozialhilfe bzw. "Anreizen" für Erwerbslose experimentiert wurde: Erklärtes Ziel war es immer, "Beschäftigung im Niedriglohnsektor" zu schaffen.

Auch wenn der Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung ein Niedriglohnbereich par excellence ist, so liegt die eigentliche Bedeutung der staatlichen Niedriglohnstrategie nicht im quantitativen Umfang niedrig entlohnter staatlicher Beschäftigungsprogramme. Bedeutsamer scheint die ideologische und strafende Funktion der staatlichen "Aktivierungspolitik" des "Förderns und Forderns". Für die arbeitsmarktpolitischen Akteure stand und steht vor allem die Disziplinierung und das Brechen "überzogener Anspruchshaltungen" bei Erwerbslosen im Vordergrund. Niedriglohnstrategien im Bereich der staatlichen Beschäftigungsprogramme beinhalteten daher stets Elemente der "Nachsozialisation", des "Gewöhnens an realistische Verwertungschancen". (vgl. ak 428, S.4) Der staatliche Niedriglohnsektor mit seinen Zwangselementen soll

Erwerbslosen klar machen, dass sich ihre Perspektiven nicht an einem irgendwie gearteten schönen Leben, sondern an der tristen Wirklichkeit von schlechter und schlecht bezahlter Arbeit zu orientieren haben. Je mehr also im öffentlichen Diskurs die "Arbeit" als nacktes Prinzip überhöht und ihre Bedeutung für die individuelle und gesellschaftliche Identitäts- und Sinnstiftung beschworen wird, umso weniger wird über Ansprüche an die Arbeit, über konkrete Arbeitsbedingungen und Löhne gesprochen, umso mehr werden solche Ansprüche denunziert.

Wenn das neue SGB II eine "Grundsicherung" definiert und diese staatliche Transferzahlung gleichzeitig an die prinzipielle Verpflichtung knüpft, jede zumutbare Arbeit anzunehmen, so wird das Arbeiten zu Niedriglöhnen zur eigentlichen Form der Grundsicherung. Soziale Sicherheit als unbedingtes und unteilbares soziales Grundrecht wird ersetzt durch das Prinzip "Wer nicht arbeitet, darf auch nicht essen" und durch eine prinzipielle Entgarantierung der Existenzsicherung. Staatliche Aktivierungspolitik exerziert mit ihren Zwangsinstrumentarien die Flexibilisierung und Entgarantierung durch, die auf dem Arbeitsmarkt zur neuen Norm werden sollen. Hilmar Schneider vom Institut Zukunft der Arbeit hat dieses Credo wie folgt auf den Punkt gebracht: "Entweder gibt es ein hohes Niveau an sozialer Sicherheit oder einen funktionierenden Arbeitsmarkt". (taz, 29.4.2002) Die Debatte um Niedriglöhne ist vor diesem Hintergrund eine politische Debatte darüber, welche Arbeitsbedingungen und Löhne als "normal" anerkannt werden sollen. Sie ist somit auch eine Debatte darüber, was einer/m im Namen der Arbeit zugemutet werden darf.

Dirk Hauer

Der vorliegende Text ist eine stark gekürzte Zusammenfassung eines Beitrags, der unter dem Titel "Der Trend zu Prekarisierung und Niedriglohn" in der Nummer 12/2004 der Blätter für deutsche und internationale Politik erschienen ist.

Anmerkungen:

1) Claus Schäfer: "Effektiv gezahlte Niedriglöhne in Deutschland", in: WSI-Mitteilungen 7/2003, S. 420-428

2) a.a.O., S. 424

3) WSI-Tarifarchiv, 31.12.2003

4) vgl. Mag Wompel in ak 471, S. 32

5) vgl. Detlef Hensche: "Hunger-, Niedrig-, Mindestlohn", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/2004, S. 1163-1166 und Martin Dieckmann in ak 487, S. 12-13

6) vgl. Gruppe Blauer Montag in ak 418, S. 29 und ak 485, S.13-14

5. Stolpersteine auf der Datenautobahn?

Politischer Aktivismus im Internet

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:06

Der folgende Text der autonomen a.f.r.i.k.a. gruppe ist nicht nur informativ, sondern zugleich ein Plädoyer dafür, die innerhalb weiter Teile der Linken verbreitete Ignoranz gegenüber der im Internet-Zeitalter längst überfälligen Neuorientierung in Sachen Kommunikation und (Selbst-)Organisation zu überwinden. Nicht zufällig auch eine Debatte, die in ak bislang wenig präsent war. Was wir bedauern und weshalb wir den folgenden Vorabdruck gern als Beginn einer (dis-)kontinuierlichen Beschäftigung auch mit dem Thema Linke, Netz und Subversion verstehen wollen.

Im Januar 1994 verbreiteten die ZapatistInnen (1) Communiqués über ihren Aufstand in Chiapas weltweit über E-Mail. Die Wirksamkeit des Internets für die zapatistische Bewegung wurde im Zuge der Internet-Euphorie der 1990er Jahre so hoch eingeschätzt, dass manche sogar von einer "Revolution im Internet" sprachen. Als im Jahr 2000 in Österreich die rechtsextreme FPÖ an die Regierung kam, "simmste" sich der Straßenprotest nicht nur zum gemeinsamen Demonstrationsort, sondern organisierte sich auch über Webseiten und schnell eingerichtete Mailinglisten. (2) Nach den Madrider Anschlägen im März 2004, am Tag vor der Parlamentswahl, strömten Zehntausende flashmobartig auf die Straßen und belagerten die Parteizentrale der damals noch regierenden Partido Popular. Über E-Mail, Websites, Handy und SMS konnte sich die Zivilgesellschaft binnen weniger Stunden organisieren, um den Lügen der konservativen Regierung ein nachdrückliches "ya basta!" entgegenzusetzen. (3) In schöner Regelmäßigkeit wird außerdem zu "Online-Demos" und politischen Aktionen "im Internet" aufgerufen: Im Jahr 2001 fand unter großem Medienecho eine "Online-Demo" gegen die Abschiebefluglinie Lufthansa statt; im April 2004 folgten beinahe 4000 Webseiten einem Aufruf der Foundation for a free Information Infrastructure zu einer zeitlich begrenzten Selbstschließung, quasi als Warnstreik gegen Softwarepatente. (4)

Seit einigen Jahren bespielen politische Aktivisten das Internet gelegentlich als virtuelles Äquivalent der Straße, als Parallelraum. Vor allem aber wird es als alltägliches Kommunikationsmedium genutzt, als Infobörse, Diskussionsraum oder Fotokopierer. Wenn wir im Folgenden einige Gedanken über aktivistische Internetnutzung zusammentragen, dann geht es uns nicht darum, das Internet als "Straße der Zukunft" zu empfehlen oder den Mythos von der Virtualisierung der Politik (5) um eine linksradikale Facette zu bereichern. Obwohl wir das Netz durchaus als Ort direkter politischer Aktion und Intervention wahrnehmen, sehen wir den Schwerpunkt aktivistischer Internetnutzung eher in einer produktiven, sich vernetzenden sozialen Praxis. In dieser Sichtweise liegt die Bedeutung des Internets vor allem in den qualitativ veränderten Möglichkeiten von Kommunikation und Interaktion, die nicht nur Voraussetzungen und Mittel für sich wandelnde Formen politischen und sozialen Handelns sind, sondern zugleich auch den "realen" Raum des Protests in den Straßen neu vermisst. Indem wir versuchen, entsprechend unserer Erfahrung das Internet und den Straßenprotest zusammenzudenken, kommen wir zu der These, dass das Internet keinen neuen "virtuellen" Raum des politischen Protests konstituiert: kein Paralleluniversum, das unabhängig von sozialen Beziehungen im physikalischen Raum existiert, keine Spielwiese für frei schwebende Identitätsexperimente, keine grenzenlose, machtfreie, ewig fließende Gegenwelt.

Stattdessen sehen wir, wie sich traditionelle mit digitalen Kommunikationsformen verbinden und zu einem qualitativ neuen, gleichzeitig virtuellen und physikalischen Kommunikationsraum verschmelzen. In diesem Prozess verändern sich Wahrnehmungen, soziale Beziehungen und auch politische Praxis - allerdings nicht als digitale Revolution, wie es der frühe Internethype verkündete, sondern als Rekombination und Neuzusammensetzung bereits Bestehener sozialer und politischer Strukturen und Praxen. Der offene, laborhafte und experimentelle Charakter dieses Rekombinationsprozesses verträgt sich allerdings schlecht mit manchen eingespielten Verhaltens- und Kommunikationspraxen von Teilen der (deutschen) Linken, deren Habitus und Attitüden einige ganz spezielle Stolpersteine auf dem Weg zur produktiven Nutzung der neuen Möglichkeiten darstellen. Zunächst aber zur Hauptsache.

Das Internet als Parallelraum?

In den 90er Jahren war die Wahrnehmung des Internets im gesellschaftlichen Diskurs durch Metaphern geprägt, die das Netz in Analogie zur Geographie des öffentlichen Raums als virtuellen Parallelraum dachten. (6) Diese Metaphern prägen nach wie vor die kommerzielle und administrative Aneignung des Internets: Die Internetnutzerin bewegt sich auf "Datenautobahnen", soll ein "Web-Portal" durchschreiten, über virtuelle Einkaufszeilen flanieren und dort ihren virtuellen Einkaufskorb füllen, und erledigt ihre Behördengänge im "virtuellen Rathaus". Diese geographische Metaphorik entspringt einer Machtlogik, die versucht, sich den komplexen, offenen und vieldimensionalen Raum der digitalen Kommunikation zu unterwerfen: Datenströme müssen kanalisiert, die Flüsse der digitalen Information eingedämmt werden, die neuen Möglichkeiten der Netzkommunikation erscheinen vor allem als Regulierungsproblem. Dem regulierten und teil-privatisierten öffentlichen Raum der Städte soll ein eingeschränkter, regulierter und überwachter "virtueller" Parallelraum entsprechen; schneller, schöner und besser als der physikalische Raum und doch nur seine eindimensionale Fortsetzung.

Wo Macht ist, ist auch Widerstand: Macht-Räume sind stets auch Interventions- und Aktionsräume. Die eingangs aufgeführten Beispiele zeigen, dass auch politische AktivistInnen das Internet gelegentlich entsprechend dieser geographischen Metaphorik imaginieren: Schließlich darf auf der virtuellen Einkaufsstraße der virtuelle Infostand (7) genauso wenig wie das virtuelle Graffiti (8) fehlen.

Nun ist es aber so, dass geographische, verkehrstechnische und städtebauliche Metaphern den Blick auf die qualitativ neuen Möglichkeiten des Internets eher verdunkeln als erhellen. Denn die technische Struktur des Internets widerspricht der Vorstellung eines regulierten und strukturierten Raums. Wenn das Netz schon als Raum gedacht und diskutiert wird, dann sollte berücksichtigt werden, dass dieser Raum einige besondere Eigenschaften besitzt:

1. Austausch und Kommunikation sind nicht durch räumliche Abstände beschränkt.

2. Der Raum hat viele Dimensionen, die Zahl der Kanäle, über die Internetnutzer Informationen austauschen können, ist unermesslich groß. Das hat zur Folge, dass es schwierig ist, Orte im Netz ein- oder auszugrenzen. Wenn wir zum Beispiel davon ausgehen, dass der Inhalt einer Webseite einen "Ort" im Netz definiert, so kann dieser Ort nicht einfach eingezäunt oder ausgesperrt werden, da es leicht ist, ihn beliebig oft und unter unterschiedlichen Adressen zu replizieren. Es ist nicht so einfach, das Netz zu zensieren.

3. Für das Netz existiert weder eine Landkarte noch ein offizieller Reiseführer. Die Struktur des Netzes ist dynamisch, Orte und Verknüpfungen ändern sich kontinuierlich. Diese Veränderungen erfolgen anarchisch, durch lokale Handlungen der Nutzerinnen, und folgen keinem zentralen Plan. Anders als im physikalischen Raum, wo die Planung und Strukturierung öffentlicher und privater Räume eine Machtwissenschaft par excellence darstellt, gibt es keine vergleichbare "Netzplanung", ja es existiert nicht einmal eine aktuelle Kartografie des Netzes.

Das zentrale Problem der Bewegung in diesem eigenartigen Raum ist das der Orientierung. Einerseits ist die Kommunikation einfach und gradlinig, die Wege sind kurz: Kenne ich die E-Mail-Adresse einer Netznutzerin, kann ich eine E-Mail schicken; kenne ich die URL einer Webseite, so gebe ich sie in meinen Browser ein. Andererseits kann die Suche nach einer Information oder einer Kommunikationspartnerin außerordentlich kompliziert werden, wenn ich die genaue Adresse nicht von vorneherein kenne. Der richtige Weg ist nicht immer leicht zu finden, das Netz ist voller Irrwege und Sackgassen. Es ist zwar sehr einfach, einen Netzriesen wie Amazon oder eBay zu finden, auch ein exotisches Label wie die autonome a.f.r.i.k.a gruppe ist auffindbar, aber die Suche nach Hans Müller gestaltet sich schnell als ziemlich hoffnungslos.

Für die Orientierung im Netz und seine Nutzung als Kommunikationsmittel sind Namen und Labels von außerordentlicher Bedeutung. Die Namen großer Firmen und Organisationen sind allgemein bekannt. Die leichte Auffindbarkeit, die sich daraus ergibt, ist es, die einem Ort im Netz seine Relevanz sichert. Daher sind Namen und Labels im Netz viel mehr noch als in der physikalischen Welt strategische Positionen, die mit den Mitteln der Macht besetzt und verteidigt werden müssen. (9) In der Welt der Konzerne und Labels ist dies offensichtlich. Doch auch in aktivistischen Kreisen können sich Konflikte an Besitzansprüchen auf eingeführte Domainnamen dramatisch zuspitzen, wie etwa das Beispiel von Indymedia San Francisco zeigt. (10) Und in der Kommunikation zwischen Einzelpersonen im sogenannten Chatraum hat der "Nickname" große Bedeutung: Er ist sozusagen gleichzeitig deine Adresse, deine Telefonnummer und dein Gesicht, und kann

selbst im physikalischen Raum eine persönliche Orientierungsmarke werden und bleiben ("ach, DU bist das"). Bei vielen Chat-Servern können die "Nicks" registriert und damit geschützt werden.

Auch aktivistische Internetnutzung ist mit dem Problem der Sichtbarkeit konfrontiert. Wie mache ich mich sichtbar und auffindbar für andere Aktivisten, wie für Netznutzerinnen außerhalb aktivistischer Kreise? Wir werden diesem Problem immer wieder begegnen, wenn wir aktivistische Netznutzung diskutieren - bei der aktivistischen Infoseite ("virtueller Infostand"), bei der virtual civil Disobedience, die versucht, in "große" Webseiten zu intervenieren, so wie man vor der Zentrale eines Konzerns demonstriert. Sichtbarkeit herzustellen ist auch die Kernidee beim "semiotischen Hijacking", bei dem Aktivisten die semantische Nähe eines "großen Namens" besetzen; "Kanäle graben" meint die aktive Gestaltung des Internets, indem Kommunikationskanäle und damit dichte Netzwerke gebildet werden. Wenn wir solche Formen diskutieren, ist es nicht nur wichtig, die Eigenarten des Netzes im Hinterkopf zu behalten, sondern ebenso, die Relation des Internets zu physikalischem Raum und sozialen Strukturen und Praxen stets mitzudenken. Sowohl erfolgreicher Aktivismus als auch die Gegenstrategien der Macht operieren in einer Realität, die den virtuellen Raum des Internets ebenso einschließt wie den geographischen Raum der Straßen und Städte. Unsere Aufreihung von Aktionsformen ist weder systematisch noch vollständig - politischer Aktivismus im Internet steht erst am Anfang seiner Entwicklung, und es existieren kaum "fertige", etablierte und als selbstverständlich anerkannte Formen politischen Handelns im Netz. Gerade das verleiht dem Thema seine Bedeutung, trotz der unvermeidlichen Gefahr, dass die nachfolgenden Beispiele in ein paar Jahren nur noch Kopfschütteln auslösen werden.

virtual civil Disobedience

Mitte und Ende der 1990er Jahre gab es verschiedene Vorschläge, Formen der direkten gewaltfreien Aktion von der Straße ins Internet zu übertragen. Solche Vorschläge einer virtual civil Disobedience stellten den Versuch dar, das Netz als politischen Protestraum zu konstituieren, als Ort des politischen Widerstands und der politischen Intervention. In gewissem Sinne spiegeln sie als Antithese den Netz-Hype der Dotcom-Ökonomie wider, der das Netz vor allem als Einkaufsstraße und Konsumparadies zu inszenieren suchte.

Als Aktionsformen propagieren die Vertreter des "virtuellen zivilen Ungehorsams" Formen wie Netz-Sit-ins und Blockaden. (11) So inszenierten die britischen Elektrohippies 1999 während der Proteste in Seattle ein virtual Sit-in auf der Webseite der Welthandelsorganisation. 400 000 nahmen an der Aktion teil. (12) Grundidee dabei ist, die Webseiten einer Institution oder eines Konzerns mittels einer Denial-of-Service-Aktion zu blockieren, indem möglichst viele Menschen zu einer vereinbarten Zeit auf diese Seiten zugreifen. Im Idealfall wird so die Seite unerreichbar. Die Wirkung entspricht der eines Sit-ins, eines Streikpostens oder einer Straßenblockade vor dem Eingang zur Konzernzentrale. Falls die angegriffene Firma oder Institution ihre eigene Netzkommunikation über denselben Kanal abwickelt wie den externen Web-Verkehr, ist die Blockade vollständig - keiner kann rein, keiner kommt raus.

Für die Beurteilung solcher Aktionen ist es wichtig, sowohl den unmittelbaren technischen Effekt zu diskutieren als auch die sozialen und kommunikativen Wirkungen einer Protestaktion. Bei einer Straßendemonstration, einer Blockade oder einem Sit-in ist die Zahl der Protestierenden ein wichtiges Maß für die Stärke des Protests. Auf die virtual civil Disobedience übertragen heißt das: Je mehr Menschen sich an einem virtuellen Sit-In beteiligen, desto effizienter wird der Webzugang der angegriffenen Institution blockiert - und damit wird der Massencharakter der Aktion auf indirekte Weise sichtbar. Hier zeigt sich jedoch ein für die digitale Kommunikation und Interaktion typisches Paradox: Um möglichst viele Zugriffe auf der angegriffenen Seite zu bewirken, ist es sinnvoll, die Webzugriffe durch geeignete Software zu automatisieren. Das hat außerdem den Vorteil, dass die Protestierenden nicht nur das Gefühl haben, sich an einer guten Sache zu beteiligen, sondern nebenher - im Unterschied zur Sitzblockade - auch noch einer sinnvollen und/oder Geld verdienenden Tätigkeit nachgehen können. Wird dieser Gedanke fortgesponnen, zeigt sich, dass es effizientere Formen gibt, Traffic zu produzieren, als den massenhaften Zugriff auf eine Webseite. Noch weiter gedacht, liegt die Idee nahe, auf die protestierenden Massen ganz zu verzichten und stattdessen möglichst viele fremde Computer für den Angriff zu kooptieren, ohne deren Besitzer lange zu fragen. Am Ende der Gedankenkette steht ein einzelner PC, ein Internetzugang und ein Skriptkid (13) - und in der Tat sind die technisch wirksamsten Denial-of-Service-Attacken genau so zu Stande gekommen: Attacken, die es schafften, Netzriesen wie Yahoo

und Microsoft für viele Stunden aus dem Netz zu nehmen. Politische Aktionen sind solche notwendigerweise klandestinen Angriffe nicht. (14)

Der virtuelle zivile Ungehorsam, wie er u.a. von Ricardo Dominguez vom Elektronik Disturbance Theatre propagiert wurde, operiert im bewussten Gegensatz zu solchen Skriptkid-Aktionen, wenn er sich selbst eine geradezu lächerlich anmutende technische Ineffizienz auferlegt ("Maya-Technologie"). Anstelle die Anonymität des Netzes zu nutzen, erfolgt der illegale, Blockade erzeugende Netzzugriff beim virtuellen Sit-In unmaskiert vom eigenen Rechner aus - der Angreifer ist im Prinzip leicht zurückzuverfolgen und zu identifizieren. Diese Identifizierbarkeit resultiert nicht aus der Dummheit der virtuellen ProtestlerInnen, sondern ist der bewusste Versuch, ein virtuelles Äquivalent zum Einstehen "mit dem eigenen Körper" zu schaffen, das die direkte Aktion auf der Straße kennzeichnet. Aus demselben Grund wird auf technisch effizientere, aber anonyme Angriffstechniken verzichtet. Aus Sicht der Teilnehmenden bleibt im Vergleich zur Sitzblockade auf der Straße aber dennoch ein Unterschied: Während der Aktion selbst bleibt das Kollektiv der Protestierenden abstrakt, nicht unmittelbar sichtbar und nicht als soziale Gruppe erfahrbar. Die einzige direkte "Wirkung" des Protests zeigt sich als langsamerer Zugriff auf die angegriffene Webseite.

Im Hinblick auf mediale Außenwirkung konnten manche Aktionen des "virtuellen zivilen Ungehorsams" vor einigen Jahren allerdings ein beachtliches Medienecho erzielen. Die Neuheit der Aktionsform sicherte Medienaufmerksamkeit, und die Vorstellung, AktivistInnen könnten den neu konstituierten virtuellen Straßenraum zum Schauplatz von Protest und Intervention machen, passte in den Mediendiskurs, der das Internet als virtuellen Parallelraum konzeptualisierte. Inzwischen sind "virtuelle Sit-ins (...) selten geworden, und DOS (Denial-of-Service)-Attacken haben sich vielfach ins kriminelle Milieu verlagert". (15)

Als Beispiel für eine medial (wenn auch nicht technisch) erfolgreiche virtuelle Protestaktion kann die "Online-Demo" gegen die Lufthansa-Webseiten im Rahmen der Deportation-Alliance-Kampagne gegen Abschiebefluglinien gelten. (16) Das Online-Magazin Telepolis konstatierte: "Für die Cyberaktivisten oder Hacktivisten müssen (...) die bürgerlichen Freiheiten auch im Cyberspace gelten. Sierk Hamann, Richter und Experte für Online-Recht, fordert dazu u.a., auch solche DOS-Attacken ‚im Lichte der Grundrechte` zu sehen, die eine allgemeine Meinungsfreiheit garantieren." (17) Das Beispiel der Deportation Alliance-Kampagne zeigt auch, dass die netzbasierte Aktion gerade im Rahmen einer Kampagne erfolgreich war, die sich weitgehend außerhalb des Netzes abspielte und von einer breiten, mit einer Vielzahl von Aktionsformen operierenden Bewegung getragen wurde. So war es möglich, ein hohes Aufmerksamkeitsniveau der etablierten Medien zu sichern, für die der Online-Protest als mediales Schmankerl dazukam. Die Netz-Intervention war hier Teil einer umfassenderen Kommunikations- und Aktionspraxis, die sich sowohl im physikalischen wie im virtuellen Raum abspielte und die Vorbereitung und Durchführung der Aktion ebenso einschloss wie ihre politische Kontextualisierung. (18)

Wo GATT draufsteht ist nicht GATT drin

Orientierung im Internet funktioniert über Labels und Namen. Die World Trade Organisation (WTO) ist im Internet nicht deshalb sichtbar und präsent, weil ein protziger virtueller Palastbau den virtuellen Straßenraum verschandelt, sondern deshalb, weil das Kürzel WTO als bekanntes Signet die Auffindbarkeit der Organisation und die Relevanz der Informationen auf der entsprechenden Webseite (www.wto.org) sicherstellt: Sichtbarkeit und Auffindbarkeit einer großen und mächtigen Organisation im Internet sind durch die Besetzung von Zeichen und Symbolen bestimmt.

Doch der Raum der Zeichen und Symbole ist vieldimensional und komplex. Kleine Gruppen von AktivistInnen können sich in der (semantischen) Nachbarschaft mächtiger Institutionen breit machen und die semantische Nähe nutzen, arglosen WebnutzerInnen ihre eigenen Informationen nahe zu bringen. AktivistInnen können im vieldimensionalen Zeichenraum des Netzes erreichen, was im realen Straßenraum undenkbar wäre - beispielsweise eine hundert Meter hohe Wagenburg in der Nachbarschaft des Towers der Deutschen Bank zu errichten. So siedelte sich direkt neben der Webseite der WTO eine zweite Seite (www.gatt.org) an, die mit optisch gleicher Präsentation Informationen zur Kritik der kapitalistischen Globalisierung im allgemeinen und der WTO im speziellen bereitstellt. Die semantische Nähe der Kürzel GATT (19) - WTO, das professionelle Design der alternativen Seite und die Verwendung von Business-Newspeak seitens der GATT-Autoren sorgten des öfteren dafür, dass die GATT-Seite mit der offiziellen Seite der WTO verwechselt wurde. Solche Verwechslungen führten dazu, dass die Besitzer der GATT-Seite (the Yes Men) mehr als einmal eingeladen

wurden, die WTO auf internationalen Konferenzen zu vertreten - eine Verpflichtung, der sie stets mit großem Ernst nachkamen. Die resultierenden Begegnungen der vierten Art sind auf der Webseite der Yes Men (www.yesmen.org) dokumentiert: Kommunikationsguerilla im Herzen der Bestie.

Der Trick, eine Seite mit einem Namen zu besetzen, der täuschend nahe an einem Namen oder Begriff liegt, der sich im "Besitz" eines politischen Gegners befindet, kann in verschiedener Weise genutzt werden. AktivistInnen können den Gegner lächerlich machen (www.gwbush.com), die Politik des Gegners korrigieren (so the Yes Men, als sie auf gatt.org die Auflösung der WTO bekannt gaben), oder einfach die erhöhte Sichtbarkeit und Auffindbarkeit ihrer Webseite dazu nutzen, eigene Informationen unter die Leute zu bringen. Zwar versuchen große Firmen und Institutionen, ihr semantisches Umfeld abzusichern, beispielsweise indem sie Webadressen mit verwandten Namen aufkaufen oder versuchen, "verwechselbare" Seiten mit juristischen Mitteln aus dem Netz zu drängen. Doch auf Grund der komplexen und vieldimensionalen Natur sprachlicher Verknüpfungen und Assoziationen wird es für semantische HausbesetzerInnen auch in Zukunft möglich sein, ein Plätzchen für ihre vielfältigen Aktivitäten zu finden.

Eine dritte Möglichkeit, im Internet auffindbar zu werden, ist es, Netzwerke zu knüpfen, oder anders gesagt: Kommunikationskanäle durch das Internet zu graben, sich durch vielfache Verlinkung und Vernetzung sichtbar zu machen und dabei gleichzeitig das Netz selbst als "eigenen Kommunikationsraum" weiterzuentwickeln.

Wer schon mal versucht hat, via Webseite oder "virtuellem Infostand" an die Öffentlichkeit zu gehen, weiß, dass die Grunderfahrung Flugblatt verteilender AktivistInnen - "warum hört mir keiner zu?" - im Internet nicht verschwunden, sondern nur zu oft einem anderen Problem gewichen ist: "Warum findet mich keiner?" Die Strategie der Sichtbarmachung funktioniert hier anders als beim Infostand in der Fußgängerzone. Im physikalischen Raum ist ein Infostand Bestandteil des Straßenbildes. Er ist zumeist temporär für den mehr oder weniger angemeldeten Zeitraum an einem bestimmten Ort präsent und für alle an diesem Ort wahrnehmbar. Je nachdem an welcher Stelle eines öffentlichen Platzes oder am Verlauf einer Straße ein Infostand steht, erregt er Aufmerksamkeit oder steht zumindest am Weg. Anders beim virtuellen Infostand in Form einer Webseite. Zwar steht der Infostand zeitlich, oder auch von Ausdehnung und Aufwand her vergleichsweise unbegrenzt herum. Aber es existiert kein gemeinsam erfahrbarer Raum. Sichtbarkeit wird von jedem Surfer, jeder Webseitenbetreiberin aktiv selbst produziert. Der wahrgenommene Raum ist im Internet individuell maßgeschneidert. Die Tatsache, dass wir wichtige alternative Informationen bereitstellen, ist hier auf eine andere Art unerheblich geworden als beim schnell weggeworfenen Flugblatt.

Das mittlerweile aus zirka 130 Webadressen auf allen fünf Kontinenten bestehende alternative Nachrichtennetzwerk der Independent Media Centers (IMC), oft als Indymedia abgekürzt, soll als Beispiel für die Praxis des "Kanälegrabens" mit dem Ergebnis einer deutlichen Sichtbarkeit dienen. (20) Indymedia wurde zweifellos als "virtueller Infostand" gegründet, als eine Plattform, auf der jede Demonstrantin, jede Medienaktivistin, jede besorgte Bürgerin unmittelbar berichten konnte, was sich 1999 während der Proteste gegen die Welthandelsorganisation in den Straßen von Seattle abspielte. Gleichzeitig war Indymedia als reproduzierbares Modell konzipiert, das ähnlich wie ein Projekt der freien Software-Entwicklung beliebig multipliziert werden konnte, ohne dadurch an Qualität zu verlieren. (21)

Die "Software", die Indymedia ausmacht, war dabei nicht nur Active - der Code, der das Open Publishing ermöglicht - sondern in einem metaphorischen Sinn auch die Art und Weise, wie die Indymedia-Webseiten moderiert und verwaltet werden sollten. (22). Anders als sonstige Webprojekte war das Modell so konzipiert, dass die Grenzen zwischen NutzerInnen und AdministratorInnen verschwimmen konnten. Wer heute einen Artikel auf der Seite liest, kann schon morgen selbst einen Bericht, ein Bild, ein Interview oder ein Video ins Netz stellen und sich übermorgen in eine der unzähligen Arbeitslisten vor Ort oder weltweit einmischen.

Vielleicht ist diese Abhängigkeit von der aktiven Partizipation vieler einer der Gründe, aus denen Indymedia in den fünf Jahren seines Bestehens immer sichtbarer geworden ist. Wer den Namen heute googelt, erhält über sieben Millionen Einträge, und zumindest die ersten 200 davon verweisen fast ausschließlich auf Indymedia-Webseiten. Immer mehr Leute können zudem einen sozialen Weg zu den Seiten finden - sei es über die Nutzung als alternative Nachrichtenagentur oder zur Verbreitung eigener Nachrichten, durch eine von den vielen "befreundeten" Webseiten, die Indymedia spiegeln, über gemeinsame Erfahrungen im Strahl der Wasserwerfer diverser globaler Proteste oder bei den Nachtschichten im Dispatch-Chat (23), durch die Zusammenarbeit an einem der vielen Kleinprojekte oder über die Off-line-Aktivitäten, die viele

Indymedia-Kollektive von Videovorführungen über Work-Shops bis zu (nicht-virtuellen!) Infoständen veranstalten.

Kanäle graben: Open Publishing und Indymedia

Wie funktioniert diese aktive Partizipation? Sowohl die jeweiligen Webseiten als auch die einzelnen Kollektive sind untereinander vielfach vernetzt. Der gemeinsame Name und die relativ festgelegte typografische Gestaltung der Indymedia-Webseiten rufen wie kommerzielle Brands einen Wiedererkennungseffekt hervor. Was Indymedia von diesen unterscheidet, ist die permanente Einladung zum Mitmachen. Auf zirka 700 Mailinglisten, über 2.000 wiki-Seiten und Dutzenden von Chaträumen tauschen sich Hunderte von Leuten permanent aus, arbeiten zusammen (oder auch gegeneinander), streiten sich, diskutieren, planen Veranstaltungen oder die Berichterstattung über den nächsten globalen Aktionstag und nicht zuletzt die Weiterentwicklung der Software und die Serverpflege. Diese rege Kommunikation in elektronischen Kanälen verschmilzt mit Begegnungen im physikalischen Raum, sei es auf internationalen Convergences oder bei den regelmäßigen Treffen der einzelnen Indymedia-Kollektive im aktivistischen Alltag. Es entsteht gegenwärtig ein dichtgewebter Kommunikationsraum, der, indem er genutzt wird, sich zudem ständig weiterentwickelt.

Obwohl Indymedia also eigentlich nichts weiter ist als eine Plattform für alternative Nachrichten, funktioniert das Projekt kommunikationstheoretisch ganz anders als ein herkömmliches Medium. Die Webseiten herkömmlicher Zeitungen wie auch virtuelle Infostände sind (trotz gelegentlicher Forum-Angebote) noch immer nach dem Modell: "ein Sender - viele Empfänger" gebaut. Indymedia dagegen ermöglicht nicht nur die Partizipation von vielen Sendern und vielen Empfängern - das tun jedoch die Chaträume auf yahoo.com auch. Das Projekt lässt zusätzlich einen weltweiten Kommunikationsraum für viele admins (Webseiten-Verwalter) entstehen - ein Ansatz, der den individualisierenden Aspekt der elektronischen Kommunikation mit dem alten Ansatz kollektiver, selbstbestimmter Produktion verbindet. Naomi Klein verglich die Struktur der globalen Bewegung mit dem Internet: "Its the Internet come to live". (24) Umgekehrt wird auch ein Schuh draus: It brings the Internet to live! In einer Zeit, in der mediale Repräsentation als zentrale Ressource angesehen wird (Stichwort "Informationsgesellschaft"), schafft sich die Bewegung der People from Seattle die Infrastruktur zu ihrer Selbstdarstellung selbst. Die Privatisierung dessen, was als commons (Gemeingut) gefasst wird, wird nicht einfach hingenommen. Die privatisierten und überwachten Orte in den Städten werden immer wieder zum Schauplatz kreativer Aneignungsprozesse, ebenso wie die freie elektronische Kommunikation: Das Recht zur nicht regulierten Nutzung von Inhalten oder Software etwa wird permanent mit neuen Mitteln zum Thema gemacht.

Typisch für die Entwicklung freier Software ist dem Projekt Ökonux zufolge u. a. die internationale Zusammenarbeit. (25) Für Indymedia ist dies eine Voraussetzung für die alltägliche Arbeit: Wenn der beste Programmierer für die in Großbritannien verwendete Software in Holland sitzt, muss man eben mit ihm Verbindung halten. Ein geographisch unabhängiger Kommunikationsraum ist unabdingbar für die Berichterstattung über globale Protesttage. Dabei wiederum werden neue Techniken entwickelt, angeeignet, genutzt. Wiki, das Tool zum kollektiven Content-Management, verbreitet sich derzeit mit hoher Geschwindigkeit im Netz. Indymedia nutzt die Wiki-Variante schon seit 2001. Der Umgang mit Chaträumen und E-Mails ist selbstverständlich. Viele Kollektive vor Ort experimentieren mit Radio- und Videostreams, tauschen VHS-Kassetten und DVDs aus.

Das alles geht natürlich nicht ohne Schwierigkeiten ab. Trotz aller Bemühungen um Vielsprachigkeit ist die Lingua Franca nach wie vor Englisch - aber es gibt immerhin einen Übersetzerpool, der mittlerweile über ein eigens entwickeltes Übersetzungstool kommuniziert. Immer wieder mal flammen heftige Streits innerhalb und zwischen Kollektiven auf, die einen Teil ihrer Hitzigkeit sicher auch den Eigenarten elektronischer Kommunikation verdanken. Manchmal sind die Listen down und jegliche Kommunikation kommt zum Stillstand. Oder die Firma, die einen Server beherbergt, zieht um und legt dabei zentrale Funktionen tagelang und ohne Vorwarnung lahm.

Diese Komplikationen zeigen andererseits, dass die Akteure von Indymedia sich neue Techniken nicht nur aneignen, sondern diese auch weiterentwickeln oder gar hervorbringen. In der Anwendung von nicht vollständig ausgereiften Techniken wird jede Nutzung zu einem Testlauf, jede Panne zu einer Gelegenheit, den Ablauf zu perfektionieren, neue Lösungen zu entwickeln, "Bugs" (Programmierfehler) zu beseitigen. Neue Lösungsstrategien und Konzepte entstehen nicht nur für Software und Hardware, sondern auch und vor allem

im sozialen Bereich. Während Indymedia-AktivistInnen das tun, was sie für ihr Projekt brauchen, nämlich kommunizieren, graben sie sozusagen neue Kommunikationskanäle, erfinden Nutzungskonzepte und Umgangsformen - kurz, sie entwickeln das Internet selbst mit all den noch nicht erfundenen und noch zu entdeckenden Anwendungen, Umgangsweisen und Technologien. So entsteht eine Perspektive, in der das Internet nicht mehr auf den die "reale Welt" simulierenden Cyberspace der 90er Jahre beschränkt ist, sondern Teil eines weitergefassteren Kommunikationsraums wird, in dem physische und "virtuelle" Identitäten quasi cyborgmäßig verschmelzen.

Dass diese Praxis noch ungewöhnlich ist, fiel uns bei der dritten Ökonux-Tagung (2004) in Wien auf, wo Indymedia-VertreterInnen Fragen gestellt wurden wie: Arbeitest Du da ganztags? Wo sitzt die Zentrale? Wo werden Entscheidungen getroffen? Obwohl hinreichend bekannt ist, dass in der Struktur des Internet keine räumlich festgelegte Zentrale vorgesehen ist, erscheint die Vorstellung nicht selbstverständlich, dass ein internationales Projekt sich völlig auf diese dezentrale, durch elektronische Kommunikationskanäle verbundene Struktur einlässt und dort auch seine Entscheidungen reifen.

So ist Indymedia, eigentlich ein ganz braves Gegenöffentlichkeitsprojekt, doch gleichzeitig auch ein Entwicklungslabor, einer von vielen experimentellen Räumen, wo vielleicht, hoffentlich, bestimmt Aktionsformen entwickelt werden können, die über die bloße, unzulängliche Abbildung des Straßenprotests hinausgehen.

Kanäle graben gegen linke Borniertheiten

Beim Internet wiederholt sich ein Phänomen, das auch im Zusammenhang mit früheren medienkulturellen Innovationen zu beobachten war: Zu Beginn wird versucht, bekannte soziale und kulturelle Praxen in den Nutzungs- und Handlungsmustern der neuen Technik abzubilden. Was sich später tatsächlich durchsetzt, konnte sich am Anfang niemand wirklich vorstellen. In diesem Sinne gilt es weiter zu probieren. (26) Aber das ist leichter gesagt als getan. Der immer noch experimentelle Charakter von Internetnutzung macht dieselbe attraktiv, aufregend, sexy. Gleichzeitig ist es gerade das radikale Bekenntnis zu Offenheit und Transparenz, das Vertrauen in die Fähigkeit der Szene zur Selbstregulierung (die vernünftigste/durchführbarste Idee "gewinnt"), die Teilen der Linken (nicht nur hier zu Lande) Schwierigkeiten bereitet.

Wie weit ein altlinker Organisationsmodus von einer offenen, die Möglichkeiten elektronischer Kommunikation ausschöpfenden Selbstorganisation entfernt ist, war bei den Vorbereitungen für das Europäische Sozialforum 2004 (ESF) sehr schön zu beobachten. Initiatoren des Antrags für den Veranstaltungsort London waren die Trotzkisten von der Socialist Workers Party (SWP), die auf Grund ihrer streng hierarchischen Organisationsform von vielen schlicht als stalinistisch bezeichnet wird. Die Kader der SWP bewiesen ihre Inkompetenz, indem sie beispielsweise E-Mail-Kontaktadressen als Geheiminformationen behandelten, die Erstellung einer nicht einmal besonders wichtigen Mailingliste erst nach einer formalen Machbarkeitsstudie in Betracht ziehen wollten, und sich erst vier Monate vor der Veranstaltung zur Erstellung einer offiziellen Webseite entschließen konnten. Wichtige Treffen wurden weder angekündigt noch dokumentiert, geschweige denn öffentlich diskutiert. Die Chance auf eine breite Selbstorganisation linker Gruppierungen im Land wurde verschenkt - ob auf Grund einer tiefsitzenden Angst vor dem anarchischen Potenzial des Internets, aus Machtgeilheit oder einfach aus Dummheit, sei dahingestellt. (27)

Nicht nur in Großbritannien ist das soziale Kapital linker Platzhirsche in Gefahr. Stundenlange Strategiediskussionen, vertraulicher Informationsaustausch auf Korridoren und in den Pissoirs, das Jonglieren mit Geschäftsordnungstricks, die Virtuosität, mit der Information als Währung der Macht gehandelt, strategisch platziert oder deplatziert wird, all das scheint in Gefahr, hinfällig zu werden, wenn sämtliche Informationen, Protokolle, Diskussionen für alle im Internet zugänglich sind - die dann auch noch die Möglichkeit haben, auf gleichberechtigter Ebene zu kommentieren, zu diskutieren oder zu blockieren. (28)

Theoriekompetenz, ein traditionelles Statussymbol in der deutschen Linken, wird durch ein Medium entwertet, das für theoretische Diskussionen eher ungeeignet ist. (29) Gemäß dem Programmierer-Motto "release early, release often" ist es auf den Creative Commons des Internet wichtiger, unreife und vorläufige Ideen frühzeitig zur Diskussion zu stellen, als "richtige" und "theoretisch konsistente" Elaborate der kritischen Kritik als geistiges Eigentum des jeweiligen Autors zu präsentieren. Die Fähigkeit, ein Tool im Internet bereitzustellen

oder eine Webseite für die jeweilige Gruppe oder Aktion zu erstellen, kann in diesem Kontext wichtiger sein, als am dritten Band des Kapitals gerochen zu haben.

Wenn neue Möglichkeiten sozialer und politischer Praxis, die sich mit der Netzkommunikation ergeben, von der Linken nur unzureichend genutzt werden (können), dann liegt das Problem nur all zu oft in einer Praxis, die versucht, bisherige Arbeitsweisen, Denkweisen, Hierarchien, Organisation einfach auf die neue technische Struktur zu übertragen. Wie in den vorangegangenen Beispielen angedeutet, funktionieren Teile der Linken nach einem über lange Jahre eingeübten, fest gefügten und oft hierarchischen Modus. Dazu kommt in Deutschland ein speziell deutscher Reinheitswahn - zwar geht es nicht um die Reinheit der Rasse, aber um die Reinheit der Gedanken, Handlungen oder Begriffe. Nur all zu oft kultivieren "Linke" eine Haltung, die ständig über falsches und richtiges Bewusstsein befindet, immer schon alles besser weiß, beurteilt und aburteilt. Gestrebt wird nach der reinen Lehre, der wasserdichten Theorie und Praxis. (30) Dass das Internet mit seiner infizierenden, virusbegünstigenden, unreinen, hybriden Funktionsweise eine Gefahr für bestehende Machtstrukturen darstellt, zeigt sich schon an den Regulierungsversuchen von Wirtschafts- und Regierungsseite - und manche Teile der Linken haben offenbar ein ähnliches Problem. Die Wahnvorstellung, die einzig richtige und wahre Position formulieren zu müssen, ist Teil jener "Deutschen Ideologie", in der Zusammenarbeit, Kooperation und das Knüpfen und Suchen von Verbindungen, wie es das technische Potenzial des Internet ermöglicht, unterstützt und nahe legt, offenbar nicht denkbar erscheinen. (31) Das Eingrenzen und Ausgrenzen, das Dämme bauen jedoch stehen dem Charakter der neuen Informations- und Kommunikationstechniken diametral entgegen. Es ist eine Voraussetzung des Arbeitens in internationalen Netzwerken und des Kanälegrabens, die Unschärfe einzurechnen, und zwar weniger als ideologisches Problem, denn als Chance. Die neuen Techniken bringen viele neue Probleme mit sich - aber sie beinhalten auch Möglichkeiten, sich anders zu organisieren, neue, ungewohnte soziale Beziehungen zu erfinden, Neuland zu betreten. Dazu braucht es Mut, Neugier, Unbefangenheit. Was am Ende herauskommt, bleibt abzuwarten. (32)

autonome a.f.r.i.k.a. gruppe

Dieser Beitrag ist eine Vorabveröffentlichung aus: Marc Amman (Hg.):// go.Stopp.act. Die Kunst des kreativen Straßenprotests. Geschichten - Aktionen - Ideen. Trotzdem Verlag Frankfurt. Erscheint im Januar 2005, 216 Seiten Großformat. 14 EUR. Weitere Informationen zum Buch: www.go-stop-act.de. Weblog des Buches: http://kreativerstrassenprotest.twoday.net

Literatur:

Nettime (Hrsg.): Netzkritik. Berlin, 1997 (Edition ID-Archiv).

Critical Art Ensemble: Elektronik Civil Disobedience and Other Unpopular Ideas. New York, 1995 (Autonomedia).

The Yes Men: The True Story of the End of the WTO. New York, 2004 (Disinformation).

Anmerkungen:

1) Die AutorInnen der autonomen a.f.r.i.k.a. gruppe mixen bewusst Schreibweisen mit großem, kleinen oder ohne i und weichen damit von der in ak (relativ) üblichen Schreibweise mit großem I ("AktivistInnen") ab. (Die Red.)

2) Vgl. Gerald Raunig: Wien Feber Null. Eine Ästhetik des Widerstands. Wien 2000. Besonders das Kapitel: "Cyberkids und die Bannmeile", S. 5762.

3) Vgl. Flashmobs gegen die spanische Regierung, unter: www.telepolis.de/deutsch/inhalt/te/16961/1.html.

4) Vgl.: http://demo.ffii.org/bxl und Indymedia-Bericht unter: www.indymedia.org/en/2004/04/110798.shtml.

5) Zuletzt wurde eine solche Position von Konrad Becker (Public Netbase Wien) eingenommen (vgl. Terror, Freiheit und Semiotische Politik: In: Kulturrisse Nr. 3/4 2004, S. 32-33. URL: http://igkultur.at/igkultur/kulturrisse/1088492475/1091783923): "Denn der physische Raum des Spektakels ist nicht mehr der Schlüssel zum Verständnis oder Erhalt von Herrschaft, stattdessen ist die hegemoniale Kontrolle des virtuellen Raums und der Bildwelten der neue Ort der Macht. Das physische Spektakel der

Repräsentation als rituelle Inszenierung und Affirmation von Besitzverhältnissen wird ersetzt durch symbolische Dominanz im Informationsraum, hypnotische Repetition und die erzwungene Produktion von Stille."

6) Ein Indikator dafür wäre etwa das von William Gibson geprägte Modell des Cyberspace, einem mittels Körper-Maschine-Interface navigierbaren Parallelraums. Solche in den Science-Fiction-Welten des Cyberpunk beschriebenen Vorstellungen spiegeln sich in vielen, während der 90er Jahre nicht nur beim Gaming beliebten Versuchen wider, "virtuelle Realitäten" zu konstruieren. In diesen grafischen Simulationen sollen mittels Cyberhandschuh oder Datenmaske immer perfektere sinnliche Erfahrungen ermöglicht werden, die über den bloßen Blick auf den Bildschirm hinausgehen.

7) Unsere Sozialisation als Linksradikale ließ uns nur selten den appellativen Charakter von Unterschriften-Sammlungen ertragen. Insofern konzentrieren wir uns auch im Zeitalter des Informationskapitalismus und Postfordismus auf die politischen Kommunikations- und Handlungsmuster, die wir selbst sehr gut kennen. Als Ausnahme vgl. Sonja Brünzels: "Natürlich sind zehn Deutsche dümmer als fünf Deutsche." In: com.une.farce 2 (1999) unter: www.copyriot.com/unefarce/no2/cdu.html.

8) Damit ist das unberechtigte Verändern einer Webseite gemeint, vgl. unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Defacement.

9) Ein Symptom dafür ist die sogenannte "Abmahnplage", wenn etwa ein Herr Andreas Shell von dem Konzern Shell zur Übergabe seiner Domäne "shell.de" verklagt wird, vergl. Telepolis, 29.07.2003, unter: www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/15278/1.html.

10) Ein Konflikt innerhalb des Kollektivs führte 2003 zur Spaltung, die Verhandlungen über Domainnamen zogen sich über Monate hin.

11) Um diesen Ansatz hat sich insbesondere das Elektronik Disturbance Theatre verdient gemacht. Deren Software Floodnet wird seit 1998 für Aktionen von der Unterstützung der Zapatisten bis hin zur Verteidigung einer Kunst-Internetdomäne gegen einen Konzern mit ähnlichem Namen im Toywar genutzt. Vgl. die Interviews mit Ricardo Dominguez in Telepolis, 18.2.2000, unter: www.telepolis.de/deutsch/inhalt/te/5809/1.html und 16.6.2001, unter: www.heise.de/tp/deutsch/special/info/7897/1.html, sowie in: Raumzeit, Oktober 2001, www.raumzeit-online.de/102001/11.html.

12) Online-Archiv der Elektrohippies unter: www.fraw.org.uk/ehippies.

13) Skriptkid: junge Computernutzerin mit Grundkenntnissen, Neugier und (noch) ohne viel politisches Bewusstsein

14) Obwohl sich manche "Einzelhacktivisten" durchaus als politisch verstehen, wie z. B. Renaud Courvoisier, der sich mit automatischen Spam-Programmen beschäftigt: Im Jahr 2000 legte seine MAIL-O-MATIC-Kampagne die Webseite eines multinationalen Investment-Unternehmens für fünf Tage lahm. Behauptet jedenfalls: www.abc.net.au/hacktivists/about_chrs.htm.

15) Konrad Becker: "Terror, Freiheit und Semiotische Politik" in: Kulturrisse Nr. 3/4 2004, S. 32-33, unter: http://igkultur.at/igkultur/kulturrisse/1088492475/1091783923.

16) Vgl. Serhat Karakayali: "Virtuelle Demo gegen Abschiebung während der Lufthansa-Aktionärsversammlung am 20. Juni 2001" in: com.une.farce 5 (2001) unter: www.copyriot.com/unefarce/no5/odemo.html. Vgl. auch autonome a.f.r.i.k.a. Gruppe: "Communication Guerilla: Using the Language of Power." In: Eveline Lubbers (ed.): Battling big Business. Countering Greenwash, Infiltration and other Forums of corporate bullying. Devon 2002, S. 166-176. Außerdem: autonome a.f.r.i.k.a. gruppe: "Imagebeschmutzung" in: HKS 13. vorwärts bis zum nieder mit - 30 Jahre Plakate unkontrollierter Bewegungen. Hamburg 2001 (Assoziation A) und unter: www.copyriot.com/unefarce/no5/image72dpi.pdf.

17) Vgl. Telepolis, 20.06.2001, unter: www.heise.de/newsticker/meldung/18620.

18) Siehe dazu auch das Interview mit Ricardo Dominguez in Telepolis unter: www.heise.de/tp/deutsch/special/info/7897/1.html.

19) General Agreement on Tarifs and Trade, vergl. unter: http://de.wikipedia.org/wiki/GATT

20) Auch viele andere Webseiten werden von ihren eigenen Communities getragen und gestaltet, und haben das Problem der Sichtbarkeit für sich gelöst: etwa Wikipedia oder Slashdot.

21) Eine Aufsatzsammlung zur Geschichte von Indymedia findet sich in der Zeitschrift Media Development 4 (2003) unter: www.wacc.org.uk.

22) Diese Sichtweise vertritt schon im Jahr 2001 Matthew Arnison: "Open publishing ist the Same as free Software", unter: www.cat.org.au/maffew/cat/openpub.html. Vgl. auch Biella Coleman: "Indymedia's Independence: From Activist Media to free Software", 2004, unter: http://journal.planetwork.net/article.php?lab=coleman0704.

23) Dispatch-Chat: Internet-Chatroom, in dem eingehende Nachrichten verifziert werden

24) Z. B. 2001 in einem Interview mit Ian Walker anlässlich dessen Films "Hacktivists": Vgl. auch Katharine Viner: "Hand-to-brand-combat" in: The Guardian, 23.9.2000, unter: www.guardian.co.uk/weekend/story/0"371750,00.html.

25) Eine Zusammenfassung der Charakteristika von der Entwicklung freier Software findet sich auf der Ökonux- Webseite unter: www.oekonux.org/introduction/blotter/index.html.

26) Hier wäre vor allem die Geschichte des Telefons zu erinnern, das beispielsweise für Opernübertragungen ausprobiert wurde. Dass es heute vor allem zur alltäglichen Organisation des sozialen Umfelds genutzt werden würde, und dass die meisten Telefonate im Umkreis von drei Kilometern stattfinden, hätte sich bei seiner Einführung niemand vorgestellt.

27) Es existiert kein vollständiger Bericht über die Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem ESF in London. Für Hintergrundinformationen vgl. die alternative Webseite: http://esf2004.net/en/tiki-index.php?page=HorizontalNetwork und: uk.indymedia.org.

28) Selbstverständlich setzt die bloße Verfügbarkeit von Informationen noch keine hinreichende Bedingung für das Bröckeln und die Verflachung von Hierarchien. Aber auf der Ebene von Aktivistinnen in sozialen Bewegungen ist sie eine notwendige Bedingung, um derlei Barrieren infrage zu stellen.

29) Vgl. Marion Hamm/Michael Zaiser: "com.une.farce und indymedia.uk - zwei Modi oppositioneller Netznutzung" unter: www.copyriot.com/unefarce/no4/argue.html. Die dort diskutierten Schwierigkeiten, "offene" theoretische Diskussionen im Netz zu führen, haben zwischenzeitlich zum Ende der "Internet-Theoriezeitung" com.une.farce beigetragen.

30) Symptomatisch hier zu Lande ist die Rezeption von Empire von Michael Hardt / Toni Negri. Hier erwiesen sich diverse linke Fraktionen in weiten Teilen unfähig, das Anregungspotenzial und die Anstöße des Buches schöpferisch anzuwenden.

31) Natürlich gibt es auch das umgekehrte Problem, wenn sich die Logik der Netzkommunikation auf den konkreten Handlungsraum eines Noborder-Camps wie 2002 in Straßburg überträgt: "Manches deutet darauf hin, dass der Kommunikationsmodus des virtuellen Raums unwillkürlich auf die materielle Umgebung der Rheinwiese übertragen wurde, auf der das Camp sich ausdehnte." Und das führte zu erheblichen Kommunikationsmängeln vor Ort. Vgl. Marion Hamm: "A r/c tivism in physikalischen und virtuellen Räumen", 9/2003, unter: www.republicart.net/disc/realpublicspaces/hamm02_de.htm.

32) Vielleicht behält Karl Marx ja doch Recht. Wenn die materielle Basis des Seins das Bewusstsein bestimmt, dann würde eine technikinspirierte experimentierfreudige soziale Praxis im Internet vielleicht auch implizit dazu beitragen, dass manche linke Narretei, Verbohrtheit und Borniertheit irgendwann der Vergangenheit angehören wird. Aber das ist wohl zu technikdeterministisch gedacht.

Kontakt zur autonomen a.f.r.i.k.a. gruppe: afrika@contrast.org. Die Gruppe betreibt seit gut einem Jahr auch eine "Blogchronik der Kommunikationsguerilla": http://kommunikationsguerilla.twoday.net/ In diesem Weblog

finden sich zahlreiche Hinweise zur Praxis und Theorie der Kommunikationsguerilla als auch auf Texte der a.f.r.i.k.a. gruppe im Netz. Ein Weblog ist so genannte social Software, bei der eine unbestimmte Anzahl von Personen gemeinsam eine Webseite inhaltlich gestalten kann. Wir wollen hier das Archiv der Kommunikationsguerilla (www.contrast.org/kg/kollektiv) fortführen (vgl. http://kommunikationsguerilla.twoday.net/topics/0+Kollektives+BLOG+Mitachen). Weblogs funktionieren nach dem Tagebuchprinzip und gehören zu den vielleicht interessantesten Internetwerkzeugen für Koordinierung und Kooperation sozialer bzw. politischer Praxis.

6. Spielball zwischen den Blöcken

Die USA, Russland, die EU und die "demokratische Revolution" in der Ukraine

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:07

Die Bewertung der Kiewer "Revolution" durch die Mehrheit der PolitikerInnen der USA und der EU sowie der Mainstream-Medien folgt dem bekannten Muster: Schon nach den Ereignissen von Beslan forderte eine Gruppe "internationaler Persönlichkeiten" auf Initiative US-amerikanischer Konservativer in einem "Offenen Brief" an die NATO und die EU eine Korrektur der bisherigen kooperativen Russlandpolitik.

Tatsächlich wurde bei den Wahlen in der Ukraine manipuliert, allerdings von beiden Seiten. WahlbeobachterInnen berichten nicht nur über Verstöße aus dem Lager von Janukowitsch, sondern auch über "signifikante Manipulation" durch Juschtschenko-Anhänger im Westen der Ukraine. Hierüber findet sich im Eurasischen Magazin ein höchst aufschlussreiches Interview mit dem britischen Journalisten John Laughland, Mitglied der "British Helsinki Human Rights Group", der zur Wahlbeobachtung vor Ort war. Im veröffentlichen Mainstream erscheinen dagegen nur Berichte über Verfehlungen im Janukowitsch-Lager - und über Putins Einmischungen.

Putin hat sich in der Tat eingemischt, Russland hat Interesse an einer autoritären Stabilisierung der Ukraine und bringt dieses Interesse auch deutlich zum Ausdruck. Damit wird jene Entwicklung zumindest behindert, die gemeinhin als Demokratisierung bezeichnet wird. Aber was sind die Putin-Auftritte in Kiew gegen die von Bush Senior, Madeleine Albright und Zbigniew Brzezinski, die Kiew im Verlauf dieses Jahres besucht haben? Was sind sie gegen die 600 westlichen Berater, die in den Stäben Juschtschenkos gearbeitet haben, was gegen die 105 Millionen Dollar, die Juschtschenko nach offiziellen Angaben aus Washington als Wahlhilfe erhielt, ganz zu schweigen von den Geldern, die inoffiziell über den Geldmagnaten Soros oder über die zahllosen NGOs an die Opposition flossen? Ohne diese Millionen wären die Kundgebungen, die Laser-Light-Shows, die gewaltigen Bühnenaufbauten, die riesigen Videoleinwände, das Rockkonzert undenkbar gewesen.

Was ist das für eine Demokratisierung, die die Ukraine seit dem Ende der Sowjetunion Schritt für Schritt systematisch an die NATO und an Europa bindet, sie aber zugleich von einer Mitgliedschaft in der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ausschließt? Faktisch wurde die Ukraine zum Armenhaus, zum Frontstaat, zum Aufmarschgebiet zwischen Russland und der "einzig verbliebenen Weltmacht" USA, die seit dem Rückzug der Sowjetunion aus Afghanistan systematisch daran arbeiten, Russland auf einen Kernbestand zu reduzieren, um die "Filetstücke" - Öl, Gas und die sonstigen Ressourcen Eurasiens - neu zu verteilen. Wer es nicht glaubt, lese Zbigniew Brzezinskis "Einzige Weltmacht" und vergleichbare Äußerungen von konservativen US-Strategen, die gerade die Abspaltung der Ukraine aus dem ehemaligen russischen Verband als besonders dringlich bezeichnen. "Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr", schrieb Brzezinski. Die EU-Strategen, weniger offen, aber nicht weniger begehrlich, sprechen verschämt von der "strategischen Ellipse", die Objekt einer gezielten europäischen Sicherheitspolitik sein müsse. Diese "Ellipse" zieht sich von Saudi-Arabien über den Iran, Afghanistan, die kaspische Region, den Kaukasus bis nach Nord-Russland. Die Ukraine ist Teil davon - und ein besonders wichtiger, wie aus den neuesten Veröffentlichungen der regierungsnahen Zeitschrift Osteuropa hervor geht, die kürzlich unter dem Titel "Europa unter Spannung - Energiepolitik zwischen Ost und West" erschienen sind.

Welche Politik daraus für die "einzige Weltmacht" folgt, ist in Brzezinskis Buch an vielen Stellen nachzulesen. Dort wird der Ukraine die Rolle eines "geostrategischen Dreh- und Angelpunktes" auf dem "eurasischen Schachbrett" zugewiesen. Was daraus für die Ukraine folgt, ist gegenwärtig zu beobachten: Spaltung des Landes und Eingriffe von außen, die die Ukraine zum Frontstaat zwischen Russland und dem Westen degradieren.

Ins Niemandsland zwischen NATO, EU und Russland gedrückt, ist die Ukraine zum politischen Spielball zwischen den Blöcken geworden. Der Ausgang der jetzigen Wahlen, wie sehr im Detail auch manipuliert worden sein mag, ist dabei nicht in erster Linie Ergebnis von äußeren Eingriffen, seien es russische oder westliche. Das faktische Unentschieden ist authentischer Ausdruck der Situation: Die Ukraine ist ein gespaltenes Land, das zur Zeit nicht weiß, ob seine Zukunft in einer Wirtschaftsunion mit Russland liegt, die

2004 mit Aussicht auf eine Zollunion unter Einschluss von Kasachstan, Weißrussland und Moldawien gebildet wurde; oder ob sie eine Mitgliedschaft in der EU anstreben soll, die jedoch in unerreichbarer Ferne liegt.

Noch in seinem Lob für die "demokratische Revolution" erklärte EU-Vertreter Solana, eine Mitgliedschaft der Ukraine in der EU komme auf lange Sicht nicht in Frage. Offensichtlich ist die Munitionierung der Ukraine als Bollwerk gegen Russland auch für die EU wichtiger als deren Stabilität, so dass man auch eine drohende Spaltung in Kauf zu nehmen bereit ist, wenn sie nur Russland schwächt.

Kai Ehlers

www.kai-ehlers.de

Das neue Buch von Kai Ehlers trägt den Titel: "Erotik des Informellen. Impulse für eine andere Globalisierung aus der russischen Welt jenseits des Kapitalismus. Von der Not der Selbstversorgung zur Tugend der Selbstorganisation. Alternativen für eine andere Welt." edition8, Zürich 2004, 192 Seiten, 16,80 EUR

7. Es kann nur besser werden

Uruguay: Wahlsieg der Frente Amplio lässt Hoffnungen sprießen

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:08

Als am 31. Oktober gegen 21 Uhr die Wahlergebnisse bekannt wurden, ging ein Freudenschrei durch Montevideo. Nach vielen Jahren Sozialdepressionen und Massenexodus junger Menschen ins Ausland endlich eine Nacht der Euphorie. Die Frente Amplio, die "Breite Front", hat die absolute Mehrheit errungen. Eine Stichwahl ist nicht nötig. Am 1. März 2005 wird der Sozialist Tabaré Vázquez sein Amt als Staatspräsident antreten. In beiden Kammern des Parlaments wird die Frente über eine Mehrheit verfügen. Das macht ein solides Regieren möglich, ohne ständig neue Mehrheiten zusammenklauben zu müssen. Doch welche Perspektiven hat eine linke Regierung in Uruguay, mitten in der ökonomischen Krise?

Wir saßen in jener mystischen Nacht des 31. Oktobers zu acht Leuten um vier Uhr morgens in einer Kneipe der Innenstadt Montevideos. Von überall her strömen junge Leute durch die Straßen. Offensichtlich sind doch nicht alle ausgewandert. Die Jugend schwingt die Fahnen der Frente, der linken Gruppen, der Sozialistischen Partei, aber auch der eher am rechten Rand des Bündnisses angesiedelten Asamblea Uruguay. Der Sieg gehört allen. Frühsommer, milde Winde.

Einer am Tisch war gerade aus dem Wahlbüro der MPP gekommen, der "Bewegung für die Beteiligung des Volkes", die von den Tupamaros, den früheren Stadtguerilleros, dominiert wird. Noch in der Wahlnacht ist man dort besorgt. Die Stimmen sind noch nicht alle ausgezählt und schon beginnt das Gerangel um die Posten.

Wir bestellen einen Liter Bier und ein kleines Fläschchen nationalen Wein, Hausmarke. Das reicht gerade für zwei Gläser. Eine Kellnerin, vielleicht Anfang zwanzig, kassiert gleich an den Tischen draußen. Das Fläschchen Wein kostet 70 Pesos, umgerechnet 2,30 Euro. Für europäische Verhältnisse recht billig. Aber sie, die Kellnerin, hat tagsüber noch einen Job, als "selbstständige" Angestellte in einer Putzkolonne, wo sie 8 Pesos die Stunde verdient. Um zwei Gläschen Wein zu bezahlen, müsste sie 9 Stunden arbeiten. Auch sie ist in dieser Nacht glücklich: Es kann nur besser werden.

Lange Nacht der Euphorie

Schon am nächsten Tag nimmt der designierte Präsident Gespräche mit der Wahlverliererin "Nationalen Partei" auf. Er bietet an, einige der Nationalen in seine Regierung, zumindest in die Leitungen der Staatsbetriebe aufzunehmen. Schon in den letzten Monaten haben Frente und einige Politiker der Partido Nacional gemeinsame Gesetzesvorhaben verabschiedet - im Zusammenhang mit dem Plebiszit um die Privatisierung der Trinkwasserversorgung und mit einigen konkreten Investitionsplänen im Landesinneren.

Der künftige Wirtschaftsminister Danilo Astori plant mit den Beamten der bisherigen Regierung einen geordneten Übergang. Er will verhindern, dass Akten verschwinden, Festplatten gelöscht werden. Schon in den ersten Tagen nach der Wahl zeichnen sich innerhalb der neuen Regierung zwei Linien ab, die von Astori (Asamblea Uruguay) und die der MPP, der stärksten Gruppe innerhalb der Frente. Ihr charismatischer Anführer Pepe Mujica soll Superminister für Produktion werden. Er war einer der Tupamaro-Gründer, ebenso wie Nato Fernandez Huidobro, der im Verteidigungsministerium die Fäden ziehen soll.

Astori setzt auf den "brasilianischen Kurs", das heißt auf eine eher orthodoxe Wirtschaftspolitik. Er will den Sparkurs weiter führen, die Zahlungsverpflichtungen erfüllen und alles unternehmen, um die Stabilität und die Regierungsfähigkeit nicht aufs Spiel zu setzen. Astori hatte schon vor der Wahl im Senat gegen Projekte gestimmt, die im Parteiprogramm der Frente jedoch ausdrücklich festgeschrieben sind: Ein Gesetzesvorschlag der Frente etwa sah vor, dass Grundbesitz in ländlichen Gegenden nur von natürlichen Personen und nicht von Aktiengesellschaften erworben werden kann. Dagegen hatte Astori gestimmt, um, wie er sagte, "Investoren nicht zu erschrecken". Wie Produktionsminister Mujica nach der Wahl angesichts dessen solche Vorschläge umsetzen will, weiß er auch nicht. "Wir werden sehen", antwortete er auf meine diesbezügliche Frage.

Mit der "Das-entscheiden-wir-später"-Parole konnte die Wahl gewonnen werden. Frente-Anführer wollten sich nicht einmal festlegen lassen, ob sie die Menschenrechtsverletzungen der Militärs untersuchen lassen oder an

der Straffreiheit festhalten wollen. Doch einige Verfahren laufen bereits - und die Erwartungen an späte Gerechtigkeit seitens der Bevölkerung sind immens.

Die MPP will den Binnenkonsum anheizen und wird dafür die Geldpresse anwerfen müssen. Doch Inflation will Astori verhindern. Da prallen zwei unversöhnliche Konzepte aufeinander. Uruguay ist eines der teuersten Länder des Subkontinents, aber die Löhne stagnieren seit der Krise des Jahres 2002, als der Bankencrash drohte und Sparguthaben eingefroren wurden. Für alle produktiven Projekte wird Kapital benötigt werden. Woher wird es kommen? Die internationalen Finanzorganisationen werden ihre Forderungen nicht zurückschrauben. Überlegt man, zusammen mit den progressiven Regierungen Brasiliens und Argentiniens - und vielleicht gehen Paraguay, Chile und Bolivien mit - ein Moratorium? Bisher deutet nichts darauf hin.

Eine politische Auseinandersetzung innerhalb der Frente steht bevor. Doch die Chancen auf eine konstruktive Lösung stehen gut. Beide Seiten - die radikalen wie die gemäßigten um Danilo Astori - wissen, dass sie die Frente brauchen und damit auch die Stimmen der jeweils anderen Gruppe. Sie sind verlässliche Bündnispartner, keine Abenteurer. Die Einheit der Frente, 1971 gegründet, ist bisher heilig. Astori ist ein kluger Wirtschaftswissenschaftler und gewiss nicht korrupt. Und Mujica und seine Mitstreiter in der MPP wissen, dass die Bevölkerung von ihnen keine Revolution, sondern durchgreifende Reformen erwartet.

Vermutlich wird die künftige Regierung mit Vertrauten aus dem Umfeld von Vázquez und Astori besetzt werden. Die MPP hat ihre neue Strategie verkündet: Sie erwarte, dass der künftige Frente-Kandidat für das Amt des Bürgermeisters von Montevideo von der MPP kommt. Denn in den letzten 15 Jahren habe die Frente keineswegs eine alternative Kommunalpolitik betrieben. In der Tat: Zwar sind größere Skandale vermieden worden, aber am traditionellen Klientelismus haben die Frente-Bürgermeister nichts geändert. Die Verkehrspolitik ist nach wie vor eine Katastrophe, Umweltschutz keine Priorität. Hier will die MPP Zeichen setzen, an der Basis wachsen und von der Basis aus Druck auf die nationale Regierung ausüben.

Wie flau auch immer die Kompromisse sein werden, die die neue linke Regierung Uruguays eingehen wird und eingehen muss: Ihr Wahlsieg markiert einen neuen Linksruck im Subkontinent. Aus Venezuela hat Hugo Chávez angekündigt, billiges Erdöl zu liefern und aus dem Mercosur mehr als ein Zollbündnis sondern eine politische und wirtschaftliche Einheit zu machen. (1)

Heilige Einheit, notwendiger Streit

Unsere Kellnerin erwartet schnelle Lösungen. Realpolitik allein wird sie nicht satt machen. Die Mindestlöhne müssen verdoppelt werden, damit in einem Land, das Lebensmittel für den Weltmarkt produziert, nicht gehungert wird. Die Hälfte der Bevölkerung gilt als arm, das (teil-) privatisierte Rentensystem hat die Armut noch verschlimmert. Eine Verstaatlichung des privaten Systems wird nicht angestrebt. Aber vermutlich müssen staatliche Hilfsprogramme her, um die in Armut Abgerutschten aus dem Elend zu ziehen. Wird ein neues Steuersystem entwickelt werden, inklusive Einkommensteuer? Die Zeiten, als die Einkommensteuer eine effiziente Methode der Umverteilung war, sind nicht nur in Europa längst vorbei, weil sich die wirklich Reichen dieser Besteuerung entziehen. Und die sehr hohe Umsatzsteuer hat in Uruguay den Vorteil, dass sie ohne bürokratischen Aufwand sofort einzuziehen ist und soziale Härten durch ein System der Abstufung vermeidet.

Fazit: In Uruguay sind erfahrene Leute in die Regierungsstuben eingezogen. Es kann nur besser werden.

Gaby Weber

Anmerkung:

1) Der Mercosur ist ein Zusammenschluss der Länder Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Assoziierte Mitglieder sind Venezuela, Mexiko, Bolivien und Chile. Über die eigentlichen Ziele der Schaffung einer Zollunion und Freihandelszone hinaus entwickelt sich der Verbund zunehmend zu einem politischen Staatenbündnis.

8. Rebellion ohne Flugblattverteilen

Zwischen autoritärer Linker und Sehnsucht nach dem guten Leben - der Beatnik Jörg Fauser

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:09

Über die Underground- und Politszene der 1960er und 1970er ist mittlerweile viel geschrieben worden. Leider werden in diesen Texten oft Mythen konstruiert und Klischees bedient. Der Schriftsteller Jörg Fauser hat mit seinen autobiografischen Geschichten und Zeitschriftenaufsätzen stets versucht, einen kritischen und genauen Blick auf diese Zeit zu werfen. Fauser starb mit 43 Jahren bei einem Unfall. In diesem Jahr wäre er 60 Jahre alt geworden - Anlass für das Erscheinen einer ersten Fauser-Biografie von Matthias Penzel und Ambros Waibel.

Geboren 1944 in Bad Schwalbach im Taunus wächst Jörg Fauser in einem Frankfurter Vorort als Kind eines Kunstmalers und einer Schauspielerin auf. Wie der von ihm geschätzte amerikanische Schriftsteller Charles Bukowski bekommt Fauser die Gegenkultur der Kommunen, Studentendemonstrationen, Hippie-Festivals, Rock- und Beatschuppen zunächst eher am Rande mit. Und wie bei Bukowski beginnt seine Literatur erst in der fortschreitenden Düsternis der 1970er Jahre zu wirken. Fauser findet Antworten auf die Frage, warum das magische Jahrfünft der Gegenkultur von 1966 bis 1971 nur wenig mehr als Depressionen und Ratlosigkeit hinterlassen hatte.

Zunächst erlebt Fauser jedoch eine harte Lehrzeit. Nach abgebrochenem Zivildienst in Heidelberg flüchtet er, dort opiatabhängig geworden, im Herbst 1967 nach Tophane, einem Stadtteil Istanbuls. Er bleibt dort ein Jahr lang. Den "Sommer der Liebe" und die Unruhen des Mai 1968 verbringt er damit, durchreisenden Mittelschichts-Hippies aus Europa und den USA Geld abzuknöpfen, um damit im Junkieviertel Istanbuls Opium zu besorgen. Früh sieht Fauser die aus der Mitte der Gesellschaft hereinbrechenden politischen Umwälzungen von der Kehrseite aus, von der Verliererseite.

Nachdem er im Herbst 1968 nach Deutschland zurückgekehrt ist, steigt Fauser in die Kommunarden- und Hausbesetzerszene von West-Berlin und Frankfurt ein. Um 1973 herum löst sich der mittlerweile mit dem Profischriftstellertum liebäugelnde, fast dreißigjährige Fauser aus der linken Szene. Den Rest der 1970er Jahre verbringt er, von seiner Opiatsucht geheilt, als hart arbeitender und hart trinkender Journalist und Schriftsteller in der Münchener Boheme- und Kulturszene.

Mit dem Krimi "Der Schneemann" kommen im März 1981 Anerkennung und Erfolg. Die ProtagonistInnen dieser Geschichte sind ein Ensemble aus bankrotten Kleinbürgerexistenzen, sich politisch grün färbenden, reichen Bohemiens und windigen Agenten der Staatsbürokratien. Der Roman spiegelt auf beklemmende und oft surrealistische Weise die paranoide, richtungslose Stimmung der späten 1970er und frühen 1980er Jahre wieder.

Die 1960er aus der Kellerperspektive

Fauser zieht anschließend nach Berlin und wird Redakteur und Kolumnenschreiber beim Kultur- und Veranstaltungsmagazin Tip. Damit kommt er im von ihm so verachteten deutschen Kulturbetrieb recht weit oben an. 1984 berichtet der Spiegel ausführlich über ihn; er sitzt in angesehenen Talkshows und referiert über die deutsche Literatur; "Rohstoff", sein kleines Juwel, erscheint. Auch privat scheint Fauser das Glück hold. Er heiratet im Juli 1985 Gabriele Oßwald. Zusammen mit ihr und ihren beiden Kindern zieht er nach München in eine geräumige Wohnung. Am Morgen des 17. Juli 1987 wird Jörg Fauser auf der Autobahn nahe des Münchener Flughafens Riem von einem Lastwagen überrollt. Er hat wohl, obwohl dies ungeklärt bleibt, nach einer Solosauftour anlässlich seines 43. Geburtstags versucht, auf der Autobahn nach Hause zu gehen.

Die Biografie von Penzel und Waibel gibt einen guten Einblick in Leben und Werk Fausers. Sie ist gut recherchiert. Die Autoren neigen jedoch zu sehr dazu, Fauser in allem zuzustimmen und dessen Positionen sogar noch zuzuspitzen. Etwas mehr Abstand hätte hier gut getan. Fauser war sicherlich ein kluger Kopf, doch deswegen hatte er längst nicht immer in allem Recht - mal abgesehen davon, dass sich inzwischen vieles, gerade im Kulturbetrieb, geändert hat.

Eine eingehendere Analyse der politischen Einstellung Fausers fehlt leider in der Biografie. Fauser hat sich selbst als Anarchisten bezeichnet. Er begeisterte sich früh - allerdings wenig nachhaltig - für die anarcho-syndikalistische Revolution 1936 in Spanien. Die kommunistischen und marxistischen Gruppen der 1960er und frühen 1970er Jahre lagen ihm nicht; ihr autoritäres Gehabe und ihr protestantischer Arbeitseifer widerstrebten ihm. Nachdem 1982 Helmut Kohl an die Macht kommt, tritt Fauser in die SPD ein. Im Dezember 1983 schreibt er an seine Eltern, dass seine Partei allein schon wegen des "offensichtlichen Vollidioten" Kohl "wohl dazu verurteilt sein (dürfte), eine Alternative schon bald bieten zu müssen". Wie man heute weiß, dauerte es bis dahin noch eine halbe Generation, und eine Alternative wurde es auch nicht.

Trotz SPD-Mitgliedschaft lässt sich die politische Position Fausers vielleicht am ehesten mit der eines stets zweifelnden, pessimistischen und libertären Patrioten beschreiben. Eine solche Figur gibt es hier zu Lande kaum, sie ist eher in Großbritannien und den USA zu Hause. 1984 charakterisiert Fauser sein literarisches Alter Ego Harry Gelb wie folgt: "Es war nun mal sein Land, jedenfalls gab es kein anderes, das ihm Zuhause sein konnte, so einfach war das, und vor der Geschichte rannte man nicht davon. Überblickte man sie, dann blieb die SPD die einzige gesellschaftliche Position, die zuverlässig den Kurs hielt. Aber nicht aus politischen Gründen war Gelb bei ihr gelandet. Es war viel mehr das Zeichen zur endgültigen Heimkehr." Es ist heute leicht, über diese Position zu spotten; Anfang der 1980er Jahre dürfte kaum jemand etwas vom Ende der Sowjetunion und der sozialen Komponente der kapitalistischen Staaten oder vom Aufstieg des Systems EU geahnt haben.

Fauser bezog seine Ästhetik von Beat-AutorInnen wie Jack Kerouac (gestorben 1969). Die Idealisierung der unmittelbaren Erfahrung durch die Beatniks bringt Fauser mit einem Zitat von Allen Ginsberg auf den Punkt: "Es sollte keinen Unterschied geben zwischen dem, was wir niederschreiben und dem, was wir wirklich wissen, so wie wir es jeden Tag miteinander erfahren." Aber woher kommen die Kriterien, mit denen man erzählt?

Fauser hat den bleichen linken Intellektuellen mit seinem Zitatenschatz der Philosophenklassiker und seinen linken Parolen stets verachtet. Bei ihm ist das der "Adornoschüler" - vom Frankfurter Philosophieseminar direkt an die Hebel der Macht. In "Rohstoff" entlarvt Fauser auf köstliche Art und Weise die Arroganz und das Vorteilsstreben vieler Mittelschichtsrebellen. Er beschreibt, wie Anfang der 1970er Jahre ein besetztes Haus im Frankfurter Westend eingerichtet wird: Der Kommunistische Studentenverband KSV und die Rote Zelle Jura (Rotzjur) belegen die Beletage, italienische OperaistInnen von Lotta Continua und solide deutsche AnarchistInnen bekommen das zweitbeste Wohnquartier. Im verwanzten Dachgeschoss überleben "Arbeitslose, Ausländer, anarchistische Splitterelemente". Die subproletarischen Rocker dagegen hausen im Keller. Eine der ersten Parolen der marxistischen Fraktionen lautet: "Hände weg von unserem Kachelbad."

Beat-Ästhetik und Lob der Erfahrung

Fauser hat sich bei so viel Hierarchisierung nach der einfachen menschlichen Gleichheit und Wärme gesehnt, und er glaubte später, sie in Stehausschänken, billigen Speisegaststätten und verqualmten Apfelweinstuben zu finden. Es scheint, als habe Fauser hier die Gemeinschaft der Machtlosen als Brüder und Schwestern gesehen - mit etwas Alkohol als Schmierstoff. Das ist Fausers eigentliche "Heimkehr", und sie führt direkt ins relativ gut abgefederte Kleinbürgertum und Arbeitermilieu der sozialliberalen Zeit. Da erscheinen schlesische Revanchisten schon mal als anständige, vielleicht etwas altmodische Leute und zugesoffene Machos als Exzentriker.

Fauser hat seine Eckkneipen-Poesie allerdings nie so weit getrieben, dass sie zur positiven Identifikation mit der dort beschriebenen Gesellschaft taugt. Die Welt der Stehausschänke und Vertreterlokale war Fausers Rückzugsraum, wo er von den penetrant gut gelaunten und optimistischen Intellektuellen verschont blieb. Für Fauser war das die Folie, das Korrektiv, von dem aus er die Studentenrevolte und deren politisch progressives Nachfolgermilieu kritisch beäugte. Dennoch war es nicht nur die reine Folie. Er glaubte dort eine überlebensfähigere und zukunftsfähigere Menschlichkeit zu finden.

Intellektuelle politische Betätigung als eine von Macht verseuchte Sackgasse, die gemütliche Nische als robuster Rückzugsraum: Dies mag in den 1970er Jahren teilweise so gewesen sein. Vergessen hat Fauser dabei aber, dass die aktuell erlebte Zeit nur ein sehr kleiner Ausschnitt der Wirklichkeit ist. Hier hat seine von den BeatpoetInnen inspirierte Ästhetik des direkten Erlebens ihre Grenzen. Für Fauser brachten große politische Utopien und gesellschaftliche Veränderungen vor allem Mord und Totschlag und neue Herren mit

sich. Diese Position teilt er beispielsweise mit George Orwell. Doch Fauser hat übersehen, dass nicht ein defensives Zusammenhalten der kleinen, machtlosen Leute geschichtliche Katastrophen verhindert, sondern die richtige Weichenstellung zur rechten Zeit. Wenn man den so genannten Spießern ihre Existenz wegnimmt, werden sie - hier sei einmal Adorno zitiert - "durchdrehen". Dafür kann man derzeit kaum die großen Utopien verantwortlich machen. Und Macht liegt, dass dürfte seit Michel Foucault klar sein, nicht nur in den Händen der "Bonzen". Insoweit war Fauser wohl zu sehr Kind seiner Zeit - der trotz aller Hysterie relativ ruhigen und stabilen Zeit der Vollbeschäftigung.

Und dennoch bleibt Jörg Fauser ein großer Autor, Chronist und Geschichtenerzähler, der den Blick für das Wesentliche geschärft hat: das gute Leben. In seinen Gedichten und Erzählungen hat er beschrieben, welch potente Waffe in der Verweigerung steckt. Statt wie seine GenossInnen die ganze Nacht Flugblätter zu kopieren und sich vor Fabriktoren, meist nutzlos, die Hacken abzufrieren, hat Fauser die "gestohlene" oder vielmehr wieder angeeignete Zeit besungen. Er beschreibt die goldene Zeit jener Tage, die in den verrauchten Pinten oder in den Matratzenlagern der besetzten Häuser verbrachten worden war, wo nach dem fünften Bier die Weltformel geknackt wurde und Zeit war, den ganzen Nachmittag im Bett zu knutschen, während draußen alles robottete und gehetzte Blicke auf den Kontoauszug warf.

Am Tresen, wo die Heimat ist

In der immer totalitärer werdenden Gesellschaft eines Spektakels aus Arbeitsverherrlichung und Konsumzwang bleibt der Ausstieg eine der wichtigsten Waffen. Genau da hat Jörg Fauser das Erbe der 1960er Jahre bewahrt und in wunderschönen Texten gepriesen. Darüber hat er wohl manchmal den Blick für größere gesellschaftliche Entwicklungen verloren. Fauser bleibt aber als widerständiger Autor bestehen. Das sollte man gerade in Zeiten, in denen beispielsweise Benjamin von Stuckrad-Barre, der Gutsherrenautor der Internetgeneration, seine Bücher mit Fauser-Zitaten würzt und Fauser im Deutschlandfunk rezitiert, nicht vergessen.

Carl Mosel

Matthias Penzel/Ambros Waibel: "Rebell im Cola-Hinterland. Jörg Fauser - eine Biographie", Berlin (Edition Tiamat), 2004. 287 Seiten, 16 Euro.

9. Heterosexualität: Die Macht der Norm

Konzepte für eine linke Machtanalyse - Teil 2

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:10

Was Machtstrukturen und Hierarchien angeht, die mit der sexuellen Orientierung zu tun haben, ist linke Politik und Analyse immer noch reichlich verkürzt oder gar ignorant. Dabei liegen durchaus Konzepte vor, mit denen diese Leerstellen gefüllt werden könnten, etwa "Heterosexismus" oder "Heteronormativität".

Linke Politik, die sich an einem Ideal von sozialer Gerechtigkeit und Herrschaftsfreiheit orientiert, braucht eine komplexe Theorie gesellschaftlicher Machtverhältnisse; monokausale Erklärungen, die Macht in einzelnen Zentren verorten, sind unzureichend. Der Mangel an Aufmerksamkeit gegenüber spezifischen Formen der Disziplinierung, Ausgrenzung und Unterdrückung hat das gesellschaftsverändernde Potenzial linker Bewegungen beschränkt. Er hat zu Spaltungen beigetragen, Allianzen erschwert oder unmöglich gemacht und zu einer Isolierung sozialer Kämpfe geführt. Eine solche verkürzte Machtanalyse spiegelt sich auch in der ethnozentristischen und heteropatriarchalen Verfasstheit linker Organisations- und Alltagskulturen wider. Und sie findet ihren Ausdruck in einer häufigen Ignoranz gegenüber den spezifischen Auswirkungen von z.B. Behinderung, Rassismus, Sexismus und sexueller Stigmatisierung auf die Erfahrungswelt vieler Menschen. Die Frage, ob es gelingt, politische Analysen und Strategien zu entwickeln, die der Interaktion verschiedenster Machtbeziehungen angemessen sind, entscheidet sowohl über den ethischen Gehalt linker Projekte als auch über die Erfolgsaussichten ihrer Kämpfe.

Um Machtprozesse um geschlechtliche und sexuelle Identitäten sichtbar zu machen, wurde im ersten Teil dieses Artikels (vgl. ak 489) die Bedeutung von "Homophobie", "Lesbophobie", "Biphobie" und "Transphobie" diskutiert. Mit Theorien, die sich um diese Konzepte entwickelt haben, lassen sich spezifische Formen von Ausgrenzung und Gewalterfahrung zwar verstehen, doch die Assoziation des Suffixes "Phobie" mit irrationalen Gefühlszuständen oder Reaktionen legt eine vornehmlich psychologisierende Sichtweise nahe. Demgegenüber entwickeln Konzepte wie "Heterosexismus" und "Heteronormativität" eine stärker gesellschaftsbezogene Kritik.

Gespür für das Richtige

Der Begriff "Heterosexismus" ist im Kontext von lesbisch-schwulem Bewegungsaktivismus entstanden und betont die strukturelle Dimension, die in der Stigmatisierung gleichgeschlechtlichen Begehrens angelegt ist. Er legt ein stärker soziologisches Verständnis sexueller Unterdrückung und Ausgrenzung nahe. Heterosexismus (oft auch als "Heterozentrismus" oder "Heterosexualismus" bezeichnet) reflektiert die alltagsweltlichen, institutionalisierten, systemischen und ideologischen Ausprägungen, die die Machteffekte der dominanten heterosexuellen Ordnung mit sich bringen: "Heterosexismus kann als eine Reihe unterschiedlicher sozialer Praktiken definiert werden ... in einer Reihe unterschiedlicher sozialer Sphären (z.B. auf der Arbeit, zu Hause, in der Schule, den Medien, der Kirche, den Gerichten, Straßen, usw.), in welchen die homo/hetero-binäre Unterscheidung auf eine Art und Weise operiert, die Heterosexualität privilegiert. Heterosexismus ist nicht universal, aber er durchdringt diese Kultur und wirkt zusammen mit anderen Strategien der Unterdrückung wie Klasse, Gender, Generation und Race" (1).

Heterosexismus eignet sich daher besser als das Homophobiekonzept, um z.B. die Privilegierung heterosexueller Lebensformen durch staatliche Politiken herauszustellen. Gesetzliche Ungleichbehandlung oder indirekte Formen der Diskriminierung und Benachteiligung durch sozialpolitische Maßnahmen basieren auf Wertungen, die tief mit kulturellen Formen und politischen Ordnungsvorstellungen verbunden sind. Sie lassen sich nicht in einem Modell erklären, das auf psychologischen Deutungen beruht.

Auch in anderer Hinsicht greift das Heterosexismuskonzept weiter. Homophobie erfasst persönliche Zurückweisungen und Gewaltreaktionen, die sich gegen (vermeintliche) Schwule oder Lesben richten, und umschreibt somit explizit anti-schwule oder anti-lesbische Haltungen und Verhaltensweisen. Heterosexismus hingegen deckt auch Machtäußerungen ab, die gar keines direkten Hinweises auf lesbischwule Sexualitäten bedürfen. Die Gleichsetzung von Elternschaft und Reproduktion mit Heterosexualität ist dafür ein gutes Beispiel. Väter und Mütter, die mit Kindern leben, gelten in der Wahrnehmung der meisten Leute automatisch

als heterosexuell. Ein solcher Heterozentrismus führt dazu, dass lesbische, schwule und bisexuelle Elternschaft verkannt und grundsätzlich negiert wird.

Homophobie wird außerdem in erster Linie mit Ablehnung, Unterdrückung oder Gewalt in Verbindung gebracht. Mit dem Heterosexismuskonzept hingegen können auch Machtprozesse benannt werden, die sich darin ausdrücken, was im herrschenden Verständnis als "normal" und "natürlich" gilt: "Heterosexismus ist zu verstehen als eine unhinterfragte gesellschaftliche Setzung heterosexueller Lebensentwürfe und -weisen, als die sexuelle ‚Normalität`, die z.B. die schwule und lesbische Existenz als Randerscheinung oder weniger ‚natürliches` Phänomen, als bloße ‚sexuelle Vorliebe` abhandelt." (2)

Diese Definition kommt einem Verständnis sehr nahe, das in der Queer Theory zur Entwicklung des Konzepts von "Heteronormativität" geführt hat. Sowohl Heterosexismus als auch Heteronormativität sind in der Lage, Machtprozesse hervorzuheben, die der Kategorie des Normalen innewohnen. Vom Standpunkt der Queer Theory aus betrachtet erscheint der Heterosexismusbegriff dennoch als fragwürdig, und zwar vor allem wegen seiner strukturalistischen Konnotationen. Queer Theory ist sehr stark durch poststrukturalistische Gedanken beeinflusst worden. Dazu gehören etwa die Betonung von Differenz und von Vieldeutigkeit - Aspekte, die einer strukturalistischen Gesellschafts- und Machtanalyse entgegenstehen.

Die Brüchigkeit der sexuellen Matrix

Mit dem Heteronormativitätskonzept postuliert daher die Queer Theory eine flexiblere Perspektive: "Unter Heteronormativität verstehen wir Institutionen, Verständnis- und Bedeutungsstrukturen und praktische Orientierungen, die Heterosexualität nicht nur als kohärent - das heißt, als eine organisierte Form der Sexualität - sondern auch als privilegiert erscheinen lassen." (3) Diese Privilegierung kann sehr unterschiedliche Formen annehmen: "völlig unbetont, als die grundlegende Sprache oder Symbolik für das Persönliche und das Soziale; oder auch klar gekennzeichnet als ein natürlicher Zustand; oder als eine Projektion, als ein Ideal oder eine moralische Errungenschaft". Folglich besteht Heteronormativität "weniger in Normen, die als eine klar umrissene Doktrin zusammengefasst werden könnten, als vielmehr in einem Gespür für das Richtige, das in widersprüchlichen Manifestationen produziert wird."

Allerdings gilt die angebliche Kohärenz von Heterosexualität in der Queer Theory als Fiktion. Wie jede andere Identität wird auch Heterosexualität als brüchig betrachtet. Sie beruht auf der Verwerfung bestimmter Anteile sexuellen (und vor allem eben gleichgeschlechtlichen) Begehrens. Da aber diese Verwerfung nicht anerkannt und betrauert wird, besteht die ständige Gefahr, dass heterosexuelle Selbstbilder in der Konfrontation mit diesem eingeschlossenen, unterdrückten Begehren immer wieder in Frage gestellt werden. Die "heterosexuelle Matrix" (Judith Butler) naturalisiert zwar Körper, Geschlechter sowie Formen des Begehrens und suggeriert "Verhältnisse dauerhafter Übereinstimmung zwischen biologischem Geschlecht (sex), sozialem Geschlecht (gender), sexueller Praxis und Begehren", doch sie ist instabil und prinzipiell uneindeutig. (4)

Heteronormativität als "gesellschaftlich produziertes Gespür für das ‚Richtige`, ‚Natürliche` und ‚Normale`" reguliert allerdings mehr als nur sexuelle und geschlechtliche Identität im Sinne einer Dichotomie von männlich/weiblich oder hetero/homosexuell. Viele Queer-TheoretikerInnen gehen davon aus, dass sich die hetero/homo-Dichotomie und die mit ihr verbundenen Wertungen und Assoziationen tief in unser kulturelles Verständnis eingegraben haben. Heterosexualität liefert somit auch Modelle für unser Denken über das Soziale oder Gesellschaftliche schlechthin. Die weit verbreiteten Vorstellungen, dass Familien die wichtigste gesellschaftliche Einheit seien, dass die Nation sich aus einer Gemeinschaft von Familien zusammensetze, oder auch die Metapher von "Vater Staat" sind Beispiele für eine solche Heterosexualisierung des Sozialen. Auch der Umstand, dass sich das Bild einer erfolgreichen Biographie immer noch häufig an den angeblich entscheidenden Schritten Partnerwahl, Heirat, Familiengründung und Kinderkriegen festmacht, illustriert diesen Punkt.

Heteronormativität definiert Zweigeschlechtlichkeit und "gegengeschlechtliches Begehren" als gesellschaftliche Norm. Das bedeutet aber nicht, dass deswegen alle Formen heterosexueller Beziehungen und Begegnungen gleichermaßen akzeptiert werden. Das, was als respektable heterosexuelle Männlichkeit oder Weiblichkeit gilt, wird auch noch über andere Faktoren wie sexueller Lebenswandel, Beziehungskonstellationen, Beziehungsdauer, Art des bevorzugten Sexes usw. bestimmt. Die Idealisierung hegemonialer Heterosexualitäten bedeutet zugleich eine Stigmatisierung vieler "anderer" heterosexueller

Identitäten, Beziehungen und sexueller Akte. Das betrifft z.B. flüchtige, auf sexuellen Lustgewinn ausgerichtete Beziehungen, Lebensentwürfe, die sich nicht an Partnerschaft oder Monogamie orientieren, nicht-genitaler oder analer Heterosex, S/M-Praktiken, Beziehungen, die auf einem großen Altersunterschied aufbauen, Beziehungen zwischen Personen mit unterschiedlichen ethnischen Zuschreibungen usw.

Sexualität und materielle Verhältnisse

Neben Sex und Gender sind Ethnizität und Klasse wichtige Kategorien in diesen Prozessen der Delegitimierung "anderer" Verhaltensweisen. Dies hat auch Auswirkungen auf queer-identifizierte Menschen und ihre Lebensführung. Queer-TheoretikerInnen stimmen sicherlich der These zu, dass Machtprozesse um Sexualität nicht ohne Bezugnahme auf die Kategorien Gender, Race/Ethnizität und Klasse gedacht werden können. Dennoch wird das in einer Perspektive, die sich nur auf das Heteronormativitätskonzept stützt, nicht deutlich. Es gibt in der Queer Theory die Tendenz, mehr von dem Konzept zu erwarten, als es eigentlich leisten kann. Um die Komplexität der Machtprozesse zu erfassen, die sich in und um Sexualität entfalten, muss deren Zusammenspiel mit Rassismen, Sexismen und Klasseneffekten viel stärker betont werden. Da Queer Theory sich einer Strategie der Dekonstruktion verpflichtet hat, ist das Thema "Klasse" bisher hauptsächlich auf seine Repräsentationseffekte untersucht worden. Vom Standpunkt einer linken Machtanalyse erscheint es relevant, stärker als bisher üblich zu untersuchen, wie sich materielle Verhältnisse auf die Konstruktion sexueller Differenz auswirken.

Christian Klesse

Anmerkungen:

1) Ken Plummer (Hg): "Modern Homosexualities", London 1992, S. 19

2) Claus Nachtwey: "Homophobie - Heterosexismus. Einflussmöglichkeiten des Staates", in Dokumente Lesbisch-Schwuler Emanzipation No. 15, Berlin 1996, S. 43

3) Lauren Berlant/Michael Warner: "Sex in Public", in: Critical Inquiry, No. 24, S. 548f.

4) Judith Butler, zitiert bei P. Wagenknecht: "Heteronormativität", in F. Haug (Hg.), Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 6/1, S. 191

10. Das dreckige Dutzend

"Sachpolitik und Systemopposition" - die NPD im sächsischen Landtag

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:11

Nach der Landtagswahl in Sachsen zog die NPD mit zwölf Abgeordneten in das Landesparlament ein. Dass sie zunächst auf unbekanntem Gebiet operiert, ist ihr offensichtlich bewusst. Und sie hat nicht vor, die Fehler, die die DVU in Bremen und in Sachsen-Anhalt gemacht hat, zu wiederholen. Es geht um die Eroberung des feindlichen Terrains. Dazu muss man möglichst schnell lernen, sich auf dem parlamentarischen Parkett zu bewegen. Was dem "dreckigen Dutzend", wie die Fraktion im Parlament hinter vorgehaltener Hand genannt wird, weniger schwer fällt als von der Konkurrenz erwartet ...

Jürgen Gansel ist einer der neugewählten Abgeordneten der NPD. Geboren wurde er in NRW, studiert hat er in Hessen. Seit 2001 ist er bei der Deutschen Stimme, dem Zentralorgan der NPD, im sächsischen Riesa tätig. Gleich drei der neuen NPD-Abgeordneten kommen aus dem Verlag. Neben Gansel, der über die CDU und den Bund Freier Bürger zur NPD gefunden hat, sind dies noch Alexander Delle, ehemaliger stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten (JN), und der Fraktionsvorsitzende Holger Apfel, langjähriger Führer der NPD-Nachwuchsorganisation. Die JN stellen offenkundig die "Kaderreserve der Partei" dar. Von dort kommen auch Apfels Nachfolger im Amt, Sascha Rossmüller, sowie der aktuelle Vorsitzende, Stefan Rochow. Beide entlasten die Parteikasse, indem sie jetzt nicht mehr als Hauptamtliche von der NPD, sondern als wissenschaftlich-parlamentarische Mitarbeiter vom Landtag bezahlt werden.

Jürgen Gansel ist Burschenschafter. Auch wenn er aus seiner Burschenschaft Normannia Leipzig zu Marburg ausgeschlossen wurde, da die Altherrenschaft in ihm das Haupt eines rechten Unterwanderungsversuches sah, gehört er doch weiterhin der Burschenschaft Dresdensia Rugia zu Gießen an. Und erst recht fühlt er sich noch immer dem burschenschaftlichen Wahlspruch "Ehre, Freiheit, Vaterland" verpflichtet.

Im Plenum sah man den Parlamentsneuling Gansel jüngst vertieft in die Lektüre des Bandes "Ami, go home!", verfasst von den beiden wackeren österreichischen Antiimperialisten Langthaler/Pirker, deren antisemitische Ausfälle notorisch sind. Dabei ging es ihm nicht, wie man vermuten könnte, darum, Möglichkeiten einer Querfrontstrategie in Sachen Antiamerikanismus auszuloten. Vielmehr bereitete er sich auf die Betreuung einer Besuchergruppe vor, die sich im Landtag angesagt hatte: Es handelte sich um Bundeswehrsoldaten der Offiziersschule Delitzsch. Während die Vertreter der anderen Parteien sich offenherzig als militärische Laien präsentierten und folglich dem, was die Offiziere aus ihrem Unterricht in politischer Bildung kannten, mal zustimmten und mal widersprachen, plädierte Gansel für eine Abkoppelung von der atlantischen Bindung an die USA, sprach sich für eine eigenständige europäische Militärstruktur aus und bezweifelte den Sinn von Bundeswehreinsätzen im fernen Afghanistan. Der NPD-Parlamentarier biederte sich nicht an, sondern setzte auf Konfrontation. Bei Offizieren, spekulierte er, würde er im Gegensatz zu Wehrpflichtigen ohnehin keine Unterstützung für seine Positionen bekommen, würde er höchstens bei dem einen oder anderen Zweifel an der Weisheit der politischen und militärischen Führung wecken können. Doch wenn es sich schon um Gegner handelt, so sein Kalkül, dann sollen sie mich wenigstens ernst nehmen. Und noch einen Nebeneffekt hatte die Taktik: Besuchergruppen werden künftig von den anderen Parteien wohl ernster genommen werden als in der Vergangenheit.

Die Partei für Skinheads und Handwerksmeister

Im Hintergrund saß während der gesamten Zeit ein junger Fraktionsmitarbeiter der NPD, der eifrig mitschrieb, allerdings ausschließlich Gansels Ausführungen. Jeder Auftritt eines NPD-Abgeordneten wird auf diese Weise begleitet. Während der Plenumssitzungen befindet sich ununterbrochen Ulrich Eigenfeld, stellvertretender Fraktionsgeschäftsführer sowie stellvertretender Parteivorsitzender und Landesvorsitzender Niedersachsen, auf der Zuschauertribüne und erfüllt seine Rolle als Supervisor. Penibel wird ausgewertet, welche Reaktionen des politischen Gegners zu verzeichnen sind, wie die anwesenden MedienvertreterInnen reagieren, was zu Rhetorik und Körperhaltung auffällt.

Einstweilen ist noch Abschottung gegenüber dem übergroßen Rest des Landtags angesagt. Geschlossen verlässt die zwölfköpfige Fraktion den Plenarsaal, ebenso geschlossen ist sie auch jede einzelne Sitzungsminute anwesend. Auf den Plätzen bleibt nicht ein Stück Papier außer den offiziellen Drucksachen

zurück. Und kein lesbares Stück Papier verlässt die Fraktionsräume: Fraktionsmitarbeiter Klaus Wartenfelser, Sicherheitsbeauftragter im Landesvorstand Saarland der NPD, hat die verantwortungsvolle Aufgabe, jeden Quadratzentimeter Bedrucktes zu schreddern.

Medienpräsenz durch gezielte Provokation

Niemand aus dem "dreckigen Dutzend" verfügt über parlamentarische Erfahrung. Kein Wunder, war doch der NPD letztmals 1968 in Baden-Württemberg der Einzug in einen Landtag gelungen. Unbestrittene Chefs im Ring sind Holger Apfel und das frühere Parteivorstandsmitglied Uwe Leichsenring. Dieser hat erheblichen Anteil daran, dass sich der Landkreis Sächsische Schweiz zum herausragenden regionalen Schwerpunkt der sächsischen NPD entwickelt hat. Der Fahrlehrer aus Königstein hat dafür gesorgt, dass dort nicht nur Skins das Bild der NPD prägen, sondern auch angesehene Handwerksmeister. Mit mehr als 15 Prozent der Stimmen ist dort die NPD zu einer kleinen Volkspartei geworden. Zum Vergleich: Die SPD schaffte am 19. September mit einiger Mühe die 5%-Sperrhürde. Doch der seriös auftretende und wirkende Leichsenring steht zugleich für das Doppelgesicht der NPD. Er gilt auch als Hintermann der als kriminelle Vereinigung verbotenen "Skinheads Sächsische Schweiz" (SSS). Sie agierten während früherer Wahlkämpfe als Saalschutz für die NPD, wofür es ein offizielles Dankschreiben gab. Und Leichsenring, auf die Frage antwortend, was er denn tun werde, falls die NPD das Verbot ereile, fiel als erstes ein, dass er dann vielleicht einen Aufnahmeantrag "bei seinen Freunden" von der - damals noch legalen - SSS stellen werde.

Alte Freundschaft rostet nicht. Als Ende November in insgesamt 29 Objekten eine Razzia wegen Fortführung einer verbotenen Organisation stattfand, betroffen davon auch bekannte Aktivisten und Führer der SSS, denen nunmehr die Umwandlung ihrer Bewährungsstrafen in reale Haftzeit droht, sprang umgehend die Landtagsfraktion der NPD schützend zur Seite. "Die sächsische Justiz" gehe "in ihrem Verfolgungswahn mit fadenscheinigen Argumenten" gegen "nationale Bürger vielleicht nur deshalb" vor, "weil sie von ihrem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit Gebrauch gemacht haben." Ein solcher "nationaler Bürger" war nämlich festgenommen worden: der 30-jährige Thomas Sattelberg, langjähriger Kopf der Gruppe. Dass bei der Razzia auch Waffen gefunden worden waren, erwähnte die NPD in ihrer Presseerklärung vorsichtshalber nicht.

Leichsenring kündigte an, die Aktion werde ein parlamentarisches Nachspiel habe: "Unsere Fraktion ist nicht bereit, diese gezielte Provokation so einfach hinzunehmen." Nach dem Motto "Angriff ist die beste Verteidigung" brachte seine Fraktion umgehend einen dringlichen Antrag ein, in dem die Demonstration der Kampagne "Schöner leben ohne Naziläden" in Pirna am Samstag vor der Razzia heftig angegriffen wird.

Bei Glasbruch in Dresden und Leipzig nach der Demonstration habe es sich um den "mit Abstand schwerste(n) Fall exzessiver politischer Gewalt im Freistaat seit mehreren Jahren" gehandelt. Gleichzeitig stellt die NPD einen Zusammenhang mit der Razzia dadurch her, dass sie die antifaschistische Demonstration mit einer Gegenaktion der Neonazis in der Sächsischen Schweiz in Verbindung bringt. Übelster Antisemitismus in den Aufrufen sowie die kaum verhüllte Drohung, die Autos der Antifaschisten in Dresden abzufackeln, hatten zu einer Anzeige der PDS-Landtagsabgeordneten Kerstin Köditz geführt. Außerdem wurde die E-Mail eines ehemaligen SSS-Aktivisten bekannt, der dazu aufrief, die Antifaschisten mit Buttersäure anzugreifen. Das blieb zwar aus, doch stattdessen fanden in Pirna Menschenjagden auf heimkehrende DemonstrantInnen statt.

Werben um die CDU-Braunzone

Für die NPD sind dieser Antrag sowie eine Reihe von mündlichen Anfragen ein Test. Es gilt auszuloten, ob man gegen die PDS und gegen die autonome Antifa eine gemeinsame Front mit der Staatsregierung bilden kann. Solche Gemeinsamkeiten hatten sich bereits bei einer Aktuellen Stunde zur Drogenpolitik gezeigt. Außerdem, und das ist wohl genauso wichtig, zeigt man den Neonazis der diversen "Freien Kameradschaften", dass auch sie davon profitieren, wenn die NPD im Landtag sitzt. Verschwörungstheoretisch orientiert, wie die extreme Rechte traditionell ist, glaubt man zudem an eine Komplizenschaft zumindest zwischen Justiz und Antifa, die es aufzudecken gelte.

Durch solche parlamentarischen Initiativen erreicht die NPD vor allem eines: mediale Aufmerksamkeit. Durch ihren Kurs der Provokation und scheinbaren Daueraktivität hat es die NPD geschafft, nahezu täglich in der Presse präsent zu sein.

Das war in dem auf die Wahlen folgenden Monat noch völlig anders. Alles starrte wie gebannt auf den Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD, der lange Wochen auf sich warten ließ. Nach der ersten Aufregung über ihren Wahlerfolg war die NPD kein Thema mehr. Als sie Uwe Leichsenring als ihren Ministerpräsidentenkandidaten präsentierte, der gegen den Amtsinhaber Georg Milbradt antreten sollte, wurde nur nachsichtig gelächelt. Sollen sie sich doch blamieren, wenn sie denn unbedingt wollen! Das Lachen verging ParlamentarierInnen wie Öffentlichkeit schnell. In beiden Wahlgängen erhielt Leichsenring zwei Stimmen mehr, als die NPD Fraktionsmitglieder hat. Der angeblichen Großen Koalition dagegen ermangelte es an der absoluten Mehrheit. Es ist mehr als wahrscheinlich, dass die Stimmen von der CDU kamen. Zu groß das Interesse der SPD, endlich mitregieren zu dürfen. Zu deutlich die Position der drei anderen Oppositionsparteien, die sichtbar gegen beide Kandidaten gestimmt bzw. sich der Stimme enthalten hatten. Übermächtig dagegen der Zorn in der CDU über verlorene Posten und über die Wahlschlappe mit satten 16 Prozent Minus. Das Rätselraten konzentrierte sich auf die Suche nach den beiden "Verrätern". Und man wartete. Wartete auf den nächsten Coup, den die NPD landen würde. Die Gelegenheit dazu könnte in der nächsten Plenarsitzung kommen. In wiederum geheimer Wahl wird ein neuer Ausländerbeauftragter für den Freistaat gekürt. Die NPD hat Mirko Schmidt aufgestellt, der erklärte, dass er sich eher als "Rückkehrbeauftragter" verstehen werde. Die CDU nominierte Friederike de Haas, machte vorsichtshalber in der Fraktion eine Probeabstimmung und erlitt eine erneute Bruchlandung. Nur 29 der anwesenden 45 ParlamentarierInnen stimmten für die Kandidatin. Es darf wieder gezittert werden im Regierungslager. Kommentar von Karl Richter, parlamentarischer Berater der NPD-Fraktion: "Leisetreterei ist auch künftig im Landtag nicht angesagt."

Die NPD, so analysiert Richter, sei "nicht wegen klug formulierter programmatischer Alternativen gewählt" worden, sondern der Wahlerfolg verdanke sich "tiefgehender Unzufriedenheit des Souveräns mit dem herrschenden Parteien(un)wesen". Die WählerInnen hätten "der altwestdeutschen Parteienkaste bewusst wehtun" wollen. Um aus den bisherigen Protestwählern Stammwähler zu machen, gelte es eine Mischung "aus fundierter Sachpolitik und ungekünstelter Systemopposition" zu finden.

Jean Cremet

11. Tabu Kriegsdienstverweigerung

Eritreische Antimilitaristische Initiative gegründet

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:12

Zu tausenden fliehen junge EritreerInnen aus dem Land und desertieren dabei vom Militärdienst. Dabei treibt sie nicht die Angst vor einem neuen Krieg mit Äthiopien, sondern die Furcht vor den Missständen in der eigenen Armee. In Frankfurt haben sich nun junge KriegsdienstverweigererInnen (KDVerInnen) zusammen getan und die Eritreische Antimilitaristische Initiative gegründet.

Yohannes Kidane, eines der Gründungsmitglieder der Initiative, berichtet was ihm widerfuhr, nachdem er Korruptionsfälle und Misshandlungen in seiner Einheit aufgezeichnet und gemeldet hatte: "Wegen meiner Dokumente über Gräueltaten und Misshandlungen im eritreischen Militär wurde ich inhaftiert. Mein Leben war in Gefahr. Es war der Punkt erreicht, an dem ich mein Land verlassen musste". Für Bisrat Habte Micael fingen die Torturen beim Militär schon als 15-Jährige an. Als sie sich weigerte, für ihren Vorgesetzten als unbezahltes Hausmädchen zu arbeiten, wurden ihr die Hände auf dem Rücken gefesselt und sie musste 24 Stunden schutzlos in der glühend heißen Sonne liegen.

In Eritrea gilt die Wehrpflicht für Männer und Frauen im Alter von 18 bis 40 Jahren. Laut Gesetz besteht der Militärdienst aus einem 18-monatigen Militär- und Arbeitsdienst. Der UNHCR bemängelt aber schon seit geraumer Zeit, dass der Militärdienst "in der Praxis unbeschränkt zu leisten ist" und dass "Entlassungen nur in bedeutungslosem Maße vorgenommen wurden".

Erstmalig haben sich eritreische KDVerInnen nun an die Öffentlichkeit gewagt. Die kürzlich im Großraum Frankfurt gegründete Eritreische Antimilitaristische Initiative setzt sich aus jungen Flüchtlingen zusammen, die den Militärdienst im Land ablehnen und sich nun für ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung in Eritrea einsetzen. Dabei wollen sie einen "gewaltfreien, demokratischen Prozess in Eritrea" initiieren.

In Zusammenarbeit mit dem international für ein umfassendes Recht auf Kriegsdienstverweigerung eintretenden Verein Connection e. V. ist die Broschüre "Eritrea - Kriegsdienstverweigerung und Desertion" entstanden. Darin berichten die DeserteurInnen über ihre unterschiedlichen Motivationen, den Militärdienst in ihrer Heimat abzulehnen, und über die darauf folgende Flucht ins Ausland. Das Thema Kriegsdienstverweigerung ist für das Land am Horn von Afrika ein Tabu. Die Selbstorganisierung der DeserteurInnen und ihre Kritik am heimischen Militär rütteln an einem grundlegenden Selbstverständnis der eritreischen Gesellschaft. Nach wie vor gelten vor allem die Veteranen des Befreiungskriegs gegen Äthiopien als Nationalhelden. Während die alten KämpferInnen zu Zeiten des Unabhängigkeitskampfes eine große Unterstützung durch die Bevölkerung erfuhren, mehren sich nun die Anzeichen, dass die Kluft zwischen Militär und Bevölkerung immer größer wird. Eine Auseinandersetzung über Verfehlungen der Militärs gibt es nicht. Selbst in den Reihen der eritreischen Diaspora gelten wegen der angespannten Situation mit dem Nachbarn Äthiopien DeserteurInnen und KDVerInnen als Feiglinge und das Festhalten an der diktatorischen Regierungspolitik als kleineres Übel.

Seit der Krieg mit Äthiopien offiziell mit dem Friedensvertrag von Algier aus dem Jahr 2000 beendet wurde, ging die amtierende Einheitsregierung PFDJ (Peoples Front for Democracy and Justice) schnell daran, nach FeindInnen im Inneren zu suchen. Mit einem veränderten Schulsystem, der Inhaftierung vieler DissidentInnen und JournalistInnen sowie dem Verbot von privater Presse und religiösen Minderheitenkonfessionen wurde massive gesellschaftliche Repression ausgeübt. Vermehrt werden nun KDVerInnen und DeserteurInnen als neuer Gegner ausgemacht, da diese in großen Mengen das Land verlassen und somit die "Kampfmoral" der Bevölkerung und des Militärs schwächen.

Pro Asyl spricht von 40 bis 50 Personen täglich, die den extremen Bedingungen des eritreischen Militärdienstes entfliehen. Folter, Misshandlungen, willkürliche und oftmals unbefristete Inhaftierungen und sexuelle Übergriffe bilden den militärischen Alltag. Die Zwangsrekrutierung von Minderjährigen scheint im eritreischen Militär weit verbreitet zu sein. Geflohene minderjährige SoldatInnen berichteten gegenüber der Coalition to Stop the Use of Child Soldiers (CSC) dass ca. 30 Prozent der RekrutInnen im Hauptausbildungscamp unter 18 Jahre alt seien.

Kein Asyl trotz Folter

Ausreichende Kontrollinstanzen gegenüber brutalen Vorgesetzten gibt es innerhalb des eritreischen Militärs keine. Wer sich gegen die üblen Methoden wehrt oder Kritik übt, wird in der Regel mit Stockhieben und/oder Nahrungsentzug bestraft. Alte, fensterlose Schiffscontainer aus Metall dienten in vielen Fällen als Gefängnis. Diese heizen sich bei den klimatischen Bedingungen im Land dramatisch auf. Besonders verbreitet ist die Form der Folter, bei der Personen an durch Beine und Hände geschobene Stöcke gefesselt und tagelang der Sonne ausgesetzt werden. Bei wiederholter Auflehnung oder Fluchtversuch werden RekrutInnen nach der Folter oftmals ohne Waffe an die vorderste Front versetzt. AugenzeugInnen berichten auch von willkürlichen Exekutionen. Im Hauptmilitär und Ausbildungslager Sawa im westlichen Tiefland nahe der sudanesischen Grenze sollen nach den Berichten der Geflohenen die Zustände am schlimmsten sein.

In Deutschland angekommen, geht der Kampf für die DeserteurInnen auf anderer Ebene weiter. Die Arbeit der Eritreischen Antimilitaristischen Initiative zielt in erster Linie auf eine Sensibilisierung für das Thema "Kriegsdienstverweigerung". Dabei geht es nicht zuletzt auch darum, die eigene community zu gewinnen. Die Auseinandersetzungen mit den hiesigen Behörden bedeuten für die AktivistInnen ebenfalls einen täglichen Kampf. Dennoch ist die positive Anerkennungsquote für eritreische Flüchtlinge mit 2,45 Prozent der AntragstellerInnen im letzten Jahr erschreckend niedrig. Obwohl amnesty international und Human Rights Watch detaillierte Berichte zu Folter in Eritrea vorgelegt haben, fallen die Lageberichte des Auswärtigen Amtes so bagatellisierend aus, dass die Asylbegehren in der Regel zurückgewiesen werden.

Jonas Berhe

Broschüre: "Eritrea - Kriegsdienstverweigerung und Desertion", Bestellung an: Connection e.V., Gerberstr. 5, 63065 Offenbach, Tel.: 069-8237 5534, Fax: 069-8237 5535; Spenden für die Arbeit der Eritreischen antimilitaristischen Initiative erbeten an: Sonderkonto "KDV Eritrea", Mechthild Gunkel, Kontonummer: 499 70 42, BLZ: 500 605 00, Ev. Kreditgenossenschaft e.V. Frankfurt

12. Frente Amplio - Chronik eines angekündigten Sieges

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:13

Mit überwältigendem Vorsprung vor den anderen Parteien hat am 31. Oktober diesen Jahres das Linksbündnis Frente Amplio die Parlamentswahlen in Uruguay gewonnen. Das Bündnis verfügt über eine absolute Mehrheit in beiden Kammern des nationalen Parlaments (Senat mit 30 Abgeordneten und Kammer mit 99 Mitgliedern). Der spektakuläre Wahlsieg fiel jedoch nicht vom Himmel, sondern ist vielmehr Resultat der langen und kontinuierlichen Bündnis- und Basisarbeit der Frente Amplio.

Die Frente Amplio wurde 1971 gegründet und ist damit das älteste politische Linksbündnis Lateinamerikas - ein Bündnis aus SozialistInnen, KommunistInnen, ChristdemokratInnen und zahlreichen ehemaligen Angehörigen der während der Militärdiktatur (1973-1984) brutal verfolgten Stadtguerilla-Bewegung Tupamaros. Innerhalb der Frente Amplio stellen die ehemaligen Tupamaros mit ihrem Movimiento Participación Popular (MPP) seit den Wahlen von Ende Oktober mit 30% die mit Abstand stärkste Kraft. Ihnen gaben vor allem auch WählerInnen aus dem informellen Sektor und JungwählerInnen ihre Stimme. Dabei spielt nicht zuletzt die große Popularität des Ex-Tupamaros Jose "Pepe" Mujica, der seit zehn Jahren für die MPP im Parlament sitzt, eine entscheidende Rolle. Wichtig für den Wahlsieg waren außerdem die Stimmen der im Ausland lebenden UruguayerInnen. Mehr als 30.000 von ihnen kamen eigens zum Wählen ins Land gereist. Viele dieser einst Exilierten oder aus wirtschaftlichen Gründen ausgewanderten UruguayerInnen wählten links.

Von 3,3 Millionen UruguayerInnen leben fast die Hälfte in der Hauptstadt Montevideo. Dort regiert die Frente Amplio seit 1990. Ihren Vorsprung im Stadtparlament gegenüber den anderen Parteien konnte das Bündnis seitdem sukzessive ausbauen; zuletzt wurde es mit annähernd 60% der abgegebenen Stimmen wieder gewählt. Dabei spielen die Versuche, basisdemokratische Elemente in das Regierungskonzept zu integrieren - etwa durch die Schaffung von Nachbarschaftsräten oder "partizipativen Fünfjahreshaushaltsplänen" - sicherlich eine entscheidende Rolle.

Seit dem 31. Oktober ist nun klar, dass die Frente Amplio erstmalig auch den Staatspräsidenten stellt. Regierungschef der kommenden fünf Jahre ist der Arzt und Sozialist Tabaré Vázquez. An der Spitze Uruguays steht somit zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahre 1825 ein Linker. Und erstmals seit 1996 kann sich der Präsident auch auf eine parlamentarische Mehrheit stützen.

Das Linksbündnis erreichte mit diesen Wahlen im dritten Anlauf (nach den Wahlen von 1999 und 1994) auf Anhieb die absolute Mehrheit - mit 51% aller abgegebenen Stimmen. Schon bei den letzten Wahlen im Jahr 1999 war die Frente Amplio mit 39% stärkste politische Kraft im Land geworden. Und die Umfrageergebnisse in den beiden Jahren vor der aktuellen Wahl hatten schon lange einen kontinuierlichen Anstieg der Zustimmung zur Politik der Frente Amplio zu Lasten der traditionellen Parteien belegt.

Mit dem diesjährigen Wahlergebnis ist in Uruguay das in vielen Ländern Lateinamerikas traditionell herrschende Zweiparteiensystem (hier zwischen den so genannten "Colorados" und der "Blancos" genannten Nationalen Partei) durchbrochen. Letztere erreichten bei den diesjährigen Wahlen 30% der Stimmen, während die Partido Colorado des scheidenden Präsidenten Batlle drastisch absackte auf lediglich 10% der Stimmen.

Gleichzeitig mit dem Wahlsieg der Frente Amplio stand ein Volksentscheid gegen die Privatisierung des Wassers zur Abstimmung: Auch dieser hatte Erfolg - Wasser ist jetzt in der uruguayischen Verfassung als unveräußerliches nationales Gut festgeschrieben.

Mit beidem, Wahl und Volksentscheid, hat die uruguayische Bevölkerung sowohl der amtierenden Regierung als auch der oft unvermeidlich scheinenden neoliberalen Hegemonie eine deutliche Absage erteilt. Die - ganz und gar nicht leichte - Aufgabe der neu gewählten Regierung wird es sein, diesen Auftrag ihrer WählerInnen umzusetzen.

efa

13. Der Wasser-Fall

Umwelt, natürliche Ressourcen und Gewaltkonflikte

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:14

In Politik und Forschung sind "Ressourcenkriege" zur Zeit ein Modethema. Es ist vom "Ressourcenfluch" die Rede: Gerade Staaten und Gesellschaften, die besonders üppig mit natürlichen Ressourcen ausgestattet sind, sollen besonders anfällig für interne Gewaltkonflikte sein. Diamanten in Sierra Leone, Erdöl im Sudan und in Nigeria, Kupfer und Coltan im Kongo, Tropenholz in Kambodscha, wiederum Erdöl und Diamanten in Angola werden zur Illustration dieser These angeführt.

Eine solche reduktionistische Sichtweise verkennt: Kriege und bewaffnete Konflikte lassen sich nur erklären, indem man sie als ein komplexes soziales Geschehen begreift, in dem sich vielfältige strukturelle Ursachen mit Wahrnehmungen, Interpretationen und Bewertungen dieser strukturellen Faktoren durch die AkteurInnen und sich daraus bildenden Motivationen verbinden; aus diesen Motivationen wiederum resultieren bestimmte Verhaltensweisen und Handlungen, die erst im konkreten ereignisgeschichtlichen Verlauf in gewaltförmiges/kriegerisches Handeln umschlagen.

Dafür, dass ein Konflikt die Schwelle zur (kriegerischen) Gewalt überschreitet, braucht es eine ganze Reihe von Faktoren, die auch noch in spezifischer Weise zusammenkommen müssen, damit daraus "Krieg" oder "bewaffneter Konflikt" resultiert. Die Feststellung von Überfluss bestimmter natürlicher Ressourcen sagt über die (Gewalt-)Konfliktträchtigkeit spezifischer Situationen ebenso wenig aus wie die Feststellung von Mangel. Australien ist reich an vielen Ressourcen, die andernorts auf der Welt im Mittelpunkt gewaltsamen Konfliktaustrags stehen. Gleichwohl ist nicht zu erwarten, dass es wegen dieser Ressourcen in Australien in absehbarer Zeit zu größeren Gewaltkonflikten kommen wird. Dafür, dass es im Nigerdelta oder im Kongo zu Gewaltkonflikten gekommen ist, ist das Vorhandensein von Erdöl oder Kupfer oder anderer Ressourcen allenfalls eine (unter mehreren) Bedingungen. Nur wenn man die gesamte Palette der Faktoren berücksichtigt, zu denen zentral der Kontext kapitalistischer Globalisierung und die Durchsetzung modern-kapitalistischer Vergesellschaftungsverhältnisse in den Gesellschaften des Südens gehörten, kann man zu begründeten Aussagen kommen. Es geht also bei der Frage nach der (Gewalt-)Konfliktrelevanz nicht um die Ressourcen, sondern um die (politischen, sozialen, kulturellen, ökologischen, ...) Rahmenbedingungen, unter denen diese Ressourcen ausgebeutet und vermarktet werden.

Diese einschränkenden Vorbemerkungen gelten auch in Hinsicht auf die Ressource Wasser. Ebenso wie es in Mode ist, von "Blutdiamanten" zu sprechen, so auch von "Wasserkriegen". In Bezug auf Wasser soll es allerdings eher der Mangel, die Knappheit sein, die gewaltsam ausgetragene Konflikte verursacht. Es wird eine Ära globaler Wasserknappheit vorhergesagt, die zugleich - da nun einmal knappe Ressourcen heftig umkämpft sind - eine Ära der "Wasserkriege" sein soll. Das ist ein Alarmismus, der von den eigentlichen Wasser bezogenen Problemen ablenkt.

In der Tat stellt der Weltwasserbericht der Vereinten Nationen fest, dass bereits heute rund zwei Milliarden Menschen in über 40 Ländern von Wasserknappheit betroffen sind. Angesichts von Bevölkerungswachstum, Urbanisierung sowie landwirtschaftlicher und industrieller Entwicklung wird sich die Wasserknappheit weiter verschärfen. Worst-case-Szenarien unterstellen, dass in 2050 womöglich sieben Milliarden Menschen in 60 Ländern unter Wasserknappheit leiden werden. Globale Entwicklungen wie der Klimawandel ebenso wie regionale und lokale Verschmutzung und Vergiftung sowie Übernutzung von Süßwasserressourcen (Flüsse, Seen, Grundwasserspeicher) tragen zur von den UN proklamierten "globalen Wasserkrise" bei.

Globale Wasserkrise und "Wasserkriege"

Vor diesem Hintergrund wurde die These von den Wasserkriegen populär. Sie bezieht sich vor allem auf internationale Flussläufe. Davon gibt es weltweit mehr als 260. Diese Flüsse teilen sich zwei oder mehr Anrainerstaaten (die Donau ist mit 17 Anliegern Spitze, das Flusssystem des Nil hat zwölf Anrainer, der Rhein neun, der Sambesi acht usw.). Mithin sind Hunderte von potenziellen internationalen Konfliktkonstellationen denkbar. Insbesondere kann es zu Ober-Unteranlieger-Konflikten kommen, und zwar wegen der Externalisierung von Umweltschäden unter Ausnutzung natürlicher Bedingungen. Das heißt: Oberanrainer wälzen die ökologischen Folgen von Wasserabzweigung und Verschmutzung auf die Unteranlieger ab. Solche

einseitige Externalisierung von Umweltschäden birgt tatsächlich das größte zwischenstaatliche Konfliktpotenzial. Denn gezielte oder zumindest bewusst in Kauf genommene Abwälzung von Umweltkosten muss von den betroffenen Nachbarstaaten am Unterlauf des Flusses als gegen die eigenen Interessen, die eigenen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten und die eigene territoriale Integrität gerichtet wahrgenommen werden. Verschärft wird die Problematik zusätzlich, wenn in Konflikten, die aus anderen Gründen entstanden sind, die Möglichkeit zur Schädigung politisch instrumentalisiert wird, wenn also "Wasser als Waffe" eingesetzt wird.

Das Euphrat-Tigris-Flusssystem ist ein solcher Fall. Hier realisiert der Oberanlieger Türkei im Rahmen des GAP (Guneydogu Anadolu Projesi - das große Südostanatolien-Projekt, welches den "zurückgebliebenen", weitgehend kurdisch besiedelten Landesteilen "Entwicklung" bringen und damit zur "Lösung" des Kurdenproblems beitragen soll) gewaltige Staudammprojekte, die den Unteranliegern Syrien und Irak erhebliche Nachteile bescheren, weil ihnen Wasser für eigene Nutzung in Landwirtschaft, Industrie und zur Trinkwasserversorgung der Städte entzogen wird. Es ist auch schon vorgekommen, dass die Türkei in zugespitzten Krisensituationen bewusst den Abfluss von Wasser zu den Unteranrainern zurückgehalten hat, also "Wasser als Waffe" eingesetzt hat - so während des Golfkriegs von 1991. Der Konflikt im Euphrat-Tigris-Becken ist sicher einer der brisantesten internationalen Wasser bezogenen Konflikte der Gegenwart, er harrt nach wie vor der Bearbeitung.

Paradebeispiel Nil

Ein anders gelagerter, aber ebenfalls immer wieder angeführter Fall, wenn es um die Beschwörung von "Wasserkriegen" geht, ist der Nil. Hier hat der Unteranlieger Ägypten die gesicherte Wasserzufuhr für sich zu einem vitalen nationalen Sicherheitsinteresse erklärt, was bei der nahezu vollständigen Abhängigkeit des Landes vom Nil nicht verwundern kann. In der Vergangenheit hat es immer wieder Konflikte zwischen Ägypten und Nil-Oberanliegern über die Aufteilung des Nilwassers gegeben, die zu Zeiten besonderen Stresses (d.h. in Dürreperioden) schon bis hin zu Kriegsdrohungen geführt haben. Das militärisch starke Ägypten drohte etwa dem militärisch deutlich schwächeren Äthiopien, dass es - sollte dieses die "vollen Anrechte Ägyptens auf die Gewässer des Nils" verletzen - "keine Alternative zum Krieg" gebe. Und es war der damalige stellvertretende ägyptische Außenminister und spätere UN-Generalsekretär Boutros Ghali, der 1987 die später tausendfach zitierte Äußerung tat, dass der nächste Krieg in der Region nicht um Politik, sondern um Wasser geführt werden würde. Allerdings verhandeln seit einigen Jahren die Nil-Anlieger im Rahmen der so genannten Nile Basin Initiative (NBI) über eine gemeinsame, allen Vorteile bringende Nutzung des Nilwassers.

Euphrat/Tigris und Nil sind nur zwei von mehreren internationalen Flusssystemen, die man als dramatisch qualifizieren kann; erwähnt seien ferner: Brahmaputra (Indien - Bangladesh), Jordan (Israel - Palästinenser/arabische Nachbarstaaten), Amu-Darja und Syr-Darja (zentralasiatische Republiken). Ein groß angelegtes US-amerikanisches Forschungsprojekt (über "Basins at Risk"), das alle internationalen Flussgebiete untersucht hat, kommt zu dem Ergebnis, dass es gegenwärtig 21 Flüsse gibt, an denen es in den nächsten fünf bis zehn Jahren zu gewaltsamen Eskalationen kommen könnte - wohl gemerkt: könnte, nicht muss. Einen Automatismus gibt es nicht. Festzuhalten ist: In den meisten internationalen Flussgebieten finden sich entweder gar keine konfliktträchtigen Streitfragen, oder es wurden Abkommen und Institutionen geschaffen, die die gemeinsame Nutzung des entsprechenden Flusses regeln. Wenn man also nüchtern bilanziert, verdampft der "Wasserkriege"-Hype weitgehend, und es bleiben nur wenige dramatische Fälle, in denen eine gewaltsame Konflikteskalation nicht ausgeschlossen werden kann. Aber selbst in diesen Fällen ist eine solche eher unwahrscheinlich.

Südliches Afrika - "hotspot" von Wasserkonflikten?

Um die "Wasserkriege"-Gefahr weiter zu relativieren, nützt ein Blick nach Afrika. Von den 21 kritischen Fällen, die das "Basins at Risk"-Projekt identifiziert, finden sich allein sieben im sub-saharischen Afrika, nämlich die Flüsse Incomati, Kunene, Limpopo, Okavango, Orange und Sambesi sowie der Tschad-See. Das bedeutet, dass etwa die Hälfte der internationalen Gewässer im südlichen Afrika als kritische Fälle gelten. Das kann insofern nicht verwundern, als die Wasserressourcen in der Region höchst ungleich verteilt und zum Teil sehr knapp sind. Vereinfacht gesprochen ist der Norden wasserreich, während der Süden wasserarm ist. Insbesondere die Republik Südafrika (RSA), Botswana und Namibia leiden unter Wassermangel und sind in großem Maße auf den Wasserzufluss von jenseits ihrer Grenzen angewiesen. Diese an sich konfliktträchtige

Konstellation konnte jedoch bisher relativ gut bewältigt werden. Denn obgleich es eine ganze Reihe handfester Konflikte zwischen den Anrainerstaaten verschiedener internationaler Flüsse gibt (etwa zwischen RSA und Namibia über den Lower Orange oder zwischen Angola, Namibia und Botswana über den Okavango oder zwischen Sambia und Simbabwe über den Sambesi), so haben doch die politischen Führungen der Staaten in der Region die Einsicht gehabt, dass im Prinzip nur ein gemeinsames, integriertes, grenzüberschreitendes Flussgebietsmanagement ihrer aller Interessen dient.

Aus dieser Einsicht heraus haben sie sowohl im Rahmen der SADC (der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft) allgemein gültige vertragliche Grundlagen für die Nutzung internationaler Gewässer geschaffen als auch für eine ganze Reihe einzelner Flussgebiete Verträge abgeschlossen und Flussgebietskommissionen gebildet, die die einvernehmliche Entwicklung der Wasserressourcen organisieren sollen. Für den Okavango etwa gibt es die OKACOM (Permanent Okavango River Basin Water Commission), in der seit 1994 Angola, Botswana und Namibia zusammenarbeiten, und erst jüngst (Juli 2004) wurde die Flussgebietskommission für den Sambesi (ZAMCOM) aus der Taufe gehoben.

Auch wenn für einige internationale Flüsse im südlichen Afrika vertragliche Regelungen noch ausstehen, auch wenn in anderen Fällen die Umsetzung der Verträge in die Praxis zu wünschen übrig lässt oder die entsprechenden Institutionen schwach sind und mehr schlecht als recht funktionieren, so lässt sich doch generell sagen, dass man bezüglich grenzüberschreitenden Wassermanagements im südlichen Afrika auf dem richtigen Weg ist. Aus Afrika gibt es also auch Erfolgsgeschichten zu berichten. Gewaltsame Konflikte um Wasser zwischen Staaten im südlichen Afrika sind äußerst unwahrscheinlich. Bei genauerem Hinsehen verflüchtigt sich auch das zwischenstaatliche Konfliktpotenzial der sieben "riskanten" sub-saharischen Fälle.

Hauptproblem: innerstaatliche Konflikte

Doch wäre es verfrüht, deswegen Entwarnung zu geben. Das Hauptproblem liegt nämlich - ebenso wie bei den meisten anderen Ressourcen- und Umweltkonflikten - gar nicht im zwischenstaatlichen, sondern im innerstaatlichen Bereich. Innerhalb der Gesellschaften in den ökologisch sensitiven Armutsregionen des Südens nämlich führen "Entwicklungs"konzepte, die an Inwertsetzung natürlicher Ressourcen im Kontext einer globalisierten kapitalistischen Ökonomie ausgerichtet sind, zu Umweltzerstörungen und sozialen Verwerfungen, die viel eher innergesellschaftlich als zwischenstaatlich zu Gewaltkonflikten eskalieren können. Das gilt auch und gerade für den Bereich Wasser. Geradezu klassisch hierfür ist die Problematik von Großstaudämmen, die jahrzehntelang als Königsweg für "Entwicklung" angesehen wurden, die aber zugleich zu erheblichen Umweltzerstörungen und sozialen Katastrophen, insbesondere in der Form der (Zwangs-)Umsiedlung großer Bevölkerungsgruppen, geführt haben. In der Folge kam es in zahlreichen Fällen zu innerstaatlichen gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Betroffenen einerseits und der Staatsmacht andererseits, die ihre Vorstellungen von "Entwicklung" und die Interessen mächtiger privatwirtschaftlicher Akteure rücksichtslos durchzusetzen trachtete.

Auch im südlichen Afrika sind entsprechende Gefahren nicht gebannt. Die angesprochenen zwischenstaatlichen Verträge und Kommissionen berücksichtigen die Bedürfnisse der lokal betroffenen Bevölkerung kaum; sie setzen die Interessen von Zentralregierung und mächtigen privatwirtschaftlichen Akteuren (Energieunternehmen, exportorientierte Großfarmer, private Wasserversorger) auf Kosten der Mehrheit der ländlichen und städtischen armen Bevölkerung durch. Ein Beispiel ist etwa der von der namibischen Regierung am Kunene (Oberanlieger Angola, Unterlieger Namibia) geplante Staudamm bei den Epupa-Wasserfällen. Dieser Staudamm soll der bisher vernachlässigten Nordregion Namibias nach dem Willen der Regierung in Windhoek "Entwicklung" bringen, hätte zugleich aber erhebliche Umweltzerstörungen zur Folge und würde die Grundlage der Lebensweise und Kultur der in der Region lebenden Bevölkerung - der (halb-)nomadischen Himba - zerstören. Das Wirtschafts- und Sozialgefüge der Himba ist auf eine intakte Umwelt am Kunene angewiesen; der Staudamm würde unweigerlich zur Zerstörung dieses Gefüges führen. Die Mehrheit der Himba lehnt den Damm daher ab; und bisher ist es - nicht zuletzt dank der Unterstützung von Umwelt- und Menschenrechtsgruppen aus aller Welt - weder zum Bau des Staudamms noch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen. Dieser Fall allerdings ist - wegen seiner lokalen Begrenztheit und Überschaubarkeit - noch relativ leicht zu bearbeiten.

Die eigentlich brisanten Konflikte entwickeln sich dort, wo auf Grund der Privatisierung der Wasserversorgung und der damit verbundenen Folgen für die armen Massen der Bevölkerung (Anstieg der Wasserpreise,

Unterbindung der Versorgung, Verweigerung des Zugangs) verzweifelte Gegenwehr der Betroffenen zu erwarten ist. Wenn also etwa - wie in Kerala (Indien) - Coca Cola Grundwasser in großen Mengen abpumpt, um es als Flaschenwasser an jene zu verkaufen, die es sich leisten können, was dazu führt, dass der Grundwasserspiegel rapide absinkt, wodurch wiederum den armen Bauern die Bewässerung ihrer Felder unmöglich gemacht wird. Oder wenn in den Armenvierteln von Manila, Buenos Aires oder anderer Metropolen des Südens die Menschen sich sauberes Wasser nicht mehr leisten können. Die in diesem Zusammenhang zu erwartenden "Wasser-riots" haben nichts mit zwischenstaatlichen "Wasserkriegen" gemein, sind aber sehr viel wahrscheinlicher als jene. Hier also schließt sich der Kreis: Nicht die Wasserknappheit an sich ist das gewaltträchtige Problem (ebenso wenig wie der Reichtum an Kupfer o.a.), sondern die gesellschaftliche Organisation des Managements, der Bewirtschaftung und Verteilung der Ressource. Folgt diese kapitalistischer Verwertungslogik, sind Widersprüche und Konflikte unvermeidlich. Die von den Vereinten Nationen konstatierte "globale Wasserkrise" ist mithin kein Naturphänomen, sondern Resultat bestimmter gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse. Nicht das Wasser ist knapp, sondern die gesellschaftlich bereitgestellten intellektuellen und politischen Ressourcen zum Management des Wassers im Interesse Aller. Schließlich sei nicht vergessen: Laut UN-Weltwasserbericht sterben bereits heute täglich 6.000 Menschen - in der Mehrheit Kinder - an wasserbedingten Krankheiten. Die in dieser Zahl zum Ausdruck kommende strukturelle Gewalt des kapitalistischen Weltsystems ist das eigentliche Problem. Demgegenüber ist der "Wasserkriegs"-Alarmismus nicht mehr als ein Sturm im Wasserglas.

Vo

Quellen:

World Water Assessment Programme: Water for People - Water for Life. The United Nations World Water Development Report. Paris 2003.

Zum Basins at risk-Projekt www.transboundarywaters.orst.edu/projects/bar

14. Der Stoff, aus dem die (Alb-)Träume sind

Wasser: Bedürfnis, öffentliches Gut oder Menschenrecht?

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:15

Wir gehen mit Wasser um, als könne es nie ausgehen. Tatsächlich aber beläuft sich die verfügbare Menge an Süßwasser auf weniger als ein halbes Prozent sämtlichen Wassers auf der Erde. Und die Wasservorräte werden bis an ihre Grenzen ausgeschöpft. Weil Wasser immer knapper wird, wird es immer wertvoller. Eben darum interessieren sich zunehmend private Unternehmen für dieses kostbare Gut.

Die Gründe für die Ausschöpfung der Wasservorräte sind vielfältig. Immer mehr Menschen weltweit ziehen in die Metropolen, wo die begrenzten Wasservorräte mit der hohen Bevölkerungsdichte nicht Schritt halten können. Gleichzeitig steigt der Pro-Kopf-Verbrauch von Wasser explosionsartig. Insbesondere in den wohlhabenden Industrienationen wird viel mehr Wasser als notwendig konsumiert, etwa 10% davon fallen auf den privaten Verbrauch. Der Wasserverbrauch der Industrie liegt bei etwa 20-25% und steigt zugleich enorm an, zum Beispiel für die Fertigung von Autos und Computern. Die künstliche Bewässerung in der Landwirtschaft beansprucht etwa 70%. Da wasserintensive Landwirtschaft in den Industrieländern vom Staat und den Steuerzahlenden subventioniert wird, besteht für den Agrarsektor wenig Anreiz, auf schonendere Methoden umzustellen. Permanent gehen außerdem riesige Mengen Wasser durch lecke Rohrleitungen verloren. Ein weiteres gravierendes Problem ist die Verschmutzung des Oberflächenwassers (1) durch die Abholzung von Wäldern, die Zerstörung von Feuchtgebieten oder die Einleitung von Pestiziden und Kunstdünger in Gewässer. Zur Zeit herrscht in 31 Ländern der Welt Wasserknappheit. Über eine Milliarde Menschen hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und fast drei Milliarden Menschen haben keine sanitären Einrichtungen.

Wie Wasser zur Ware gemacht wird

In den letzten Jahren haben große Unternehmen das "blaue Gold" entdeckt. Der Handel mit dem kostbaren Nass gehört zu den lukrativsten Geschäften auf globaler Ebene. Im Jahr 2000 betrug der Umsatz im Wassergeschäft ca. 400 Millionen Dollar, das sind etwa 40% des Umsatzes im Ölgeschäft.

Wasser galt lange Zeit als ein öffentliches Gut, das gemeinschaftlich verwaltet und von dessen Nutzung niemand ausgeschlossen werden darf. Die Verantwortung für die Wasserversorgung lag bislang überwiegend in den Händen des Staates, der Gemeinden oder lokaler Gruppen. Diese Vorstellung hat sich in den letzten Jahren, insbesondere seit dem zweiten UN-Weltwasserforum im März 2000 in Den Haag, geändert. Denn dort begann eine Diskussion darum, ob der Zugang zu und die Nutzung von Wasser lediglich ein "grundlegendes Bedürfnis" oder aber ein "fundamentales Menschenrecht" sei. Hauptakteure in diesem Forum waren einige der größten multinationalen Konzerne, die sich selbst als Retter aus der globalen Wasserkrise verstanden. Zu den mächtigsten unter ihnen gehörten die französischen Konzerne Vivendi und Suez, die deutsche RWE, aber auch Nestlé und Unilever als Hersteller von Flaschenwasser. Ihr Anliegen war es, den Zugang zu Wasser offiziell zum "Bedürfnis" zu erklären. Damit sollte der Privatwirtschaft mit ihren Marktmechanismen das Recht und die Verantwortung für die Versorgung mit diesem lebensnotwendigen Stoff auf kommerzieller Basis übertragen werden. Würde der Zugang zu Wasser jedoch als Menschenrecht verankert, trügen die Regierungen die Verantwortung dafür, dass alle Menschen Wasser auf nichtkommerzieller Grundlage erhalten sollen. Von der Nutzung darf dann niemand ausgeschlossen werden. Ergebnis in Den Haag war: Der Zugang zu Wasser wurde als "grundlegendes Bedürfnis" deklariert.

Damit einher geht auch eine neue Vorstellung von der Aufgabe des Staates: Der Staat überlässt die Verantwortung für die Wasserversorgung weitgehend privaten Unternehmen und beschränkt sich lediglich auf die Schaffung von Rahmenbedingungen wie z.B. Investitionsvoraussetzungen. Das öffentliche Gut Wasser wird so als wirtschaftliches Gut verwaltet und zu einer privaten handelbaren Ware deklariert. Während dessen wurde weltweit begonnen, öffentliche Wasserversorgungen zu privatisieren.

Gewinngarantie: die "geschmückte Braut"

Die Privatisierung von Wasser kann unterschiedliche Formen annehmen. So kann es - wie beispielsweise in Großbritannien - zum kompletten Verkauf der öffentlichen Wasser- und Klärwerke kommen. Die häufigste

Form ist jedoch die so genannte "Public Private Partnership", bei der Regierungen Konzessionen oder Pachtverträge an Wasserkonzerne vergeben, die dann die erforderlichen Dienstleistungen erbringen und die Kosten für den Betrieb und die Instandhaltung des Systems übernehmen. Im Gegenzug verlangen sie dafür Gebühren und kassieren den Überschuss als Gewinn.

Warum aber haben Städte und Gemeinden damit begonnen, Wasserversorgungen zu privatisieren? Im Zuge des Neoliberalismus wurden fast überall die Unternehmenssteuern erheblich gesenkt. Viele Gemeinden verfügen nicht mehr über die nötigen Steuereinnahmen, um ihren Aufgaben nachzukommen, leiden unter Haushaltsdefiziten und Schuldendruck. Viele Gemeinden und Städte erhoffen sich durch die Privatisierung eine Erleichterung ihres Budgets und Abhilfe bei den oftmals maroden Leitungs- und Kanalisationssystemen. In den Entwicklungsländern wird die Privatisierung vor allem vorangetrieben durch die Strukturanpassungsmaßnahmen von IWF und Weltbank, die als Bedingung für neue Kredite die Privatisierung der Wasserversorgung verlangen.

Oftmals werden Privatisierungen durch öffentliche Einrichtungen finanziert. Die ehemals staatlichen Unternehmen werden entflochten, in autonom operierende Betriebe umgewandelt und verschlankt. Viele Angestellte werden entlassen, die Verbindlichkeiten umgeschuldet oder vom Staat übernommen. Mit Weltbankkrediten etwa wird die Wasser- und Abwasserinfrastruktur in ausgewählten Städten und urbanen Gebieten saniert. Dann werden Teilbereiche oder die gesamte Versorgung für private Unternehmen ausgeschrieben. Unternehmen erhalten finanzielle Unterstützung während der Aufbauphase, Subventionen während der Betriebsphase, steuerliche Begünstigungen, Steuerfreistellungen und Rückerstattungen für Bau- und Betriebskosten. Die Privatunternehmen erwarten von der öffentlichen Hand finanzielle Garantien, um ihre Risiken zu minimieren. Diese Vorgänge nennt man auch das "Schmücken der Braut": Die Vertragsklauseln vieler Wasserkonzessionen verpflichten den Staat, den Privatbetreibern während der Vertragsdauer Gewinne zu garantieren. Ist die Privatisierung erst einmal unter Dach und Fach, findet fast keine öffentliche Kontrolle mehr statt - obwohl die Öffentlichkeit für die Finanzgarantien einstehen muss. Die meisten Verträge haben eine Laufzeit von 20 bis 30 Jahren. Bei Nichteinhaltung drohten Wasserkonzerne in Spanien, Argentinien, Ungarn oder Bolivien bereits mit Schadensersatzklagen, was die Aufhebung solcher Verträge ungeheuer kostspielig macht. Im Fall von Cochabamba hat der Bechtel-Konzern die bolivianische Regierung vor der Schiedsstelle der Welthandelsorganisation WTO auf rund 40 Millionen US-Dollar Schadensersatz verklagt. Ebenso wird die Stadt Manila (Philippinen) von Maynilad Water auf 303 Millionen US-Dollar Schadensersatz verklagt, weil sie den Vertrag mit Mayniland wegen ungenügender Leistungen aufheben will.

Als Vorteile von Privatisierungen werden regelmäßig benannt: niedrige Preise und Effizienzsteigerung. Doch die Realität sieht anders aus. Weil die Unternehmen auf die Erzielung von Gewinnen ausgerichtet sind, steigen die Wasserpreise. In Frankreich etwa sind die Preise für Wasser seit der Privatisierung um 150% gestiegen. Auch die angebliche Effizienzsteigerung lässt sich nicht belegen. Vielmehr wird aus verschiedenen Ländern (Argentinien, Bolivien, Ungarn, Brasilien, Großbritannien, Philippinen, Puerto Rico etc.) berichtet, dass zugesagte Investitionen nicht ausgeführt und Leitungen und Kanalisationssysteme nicht angemessen gewartet werden. Zudem gibt es nach erfolgter Privatisierung keinen Anreiz mehr, Wasserverschwendung zu vermindern, denn: je größer der Verbrauch, umso größer der Gewinn. Privatisierungen führen außerdem zu einem erheblichen Machtgefälle zwischen Konzernen und ihren Verhandlungspartnern, den lokalen Behörden. Oft geht die Entscheidungsgewalt darüber mehr oder weniger ganz in die Hände der privaten Konzerne über. Für die politisch Verantwortlichen ist es unter diesen Umständen schwer, die Aufsicht auszuüben oder die Einhaltung der Qualitätsanforderung zu überwachen.

Die Privatisierung der Wasserversorgung wird zukünftig noch gefördert durch das WTO-Dienstleistungsabkommen GATS. Innerhalb der WTO soll - dies wollen vor allem die Industrieländer - bis Ende 2005 eine weit reichende Liberalisierung des Dienstleistungsbereichs erreicht werden. Zu den "Dienstleistungen" gehören auch zahlreiche Leistungen rund um Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Natur- und Landschaftsschutz. Insbesondere die EU ist mit ihren multinationalen Wasserkonzernen an einer Liberalisierung des Wassermarktes interessiert. Weltweit fordern andererseits Nichtregierungsorganisationen von ihren Regierungen, dass das Wasser - sowie alle öffentlichen Dienstleistungen - von den WTO-Regeln ausgenommen werden. Wasser soll nicht als Handelsware betrachtet werden. Im Gegenteil: International muss ein grundlegendes Recht auf Wasser anerkannt werden.

Wasser als Gender-Falle

In den meisten Ländern der Welt haben Frauen und Männer verschiedene Rollen und Verantwortlichkeiten beim Gebrauch und der Einteilung bzw. dem Management von Wasser. Frauen und Mädchen sind oft verantwortlich für die Wasserbeschaffung fürs Kochen, Putzen, Waschen, Gesundheitsversorgung und für die Hygiene - und wenn sie Land besitzen, auch für das Bestellen des Bodens. Insbesondere in ländlichen Teilen Afrikas brauchen Frauen oft mehr als ein Viertel des Tages dafür, schwere Wassergefäße zu schleppen. Sie haben deshalb häufig mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen. Durch diese Beanspruchung bleibt wenig bis gar keine Zeit und Energie für Bildung, außerhäusliche Arbeit, kulturelle und politische Aktivitäten sowie für Pausen und Erholung. Ein Teufelskreis: Wer keine Bildung hat, hat auch weniger Chancen auf Arbeit und verfügt somit über weniger Möglichkeiten, sich aus der Armut zu befreien. Da die männliche Arbeit eher als Teil der produktiven Wirtschaft mit bezahlter Arbeit gesehen wird, wird dort, wo Männer Landwirtschaft betreiben, eher in die Bewässerung investiert als in sauberes Trinkwasser in der Nähe von Haushalten.

Frauen leiden besonders an von schlechtem Wasser verursachten Krankheiten, da sie vermehrt mit Wasser in Kontakt kommen und aus Zeitnot Wasser häufig aus möglichst nahen Quellen verwenden, die nicht unbedingt sauberes Wasser enthalten. Sie tragen zudem auch die Hauptbürde für die Versorgung anderer kranker Familienmitglieder. Falls Kosten für Medikamente dazukommen, schmälert dies wiederum das Haushaltsbudget, die Armut steigt. Auch die negativen Folgen von Privatisierungen der Wasserversorgung können gerade auch Frauen verheerende Wirkungen haben. Denn 70% der ärmsten Bevölkerung weltweit sind Frauen; Preiserhöhungen des Wassers führen bei ihnen zu noch größerer Verarmung. Zugleich wächst die Konkurrenz um knapper gewordenes Wasser, was Tendenzen der Entsolidarisierung unter Frauen stärkt. Frauen haben in den meisten Ländern auf Grund ihrer mangelnden politischen Repräsentanz außerdem kaum Mitspracherecht bei Privatisierungen, ebenso wenig bei Budgetdiskussionen. Umgekehrt arbeiten im administrativen Bereich von Wasserversorgungen oft Frauen - etwa in Bulgarien - und sind deshalb besonders stark von den mit der Privatisierung einhergehenden Entlassungen betroffen.

In der Entwicklungszusammenarbeit wird inzwischen erkannt, dass Frauen zwingend in Entscheidungsprozesse eingebunden und gefördert werden müssen, dass ihr lokales Wissen berücksichtigt und die Technologien daran angepasst werden müssen. Doch gerade diese Tendenzen werden durch die Privatisierungspolitik wieder zunichte gemacht.

Widerstand ist möglich - weltweit

Zum Beispiel in der Schweiz: In der Schweiz versorgen rund 3.000 Wasserwerke die Bevölkerung mit Trinkwasser. Doch auch hier entwickelte sich eine Diskussion um die Effizienz dieser öffentlichen Betriebe. Städte und Gemeinden begannen, ihre Werke in Aktiengesellschaften umzuwandeln. Die Privatisierungs-Euphorie ist allerdings inzwischen wieder etwas abgekühlt, seitdem bei einer Volksabstimmung im Herbst 2002 das so genannte "Elektrizitätsmarktgesetz" verhindert wurde. Die Bevölkerung sieht keinen Sinn in der Privatisierung. Das öffentliche System funktioniert und ist kostengünstig. Auch der Versuch des Konzerns Nestlé, in Bevaix (Kanton Neuenburg) die Nutzungsrechte für die Trinkwasserquelle zu kaufen, ist dank der breiten Mobilisierung der Bevölkerung gescheitert. Apropos Nestlé: Durch Entmineralisierung von Thermalwasser gewinnt der Konzern in São Lourenço, Brasilien, gewöhnliches Tafelwasser. Das Produkt wird als Flaschenwasser mit dem klingenden Namen "Pure Life" in die ganze Welt exportiert. Die ökologischen Folgen sind gravierend: Der Grundwasserspiegel sinkt, eine erste Mineralquelle ist bereits versiegt. Andere Quellen haben sich im Geschmack verändert, da das Wasser auf Grund des massiven Abpumpens nicht mehr die nötige Zeit hat, durch die verschiedenen Bodenschichten zu sickern. BürgerInnen aus São Lourenço verklagten Nestlé darauf hin; das Ergebnis der Klage steht jedoch noch aus.

Dafür ist eine andere Klage entschieden worden: Nestlé füllt am Lake Michigan in den USA jährlich eine Milliarde Liter Seewasser ab und verkauft es als "Ice Mountain Water". Für dieses Recht bezahlte die Firma eine einmalige Lizenzgebühr von 75 Dollar. Es stellt sich auch hier die grundlegende Frage, ob die Ressource Wasser in dieser Weise als Privateigentum gehandelt werden kann - eben diese Frage stellt die BürgerInnenbewegung Michigan Citizen for Water Conservation. (2) Das zuständige Gericht hat - aus Umweltschutzgründen - gegen Nestlé entschieden. Allerdings hat Nestlé nun ein so genanntes "Wiedererwägungsgesuch" eingegeben und darf, bis über dieses entschieden wird, weiter Wasser aus dem Lake Michigan pumpen.

Marianne Hochuli

Erklärung von Bern, Zürich

Dieser Text ist die redaktionell bearbeitete und gekürzte Fassung eines Vortrags, den Marianne Hochuli am 21. Januar 2004 auf der Internationalen Konferenz "The Public Eye on Davos" hielt. Für weitere Informationen siehe: www.evb.ch

Anmerkungen:

1) Oberflächenwasser ist Wasser aus oberirdischen Gewässern, aber auch das von befestigten Oberflächen abfließende Niederschlagswasser. Oberflächenwasser ist praktisch immer ein Gemisch aus Grundwasser, Regenwasser, Quellwasser und z.T. auch Abwasser.

2) www.savemiwater.org

15. Mauern - Grenzen - Projektionen

Eine Tagung über das EU-Grenzregime und die Autonomie der Migration

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:16

Im August 2004 haben das Institut für Nomadologie und die Berliner Geschichtswerkstatt für drei Tage auf dem Berliner Alexanderplatz ein Stück Mauer wieder aufgebaut, um so die inhumane Flüchtlingspolitik zu kritisieren. (vgl. ak 487) Mit einer Tagung in der Offenen Universität in Berlin wurde Anfang November diese Aktion gewissermaßen in analytischer Form fortgesetzt.

Thema der Konferenz waren die neuen physischen und virtuellen Mauern, die seit 1989 zunehmend die Festung Europa abschotten, und jene Projektionen, die mit Mauern und Grenzen verbunden sind. VertreterInnen verschiedenster Initiativen von Pro Asyl bis zu autonomen Gruppen und Kunstprojekten diskutierten über das Schengen-System und Abschiebelager, über die Ausbeutung von MigrantInnen, die ohne Papiere in der EU arbeiten, über die Autonomie der Migration und über die Bilder von Furcht und Begehren, die mit Mauern und Grenzen verbunden sind.

Der Vergleich der Berliner Mauer mit den Grenzsicherungen der Schengen-Staaten provoziert, das war bereits im August an den Reaktionen von PassantInnen wie auch der lebhaften Medienresonanz zu bemerken. Dabei ist mit dem Vergleich der beiden Grenzregime keineswegs deren Gleichsetzung gemeint, betonte Cord Pagenstecher von der Berliner Geschichtswerkstatt. "Doch offenbar herrscht hier immer noch ein Denktabu. Wer die Berliner Mauer nicht einzigartig findet, gilt quasi als Vaterlandsverräter. Und das Überwinden von Mauern gilt manchen als exklusives Recht der Deutschen."

Das Überwinden von Mauern - nur für Deutsche?

Pagenstecher versuchte eine historische Einordnung der Festung Europa. Das deutsche Asylrecht entstand als Reaktion auf die NS-Diktatur. Nachdem viele Deutsche als politisch oder rassisch Verfolgte ins Ausland fliehen mussten, garantierte das Grundgesetz das Asylrecht als einklagbares Grundrecht. Mit der Öffnung der osteuropäischen Grenzen verabschiedete sich die BRD jedoch von dieser historischen Verantwortung. 1993 beschlossen CDU/CSU, SPD und FDP die faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl: Wer über einen so genannten sicheren Drittstaat einreist, hat grundsätzlich keinen Asylanspruch und wird dorthin zurück abgeschoben, wobei zu den "sicheren" Drittstaaten inzwischen alle Nachbarn Deutschlands gehören und in Zukunft womöglich auch Staaten wie Weißrussland oder die Türkei.

Während die europäische Integration für EU-BürgerInnen Reisefreiheit bedeutet, wird die Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen und MigrantInnen zunehmend beschnitten. Bereits 1985 vereinbarten fünf europäische Staaten im luxemburgischen Weindorf Schengen den schrittweisen Abbau der Personenkontrollen an den Binnengrenzen der EU. 1990 beschlossen die Schengen-Staaten verstärkte Kontrollen an den Außengrenzen, eine gemeinsame Visumspolitik und intensive polizeiliche Zusammenarbeit. 1999 wurde das Schengen-System in den Rechtsrahmen der Europäischen Union integriert.

Die Abschottung der EU ist wirksam: Nur zwei Prozent der weltweit ca. zwölf Millionen Flüchtlinge kommen nach Europa, die Zahl der AsylbewerberInnen hat sich in der EU in den letzten zehn Jahren mehr als halbiert. 1998 suchten 98.000 Flüchtlinge in Deutschland um Asyl an, 5.800 von ihnen wurden anerkannt. Im letzten Jahr waren es nur noch 50.500 BewerberInnen, von denen 1.530 Asyl erhielten, in diesem Jahr ist die Tendenz weiter fallend.

"Von einem europäischen Asylrecht kann kaum noch die Rede sein", sagte Karl Kopp von Pro Asyl. "Liberalere Ansätze einer EU-Flüchtlingspolitik werden von der rot-grünen Bundesregierung ‚deutschlandkompatibel' gemacht." Dabei spielt das in der BRD seit langem praktizierte Konzept der Unterbringung von AsylbewerberInnen in Lagern eine wichtige Rolle, das auch in anderen Staaten fortgesetzt wird, vor allem in den neuen EU-Ländern, aber auch bei Nachbarn wie Ungarn oder der Ukraine.

Dennoch sei die Autonomie der Migration nicht zu brechen, sagte Marion von Osten, die das Forschungs- und Kunstprojekt Transit Migration betreut. Die Forschungsergebnisse werden im nächsten Jahr wahrscheinlich in einer Ausstellung publiziert. Ein Thema ist die Dialektik von staatlicher Souveränitätsbehauptung und dem Unterlaufen der Grenzen durch die MigrantInnen. Schon zur Zeit der "GastarbeiterInnen" konnte die

Bundesregierung die Migration nicht kontrollieren. Die Autonomie der Migration - ein Begriff, der noch eine Baustelle sei, so von Osten - dürfe allerdings nicht mit einer Autonomie der MigrantInnen verwechselt werden.

Jeder Bahnhof eine Grenze, die kontrolliert wird

Dem schloss sich auch Fabian Frenzel vom Institut für Nomadologie an. Er sprach über den Bedeutungsverlust des Nationalstaates und die Veränderung von Grenzen seit 1989. Einerseits vergrößert sich die Reichweite des Staates nach außen, wofür die Drittstaatenregelung zur Abschiebung von Flüchtlingen ein Beispiel ist. Andererseits bewegen sich die Grenzen nach innen. "Jeder Bahnhof ist inzwischen eine Grenze, die kontrolliert wird." Obwohl die Schengen-Staaten die Abschaffung von Personenkontrollen an den Binnengrenzen der EU beschlossenen haben, werden in Deutschland weiterhin fremdländisch aussehende Menschen kontrolliert.

Doch die Migrationsströme können nicht abgeschafft werden, so Frenzel, auch wenn der Preis für die MigrantInnen sowohl psychisch als auch ökonomisch höher geworden ist und sich der Status der Flüchtlinge gewandelt hat: Aus AsylbewerberInnen mit bestimmten Rechten werden durch die neuen EU-Richtlinien irreguläre MigrantInnen ohne Aufenthaltsstatus.

Mauern und Grenzen sind auch ideologische Sichtblenden und erzeugen Bilder des Fremden, die oft für Machtzwecke missbraucht werden. Cord Pagenstecher erläuterte das am Beispiel der Berliner Mauer: "Viele Menschen auf der Ostseite orteten hinter der kaltgrauen Wand ihre vom Westfernsehen inspirierten und nach 1989 oft bitter enttäuschten Träume von einem besseren Leben." Umgekehrt diente die Berliner Mauer im Westen als Schutzwall gegen linke Kritik ("Geh doch rüber!") und als Projektionsfläche der Eigenwahrnehmung.

Auch die neuen Grenzen und Mauern erzeugen, da man das Andere nicht sehen kann, Projektionen und Bilder, die von nationalen Mythen und neo-kolonialen Vorstellungen geprägt sind. Sie müssen durch Er-Fahrung ersetzt werden, sagte Frenzel in seinem ideenreichen Vortrag. "Insofern Mauern als Projektionsflächen erscheinen, als fantastische Räume der Realisation von Angst und Begehren, insofern sie Wirklichkeiten konstituieren und strukturieren, wird ihre Überwindung auch für diejenigen notwendig, die glauben, auf der besseren Seite zu stehen."

Angela Martin

16. Klassen-Gewitter

Nachrichten für Drinnen und Draußen

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:17

Spitzel in Hamburg aufgeflogen

Knapp sieben Jahre ist es her, als bekannt wurde, dass ein verdeckter Ermittler der Polizei in mehreren antirassistischen Gruppen Hamburgs aktiv war. Nun ist wieder ein Polizeibeamter aufgeflogen. Einsatzziel dieses Mal: Initiativen, die sich in Hamburg im Bereich der Sozialproteste engagieren. Ende 2003 tauchte "Christian Trott", so sein Deckname, zum ersten Mal in der linken Szene Hamburgs auf. Seitdem ist Kristian Krumbeck, so sein bürgerlicher Name, viel herum gekommen: Regelmäßig beteiligte er sich an den Treffen und Aktivitäten der Anti-Hartz-Gruppe, der Kampagne Hamburg umsonst und der anarchosyndikalistischen Freie Arbeiter Union. Zuletzt soll er sich bemüht haben, Kontakt zum AStA und zu attac herzustellen sowie ein Zimmer in einer "politischen WG" zu finden. Ein Outing-Flugblatt beschreibt seinen Werdegang ausführlich. (www.fau.org/artikel/art_041112-172329) In Hamburg ist der Einsatz verdeckter Ermittler im "Gesetz über die Datenverarbeitung der Polizei" (§12 PolDVG) von 1991 geregelt. Das erlaubt den Einsatz, wenn dieser zur Abwehr einer "unmittelbar bevorstehenden Gefahr für Leib, Leben und Freiheit einer Personen erforderlich ist". Zweite Möglichkeit: Wenn die gerechtfertigte Annahme besteht, dass "Straftaten von erheblicher Bedeutung in der Form organisierter Kriminalität" begangen werden sollen. Beides trifft auf die bespitzelten Initiativen und den AStA der Uni Hamburg wohl kaum zu. Wahrscheinlicher scheint, dass sich der Hamburger Staatsschutz den laxen Umgang mit verdeckten Ermittlungen zu Nutze gemacht hat, um einen Überblick über die sozialpolitischen Initiativen der Stadt zu gewinnen. Das würde zu einer Mitteilung des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz vom November 2003 passen, die vor einer Zunahme "linksextremistischer" Aktivitäten beim Kampf gegen Sozialabbau warnt. Auch auf die Gründung des Hamburger Widerstandsforums, an dessen Treffen Kristian Krumbeck seit Dezember 2003 teilnahm, wird in der Mitteilung verwiesen.

PDS

Wer Deutsche/r werden will, muss eine so genannte "Loyalitätserklärung" unterschreiben. Wie nun bekannt wurde, tauchte auch die PDS auf einer Liste "extremistischer Organisationen" des Bundesamtes für Verfassungsschutz auf, die MigrantInnen in diesem Zusammenhang vorgelegt wird. Waren oder sind sie Mitglieder in einer auf der Liste genannten Organisationen, wird dies als Verdacht gewertet, dass sie verfassungsfeindliche oder extremistische Bestrebungen verfolgen oder unterstützen bzw. dies in der Vergangenheit taten. Die Liste wurde nachweislich mindestens in Rheinland-Pfalz seit April 2004 auf Weisung des Innenministeriums BewerberInnen vorgelegt. Offenkundig mit Billigung des Bundesinnenministeriums setzte somit der Verfassungsschutz die PDS mit terroristischen Organisationen wie Al Qaida oder den Taliban gleich. Katina Schubert, innenpolitische Sprecherin des PDS-Vorstandes stellte in diesem Zusammenhang fest: "Ist die Beobachtungspraxis gegenüber der PDS angesichts ihre breiten demokratischen Verankerung im bundesdeutschen Gemeinwesen und ihres Mitwirkens in zwei Landesregierungen ohnehin mehr als fragwürdig, wird ihre Nennung auf einer Liste ‚extremistischer Ausländerorganisationen` (Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz) vollends zum geheimdienstlichen Absurdistan." Dem ist nichts hinzuzufügen - und es überzeugte anscheinend auch Otto Schily: Mitte Dezember gab das Bundesinnenministerium bekannt, dass die PDS von der Liste gestrichen wird.

Festung Europa: Minen gegen Flüchtlinge

Wie ausgerechnet die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 6. Dezember berichtete, weisen die EU-Außengrenzen zunehmend Ähnlichkeit mit den Grenzsicherungsanlagen der DDR auf - zumindest in Griechenland. In der Nacht vom 4. auf den 5. Dezember sind zwei illegale Grenzgänger in ein Minenfeld an der griechisch-türkischen Grenze geraten und ums Leben gekommen. Der tödliche Zwischenfall ereignete sich am Grenzfluss Evros (türkisch Meric). Damit stieg die Zahl der in diesen Minenfeldern seit 1990 ums Leben gekommenen EinwanderInnen auf 93. Weitere 43 wurden nach offiziellen Angaben im selben Zeitraum schwer verletzt. Die griechische und türkische Regierung haben zwar mehrmals ihre Absicht erklärt, diese Minenfelder zu räumen. Bislang ist das jedoch nicht geschehen.

And the Winner is - Canon

Am 29. Oktober 2004 wurden wie jedes Jahr die Big Brother Awards verliehen. Die Jury setzt sich aus VertreterInnen des Vereins zur Förderung des öffentlichen bewegten und unbewegten Datenverkehrs (FoeBuD e.V.) und sechs weiteren unabhängigen Organisationen zusammen, darunter seit 2003 auch die Internationale Liga für Menschenrechte. Vergeben wird der Preis, der sich zum fünften Mal jährt, in verschiedenen Kategorien. Big Brother Awards erhielten in den letzten Jahren beispielsweise Bundesinnenminister Otto Schily für seine "Anti-Terror"-Gesetzespakete, das Bundesverwaltungsamt für das Ausländerzentralregister, das Bundeskriminalamt für die so genannten Gewalttäter-Dateien, diverse Innenminister für ausufernde Polizeigesetze, der Metro-Konzern für den Einsatz von RFID-Chips, die GEZ für ihre Schnüffelmethoden und das Lkw-Mautsystem von TollCollect für die geplante Überwachungstechnologie. In der Kategorie Technik ging der Preis dieses Jahr an Canon. Eine in Kopierern dieses Unternehmens gespeicherte Kennnummer (Identifikationsnummer) wird unsichtbar auf allen Kopien mitausgegeben. Das wird als Funktion verkauft, die das Fälschen von Banknoten, Schecks etc. unterbinden soll. Da jeder Kopierer eine individuelle Barcode-Kennung hat, lässt sich die Herkunft einer Kopie ermitteln.

Eva Juhnke frei

Nach sieben Jahren Haft in türkischen Gefängnissen wurde Eva Juhnke entlassen und am 2. Dezember von der Türkei nach Deutschland abgeschoben. 1998 war sie vor einem Staatssicherheitsgericht zu 15 Jahren Gefängnis wegen PKK-Mitgliedschaft verurteilt worden. "Ich bin glücklich, dass ich rauskomme", sagte sie in einem ersten Telefongespräch mit der jungen Welt. "Ich möchte aber dran erinnern, dass noch viele Leute drin sind." Notwendig sei in der Türkei eine "Generalamnestie für alle politischen Gefangenen". Sie selbst sei von der Verfügung ihrer Freilassung überrascht worden, obwohl sie wegen Gesetzesveränderungen in der Türkei durchaus schon damit gerechnet habe. Im Mai 1993 hatte sich die Hamburgerin der damaligen Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) angeschlossen.

17. Drogenpolitik und Drogenkontrolle

3. Teil: Krieg, Drogen, "War on Drugs"

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:18

Teil 3 der Serie "Drogenpolitik und Drogenkontrolle" handelt von Krieg, Kämpfen, Drogen und Gewalt. Es geht um die Rolle von Drogen in Kriegen und die desaströse Politik des "War on Drugs".

Ob es Wein, Haschisch oder Opium war, mit dem sich die Assasine zudröhnten, ist umstritten. Auf jeden Fall sollen Drogen im Spiel gewesen sein, wenn die Prototypen der Selbstmordattentäter damals im 11. Jahrhundert vom "Alten Mann vom Berg" als tödliche Abgesandte zu den Herrschern in Bagdad geschickt wurden. Ein knappes Jahrtausend später warfen sich die Soldaten der Nazi-Wehrmacht Amphetamine ein, um den Krieg durchzustehen. Und im April 2001 wurden in Afghanistan vier kanadische Soldaten von einem US-amerikanischen Kampfflugzeug durch "friendly fire" in den Soldatenhimmel pulverisiert. Die beiden Piloten standen ebenfalls unter Speed - offensichtlich hatte die "Go-Pill" bei den Fliegern zu viel Tatendrang geweckt.

Waffe im Kampf gegen den Kommunismus

Kampf, Krieg und Drogen - auf unterschiedlichsten Ebenen sind die Themen miteinander verschränkt. Das Spektrum der Einsatzmöglichkeiten von Drogen reicht von der Zwangsverabreichung von "Medikamenten", um Gefangene gefügig zu machen, bis zur Finanzierung ganzer Kriege durch Gewinne aus dem Drogenschwarzmarkt. Bei der Betrachtung solcher Vorgänge droht Gefahr, in die Gefilde der Verschwörungstheorien abzurutschen: Immer wieder scheinen "Geheimdienste" ihre Finger im Spiel zu haben, und in deren Natur liegt es, dass über ihr Handeln wenig bekannt ist - aber desto mehr spekuliert und fabuliert wird. Unbestritten scheint aber zu sein, dass die Geschichte von Geheimdiensten und ihren Verbindungen zur "Unterwelt" und zu "Befreiungsbewegungen" einem Fortsetzungsroman gleicht.

Während des Kalten Krieges hatte die Bekämpfung des Kommunismus Priorität, und "all means necessary" waren gerechtfertigt, den Sieg der "freien Welt" zu befördern. Der Aufstieg des südostasiatischen Länderdreiecks Laos, Burma und Thailand zu einem der bedeutendsten Opiumanbaugebiete der Welt, dem "Goldenen Dreieck", lässt sich nur hinsichtlich seiner Lage auf dem größten Schlachtfeld des Kalten Krieges verstehen. Die Unterstützung des CIA für die Nationalchinesen, die 1949 den Kampf gegen die chinesischen Kommunisten verloren, legte den Grundstein für den rapiden Anstieg der Opiumaussaat in Burma - bis heute der zweitgrößte Opiumproduzent der Welt. Oder die Kooperation mit den Contras in Nicaragua (1983-1987) seitens des CIA gegen die Sandinisten: Sie fand mit Kenntnis des Geheimdienstes über die Verstrickung der Contras in den Kokainhandel statt. Der Kampf der Mudschahedin gegen die sowjetische Besatzung in Afghanistan (1979-1989) wurde ebenfalls vom CIA unterstützt, auch das in eindeutiger Kenntnis der Finanzquelle durch Opium- und Heroinhandel. Direkt daran anknüpfend erfuhr auch Osama Bin Laden von den USA finanzielle Unterstützung; die so genannte Nordallianz im Krieg der USA und ihre Alliierten gegen Afghanistan 2002 wurde von der "Achse des Guten" gefördert - die Finanzquelle der Warlords war (und ist) Opium bzw. Heroin. Aber auch die UCK, die "Befreiungsarmee des Kosovo", finanzierte ihre Waffenkäufe über den Heroinhandel und erfuhr in den 1990er Jahren Unterstützung US-amerikanischer und westeuropäischer Geheimdienste, darunter dem deutschen Bundesnachrichtendienst.

Labsal des Krieges und der Krieger

Teil dieser (Bürger-)Kriegs-Ökonomien ist immer der Handel mit Kriegsgerät. Die Fabriken und Forschungseinrichtungen der Waffenindustrie stehen in den westlichen Industrieländern; Empfänger der "Sicherheitstechnik", vulgo Waffen, sind offiziell Sicherheitskräfte, Militär und Polizei. Indirekt, über Drittländer und Zwischenhändler organisiert, sind aber auch Bürgerkriegsparteien und kriminelle Vereinigungen willkommene Kunden. Diese finanzieren, wie obige Beispiele zeigen, nicht selten ihre "Befreiungskämpfe" und Aktivitäten durch Drogenhandel. Unter diesen Umständen hat die Rüstungsindustrie - ohnehin eine "Wachstumsbranche" - wenig Interesse daran, dass der "Krieg gegen die Drogen" je beendet wird, versorgt sie doch die "Truppen" auf beiden Seiten der "Front" - Drogenverfolger wie Drogenhändler.

Doch bilden Drogen nicht nur als Zahlungsmittel die Grundlage von Bürgerkriegen. Eine wichtige Rolle spielen sie auch immer für den oder die einzelne/n KämpferIn. Legalisiert firmieren Drogen als Schmerzmittel,

beispielsweise Morphium, und es gibt sie nur, wenn man kaputtgeschossen wurde. Aber zwischen den Kampfhandlungen will das erlebte und vollbrachte Grauen kompensiert werden. Im Vietnamkrieg (1964-1975) zum Beispiel waren Opium, Heroin und Cannabis direkt vor den Stützpunkten zu erstehen; die Drogen waren billig und von guter Qualität: Rund ein Drittel der US-Soldaten nahm im Laufe der Zeit regelmäßig Opium bzw. Heroin zu sich. In einer Untersuchung darüber heißt es: "In Vietnam ist der Gebrauch von Heroin zu so einem Gemeinplatz unter den GI geworden, dass das traditionelle Tabu der amerikanischen Mittelklasse gegenüber Drogen durchbrochen wurde." Da ab 1968 der starke Konsum auch seitens der Militärführung nicht mehr ignoriert werden konnte, wurden zurückkehrende US-Einheiten aus Vietnam meistens in Deutschland (Schweinfurt oder Augsburg) für einige Zeit geparkt, um keine "Drogenwracks" in die USA zurückkehren zu lassen. Kaum verwunderlich, dass im Herbst 1968 das erste Heroin in Süddeutschland auftauchte.

Zu dieser Zeit, 1971, hatte der US-Präsident Richard Nixon Drogen zum "Public Enemy No. 1" erklärt. Ronald Reagan ließ 1982 verlauten: "Drugs are bad and we are going after them." George Bush senior, ein bedeutender Tabakfirmenlobbyist, eröffnete 1989 die bis heute anhaltende Kriegsrunde. 25 US-Behörden sind in den "War on Drugs" involviert. Trotz wachsender Repression, Überwachung usw. stieg aber gleichzeitig die Verfügbarkeit und Qualität der illegalisierten Drogen und es sank ihr Straßenpreis in den USA. Und das, obwohl dort 2001 zum Zwecke der Drogenkontrolle insgesamt 33 Milliarden US-Dollar ausgegeben wurden. Neben dem Kontrollapparat der Vereinten Nationen betreibt die USA ein eigenes Drogenkontrollprogramm. Satelliten vermessen mögliche Anbauflächen, und die Vergabe von bilateralen Entwicklungsgeldern ist eng an die Einhaltung der Drogenprohibition des jeweiligen Landes geknüpft. Der "War on Drugs" ist ein weltweiter und am fortgeschrittensten ist er in Kolumbien. Der "Plan Columbia", der von der kolumbianischen Regierung mit der Clinton-Regierung 1999 zur Beendigung des langjährigen Bürgerkriegs auf den Weg gebracht wurde, sieht auch die Bekämpfung des Kokaanbaus und Kokainhandels als ein zentrales Element vor. Darüber hinaus sind mittlerweile die drei bedeutendsten Guerillagruppen im Lande von der US-Regierung als Terroristen eingestuft worden.

Militarisierung nach Innen und Außen

Seit Jahren versprühen US-amerikanische Kleinflugzeuge großflächig Pflanzenvernichtungsmittel über vermeintlichen Kokaanbaugebieten in den Anden - letztes Jahr sollen 100.000 Hektar davon betroffen gewesen sein. Vernichtet werden dabei auch die Erträge von Nutzpflanzen. Die Nebenwirkung der Gifte auf Mensch und Tier ist umstritten. Nachdem 2000 nach Protesten aus Kolumbien und von internationalen Kreisen die Arbeit an einer biologische Lösung anscheinend eingestellt wurde, brachten US-Behörden im Frühjahr diesen Jahres - auch angesichts der erwarteten großen Opiumernte in Afghanistan - die Idee erneut auf die Agenda: Eine Art Pilz (Fungus Fusarium oxysporum), an dessen Strängen offenbar seit Jahren unter Millionenaufwand in den USA geforscht wird, soll ausgebracht werden. Er vermehrt sich von alleine und frisst Drogenpflanzen auf. Hinweise auf das Verbot "biologischer Kriegsführung" und die Sorge über unkontrollierte Ausbreitung des "Bio-Herbizids" werden in ihrer Euphorie von den Drogenpolitik-Hardliner ignoriert, die hoffen, damit Koka-, Opium- und Cannabisanbau endgültig erledigen zu können.

Der "War on Drugs" äußert sich aber nicht nur außenpolitisch, sondern führt in den USA auch zu einer Militarisierung nach innen: Fast jede US-amerikanische Kleinstadt hat heutzutage eine paramilitärische Special Weapons and Tactics-Einheit (SWAT), die oft Einsätze zur Drogenbekämpfung durchführt, bei denen immer wieder unschuldige Opfer zur Strecke gebracht werden. Die US-Drogenbehörden haben mehr verdeckte Ermittler als jede andere Polizeibranche. Da jeder ein getarnter Drogenhändler sein könnte, ist es ihnen fast überall erlaubt, Telefongespräche und Wohnungen abzuhören. Drei Viertel der 33 Milliarden US-Dollar für den "War on Drugs", werden für Strafverfolgung ausgegeben. Ein Viertel aller Insassen in den US-Gefängnissen (Bund oder Staat) sitzen wegen eines Drogendeliktes ein (40 Prozent davon wegen Besitz von Cannabis), ca. eine halbe Million Menschen der mittlerweile über zwei Millionen hinter Gittern. Im "Land of the Free" sitzen ungefähr zehn Mal so viel Menschen im Gefängnis (800 von 100.000) wie in den anderen Industriestaaten (Deutschland 70 von 100.000). Im Zusammenhang mit Drogenbesitz und -handel gibt es in den meisten US-Bundesstaaten keine Bewährungsstrafen oder Begnadigung, auch sprechen in manchen Bundesstaaten StrafverfolgerInnen - nicht RichterInnen - mehrjährige Gefängnisstrafen aus.

Dabei tritt ein unverhohlen rassistisches System zu Tage: Unter den Angehörigen der verschiedenen Hautfarben ist kein auffälliger Unterschied im Drogenkonsum zu verzeichnen. Aber die rund ein Jahrhundert alten Vorurteile der unter Drogen stehenden "sex mad negroes" und "cocaine niggers" haben überlebt. Das

Sentencing Project, eine Lobbygruppe in den USA, die für eine Reform der Kriminaljustiz eintritt, hält fest: 13 Prozent der monatlichen DrogenkonsumentInnen haben eine schwarze Hautfarbe, aber 35 Prozent der wegen Drogenbesitzes Verhafteten, 55 Prozent der wegen Drogen Verurteilten und 74 Prozent der wegen Drogen mit Haftstrafen Belegten sind Schwarze.

Auch wenn die USA zwar quantitativ den "War on Drugs" auf die Spitze treiben, darf nicht vergessen werden, dass andere Staatsführungen den "Drogendämon" ebenfalls liebend gern als Kontroll- und Repressionsanlass bemühen - in etlichen Staaten steht die Todesstrafe auf Drogenhandel. In Deutschland sitzen schätzungsweise rund 14 Prozent der Gefängnisinsassen wegen Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz ein. Mit der traditionellen rassistischen Propaganda "Wer hat Angst vorm schwarzen Mann" wird die hysterisierte Gefahr durch Drogen auf die fruchtbare Saat der Fremdenfeindlichkeit aufgesetzt und gegen "ausländische Drogendealer" gehetzt. Die menschenverachtende und mindestens in einem Fall tödliche Praxis der Brechmittelvergabe für vermeintliche Drogenzwischenhändler, die verschluckte Drogenvorräte auskotzen sollen, findet als "Abschreckung" nicht wenig Beifall in der Bevölkerung.

Eskalation im Anti-Terror-Krieg

Der eingangs erwähnte Fall der Piloten auf Speed in Afghanistan, die von der US-Air-Force gebilligt der üblichen Einnahme von Amphetaminen aus dem Bordvorrat gefrönt hatten, schlug einige Wellen in der US-Öffentlichkeit. Wie könne die Air Force den Konsum von Speed propagieren, wenn ansonsten die gesamte Nation in einen "War on Drugs" verwickelt war, lautete die Frage. Dabei liegt die Antwort auf der Hand: Im "Kreuzzug" gegen das Böse sind alle Mittel erlaubt. Im Kontext der Bedrohung von Außen, zu dem sich seit Ende des Kalten Krieges der "Islamische Fundamentalismus" gesellte, passten die Anschläge vom 11. September 2001 ohnehin und sie kamen wie gerufen für den "War on Drugs", der Ende der 1990er Jahre in eine Legitimationskrise geraten war. Der Leiter der Drug Enforcement Agency (DEA) hatte damals eingestanden, dass der Drogenfluss in die Staaten unaufhaltbar sei. Der Erfolg des Spielfilms The Traffic, der einen ernüchternden Blick auf die Realität und Misserfolge des Drogenkriegs in den USA und Mexiko warf, galt als Zeichen für das Ermüden der Bevölkerung im permanenten Kriegszustand. Die konkrete Bedrohung durch Terroristen, die Zutat des "clash of civilizations" und das Schreckgespenst des "serious drug evil" sahen aber alsbald eine neue Wortschöpfung: "Narcoterrorism". Die Taliban in Afghanistan im Verbund mit Bin Laden griffen auf die Drogengelder aus dem Opium- und Heroinhandel zurück, berichtete das DEA. Das Transnational Institute aus Amsterdam befürchtet vor diesem Hintergrund: "Die Anti-Terroristen-Strategie hinsichtlich Drogen bedeutet: Weniger Drogen heißt weniger Ressourcen für Terroristen. Daraus folgt, dass der Anti-Terror-Krieg notwendigerweise den ‚War on Drugs` eskalieren wird."

Lorenz Matzat

Teil 4 zum Thema "Alternative Drogenpolitik und Perspektiven" erscheint in ak 491.

18. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:19

Jahrtausende der Gewalt

Der Umfang des Buches beeindruckt: 744 Seiten umfasst das von Hans Dollinger herausgegebene "Schwarzbuch der Weltgeschichte", das nach der Erstausgabe von 1973 nun in erweiterter Neufassung vorliegt. Vom Verlag reißerisch als "Enzyklopädie des Grauens" beworben, sammelt es jede Menge Beweismaterial für die These, dass "5000 Jahre der Mensch des Menschen Feind" (Untertitel) gewesen sei und weiterhin ist. Wer wollte das angesichts unzähliger Massaker, Kriege und Völkermorde ernsthaft in Frage stellen? Der Erkenntniswert des Buches allerdings darf bezweifelt werden. Die gut 100 Seiten, die der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gewidmet sind, zeigen eine geradezu skandalöse Gewichtung der in diesem Zeitraum begangenen Großverbrechen. Auf ein Kapitel über "roten und weißen Terror" in Russland, Deutschland und China folgt ein zweites über "Terror und Gegenterror im Spanischen Bürgerkrieg und im Zweiten Weltkrieg". Das dritte handelt den Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden mal eben auf 19 Seiten ab. Fast doppelt so viel Raum nimmt das "Gebäude von Terror und Leiden" ein, das "Bolschewiken, Stalinisten, Kommunisten und Russen" errichtet haben. Allerdings umfasst dieses Kapitel den Zeitraum bis heute. Besonders ausführlich wird der Aufstandsversuch in der DDR im Juni 1953 behandelt, obwohl er mit etwa 50 Todesopfern in einer "Enzyklopädie des Grauens" fast schon als Lappalie erscheinen muss. Vergebens sucht man dagegen so einschneidende und als historische Vorläufer der Shoah bedeutsame Ereignisse wie den deutschen Völkermord an den Herero und Nama in Südwestafrika und den Völkermord der Jungtürken an den Armeniern. Offenbar will der Herausgeber, dem es laut Vorwort um das "Verständnis von Geschichte und Gegenwart" zu tun ist, vor allem seine antitotalitäre Geschichtspolitik vermitteln.

Hans Dollinger: Schwarzbuch der Weltgeschichte. 5000 Jahre der Mensch des Menschen Feind, area verlag, Erftstadt 2004, 744 Seiten, 14,95 EUR

Frauen in Nigeria

Über Nigeria ist in der Presse derzeit wenig Positives zu lesen: Oft wird über sich verschärfende Konflikte vor dem Hintergrund der Einführung der "Sharia" als herrschende Rechtsprechung in einigen Landesteilen berichtet. Es kam zu dramatischen Urteilen, so konnte z.B. die Steinigung einer jungen Frau, die unehelich ein Kind zur Welt brachte, nur durch eine internationale Kampagne verhindert werden. Auch die ökonomische Situation ist schlecht, trotz des Reichtums an Erdöl. Zwanzig Kurzgeschichten sind in dem Band "Flackernde Kerzen" der in Lagos lebenden nigerianischen Schriftstellerin Toyin Adewale zu lesen. Die Autorin, 1969 geboren, gehört zu den jungen feministischen Schriftstellerinnen Nigerias. In ihren Texten gewährt sie Einblick in den vielfältigen, oft widersprüchlichen Alltag nigerianischer Frauen. Zwangsläufig bearbeitet sie Themen wie Gewalt und Armut. Toyin Adewale beschreibt die Repression gegen einen Richter, der vom Geheimdienst abgeholt werden soll, glücklicherweise aber eine sehr mutige und selbstbewusste Frau an seiner Seite hat; sie schildert die Schwierigkeiten, denen eine Frau mit Kindern ausgesetzt ist, als ihr Ehemann plötzlich stirbt und ihr Schwager sich als zuständiges Familienoberhaupt für die Angelegenheiten der Familie seines Bruders, insbesondere für die finanziellen, zuständig erklärt. Nigerianische Alltagsfragen: Kann eine Frau einfach so das Angebot annehmen, im Auto mitgenommen zu werden, und was bedeutet es, als Zwölfjährige an einen älteren Mann verheiratet zu werden? Toyin Adewale beschreibt das trotz widrigster Umstände wachsende Selbstbewusstsein dieser Frauen, sie schildert brüchige, sich wandelnde Verhältnisse. Allerdings bleibt der Endpunkt dieser Entwicklungen trotz vieler positiver Töne ungewiss. Ihr Buch ist spannend zu lesen, nicht zuletzt wegen der vielen unterschiedlichen Ich-Erzählerinnen inklusive Perspektivenwechsel, die Vielfalt und Widersprüchlichkeiten garantieren. Die geschilderten Situationen und Probleme spiegeln dabei nicht nur den Alltag in Nigeria wieder, sondern sind auf einige Staaten Afrikas übertragbar.

Toyin Adewale: Flackernde Kerzen. Schmetterling Verlag, Stuttgart 2004, 120 Seiten, 11,80 EUR

Bissgenuss statt Schulterschluss

Geschont worden ist Marlene Streeruwitz nie. Von bundesdeutschen Literaturkritikern als beleidigte, Gulasch schreibende Prinzessin bezeichnet, gehört sie nicht zur Riege der Fräuleinwunder, die von Friedenstauben in den "guten Topf" sortiert werden. Eher ist die österreichische Schriftstellerin eine nimmersatte

Netzbeschmutzerin, die den Schnabel selbst nach Verbalattacken unermüdlich aufmacht und ihre Stimme erhebt. Schön ist es nicht, was ihrer Feder dann entfährt, sie lässt weder Milde noch Güte walten, wenn sie gesellschaftliche Verfasstheiten beschreibt. Etwa den Hang, politische Gewalt zu sexualisieren, den Streeruwitz auch in Fernsehshows ausfindig macht: "Diese Shows (wie ‚Big Brother` oder ‚Survivor`) haben nicht nur Mobbing als gesellschaftliche Normalität in aller Offenheit und unwidersprochen fixiert. Ich denke, viel bedeutsamer ist, dass eine psychologisierende Therapiesprache endgültig als basale Verständigungsform etabliert wurde." Indem Äußerungen auf die psychologisierte und psychologisierende Einzelperson zurückgeführt werden, wird der "therapeutische Darwinismus" eingeführt, in dem gesellschaftliche Machtverhältnisse dethematisiert werden. Es überlebt am besten, wer den gesellschaftlichen Verhaltenskodex am schönsten verinnerlicht hat und ihn gut präsentiert. Dazu bedarf es, wie Streeruwitz zeigt, eines langjährigen Trainings, das schon bei den goldigen Hamstern anfängt, die vom Stress nicht artgerechter Haltung früh sterben müssen, um dann von Hansi ersetzt zu werden: "Und wir (die Kinder) lernten den Tod als unabwendbare Notwendigkeit akzeptieren." Zwar mag es halsbrecherisch erscheinen, wenn Streeruwitz von Goldhamstern auf eine grundsätzliche Kriegsneigung schließt. Dass der Drahtseilakt gelingt, dass man sich bisweilen für die Ungerechtigkeit des Herrschenden ein wenig entschädigt fühlt, ist der ungeheuren Wort- und Beobachtungsschärfe von Streeruwitz zuzuschreiben. Statt mit schulterklopfendem Humor eine Gemeinschaft mit Sexisten und Vergangenheitsbewältigern herzustellen, bleibt Streeruwitz bissig und ablehnend. Der Bissgenuss ist dann den Lesenden vorbehalten.

Marlene Streeruwitz: Gegen die tägliche Beleidigung. Vorlesungen. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2004. 194 Seiten, 18,90 EUR

19. Vielfalt statt Klasse

"Multitude" als postmoderner Klassenbegriff

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:20

Nach "Empire" ist in diesem Jahr das zweite Gemeinschaftswerk von Michael Hardt und Antonio Negri auf Deutsch erschienen. "Multitude" ist der Versuch, in der Postmoderne die Subjekte revolutionärer Veränderung zu bestimmen und zu verorten; sowohl analytisch wie auch politisch ein "work in progress".

Die Möglichkeit der Demokratie im Weltmaßstab eröffnet sich heute zum allerersten Mal. Dieses Buch handelt von jener Möglichkeit, davon also, was wir das Projekt der Multitude nennen." Mit diesen Worten leiten Michael Hardt und Antonio Negri (N/H) ihr neues Buch ein. Sie nähern sich dabei ihrem eigentlichen Thema über den Krieg. Der globale Kriegszustand, so N/H, spiele eine entscheidende Rolle bei der Durchsetzung imperialer Herrschaftsverhältnisse. Seine Bedeutung liegt dabei nicht nur in der Zerstörung. Zugleich dient der Krieg auch der Produktion imperialer Souveränität. Ein Beispiel für diesen Zusammenhang von Krieg und Biomacht ist das Nation-Building in Ländern wie Afghanistan. Die Zerstörung, Neuzusammensetzung oder gar die Erfindung von Nationen wird hier zum regelrechten Programm.

Doch über den modernen Krieg und seinen Netzwerkcharakter kommen N/H sehr schnell zum eigentliche Schwerpunkt von "Multitude". Die Form des Netzwerkes ist N/H zufolge nämlich auch ein Reflex auf die kleinen und flexiblen Strukturen der postfordistischen Produktion. Doch die beiden bleiben nicht bei diesem Zusammenhang stehen. Sie interessieren die Auswirkungen dieser Entwicklungen auf politische Organisationsformen. Auch für die Organisation von Kämpfen bestehe die Notwendigkeit, sich den vorherrschenden Formen ökonomischer Produktion anzupassen - gerade wenn diese Kämpfe erfolgreich sein sollen. N/H verweisen in diesem Zusammenhang auf die Entsprechungen "zwischen den Massenheeren der industriell organisierten FabrikarbeiterInnen und den zentralisierten Militärformationen der Volksarmeen". Dabei habe jedoch die Notwendigkeit der Effizienz demokratischen Strukturen und Prinzipien entgegengestanden. Dieser Widerspruch existiere heute nicht mehr. Die Form des Netzwerkes, so N/H, macht eine Organisation von Kämpfen möglich, die sowohl hochgradig effizient sind und zugleich ein Höchstmaß an Demokratie möglich machen.

Der Wert von Baggypants

Schon hier wenden sich die Autoren den gesellschaftlichen Voraussetzungen des politischen Projekts der Multitude zu, und im zweiten Teil ihres Buches steht der Begriff der Multitude endgültig im Mittelpunkt. Zunächst grenzen sich N/H von Konzepten wie "Arbeiterklasse" und "Volk" ab. Die Vorstellung von Arbeiterklasse bleibe auf LohnarbeiterInnen beschränkt, in einer engen Fassung sogar lediglich auf IndustriearbeiterInnen. Ein solches Konzept gründe sich somit auf der Trennung zwischen "männlicher Industriearbeit und weiblicher Reproduktionsarbeit, zwischen Industrie- und Landarbeit, zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen oder zwischen ArbeiterInnen und Armen." N/H begreifen Multitude deshalb als ein Klassenkonzept, das solche Ausschlüsse und die damit einhergehende Hierarchisierung von Kämpfen überwindet.

Sie grenzen Multitude auch gegen die Kategorie des Volkes ab: "Volk" reduziert gesellschaftliche Unterschiede auf eine Einheit. Im Gegensatz folgt Multitude der Vorstellung von "Singularitäten, die gemeinsam handeln." Einheit und Identität sind nicht länger Voraussetzung für kollektive Handlungsfähigkeit. Erst ohne diese Vorstellung lässt sich die Verbindung von unterschiedlichen Kämpfen denken, ohne dass Unterschiede unsichtbar gemacht werden und ein Feld der politischen Auseinandersetzung einem anderen untergeordnet wird.

Negri und Hardt sprechen wiederholt von einem "Projekt der Multitude". Für sie beschreibt der Begriff nicht die bestehenden Verhältnisse, sondern das, was aus ihnen entstehen könnte. Die Multitude werde durch den gemeinsamen Kampf hervorgebracht. Dieser Kampf müsse in einer Analyse begründet sein, "die die gemeinsamen Bedingungen jener aufzeigt, die zur Multitude werden können." Dabei geht es nicht um Vereinheitlichung, sondern darum, dass trotz der vielfältigen Differenzen ein gemeinsamer Kampf deswegen möglich ist, weil die Unterschiede eben nicht substanziell sind.

N/H knüpfen dabei an das Konzept der immateriellen Arbeit an: Nicht mehr die industrielle Produktion spiele die entscheidende Rolle, sondern die Produktion von Wissen, Kommunikation und Affekten. Die zunehmende Bedeutung affektiver und kognitiver Arbeit zeigt sich für die Autoren vom Fast-Food-Restaurant (Service with a Smile) über die Medien bis hin zum Gesundheitsbereich. Aber auch in der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion gewinnen Wissen, Kommunikation und Affekte an Bedeutung.

Die Hegemonie immaterieller Arbeit bedeutet nicht, dass es einen neuen privilegierten Ort sozialer Auseinandersetzungen gibt. Vielmehr geht es N/H darum, dass durch die Hegemonie Bedingungen für einen gemeinsamen Widerstand entstehen. Dies wird deutlich an der Auseinandersetzung mit prekären Arbeitsverhältnissen, die N/H als wesentliches Merkmal immaterieller Arbeit begreifen. Nicht mehr nur in Callcentern und Restaurants, sondern auch in der industriellen Produktion gewinnen unsichere Arbeitsverhältnisse und der damit einhergehende schnelle Wechsel von Lohnarbeit und Erwerbslosigkeit an Bedeutung. Dabei beschäftigen sich die beiden Autoren nicht nur mit der Angst und der Armut, die mit den prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen verbunden sind. Sie gehen darüber hinaus der Frage nach, welche möglichen Befreiungsperspektiven sich durch diese Prozesse ergeben. Je stärker sich Prekarität durchsetze, desto durchlässiger werde die Grenze zwischen Erwerbslosen und Lohnarbeitenden - eine Entwicklung, die zumindest potenziell einen gemeinsamen Kampf von Lohnarbeitenden und Armen möglich macht.

Auch Negris und Hardts Aufforderung, "Ausbeutung nicht länger ausgehend von messbaren Zeitquanten" zu denken, steht in diesem Zusammenhang. Unter der Vorherrschaft der industriellen Produktion habe es eine deutliche Trennung zwischen Arbeit und Leben gegeben. Mit der zunehmenden Bedeutung von Wissen, Kommunikation und Affekten werde diese Trennung jedoch problematisch: Ideen entstehen nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch unter der Dusche und in Träumen. Dies bedeutet nicht nur eine zeitliche, sondern auch eine räumliche Entgrenzung von Arbeit. Tendenziell wird immer und überall gearbeitet.

Auch auf einer anderen Ebene hinterfragen N/H die Arbeitszeit als Maß der Ausbeutung. Unter der Vorherrschaft der industriellen Produktion habe erst das Fließband die Verbindung zwischen den einzelnen Arbeitsschritten hergestellt. Kommunikation und Kooperation sei also erst über das Kapital vermittelt worden. Im Gegensatz dazu sei Kooperation heute bereits unmittelbarer Bestandteil immaterieller Arbeit. Kommunikation und affektive Beziehungen seien immer schon miteinander verbunden, und Wissen und Affekte ließen sich deshalb nicht der verausgabten Arbeit einer einzelnen Person zuordnen. In diesem Sinne müsse "Ausbeutung als Expropriation des Gemeinsamen" begriffen werden.

Multitude als Projekt

Diese Argumentation lässt sich an einem Beispiel verdeutlichen, das gerne vom spanischen Kollektiv Yomango angeführt wird: "Seit Jahren tragen Jugendliche in den afroamerikanischen Gettos ihre Hosen auf Halbarsch, weil es ihren Brüdern im Gefängnis (...) nicht erlaubt ist, einen Gürtel zu benutzen. Irgendeine Marke hat das dann kommerzialisiert." Unübersehbar gewinnt die Image-Produktion an Bedeutung. Für werttheoretisch orientierte MarxistInnen gründet sich der Wert jetzt nicht nur auf der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit für ihre unmittelbare Produktion, sondern auch auf der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, die für die Produktion des Images verwendet worden ist. Doch das Beispiel der Baggypants wirft Fragen auf, die mit diesem Ansatz nicht beantwortet werden können: Von welcher verausgabten Arbeit ist hier die Rede? Ist nur die Arbeit des Modedesigners von Bedeutung? Was ist mit der Kreativität der afroamerikanischen Jugendlichen?

Genau an diesem Punkt setzten Negri und Hardt an. Ihre Konzeption macht es möglich, auch die Kreativität der afroamerikanischen Jugendlichen als produktive Arbeit zu fassen. Dies ist vor allem im Hinblick auf die politischen Konsequenzen wichtig. Die Unterscheidung von produktiver und unproduktiver Arbeit war und ist vielfach die Grundlage dafür, den Kämpfen der industriellen ArbeiterInnenklasse einen privilegierten Ort zuzuweisen. Dies steht im offenen Widerspruch zu einem politischen Ansatz, der sich einer Hierarchisierung von Kämpfen verweigert. Im Gegensatz dazu zielen Hardt und Negri darauf ab, die Bedingungen für einen gemeinsamen Widerstand von Lohnarbeitenden und Armen aufzuzeigen.

Die Suche nach dem Gemeinsamen zieht sich wie ein roter Faden durch den zweiten Teil von "Multitude". Während N/H sich dabei ausführlich mit den Armen und der bäuerlichen Welt auseinander setzen, so gehen sie jedoch nur kurz auf sexistische Arbeitsteilung und Hausarbeit ein. Sie begnügen sich mit dem Hinweis,

dass affektive Arbeit und die Auflösung der Grenze zwischen Arbeit und Leben sowohl zu den grundlegenden Merkmalen von immaterieller Arbeit als auch von Reproduktionsarbeit gehören. Die Leerstelle, von der z.B. Cornelia Eichhorn im Hinblick auf "Empire" gesprochen hatte (1), besteht auch bei "Multitude" fort. Und trotzdem kann mit der These von der Ununterscheidbarkeit von Reproduktion und Produktion sexistische Arbeitsteilung heute durchaus gefasst werden. Wiederum Cornelia Eichhorn verweist dabei auf die steigende Zahl der Putzfrauen, Haushaltshilfen und Kindermädchen in den Metropolen und betont, "dass sich die sexistische Arbeitsteilung nicht mehr vorrangig in der Form der Abspaltung von Lohnarbeit und Hausarbeit, von bezahlter und unbezahlter Arbeit vollzieht, sondern andere Formen angenommen hat".

Im dritten und letzten Teil beschäftigen sich Negri und Hardt mit dem Konzept des Exodus und der Möglichkeit der Demokratie im Weltmaßstab. Hier wird der Einfluss der Globalisierungsbewegung deutlich. Von den tute bianche über Seattle bis hin zum Weltsozialforum: Ausführlich setzen sich die Autoren mit den aktuellen Formen und Inhalten dieser Kämpfe auseinander. Das enge Verhältnis von Philosophie und politischen Auseinandersetzungen zeigt sich auch daran, dass in Italien und Spanien "Multitude" in die Sprache politischer AktivistInnen eingegangen ist.

Im Gegensatz dazu wird in der politischen Praxis in Deutschland kaum Bezug auf diesen Begriff genommen. Trotzdem gibt es deutliche Berührungspunkte: Auch hier wird in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen Differenz und Vielfalt bejaht, wird versucht unterschiedliche politische Auseinandersetzungen zu vernetzen und die Vorstellung eines privilegierten Ortes für Kämpfe zurückgewiesen. In dem Vorwort zu "Empire" sprechen Hardt und Negri die Hoffnung aus, "eine begriffliche Werkzeugkiste bereitgestellt zu haben, um im Empire und gegen es zu denken und zu handeln." Vielleicht ist das Erscheinen von "Multitude" eine Gelegenheit, jenseits oberflächlicher Polemiken die Auseinandersetzung darum zu führen, ob dieser Begriff ein brauchbares Werkzeug in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen sein kann.

Arndt Neumann

Michael Hardt/Antonio Negri: "Multitude. Krieg und Demokratie im Empire", Frankfurt (Campus) 2004, 432 S., 34,90 Euro

Anmerkung:

1) Cornelia Eichhorn: "Geschlechtliche Teilung der Arbeit. Eine feministische Kritik" , in: Thomas Atzert/Jost Müller, Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität, Münster 2003

20. Nach dem Kolonialismus

Frankreich und die Krise in Côte d'Ivoire

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:21

Die Eskalation der Gewalt im westafrikanischen Côte d'Ivoire ("Elfenbeinküste") hat nur wenig von einem antikolonialen Befreiungskampf. Denn nicht nur die antifranzösischen Proteste tragen rassistische Züge; auch die innergesellschaftlichen Verteilungskämpfe werden von Hasspredigern gegen EinwanderInnen aus den Nachbarländern Mali und Burkina Faso angeheizt. Derweil laviert Präsident Laurent Gbagbo zwischen Agitation und Realpolitik.

War es politische Absicht? Ein Versehen mit schweren Konsequenzen? Oder ein Ausdruck schwelender Machtkämpfe in der politischen und militärischen Hierarchie der Côte d'Ivoire? Fest steht, dass am 6. November 2004 eine 250 Kilogramm schwere Fliegerbombe der ivoirischen Luftwaffe neun französische Soldaten und einen US-amerikanischen Zivilisten in einem Camp bei Bouaké tötete und 38 Franzosen verletzte.

Noch am selben Tag befahl Frankreichs Präsident Jacques Chirac, nahezu die gesamte ivoirische Luftwaffe zu zerstören. Nach dem Bombardement bleibt der Luftwaffe von Präsident Laurent Gbagbo, dem auch ein Privatflugzeug abhanden kam, nur noch ein einziger Kampfhubschrauber. Drei Personen sollen bei den Angriffen getötet worden sein.

Beobachter unterstellen Gbagbo bei der Bombardierung der französischen Stellung keine Absicht. Sie vermuten eher eine "Panne"; so lautet auch die offizielle ivoirische Position. In einem Interview mit der Washington Post vom 12. November zog Gbagbo allerdings die Existenz der getöteten Franzosen generell in Zweifel; in Wirklichkeit gehe es Paris nur darum, seine Autorität zu untergraben.

Mittlerweile scheint auch die französische Staatsführung der Meinung zu sein, dass Gbagbo "bestimmt nicht" Order zum Angriff auf die französische Stellung gegeben habe. Der französische Generalstabschef Henri Bentégeat wird in Le Monde (12.11.) mit der Auffassung zitiert, er denke nicht, dass Gbagbo "persönlich" eine entsprechende Anordnung gegeben habe. Dennoch sei er "in einem Punkt sicher: dieser Angriff war gewollt, beabsichtigt", deshalb fordere er eine Untersuchung.

Im Prinzip bieten sich zwei Erklärungen für den Angriff auf die Franzosen an. Entweder handelte es sich tatsächlich um einen "Kollateralschaden" beim Angriff der nationalen ivoirischen Streitkräfte (FANCI) auf Bouaké, wo sich das Hauptquartier der Rebellenarmee unter Guillaume Soro befindet. Die dabei eingesetzten Piloten sind übrigens in der Regel keine ivoirischen Staatsbürger, sondern russische, weißrussische und ukrainische Söldner. Jene, die das Quartier der Franzosen in Bouaké bombardierten, waren allem Anschein nach weißrussischer Herkunft und soeben von einem Lehrgang in der Ukraine zurückgekehrt.

Parallele Machtstrukturen

Oder aber - zweite Möglichkeit - extremistische Kräfte innerhalb des Staatsapparats haben sich der Kontrolle durch die aktuelle politische Führung entzogen. Zu solchen Kräften zählt der einflussreiche Präsident des ivoirischen Parlaments, Wirtschaftsprofessor Mamadou Koulibaly, der noch am letzten Novemberwochenende Frankreich mit einem Desaster "schlimmer als Vietnam" drohte. Koulibaly steht der Bewegung der Jeunes Patriotes ("Junge Patrioten") nahe, die von Charles Blé Goudé angeführt wird, dem selbsternannten "Präsidenten der Straße". Diese Milizen haben sich zu einer parallelen Machtstruktur entwickelt.

Hintergrund der Konflikte ist die zunehmende Ethnisierung der Auseinandersetzungen in der ivoirischen Gesellschaft. Der weltgrößte Kakaoproduzent und -exporteur hatte in den 1970er Jahren einen Wirtschaftsboom erlebt, der vor allem auf der Ausbeutung billiger Arbeitskräfte aus den nördlichen Nachbarländern Mali und Burkina-Faso beruhte. Infolge einer Überproduktionskrise sank der Kakaopreis von Mitte der 1980er Jahre bis heute auf weniger als die Hälfte.

Seit den Jahren 1999/2000 nimmt eine rassistische Aufladung der ivoirischen Politik rapide zu. Damals wurden die Leute aus dem muslimischen Landesnorden durch den dominierenden, christlich-animistisch geprägten

Süden faktisch zu AusländerInnen erklärt, da sie in Wirklichkeit Burkinabés (BürgerInnen von Burkina-Faso) seien.

Bis dahin war jede zweite geschlossene Ehe eine "interethnische Mischheirat" und 25 Prozent der Bevölkerung stammten ursprünglich aus dem nördlichen Nachbarland. Doch nun wurde die sich ausbreitende Ideologie der rassisch definierten Ivoirité zum Selbstläufer; die national-rassischen Identitätskonstruktionen entfalteten ein immenses Gewaltpotenzial.

Ab 2002 bremste die seit der formalen Unabhängigkeit von 1960 stets präsente Vormacht Frankreich das Regime des Laurent Gbagbo aus: Einerseits wollte Frankreich nicht erneut der Komplizenschaft bei einem afrikanischen Genozid wie in Ruanda (1994) beschuldigt werden. Andererseits hätten viele französische Konservative eigentlich gern Ouattara als Präsident gesehen, da der ehemalige Weltbankfunktionär ihnen als Garant "wirtschaftlicher Vernunft" - auch im Sinne französischer Konzerne - gilt. Frankreich hat ausgeprägte ökonomische Interessen in Côte d'Ivoire; dort gibt es 240 Filialen französischer Großunternehmen und 600 Firmen im Besitz französischer Geschäftsleute, die 54 Prozent der Steuereinnahmen des ivoirischen Staates repräsentieren. Insbesondere kontrolliert der Pariser Bolloré-Konzern die wichtigste Exportgesellschaft für Kaffee und Kakao, die Häfen und den Holzeinschlag. Gbagbo gilt der französischen Rechten eher als unzuverlässig, da er lange Zeit der Freund der französischen Sozialdemokratie war.

Im Januar 2003 unterschrieb der ivoirische Präsident auf Drängen Frankreichs das Abkommen von Marcoussis. Dieses sah eine faktische Aufteilung des Landes zwischen den nördlichen Rebellen, die vier Monate zuvor vergeblich einen Putsch versucht hatten, und der Zentralregierung im Süden vor. Ferner sollten beide zusammen eine "Regierung der nationalen Versöhnung" bilden. Doch diese formal amtierende Regierung unter Seydou Diarra wurde durch Gbagbo, den faktischen Machthaber, zum Papiertiger degradiert; Diarra kann sich nur unter strenger Bewachung zu den Tagungen des Ministerrates begeben; er befürchtet, durch die Gbagbo-Anhänger gelyncht zu werden, und wohnt inzwischen im Schutze der UN-Niederlassung in Abidjan. Gleichzeitig gingen die staatlichen Repressionskräfte mitunter mit brutaler Härte gegen die AnhängerInnen der Opposition aus dem Landesnorden vor - beispielsweise Ende März dieses Jahres in Abidjan, wo die "Sicherheitskräfte" in Demonstrationen hinein feuerten und über 200 Menschen töteten.

Hetze gegen "dreckige Franzosen"

Die am 30. Juli 2004 in der ghanaischen Hauptstadt Accra geschlossene Übereinkunft sah die Waffenniederlegung durch die Rebellen, die Verabschiedung von zehn Reformgesetzen (insbesondere die Revision der rassistischen Staatsbürgerschaftsdefinition sowie des Gesetzes zum Bodenbesitz) und die Abhaltung von Wahlen im Herbst 2005 vor. Doch von den in Aussicht gestellten Gesetzen wurden nur zwei angenommen. Die Rebellen, die oft ebenfalls autoritär gegen die Bevölkerung vorgehen, behielten ihre Waffen über das im Abkommen "Accra III" vereinbarte Stichdatum des 15. Oktober 2004 hinaus. Deswegen erfolgte ab dem 4. November der Angriff der loyalen Truppen auf die Nordhälfte des Landes.

Die Tatsache, dass die ehemalige Kolonial- und derzeitige neokoloniale Hegemonialmacht Frankreich das Teilungsabkommen von 2003 und die "Regierung der nationalen Aussöhnung" maßgeblich inspirierte und durchsetzte, sorgte dafür, dass diese in den Augen eines Großteils der ivoirischen Bevölkerung illegitim erscheinen. Damit lässt sich die rassistische Mobilmachung gegen die Leute aus dem Norden, die als "fünfte Kolonne der Kolonialisten" denunziert werden, trefflich mit der Agitation gegen Frankreich vermengen, das als Projektionsfläche für diverse Frustrationen dient. Dabei mischen sich im Kern nachvollziehbare und teilweise berechtigte Vorwürfe, was die ökonomische Ausbeutung des Landes betrifft, mit einer gegen die individuellen Französinnen und Franzosen gerichteten Hasspropaganda und einer demagogischen Hetze gegen die Rebellen im Landesnorden.

Daraus entsteht ein politisch äußerst brisantes Gemisch. Es handelt sich also keineswegs um vorrangig rational-politische, antikoloniale Proteste, wie insbesondere die Berliner junge Welt suggeriert, die lediglich "von antikolonialistischen Parolen geprägte Turbulenzen" (17.11.) erblickt, also vermeintlich progressiv geprägte Proteste.

"Nationale Versöhnung" gescheitert

Vorangetrieben wird die Mobilisierung, die im übrigen nicht von der Mehrheit der Bevölkerung getragen wird, durch die Jeunes Patriotes, aber auch durch evangelikale und fundamentalistische Fernsehpastoren und ihre Sekten. Einer von ihnen, Sprecher der Eglise de la parole vivante ("Kirche des lebendigen Wortes"), gab etwa vorige Woche im Staatsfernsehen zum Besten, Chirac sei "vom Geiste Satans besessen" und das Land müsse "von den Bösartigen befreit werden", da es "in zwei Blöcke aufgeteilt ist, jenen des Teufels und jenen Gottes". Begleitet werden solche Töne von einer offen rassistischen Hetze. Unterstützung finden die evangelikalen Brandprediger auch bei der Präsidentengattin Simone Gbagbo.

Insofern ist tatsächlich nicht auszuschließen, dass sich im Staatsapparat eine Fraktion herausschält, die nicht mehr unter politischer Kontrolle steht und bei der die Dynamik des rassistischen Hasses auch die rationalen strategischen Ziele des eigenen Lagers gefährden könnte.

Aber auch die Rebellen ihrerseits sind mancherorts für die Drangsalierung der Bevölkerung verantwortlich. UN-Emissäre fanden in der Zone unter der Kontrolle der Rebellen, im Norden der Côte d'Ivoire, ein Massengrab. Am 20. und 21. Juni 2004 hatten Machtkämpfe und "Säuberungen" unter den Rebellen in Bouaké und Korhogo gut 100 Tote gefordert. Ferner soll die Rebellenarmee mindestens 700 Kindersoldaten rekrutiert haben.

Bisher verstand es Präsident Gbagbo, geschickt auf der aufgeheizten Stimmung im Lande zu surfen, aber die Mobilisierung bisher immer dann zurückzudrehen, wenn sie realpolitisch kontraproduktiv zu werden drohte. Die Frage ist dennoch, wie lange er dieses Doppelspiel zum Zwecke seiner Machtsicherung durchhalten kann.

Ab dem Wochenende 6./7. November eskalierte die Straßenmobilisierung zunächst, im Anschluss an die Zerstörung der ivoirischen Luftwaffe. Eine Menschenmenge zog los, um den Flughafen von Abidjan zu besetzen, der von den Franzosen militärisch kontrolliert wird; sie wurden jedoch durch deren Armee aufgehalten. Zugleich belagerte und bedrohte ein Lynchmob einige der insgesamt noch 15.000 im Lande lebenden Französinnen und Franzosen, von denen 8.000 die doppelte Staatsbürgerschaft haben. Einige von ihnen sind MitarbeiterInnen der Großkonzerne, die das Land ausplündern; andere dagegen sind einfache RestaurantbesitzerInnen oder auch schlichte AfrikaliebhaberInnen, Freaks oder mit IvoirerInnen verheiratete Frauen und Männer. Ihnen schallen nun regelmäßig die Rufe "schmutzige Franzosen" und "dreckige Kolonialisten" entgegen. Nach Angaben des Pariser Außenministeriums kam es dabei zu mehreren Dutzend Fällen von Vergewaltigungen. Mehrere französische Schulen wurden niedergebrannt und verwüstet.

Um den Marsch auf den Flughafen aufzuhalten und um zugleich französische StaatsbürgerInnen zu schützen, feuerte französisches Militär an mehreren Orten in die Menge. Dabei starben nach unterschiedlichen Angaben zwischen 37 und 60 Menschen.

Ab dem 9. November gab es dann aber gemeinsame Patrouillen von französischen, ivoirischen und UN-Soldaten in Abidjan, um die Lage zu beruhigen. Frankreich erklärte, es habe keinerlei Absicht, Gbagbo zu stürzen. In Paris strebt man unterdessen nach einer "Afrikanisierung" der Krise und hat seine Truppen in Côte d'Ivoire von 5.200 auf 4.000 Mann reduziert, um verstärkt die Soldaten afrikanischer Nachbarstaaten in die Pflicht zu nehmen.

Zugleich ernannte Gbagbo den Oberst Philippe Mangou, der Anfang November die Offensive gegen die Rebellen leitete, bei der auch die neun französischen Soldaten getötet wurden, zum neuen Armeechef. Das ivoirische Regime hat einen erneuten Schwenk im Wechselspiel von Agitation und Realpolitik eingeschlagen. Es fragt sich, wie lange das gut geht.

Bernhard Schmid

21. Raus aus dem Rahmenprogramm

Auf dem dritten ESF hat sich ein Netzwerk der Kulturschaffenden gegründet

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:22

Eigentlich lautete der Titel des Seminars zum Verhältnis von Kultur und den sozialen Protestbewegungen "culture as a weapon of mass construction". In der deutschen Übersetzung wurde daraus allerdings "Kultur als Massenvernichtungswaffe". Der hübsche Übersetzungsfehler sorgte für einige Heiterkeit unter den deutschsprachigen TeilnehmerInnen des dritten Europäischen Sozialforums (ESF), das vom 14. bis 17. Oktober 2004 in London stattfand.

Im Gegensatz zu den Foren in Paris und Florenz sollten in London kulturelle Beiträge stärker in das ESF integriert werden. Dies zumindest wünschten und planten eine Hand voll KulturproduzentInnen, die sich in der Organisation des ESF engagierten. Ziel war es, "Fragen von Kulturschaffenden als ‚ProduzentInnen' auf die Agenda der ‚Antiglobalisierungsbewegung' zu setzen", und "die Reflexion über Kulturpolitik und -theorie wesentlich im politischen Programm des ESF zu verankern", so der Aufruf der Vorbereitungsgruppe. Letztendlich gelang es, immerhin ein Seminar mit über dreihundert TeilnehmerInnen und eine Reihe von Work-Shops zu realisieren, die sich diesem bisher unterrepräsentierten Themenkomplex näherten.

Die unbeabsichtigte Neufassung und Verdopplung des Seminartitels liest sich wie ein ironischer Kommentar einerseits auf den ungeübten Umgang der ESF OrganisatorInnen mit Diskursen zeitgenössischer Kunst und Kultur, andererseits auf die enorme Vielfalt der Hintergründe und Ausgangspositionen der TeilnehmerInnen der "Kultur-Diskussionen". Letzteres zeigte sich unter anderem in einem Work-Shop mit dem denkbar weit gefassten Titel "politics in contemporary art and culture": Die Seminarleitung tauchte nicht auf und überließ etwa vierzig diskussionswillige TeilnehmerInnen sich selbst und ihren Ideen und Fragen. Diese ergriffen die Gelegenheit zu einer undogmatischen Debatte grundsätzlicher Facetten des Zusammenhangs von Kunst und Politik. Dabei durfte die klassische "Form-Inhalt-Frage" nicht fehlen: Während die einen sich für aktivistische Kunstformen stark machten, verteidigten andere den jeder Kunstform inhärenten politischen Aspekt. Ebenso wurde der Komplex "Bewegung-Kunst" diskutiert. Einerseits wurde auf die Gefahr der Instrumentalisierung politischer Kämpfe durch Kunst und ihre Institutionen (im Sinne eines radical chic) hingewiesen, andererseits wurde die Borniertheit des breiteren Kunstfelds in Bezug auf die zeitgenössischen sozialen Bewegungen beklagt. Auch gab es unterschiedliche Einschätzungen darüber, welches Potenzial überhaupt in subversiven Strategien, wie zum Beispiel der Street Art, liegt, wobei auch auf die Problematik ihrer Vereinnahmung durch Werbung und Mainstreamkultur verwiesen wurde.

Eines ließ die Debatte über Kunst und Politik unmissverständlich klar werden: "Kunst und Kultur auf dem ESF" ist zunächst das, was Menschen dort hin tragen und zur Geltung bringen wollen. Trotz der heterogenen Positionen waren zwei grundlegende Annahmen den Diskutierenden gemein: Die Anerkennung der zentralen Rolle der kulturellen Sphäre in der Herstellung und Reproduktion heutiger (neoliberaler) kapitalistischer Ordnung und der Wille, dennoch und mit diesem Wissen Kunst und Kultur als Instrumente und Multiplikatoren des Widerstands gegen jene Ordnung zu schärfen und einzusetzen.

Kultur: mehr als schmückendes Beiwerk

Dass auf dem Londoner ESF ein Schritt zur Verbindung der sozialen mit den künstlerischen Bewegungen getan wurde, entsprach dem Bedürfnis nach kollektiver Aktion, nach stärkender Vernetzung und organisatorischen Optionen. Daher ist es sehr zu begrüßen, dass die Bildung eines europäischen Netzwerks der Kulturschaffenden in Gang gekommen ist. Dank der Initiative der "Kulturgruppe", der neben einzelnen AkteurInnen u.a. Mitglieder von movement of the imagination London, Kulturattac Deutschland, FM-Arts London angehörten, wurden die Veranstaltungen realisiert, die sich mit Kultur auf dem ESF befassen. In deren Verlauf sammelten sich Emailadressen für eine Mailingliste an, die Individuen und Gruppen in der Bearbeitung dieser Fragen vernetzen kann. Und mit einem Statement auf dem ESF Abschlussplenum, der Assembly of Social Movements (www.fse-esf.org) wurde signalisiert, dass Kultur im gemeinsamen Anliegen, dem Kampf um eine "andere Welt", eine wichtige Rolle spielen muss - und wird.

Die Realisierung dieses Anspruchs wird einige Arbeit erfordern, nicht zuletzt an den Sozialforumsbewegungen selbst. Notwendig ist, dass Kultur innerhalb des ESFs sichtbarer wird. Es darf nicht sein, dass

Kulturveranstaltungen im Programm fein säuberlich von "richtigen Politikveranstaltungen" getrennt werden - einer der häufigsten Kritikpunkte an der Londoner ESF-Organisation. Ebenso gilt es, die Komplexität der auf dem ESF vertretenen Kunst zu erhöhen - Konzerte, Straßentheater und Bilder an Bauzäunen allein reichen nicht aus, wenn Kunst über unterhaltende und mobilisierende Funktionen hinaus wirken soll. In der historischen wie aktuellen Kunstproduktion finden sich genügend Beispiele souveräner Beiträge zur politischen Debatte, die zudem geeignet sind, das in Teilen der sozialen Bewegungen offensichtlich vorherrschende traditionelle Verständnis von künstlerischen Formen und Funktionen zu aktualisieren. Dies gilt nicht zuletzt auch auf ästhetischer Ebene angesichts der alles dominierenden Flugblatt- und Demoplakat-Ästhetik.

Die "Lobby" der Kulturschaffenden hat derzeit (noch) nicht die nötige Stärke, um zeitgenössische Diskussionen, Kunstformen und Rezeptionsarten so in die Sozialforumsbewegungen einzubringen, dass Kultur im ESF eine strukturelle Verankerung findet. Im Hinblick auf die kommenden nationalen Sozialforen (Deutsches Sozialforum in Erfurt im Juli 2005) und das nächste ESF in Athen im Frühjahr 2006 kann das im Entstehen begriffene Netzwerk der Kulturschaffenden aber immerhin die Entwicklung einer Agenda der Kulturschaffenden unterstützen.

Dazu müssten sich jedoch weitaus mehr AkteurInnen aus Kunst und Kultur in die sozialen Bewegungen involvieren als es bisher der Fall ist. Es mangelt nicht an engagierten KünstlerInnen, kritischen Institutionen oder theoretischen Konzeptionen von Kunst und Politik. Aber sie mangeln im Zusammenschluss der sozialen Bewegungen. Wittern Kulturschaffende die Gefahr einer Instrumentalisierung der Kunst durch Politik oder ist diese Form der Kollektivierung schlicht zu anstrengend, zu massenhaft, zu wenig attraktiv? Wie auch immer - die mit Mitteln von Kunst und Kultur umgesetzte Kritik der bestehenden Verhältnisse in den Kontext der sozialen Bewegungen zu stellen bedeutet doch letztendlich nur, die eigenen Anliegen und die eigene Arbeit tatsächlich ernst zu nehmen.

Wanda Wieczorek

In Hamburg gibt es ein regelmäßiges Treffen, auf dem die auf dem ESF angestoßenen Diskussionen fortgeführt und der Netzwerkgedanke konkretisiert werden sollen. Kontakt: esf-kultur-owner@lists.nadir.org

22. "Wer sich beschwert, muss Repressionen fürchten."

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:23

Derzeit gibt es in den Medien täglich Meldungen über neue Fälle von Misshandlungen bei der Bundeswehr. Coesfeld, Ahlen, Nienburg, Stuttgart, die Liste der Vorfälle wird immer länger. Alles nur Einzelfälle?, fragte ak Michael Behrendt von der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär.

ak: Gehören Misshandlungen zum Bundeswehralltag?

Michael Behrendt: Demütigungen und Erniedrigungen gehören zur militärischen Sozialisation. Sie sind notwendig für die prinzipielle Umerziehung in der Grundausbildung. Der Zivilist muss als funktionierender Befehlsempfänger abgerichtet werden, damit er als Soldat im Ernstfall funktioniert. Dieser Grundsatz gehört zu jeder Armee, auch zur Bundeswehr.

Zunächst vorweg eine Annäherung an die Begriffe "Folter" und "Misshandlung": Folter kann man als das gezielte Zufügen von Schmerzen oder die gezielte Misshandlung von Körper und Seele bezeichnen. Der Zweck der Folter kann unterschiedlich sein. Oft dient die Folter dazu, den Gefolterten oder eine ihm nahe stehende Person zur Preisgabe von Informationen oder zum Ablegen eines Geständnisses zu bewegen. Daneben kann die Folter auch der Abschreckung und Unterdrückung dienen. Misshandlungen sind aus unserer Sicht genauso verwerflich, aber nicht unbedingt sosehr zielgerichtet. Misshandlung ist jede unangemessene Behandlung, durch die das körperliche Wohlbefinden oder die körperliche und seelische Unversehrtheit beeinträchtigt wird.

Hängen die aktuell bekannt gewordenen Fälle mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr zusammen?

Was wir zur Zeit in den Medien sehen, hören und lesen, ist nur die Spitze des Eisbergs. Seit 1990 wird die Bundeswehr zur weltweit agierenden Einsatzarmee umgebaut. Nach anfänglichem Zögern - zuerst gab es die Debatten und Planungen für eine Unterteilung der Streitkräfte in Hauptverteidigungskräfte (viele Wehrpflichtige) und Krisenreaktionskräfte (Berufs- und Zeitsoldaten, sowie länger dienende Wehrpflichtige) - werden heute alle Einheiten auslandstauglich gemacht. Es gibt lediglich die Unterteilung in unterschiedliche Formen von Einsätzen. Prinzipiell sollen aber alle Rekruten die selbe Grundausbildung genießen. Die Ausbildungsinhalte, die jetzt in die öffentliche Kritik geraten sind, sind eigentlich den Soldaten vorbehalten, die tatsächlich in Auslandseinsätze gehen. Von denen gibt es anscheinend bisher keine Beschwerden über Misshandlungen.

Misshandlungen und gewalttätige Exzesse gegenüber Untergebenen gab es aber auch schon vor dieser Entwicklung in der Bundeswehr. Der Drang zur so genannten Perfektionierung leistet in diesem Zusammenhang aber Exzessen Vorschub. Beispiele über Misshandlungen und Folter schon vor Coesfeld können auf unserer Website nachgelesen werden. An dieser Stelle erinnere ich nur an Somalia, wo Feldjäger Geständnisse von Somalis zu erpressen versuchten, in dem sie drohten, ihnen die Hände abzuhacken.

Die Misshandlungen sind nur durch Zufall an die Öffentlichkeit geraten. Wie erklären Sie es sich, dass das Gesetz des Schweigens unter den Kameraden so gut funktioniert?

Die Bundeswehr ist wie jede andere Armee eine geschlossene Institution. Es herrscht Korpsgeist, Kameraderie und ein strikt hierarchisches System. Die Wehrbeschwerdeordnung schreibt zum Beispiel vor, dass ich mich zwar gegen ungerechte Behandlung beschweren kann, aber erst, nachdem eine Nacht vergangen ist. Der Betroffene soll sich also zunächst selbst beruhigen, damit ihm das Erlebte nicht mehr so schlimm erscheint. Die Beschwerde muss innerhalb von zwei Wochen eingereicht werden. Fasst der Betroffene erst nach drei Wochen den Entschluss, sich zu beschweren, ist es zu spät.

Noch wichtiger ist in diesem Zusammenhang der Beschwerdeweg. Der Betroffene soll sich bei seinem Vorgesetzten beschweren, möglicherweise über einen anderen Vorgesetzten. Viele schweigen lieber, weil sie befürchten, dass die Vorgesetzten beim gemeinsamen Bier über den Beschwerdeführer reden. Wer sich beschwert, muss dann mit Recht Repressionen fürchten, weil die Vorgesetzten und Kameraden ihm dann das Leben schwer machen werden. Viele Soldaten glauben auch, dass es normal ist, was ihnen angetan wird,

denn es fehlen ihnen Rechtskenntnisse und Hintergrundinformationen. In Coesfeld waren die Betroffenen überwiegend länger Dienende oder Zeitsoldaten, die möglicherweise auch um den Arbeitsplatz fürchteten.

Die Vorgesetzten in Coesfeld haben sich als "arabische Terroristen" verkleidet, und den "Gefangenen" wurden nach US-Vorbild Kapuzen übergezogen. Inwieweit dient die Ideologie des "Kriegs gegen den Terror" auch der Bundeswehr zur Legitimation von Folter?

Der Bundeswehr-Professor Michael Wolffsohn warf den ersten Stein in der Folterdiskussion, indem er im Frühjahr 2004 in einer Talk-Show sagte, dass er "Folter oder Androhung von Folter für ein legitimes Mittel gegen Terror" halte. So weit mir bekannt, hatte dies übrigens keinerlei Konsequenzen: Wolffsohn ist weiterhin an einer Bundeswehrhochschule tätig. Es geht, wie bei Auslandseinsätzen generell, darum, die Soldaten wie auch die übrige Bevölkerung an eine bestimmte Art von Kriegsführung und Einsätze zu gewöhnen. Zur Zeit haben wir es ideologisch mit einer indifferenten und allgegenwärtigen Bedrohung zu tun. Da bietet sich der Begriff des Terrorismus für die Öffentlichkeit an, der bereits 1990 als Anlass militärischer Einsätze eingeführt wurde. Damals wurde auch der Islamismus als Sicherheitsrisiko definiert.

Und es gab schon vor Coesfeld in der Bundeswehr folterähnliche Übungen. Im Jahresbericht des Wehrbeauftragten von 1996 ist nachzulesen: "Offiziersanwärter wurden von Ausbildern im Gelände gefangen genommen, gefesselt und mit verbundenen Augen in einen Keller verbracht. Dort wurden sie - zum Teil in unnatürlicher Körperhaltung - stundenlang u.a. unter lauter Beschallung aus Lautsprechern verhört. Einige von ihnen mussten nacheinander in einen etwa ein Meter tiefen Sickerschacht steigen, der mit einer Eisenplatte verschlossen wurde. Dann hämmerten Ausbilder mit Gegenständen auf die Platte." Auch "Verhörtechnik", also Folter, gehört zum Geschäft einer vollwertigen einsatzfähigen Armee. Deshalb kommen Ausbilder der Bundeswehr auf solche Ideen.

Was sagen Sie zu Strucks Aussage vom Mai 2004 "Ein deutscher Soldat foltert nicht"?

Entweder war Struck ahnungslos, oder er log. Mittlerweile kann er nicht mehr ahnungslos sein. Er versucht aber immer noch, den Begriff der Folter zu vermeiden. Vielleicht wird in der Bundeswehr ja nicht gefoltert, aber geübt wird Folter bereits jetzt.

Warum gibt es die Initiative Bundeswehr-Monitoring?

Wir haben die Initiative Bundeswehr-Monitoring Anfang des Jahres 2004 gegründet. Damit soll eine unabhängige Beobachtungsstelle der Bundeswehr etabliert werden, in der bundesweit Informationen gesammelt werden. Wir wollen auf Missstände hinweisen, diese dokumentieren und veröffentlichen. Auf dem Weg zur Abschaffung der Wehrpflicht und der Bundeswehr ist dieser Schritt längst überfällig.

Interview: nv

Kontakt: Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Kopenhagener Str. 71, 10437 Berlin, Tel.: 030-4401300, www.kampagne.de

23. Sand ins Getriebe

Am 3. Januar 2005 sollen die Arbeitsagenturen blockiert werden

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:24

Von Flensburg bis Nürnberg, von Köln bis Erfurt: Die Initiative "Agenturschluss" nimmt bundesweit Fahrt auf. Der 3. Januar soll zum erneuten Auftakt für eine längerfristige Kampagne gegen die Umsetzung von Hartz IV werden.

Bislang rund 25 Städte in Ost und West haben sich der bundesweiten Initiative "Agenturschluss" angeschlossen. Ziel ist es, am 3. Januar 2005 - dem ersten Werktag unter Hartz IV - den Betrieb der Arbeitsagenturen lahm zu legen. Damit wenden sich Betroffene und (noch) Nicht-Betroffene gegen die Verarmungs- und Disziplinierungsoffensive der Bundesregierung und gegen die Umsetzung des sozialen Angriffs durch die Arbeitsagenturen und Jobcenter. Während der Belagerung wollen die AktivistInnen "vor Ort" über Widerstand und Perspektiven jenseits des Arbeitszwangs beraten. Dabei sollen die Beschäftigten der Arbeitsagentur explizit mit einbezogen werden. In einem Schreiben an die MitarbeiterInnen erinnert Agenturschluss an deren persönliche Verantwortung. Die Initiative unterstützt und ermutigt diejenigen Agentur-Beschäftigten, die sich intern ebenfalls gegen die entwürdigende "Verfolgungsbetreuung" zur Wehr setzen wollen. Umgekehrt haben mehrere Gruppen bereits angekündigt, dass sie die Verhältnisse in den Agenturen genau beobachten werden: Anonyme Anlaufstellen sollen eingerichtet werden, um direkt und angemessen auf FallmanagerInnen zu reagieren, die ihren Spielraum dazu "nutzen", um Erwerbslose zu schikanieren, sie in 1-Euro Jobs zu zwingen, Kürzungen und Sperrfristen zu verhängen oder gar um Wohnungsräumungen anzuordnen.

Praktisch werden am 3. Januar viele Menschen den Arbeitsagenturen einen gemeinsamen Besuch abstatten. "Das ist unser öffentlicher Ort, an dem wir die Auseinandersetzung um Hartz IV führen wollen. Hier werden wir die ausführende Institution des sozialen Angriffs mit unserem Protest und unserem kollektiven Ungehorsam konfrontieren. Hier wollen wir uns austauschen, beraten, verabreden", so Frank von der Gruppe Agenturschluss in Recklinghausen. Natürlich werden die Agenturen vielerorts von diesem Besuch nicht überrascht sein. Es ist durchaus denkbar, dass sich die Agenturen der Auseinandersetzung entziehen wollen und den Leuten mit Polizei und privaten Sicherheitskräften den Zutritt versperren. "Bei einer Schließung der Agentur durch die Polizei wäre damit ein Teil unserer Arbeit erledigt" meint Ilka vom Recklinghausener Plenum.

Ob drinnen im Foyer oder draußen vor der Agentur, es wird eine Versammlung von Erwerbslosen und (prekär) Beschäftigten geben - Frühstücksbuffet inklusive. Verschiedene Diskussionsbeiträge stehen schon, etwa zur Rolle der Wohlfahrtsverbände im Geschäft mit den 1-Euro-Zwangsdiensten oder zu den aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen für Flüchtlinge. Darüber hinaus soll auch über die ersten bekannten Fälle diskutiert werden, wo Leuten im Zuge der restriktiven Hartz IV-Mietobergrenzen konkret mit Wohnungsräumungen gedroht worden ist. So wollen die AktivistInnen am 3. Januar einen Katalog von Sofortmaßnahmen erstellen, mit denen solche Zwangsräumungen verhindert werden können. Was sonst noch so passieren wird, ist offen - "Hauptsache der erste Hartz IV-Tag wird unübersehbar als Auftakt zu ganz praktischem Widerstand." Die Gelsenkirchener Gruppe will am 3. Januar vor Ort eine anwaltlich besetzte Zeugenstelle einrichten. Für den Fall, dass die Agentur ihre Arbeitsunfähigkeit an diesem Tag nachträglich gegen Leute mit Terminangelegenheiten wenden sollte, will man diesen ihr Erscheinen vor/in der Behörde schriftlich bestätigen.

Vor allem aus Gewerkschaftskreisen gibt es auch kritische Stimmen zur Agenturschluss-Idee: "Ihr solltet lieber zu den politisch Verantwortlichen gehen! Die Arbeitsagenturen haben die Hartz-Gesetze doch nicht gemacht." Dabei greift Agenturschluss sowohl die gesetzgebende Unsozialpolitik als auch deren Umsetzung im konkreten Verwaltungshandeln an. Die Initiative legt den Ort des Protestes bewusst dorthin, wo die Betroffenen schikaniert, unwürdig diszipliniert und beraubt werden.

Während ver.di-Chef Bsirske zum "Schutz" der (von ver.di gewerkschaftlich vertretenen) Beschäftigten der Arbeitsagenturen die Initiative als "Zumutung" diffamiert, versuchen einige regionale ver.di-Vorstände, die AktivistInnen auf einen anderen Fokus zu lenken: weg von den Agenturen, hin zu den montäglich schon so oft besuchten Büros der Regierungsparteien. Es ist bedauerlich, aber nicht neu, dass die Gewerkschaftsführung

reflexartig mit einer ebenso zweifelhaften wie populistischen "Mitgliederfürsorge" vor der Möglichkeit abtaucht, soziale Proteste politisch zu unterstützen. Glücklicherweise ist dies aber keineswegs die einhellige Haltung unter Gewerkschaftsmitgliedern: Auf einer öffentlichen Veranstaltung im November in Essen haben ver.di-Aktive lautstark diese unpolitische Haltung kritisiert, wie sie auf dem Podium vom NRW-Landesvorstand vertreten wurde.

Eine weiteres Argument mutmaßt, dass die Forderung nach Schließung der Agenturen der neoliberalen Forderung nach Privatisierung der Arbeitsvermittlung Vorschub leisten könnte. Doch am 3. Januar geht es sicher nicht darum, die Agenturen zu Gunsten privater Vermittler zu schließen. Zudem wäre es eine politisch sehr fragwürdige Perspektive, sich deshalb mit dem Auftrag und der Praxis dieser Behörde zu arrangieren, weil rechte Kräfte den Sozialabbau noch weiter forcieren wollen.

Viele Gruppen verstehen den Agenturschluss nicht als einmaliges Aufflackern einer mittlerweile eher beschaulichen Protestgemeinde. Für sie handelt es sich vielmehr um den Auftakt für weitere und deutlichere Widerstandsaktionen. Deshalb will man bereits Mitte Januar erneut bundesweit zusammen kommen. Mit den gemachten Erfahrungen soll beratschlagt werden, welche weiteren Aktivitäten im überregionalen Rahmen denkbar sind. Dazu gibt bereits erste Vorstellungen einer größer angelegten Initiative gegen 1 Euro Jobs.

Lutz Wehring

Informationen zur Initiative "Agenturschluss" unter: www.labournet.de/agenturschluss

24. "Ein sozialkritischer Film hat nicht mehr Einfluss als eine gute Reportage"

Interview mit dem britischen Filmemacher Ken Loach

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:25

Ken Loach, geb. 1936, ist der bekannteste linke Filmemacher Englands. Angefangen vom TV-Spiel "Cathy coming home" (1966) bis zu seinem neuen Film "Just a Kiss" beschäftigt er sich mit dem Widerstand der Menschen gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Für den Film "Land and Freedom" über die in-nerlinken Auseinandersetzungen im spanischen Bürgerkrieg bekam Loach 1995 die Goldene Palme von Cannes.

Peter Nowak: Ihre Filme drehen sich häufig um die Arbeitswelt. Dabei beschreiben Sie sehr genau, wie sich die veränderten Arbeitsbedingungen auf die Lebenssituation der Menschen auswirken. Wo sehen Sie hier den Einschnitt?

Ken Loach: In den 1980er Jahren fand die entscheidende Weichenstellung in Richtung des Neoliberalismus statt. In Großbritannien war es der große Streik der Minenarbeiter, der von der Thatcher-Regierung mit allen Mitteln bekämpft wurde. Danach war der Weg in den Neoliberalismus frei. Die Privatisierungen haben begonnen. Die Konsequenz war die Entlassung zig-tausender Arbeiter. Für sie wurden Kontraktarbeiter eingestellt, die in keiner Gewerkschaft organisiert sind. Diese Politik der Privatisierungen hat sich weltweit durchgesetzt und bisher gibt es keine Idee, wie ihr zu begegnen ist. Es wird massive Anstrengungen benötigen, um diese Politik zu stoppen und umzukehren.

In ihrem Film "The Navigators" wurde die Privatisierungspolitik am Beispiel der britischen Eisenbahn besonders anschaulich dargestellt. Das Ende ist dabei für Ihre Filme eher untypisch. Ein Arbeiter stirbt bei einem Zugunglück, der durch die Rationalisierungen des Unternehmens verschuldet wurde. Die Kollegen gehen mit hängenden Köpfen auseinander. Woher komm dieser bei Ihren Filmen ungewohnt pessimistische Einschlag?

Es handelt sich hierbei schlicht und einfach um die Realität. Es ist nicht möglich, einen Film über die Privatisierung der britischen Eisenbahn zu drehen, in dem die Gewerkschaften eine zentrale Rolle spielten. Sie haben sie in der Realität leider nicht gespielt. Im Film werden die Arbeiter am Ende immer ängstlicher und mutloser; sie haben keine Kampfperspektive. Das ist eben der große Unterschied zu den großen Streiks der aus Süd- und Mittelamerika in die USA eingewanderten Reinigungskräfte: Sie haben sich organisiert. Deshalb wird der Film "Bread and Roses", der diese Kämpfe zum Thema hat, auch als so optimistisch wahrgenommen. Doch auch dort gibt es persönliche Tragödien. Die Hauptorganisatorin des Streiks wurde wegen eines Raubs abgeschoben. Trotzdem gibt es in dem Film eben die Perspektive des Kampfes und der Organisierung. Daraus ergibt sich der optimistische Eindruck, der bei "The Navigators" fehlt.

Zeigt sich an diesen beiden Filmen nicht auch die Schwierigkeit, Erfahrungen aus den USA auf Europa zu übertragen?

Ich sehe eher die Gemeinsamkeiten. Schließlich haben sich die Arbeitsbedingungen weitgehend angeglichen. Der Typus des unorganisierten Kontraktarbeiters hat sich auch in Europa immer weiter ausgebreitet. Beim Europäischen Sozial Forum (ESF) in London im Oktober wurde der Film "Bread and Roses" gezeigt. Sofort wurde die Verbindung zu den Sweatshops im Osten Londons gezogen, wo die Arbeitsbedingungen besonders schlecht sind. Es sollte vom ESF eine Demonstration dorthin organisiert werden. Doch die wurde gerichtlich verboten. Die Gewerkschaften haben sich gebeugt. Das zeigte, wie wenig die britischen Gewerkschaften bereit und in der Lage sind, sich einer konfrontativen Auseinandersetzung zu stellen.

Haben Sie den Eindruck, dass Ihre sozialkritischen Filme Einfluss in der Bevölkerung oder zumindest in den sozialen Bewegungen haben?

Ich denke, es ist höchstens ein schwacher Einfluss. Für die meisten Menschen ist ein solcher sozialkritischer Film höchstens für ein oder zwei Tage ein Gesprächsthema. So hat ein Film nicht mehr Einfluss als eine gute Zeitungsreportage.

In Ihren Filmen werden die neuen Arbeitsbedingungen als Bedrohung für die Menschen dargestellt. Nun gibt es aber auch die Diskussion, dass beispielsweise durch die Flexibilisierung der Arbeitszeiten neue Möglichkeiten und Chancen für die Menschen entstehen. Warum spielt dieser Aspekt bei Ihnen keine große Rolle?

Die neuen Arbeitsbedingungen haben nicht den Zweck, den Arbeitern das Leben zu erleichtern und ihnen mehr Freiheiten zu schaffen. Vielmehr werden ihre erkämpften Rechte in Frage gestellt und ihre Organisationen geschwächt. Die Arbeiter haben keine Sicherheit, ob sie morgen noch ihren Arbeitsplatz besitzen. Diese Unsicherheit ist das größte Problem. Die neuen Technologien sind unter den herrschenden Bedingungen keine Freiheit, sondern mehr Kontrolle für die Arbeiter.

Ihr neuer Film "Just a Kiss" behandelt die Beziehungsprobleme eines Sohnes einer pakistanischen Einwandererfamilie und einer Irin. Haben Sie genug vom Klassenkampf?

Man kann nicht immer denselben Film drehen. Die ersten beiden Filme in dieser Glasgower Trilogie handelten von einer sehr bitteren Armut. Aber es gibt auch andere Geschichten, die man erzählen kann.

Der Sprecher einer islamischen Gemeinde hat Ihnen schon vorgeworfen, den Islam in Ihren Film zu negativ dargestellt zu haben. Begeben Sie sich damit in einen aktuellen Kulturkampf?

Ich glaube nicht, dass das stimmt. Der Standpunkt des Films ist es, die Menschen der zweiten Einwanderergeneration zu beleuchten und ihre Positionen zu hinterfragen. Persönlich bin ich Agnostiker mit atheistischen Tendenzen. Es hat sich erwiesen, dass Religion etwas sehr gefährliches ist - und zwar in dem Augenblick, in dem einer erklärt, dass er nicht seinem Mitmenschen Rede und Antwort zu stehen hat, sondern einer höheren Instanz. Teile des Films handeln von Menschen, die in den Fesseln der Religion gefangen sind. Menschen können glauben, an was immer sie wollen; wenn es jedoch darum geht, die Gesellschaft zu organisieren, muss das auf säkularen Werten basieren, die wir alle miteinander teilen, und nicht auf den Werten von irgendeiner Sekte oder einer Religion.

Interview: Peter Nowak

25. LESERINNENBRIEFE

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:26

Robin-Hood-Fanblatt

Betr.: ak 489, Ende der Bescheidenheit? und Fantômas Nr. 6

"Normalerweise assoziiert Mensch Robin Hood mit der Maxime ‚von den Reichen nehmen, an die Armen geben`. Was genau ist denn eigentlich ... falsch daran?" (ak 489, S. 34).

Robin Hood gibt den Armen, was andere produziert haben. Um diese Güter muss er nicht bitten und für diese Güter schuldet er keine Gegenleistung. Denn die Menschen, die diese Güter hergestellt haben, besitzen keine Rechte an ihnen. So lange ProduzentInnen nicht über die von ihnen produzierten Güter verfügen, kann Robin Hood Umverteilungseffekte erzielen, die anders vielleicht nicht zu realisieren wären. Doch führt dieser Ansatz nicht aus der Ohnmacht der ProduzentInnen gegenüber ihren eigenen Arbeitsprodukten heraus, sondern funktionalisiert sie in einer Weise, die Robin Hoods Geltungsbedürfnis befriedigt und "die Armen" als von der Willkür eines Philanthropen abhängige AlmosenempfängerInnen dastehen lässt. Robin Hoods Ansatz bricht in dem Moment zusammen, in dem ProduzentInnen eine Kontrolle über die Aneignung der von ihnen hergestellten Güter und Dienstleistungen anstreben - sei es auf "reformistischem" oder auf "revolutionärem" Wege.

Vielleicht nicht zufällig geht es in "den linken Debatten um Aneignung" kaum um die Frage, wie ProduzentInnen Kontrolle über die Aneignung der von ihnen hergestellten Güter und Dienstleistungen erlangen können. Noch weniger geht es um die Frage, wie das Verhältnis der Aneignung zu den Produkten menschlicher Arbeit als solches aufgehoben werden könnte. Stattdessen scheint es um die Frage zu gehen, wie unter Umgehung der Kontrolle der ProduzentInnen über ihre Arbeitsprodukte ein gewissen humanistischen Idealen genügendes Aneignungsverhältnis praktiziert werden kann. Dabei kommt dann Robin Hood heraus.

Um den Widerspruch zu entschärfen, in dem Robin Hood zu den ProduzentInnen der von ihm angeeigneten Güter steht, wird von manchen seiner NachahmerInnen der Begriff der Arbeit so weit gedehnt, dass Robin Hoods Aktivitäten unter den Begriff der Arbeit fallen. Wenn Robin Hood "arbeitet" - "immateriell" und "affektiv" z.B. daran, "soziale Bewegung(en) zu entwickeln" - dann sieht es nicht mehr so aus, als würde er die Arbeitsleistungen anderer und deren Rechtlosigkeit an ihren Arbeitsprodukten benutzen, um sich als systemtranszendierenden Held zu imaginieren. Ein Nachteil eines solch erweiterten Arbeitsbegriffs - wenn man denn mehr als H&M-Läden berauben möchte - besteht in einem reduzierten Ausbeutungs- und Entfremdungs-Begriff. Im Ergebnis wird das Aneignungsverhältnis zu den Produkten menschlicher Arbeit naturalisiert und verschwindet die Möglichkeit seiner Aufhebung aus dem Horizont "politischer Strategien".

Um den Widerspruch zu entschärfen, in dem Robin Hood zu den ProduzentInnen steht, ist außer einem vagen Arbeitsbegriff auch ein vager Begriff von "Prekarität" recht nützlich. Robin Hood lebt prekär, ProduzentInnen leben prekär, aus der Produktion Ausgeschlossene leben prekär ... das ergibt eine feine Basis, um Robin Hood mit "globalen antikapitalistischen Kämpfen" in "einen Zusammenhang zu stellen". Doch wenn der Unterschied zwischen, zum Beispiel, dem "Knietief im Dispo weiter konsumieren" eines "Projektelinken" (Fantômas 6, S.18ff) und einem möglichen Hungertod mangels Kaufkraft den Begriff der Prekarität nicht sprengt: Weshalb sollte diesen "Kampfbegriff" (ak 489, S. 22) dann zum Beispiel eine Risikofondsbetreiberin, die jeden Tag ihren zweiten Swimmingpool riskiert, sprengen können? Mit Robin Hood werden manche Unterscheidungen ziemlich prekär, denn seine Integration in revolutionäre "Kampfaufträge" erfordert den Verzicht auf einige Hinterzimmer-Reflexionen bezüglich der Stellung von Subjekten im Produktionsprozess.

Was unter Verzicht auf diese Reflexionen Robin Hood von der Risikofondsbetreiberin unterscheidbar bleiben lässt, ist seine Nichtachtung einiger herrschender Gesetze und das Moralsystem, mit dem er diese Nichtachtung legitimiert. Robin Hood ist ein guter Mann, der zusammen mit der ak-Redaktion dem "Bösen in der Welt trotzt" (ak 489, S. 2). Risikofondsbetreiberinnen gehören natürlich auf die Seite des Bösen. Deshalb dürfen sie bei der "Prekarität" auch nicht mitmachen - sogar dann nicht, wenn sie auf den zweiten Swimmingpool verzichten, um "den Armen zu geben".

Politische Gleichungen löst der "Robin-Hood-Faktor" in moralisierte Begriffe und Praxen auf. Robin Hoods Welt entspringt einem christlichen, vielleicht generell monotheistischen Muster: Es gibt die Guten, die Bösen und die Schafe. Der "Normalerweise"-Mensch schlage Fantômas 6 auf und ordne alle darin erwähnten Menschen den Guten, den Bösen oder den Schafen zu. Das geht. Nebenbei erfährt er, was er schon immer irgendwie wusste: dass böse Dicke "fettleibig" sind und gute Dicke "rundlich"; dass "Behinderte" zwar "mit uns leben und arbeiten", aber natürlich nicht wir sind; und dass das Gegenteil eines für AkademikerInnen geeigneten "qualifizierten Jobs" ein (für die "Reinigungskraft" Rivera und die Verkäuferin Müller geeigneter?) "anspruchsloser Job" ist. Für ein Robin-Hood-Fanblatt vielleicht kein erschreckendes Niveau.

Maike, Hamburg

Tom und das Klassengewitter

Betr.: ak 489, Klassengewitter

Lieber ak,

wie jede Zeitung hat auch der ak eine besondere Rubrik. Wie ich vor Jahren in der taz immer erst touché von Tom gelesen habe, so schlage ich beim ak erst einmal "Klassengewitter" auf. In der letzter Nummer musste ich leider feststellen, dass die Rubrik ohne Begründung im Editorial fehlte. Ich hoffe doch schwer, dass "Klassengewitter" nicht sang- und klanglos verschwindet.

Solidarische Grüße,

Katharina Dietz

26. Menschenrechte sind unteilbar

Zur Petitionsinitiative des Komitees für Grundrechte und Demokratie

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:27

Neun Monate lang hat das Komitee für Grundrechte und Demokratie Unterschriften für die Initiative für die Unterzeichnung der UN-Konvention zum Schutz der Rechte von WanderarbeiterInnen und ihrer Familienangehörigen gesammelt (vgl. ak 484). Am 7. Dezember ist die Massenpetition dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages übergeben worden.

Arbeitsmigration ist eine unmittelbare Konsequenz der gewaltsamen Durchdringung und Zurichtung aller Winkel der Welt nach den Erfordernissen der Kapitalverwertung. ArbeitsmigrantInnen sind Teil einer globalen Niedriglohnökonomie (Michel Chossodowsky). In Europa gilt dies insbesondere für jene arbeitsintensiven Sektoren (Bauwirtschaft, Landwirtschaft, hausnahe Dienstleistungen, Gastronomie, Pflegedienste usw.), die nicht in andere Länder ausgelagert werden können. Nicht wenige der "unsichtbaren" Arbeitskräfte schuften unter sklavenähnlichen, menschenunwürdigen Bedingungen und sind fortwährender Diskriminierung, Ausbeutung und Gewalt ausgesetzt.

Gegenüber ArbeitsmigrantInnen werden fundamentale Menschenrechte vielfach verletzt oder missachtet, insbesondere, wenn sie sich "unerlaubt" im Lande aufhalten oder "unerwünscht" sind. Die UN-Konvention wendet sich gegen diese Praxis. Sie ist in der Überzeugung geschaffen worden, dass es notwendig sei, Menschenrechte von WanderarbeiterInnen und ihren Familienangehörigen präzise zu bestimmen, ihre Beachtung zu überwachen und Möglichkeiten zu schaffen, um sie tatsächlich durchzusetzen. Die Konvention sichert ArbeitsmigrantInnen grundlegende politische, persönliche und soziale Rechte zu - und zwar unabhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status. So das Recht auf Freiheit, auf Bildung, auf körperliche Unversehrtheit und medizinische Behandlung, auf angemessene Bezahlung und rechtsstaatliche Verfahren.

Menschenrechtsverletzung als Normalzustand

Diese Normen sind im Kern bereits in der von der BRD unterzeichneten Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 und anderen internationalen Abkommen enthalten. Sie müssten in der BRD also "unmittelbar", d.h. auch für WanderarbeiterInnen, gelten. Die tatsächlichen Lebensbedingungen sehen jedoch deutlich anders aus. Die rot-grüne Koalition weigert sich bis heute, die UN-Konvention zu unterzeichnen, weil diese ein "Anreiz" sein könnte, ohne eine Erlaubnis in Deutschland zu leben und zu arbeiten. Dabei tastet die Konvention das Recht der Nationalstaaten, über den Aufenthalt in ihren Territorien zu bestimmen, ausdrücklich nicht an. Da die Bundesregierung nicht bereit ist, die UN-Konvention zu ratifizieren, will das Komitee für Grundrechte und Demokratie mit seiner Petition eine öffentliche und parlamentarische Debatte über die Einschränkung fundamentaler Menschenrechte von WanderarbeiterInnen in Deutschland in Gang setzen.

Viele Gruppen haben die Petitionsinitiative des Komitees unterstützt. Über tausend Bürgerinnen und Bürger haben sich der Petition inzwischen angeschlossen und sie unterzeichnet. Angesichts eines Themas, das politisch an den Rand gedrängt und vielfach stigmatisiert ist, ist das nicht unbedeutend; zumal das Bürgerrechtskomitee nicht über die materiellen Ressourcen für aufwendige Anzeigenkampagnen verfügt.

Andererseits scheint die Situation insbesondere der illegalisierten ArbeitsmigrantInnen kein Thema für die Gewerkschaften zu sein. Ver.di hat zwar die Petitionsinitiative zumindest zur Kenntnis genommen und darauf aufmerksam gemacht, doch darüber hinaus gab es keinerlei nennenswerte gewerkschaftliche Unterstützung. Die IG BAU, die erst kürzlich einen "Europäischen Verband der Wanderarbeiter" gründete, hat sich bislang überhaupt nicht geäußert. Die gewerkschaftliche Zurückhaltung mag auch daran liegen, dass sich Organisationen wie die IG BAU an der ILO (International Labour Organization) orientieren und diese mit ihren Forderungen weit hinter denen der UN-Konvention zurückbleibt. Zugleich sind die deutschen Gewerkschaften derzeit in erster Linie damit beschäftigt, die Rechte der regulären "inländischen" Beschäftigten zu sichern.

Doch eine Haltung, die die besonders gewaltförmige Ausbeutung und Entrechtung der WanderarbeiterInnen verschweigen und sich damit abfinden will, ist gerade jetzt mehr als töricht. Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse werden generell durch Regierung und Unternehmerverbände massiv verschärft. Neue Zwangsarbeitsverhältnisse werden genauso geschaffen wie ein breites Spektrum von prekären

Niedriglohnarbeiten. Die Menschenrechte sind unteilbar, und mit der Entrechtung des globalisierten Subproletariats wird auch die Entrechtung der besitz- und einflusslosen Klassen in den kapitalistischen Metropolen vorangetrieben. Auf diese Weise werden die Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft insgesamt langfristig zersetzt.

Kein Thema für Gewerkschaften

Wer in den illegalisierten und irregulären WanderarbeiterInnen die KonkurrentInnen auf einem globalisierten deregulierten Arbeitsmarkt sieht, der verkennt, dass sie unter Bedingungen arbeiten und leben müssen, die jetzt auch Arbeiterinnen und Arbeitern in Europa in Aussicht gestellt werden. Wer also die Rechte der ArbeitsmigrantInnen aufgibt, gibt auch die eigenen auf. Im Kampf gegen neue Ausbeutungsverhältnisse, gegen Prekarität und Entrechtung kann es deshalb nur eine internationalistische Perspektive geben - und dies heißt konkret: für die fundamentalen Rechte (auch) der WanderarbeiterInnen einzutreten. Die Petitionsinitiative des Komitees für Grundrechte und Demokratie kann hierzu einen Beitrag leisten.

Thomas Hohlfeld/Dirk Vogelskamp,

Komitee für Grundrechte und Demokratie

Das Faltblatt für die Unterschriftensammlung kann angefordert werden unter: Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aquinostr. 7-11, 50670 Köln, info@grundrechtekomitee.de; download unter: www.grundrechtekomitee.de/files/articles/asyl_petition.pdf

27. Ohrenpropaganda

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:28

Schön unfertig

Sein nunmehr drittes Album hat Franz Kasper mit seiner Band The Violin Violence dieser Tage unter dem Titel "Dont forget to say no, baby" veröffentlicht. Ein bisschen Rock, ein bisschen Pop, etwas Singer/Songwriter und dann noch eine ganze Menge Trompete, Geige, Cello, Contrabass und Klavier. Heraus kommt eine musikalische Mischung, die irgendwo zwischen Bar und Club liegt und zu der sich ein Whiskey auf Eis anbietet. In dieser für eine Popformation eigenwilligen Instrumentalisierung gelingt Franz Kasper eine wundervolle Neueinspielung des Thin Lizzy Klassikers "Dancin in the Moonlight". Wo sonst die unvergessliche Gitarre von Phil Lynott ertönt, gibt es bei Kasper Trompete. Insgesamt 14 Songs finden sich auf der neuen Platte.

Allesamt live im Studio eingespielt und anschließend nur leicht bearbeitet. Vielleicht ist das der Grund, warum die Songs irgendwie unfertig klingen, so als würden sie erst noch wachsen. Das ist keineswegs als Vorwurf gemeint, sondern eher als Kompliment. Denn angesichts zahlreicher Veröffentlichungen, die mit allem technischen Aufwand auf Hochglanz getrimmt werden, kommen die Sounds von Franz Kasper irgendwie bodenständiger daher, lassen Raum und "stolpern ins Ohr". Unaufdringlich, aber eindringlich. (DSe, www.rock-links.de)

Franz Kasper and the Violin Violence, "Dont forget to say no, baby", www.day-glo.de

Hüpfen statt surfen

Dass man in Bielefeld geneigt sein kann, die Spuren der eigenen Herkunft zu verwischen, kann man sich leicht vorstellen (oder ist das ein böses Vorurteil eines Hamburgers?). Wer jedenfalls bei den Saloniki Surfers eine griechische Strand-Boy-Group in Anlehnung an die Beach Boys erwartet, liegt vollkommen falsch. Musikalisch sogar noch mehr. Denn die Saloniki Surfers servieren einen Sound, der mit Sirtaki ebenso wenig zu tun hat, wie mit der scheinbaren Leichtigkeit des Surfens: Reggae, Ska und Dub werden immer wieder munter mit Rocksteady vermischt. Auch wenn sich im Begleittext zur CD der Hinweis auf Jamaica findet, mit der Marihuana umnebelten und relaxten Stimmung des Reggaes hat die Musik nichts zu tun. Dennoch versucht sich der niederländische Sänger der Band immer wieder am Jamaica-Slang und den damit verbundenen Themen: "We wanna smoke the Sensimilia", "Inna dis ya time" oder "Rise and shine". Textlich haut das nicht eben vom Hocker, aber das macht vielleicht auch nichts. Denn angesichts fetter Bläsersätze ist dermaßen viel Rhythmus vorhanden, dass die Musik zu einer Hüpfparade einlädt. Wer da mitmacht, braucht bei einem Konzert der Band sicherlich jede Menge Kondition und wird sich dabei nicht um Textinterpretationen scheren. (DSe)

Saloniki Surfers, www.salonikisurfers.de

Kiffen gegen den Staat

Hans Söllner ist in jedem Fall eine Kuriosität der besonderen Art. Der Kerl stammt aus Bayern, spricht, singt und schreibt fast ausschließlich in diesem Dialekt. Und wenn er musiziert, dann gibt das bayerischen Reggae. Eigentlich unmöglich. Bei Trikont ist vor kurzem sein neues Buch mit dem Titel "Bloß a gschicht" erschienen. Für die Übersetzung ins Hochdeutsche sorgte Franz Dobler. Söllner ist Anarchist, vor allem Rastafari und in jedem Fall immer und überall gegen den Staat. In Bayern kein Kunststück, mag man jenseits der Weißwurstlinie meinen. Aber der Mann lässt sich seine Staats- und Autoritätsfeindlichkeit jede Menge Kosten. Diverse Beleidigungsklagen und horrende Bußgelder pflastern seinen Weg, außerdem Anzeigen wegen illegalem Anbau von Marihuana. Das Zeug ist für ihn keine Droge, sondern Mittel der Religionsausübung. Seine diesbezügliche Klage, in der er auf die grundgesetzliche Religionsfreiheit abhob und damit seine Grass-Plantage meinte, scheiterte leider. Und die Pflanze sei verantwortlich, für seine Erkenntnisse über den Staat, sagt Söllner: "Marihuana wird in Jamaica als Kraut der Weisheit beschrieben, und deshalb durchschaute ich beim Genuss jener überall wachsenden Pflanze immer mehr die Hintergründe dieses Staates und seines Systems." Wenn das kein Grund zum kiffen ist. Mit Drogen will der Bayer nichts zu tun haben: "Ich nehme

keine Drogen. Nur Marihuana und das in geringen Mengen. Für mich ist eine geringe Menge die Menge, die ich gerade noch tragen kann. Also ungefähr 80 Kilo". (DSe)

Hans Söllner, "Bloß a gschicht". Das Buch gibt es nur auf seinen Konzerten oder ist bei www.trikont.de zu erwerben.

Die Degenhardts

Franz-Josef Degenhardt ist eine klare Sache. Der dürfte meistenteils bekannt sein. Von Kai Degenhardt in seinem Album "In der Ebene" haben wir in dieser Zeit auch schon berichtet. Kai ist einer der Söhne von Franz-Josef. Ein weiterer Sohn heißt Jan. Sei zweites Album heißt "Stimmen hinterm Spiegel". Natürlich ist das ein Album im Felde der Singer/Songwriter-Tradition und natürlich erinnert die Art des Gesangs irgendwie an das Elternhaus. Musikalisch basiert das Ganze auf der Gitarre. Drumherum gibt es Bässe, Keyboards, Flöten, Saxophon und Cello. Dazu manchmal etwas Bossa Nova, Tango oder sogar Samba. Ein bisschen US-Folk-Einfluss, viel Südamerika und jede Menge Chanson prägen die Musik von Jan Degenhardt. Und er erzählt Alltagsgeschichten zwischen "Tango", "Marathon Berlin" und dem Klaus Hoffman-Cover "Mein Hund ist schwul". Eine feine Unterhaltung für einen Abend im Sessel mit einer schönen Flasche Rotwein. (DSe)

Jan Degenhardt, "Stimmen hinterm Spiegel", www.plaene-records.de

28. Besuchserlaubnis als krimineller Akt

Anti-Knast-Aktivistinnen im Visier des Staatschutzes

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:29

"Geiselnahme: Hatten die Täter terroristische Motive?", fragte am 10. Oktober die Aachener Zeitung. Neun Tage später legte der Kölner Express nach: "Geiselnahme von Aachen: Es waren Terroristen!" So klingt der Sound, vor dessen Hintergrund abstruse Verdächtigungen, maßlose Spekulationen und krudeste Konstruktionen gesponnen werden - und der bis nach Dresden reicht.

Am 28. Juni kommt es zu einer Verfolgungsjagd durch Aachen. Drei Männer und eine Frau werden festgenommen. Sechs Wochen danach treten Beamte der Aachener Polizei und des Landeskriminalamtes (LKA) Sachsen gegen acht Uhr die Wohnungstür einer WG in Dresden ein. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Aachen werden die Räumlichkeiten durchsucht. Ausgestattet mit einem Durchsuchungsbeschluss des dortigen Amtsgerichts beschlagnahmen die Einsatzkräfte Computer und Mobiltelefone, private Unterlagen und Briefe, Disketten und Faschingsutensilien. Nach drei Stunden ziehen die Beamten wieder ab.

Die Hausdurchsuchung der Aachener Ermittlungsbehörden am entgegengesetzten Ende der Bundesrepublik richtet sich gegen zwei Frauen, die seit langem in der Anti-Knast-Arbeit aktiv sind. Ihr Engagement hat ihnen nun in den Augen der Staatsanwaltschaft Aachen den Vorwurf der "Verabredung zum bewaffneten Raubüberfall" eingebracht. Die beiden Dresdnerinnen weisen die Vorwürfe weit von sich: "Wir haben schlicht das getan, was wir im Rahmen der Mitarbeit bei der Anti-Knast-Gruppe Dresden bereits seit mehreren Jahren tun: Wir unterrichteten einen Rechtsanwalt und beantragten eine Besuchserlaubnis."

Rückblick: Ein BMW mit Karlsruher Kennzeichen weckt am 28. Juni gegen 12 Uhr bei der Einreise von den Niederlanden in die BRD die Aufmerksamkeit des Bundesgrenzschutzes (BGS). Der Wagen wird an einer Tankstelle angehalten und kontrolliert. In dieser Situation "ergriff einer der Verdächtigen ... eine Schusswaffe, richtete sie auf die Beamten und feuerte einen Schuss in Richtung Deckenverkleidung des Überdaches der Tankstelle ab", so die Darstellung der Staatsanwaltschaft Aachen. (Presseerklärung, 6.8.2004) Von den vier Insassen lässt sich die Frau umstandslos festnehmen, die drei Männer fliehen mit zwei Geiseln. Es fallen Schüsse - niemand wird verletzt, ein Auto wird gerammt, schließlich das Fahrzeug gewechselt. Am Ende verschanzen sich die drei Männer in einer Kfz-Werkstatt, nach zwei Stunden stellten sie sich - "in Anbetracht der mittlerweile massiven Polizeipräsenz - zwischenzeitlich waren auch Sondereinsatzkräfte der Polizei eingetroffen". (ebd.)

Bei der Durchsuchung des BMW werden Bargeld und "einige Utensilien, wie sie bei Raubüberfällen Verwendung finden", so die Staatsanwaltschaft, sicher gestellt. In der Folge schießen die wildesten Spekulationen ins Kraut. Anfänglich wurden die Festgenommenen für eine Serie von Banküberfällen im süddeutschen Raum verantwortlich gemacht. Zwischenzeitlich war zudem, da drei der Verhafteten die spanische Staatsbürgerschaft besitzen, die Rede davon, die Inhaftierten hätten "Kontakt zur baskischen Untergrundorganisation ETA". Momentan wird gegen sie allerdings "nur" wegen Geiselnahme, schwerem Eingriff in den Straßenverkehr und neunfachen versuchten Mordes ermittelt - da die Warnschüsse in die Luft von den Ermittlungsbehörden als gezielte Schüsse auf die eingesetzten Beamten gewertet werden.

Wilde Spekulationen

Die Festgenommenen sind Gabriel Pombo de Silva, seine Schwester Begoña, Fernando Delgado und der Belgier Bart de Geeter. So spektakulär die Umstände ihrer Festnahme, so außergewöhnlich sind auch ihre Biografien; oder um es mit den Worten der Aachener Nachrichten zu sagen: "Im Nachhinein dürfte so manchem Beamten, der an der Verfolgungsjagd Ende Juni in Aachen beteiligt war, ganz anders geworden sein." (23.8.2004) Gabriel Pombo de Silva, der in Deutschland aufgewachsen ist, war nach seiner Rückkehr in Galicien in der anarchistischen Bewegung aktiv. Der 36-Jährige saß 14 Jahren im Gefängnis. Im Oktober letzten Jahres tauchte er unter Verstoß gegen seine Bewährungsauflagen ab. Seine zwei Jahre jüngere Schwester Begoña lebt legal in Deutschland. Mehrere Jahre im Gefängnis war auch der spanische Anarchist Fernando Delgado (44). Der Belgier Bart de Geeter ist in der internationalen Anti-Repressionsgruppe Anarchist Black Cross (ABS) in Gent aktiv. Nach ihrer Festnahme wurden die vier auf die Knäste in Aachen, Köln,

Wuppertal und Düsseldorf verteilt. Begoña Pombo de Silva wurde mittlerweile gegen Auflagen aus der U-Haft entlassen.

Unmittelbar nach der Festnahme beantragten die beiden Dresdnerinnen, die seit Jahren "politische" und "normale" Gefangene im Rahmen der Anti-Knast-Gruppe Dresden und der Roten Hilfe betreuen, eine Besuchserlaubnis für den 25-jährigen Belgier und kümmerten sich um die anwaltliche Vertretung der Inhaftierten. Was sich am Anfang wie eine ganz normale Betreuung von Inhaftierten ausnahm, entwickelte sich unter der Hand und in den Augen der Aachener Strafverfolgungsbehörden zu einem lang geplantem Komplott: Angeblich sollen die 25-jährige Studentin und die 39-jährige Selbstständige die Vorarbeit für einen Überfall auf die eingezeichneten Waffenläden mit anschließender Flucht nach Tschechien geleistet haben.

Konstrukt ohne Anhaltspunkte

Als Beleg für die "kriminellen" Tätigkeiten der beiden Frauen wird im Durchsuchungsbeschluss des Amtsgerichts Dresden neben einem bei der Aachener Gruppe gefundenen "Stadtplan von Dresden - in dem Polizeistationen und zwei Waffengeschäfte markiert waren", vor allem angeführt, sie seien wie die Aachener "auf Grund polizeilicher Erkenntnisse ... der linksextremen Szene zuzurechnen" und hätten sich "nach der Festnahme der Tätergruppe bei der Staatsanwaltschaft Aachen (gemeldet), um eine Besuchserlaubnis ... zu erhalten". "Dass man die Zugehörigkeit der in Aachen Festgenommenen und meiner Mandantin zur linksextremen Szene als Anhaltspunkt nimmt, kommt einer Generalkriminalisierung gleich", so die Berliner Rechtsanwältin Petra Schlagenhauf. Zudem weist sie auf den nahe liegenden Umstand hin, dass gerade die Kontaktaufnahme ihrer Mandantin mit den in Aachen Festgenommenen als "Gegenindiz" zu bewerten sei. Ohnehin seien die Anschuldigungen gegen ihre Mandantin nichts anderes als "ein Konstrukt, das weder auf Tatsachen noch auf Anhaltspunkten beruht". Dass, wenn das Feindbild stimmt, der einfache Menschenverstand aussetzt, bewies allerdings das Landgericht Aachen, das die Beschwerde der Berliner Rechtsanwältin gegen die Hausdurchsuchung ohne Begründung ablehnte, wogegen inzwischen Verfassungsbeschwerde eingereicht wurde. Ausgang ungewiss.

Die Kriminalisierung legaler Anti-Repressionsarbeit hält also weiterhin an. Ob die Ermittlungen in Dresden weitergehende Folgen für die beiden Frauen haben, oder ob nur die günstige Gelegenheit genutzt wurde, um Einblick in linke Strukturen der sächsischen Landeshauptstadt zu nehmen, ist noch nicht entschieden. Wie die Sache auch immer ausgeht: Die polizeiliche Aktion gegen die beiden Anti-Knast-Aktivistinnen mit der das Engagement für Menschen in Haft als krimineller Handlung diffamiert wird, ist ein nicht hinnehmbarer Akt.

mb., Berlin

29. "Der Diskurs der Unsicherheit treibt die Fragmentierung voran"

Drei Jahre nach dem Dezemberaufstand in Argentinien

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:30

Vor drei Jahren, genau am 19. und 20. Dezember, entlud sich auf den Straßen Argentiniens der Zorn großer Teile der Bevölkerung über die Konsequenzen neoliberaler Politik. Während für die städtische Mittelklasse die Sperrung der Bankkonten - infolge der Kreditsperre des IWF - einen aktuellen Anlass für die Revolte lieferte, hatten die Bewegungen der Erwerbslosen, die so genannten Piqueteros, schon seit Mitte der 1990er Jahre protestiert. Insbesondere mit Straßensperren hatten sie immer wieder auf ihre Anliegen aufmerksam gemacht, wurden jedoch weitgehend ignoriert und repressiv bekämpft. Doch im Dezember 2001 veränderte sich die Situation. Neue Protestformen entstanden. Viele Menschen engagierten sich erstmals in Bewegungen und die Piqueteros wurden, zumindest für eine bestimmte Zeit, zu Verbündeten der Mittelklassen. Innerhalb von wenigen Tagen mussten vier Präsidenten zurücktreten. Spätestens seit Mai 2003, mit dem Amtsantritt von Präsident Nestor Kirchner, hat sich die politische Situation jedoch geändert. Während einer Rundreise durch Österreich und Deutschland sprach Ulrich Brand mit Sebastián Scolnik vom Colectivo Situaciones und mit Andrés Fernandez vom Movimiento de los Trabajadores Desocupados de Solano (MTD) (Bewegung der Erwerbslosen in Solano, Groß-Buenos Aires) über die aktuelle Situation in Argentinien.

Ulrich Brand: Gab es im Übergang von der Regierung Duhalde zu Regierung Kirchner vor eineinhalb Jahren überhaupt Veränderungen?

Sebastián: In der Tat. Kirchner hat sich einerseits den Diskurs der sozialen Bewegungen angeeignet. Andererseits erhebt er den Anspruch, dass der Staat wieder das Zentrum der Politik sei. Er bekräftigt also die sozialen Bewegungen und er negiert sie. Alle sollen sich hinter ihm einreihen, damit die Rechte nicht gestärkt wird. Symbolisch wichtig war hier, dass eines der wichtigsten Folterzentren in Buenos Aires während der Militärdiktatur (1976-83), die Nationale Mechanikerschule des Militärs ESMA, an Menschenrechtsgruppen übergeben wurde, damit diese dort ein "Museum des Erinnerns" einrichten. Die gesamte offizielle Lesart des Staates bezüglich der Diktatur wurde auf diese Weise von den Menschenrechtsgruppen übernommen. Auf der anderen Seite wurde jedoch die neoliberale Wirtschaftspolitik nicht verändert, es fand keine Umverteilung statt, die neue Regierung war nicht in der Lage, die ökonomische Situation vieler Menschen zu verbessern.

Welches waren die Erwartungen gegenüber der neuen Regierung seitens der Erwerbslosenbewegungen?

Andrés: Die Bewegung der Erwerbslosen umfasst etwa 400 Familien. Die Situation ist in den meisten Stadtvierteln, in denen die MTD aktiv sind, dadurch gekennzeichnet, dass noch nicht einmal die grundlegenden Bedürfnisse befriedigt werden können. Die regierende peronistische Partei, zu der ja auch der Präsident gehört, will weiterhin die Kontrolle behalten. Wir haben eher schlechte Erfahrungen gemacht, insbesondere was die Versuche der Übernahme seitens der Parteiführer angeht.

Gibt es denn eine klare Spaltungsstrategie der Regierung gegenüber den Bewegungen?

Sebastián: Ja. Zunächst die Aneignung des Diskurses der Bewegungen. Damit übernahm der Staat wieder die symbolische Steuerung und zwängte die Bewegungen auf einen Platz jenseits des Politischen. Das Verhältnis des argentinischen Staates zu den neuen Bewegungen war allerdings schon seit den ersten sozialen Protesten 1995 widersprüchlich. Er stellte eine Art Sozialhilfe für Erwerbslose bereit, zu denen auch die später stark wachsenden Bewegungen Zugang hatten, um Projekte und Initiativen voranzutreiben. Der Zugang war aber sehr selektiv und limitiert. Kirchner weitete diesen Zugang aus. Es war eine Zeit lang sehr einfach, Ressourcen für soziale Projekte zu bekommen. Die meisten Bewegungen haben das akzeptiert, wurden von Kirchner sogar in den Präsidentenpalast eingeladen zur Präsentation der neuen Programme. Aber darüber haben sie sich eben auch gespalten.

Welche sozialen Sektoren stehen jetzt zu Kirchner, die vorher eher kritisch waren?

Andrés: Zunächst alle jene, die dramatische wirtschaftliche Probleme hatten und mittels der Sozialpläne nun überleben konnten. Dazu kommen die traditionellen linken Kräfte, die eine politische Kraft werden wollen. Die

Sozialpläne dienen ihnen dazu, sich eine Anhängerschaft aufzubauen. Sie verbleiben aber in der Parteienlogik. Andere Kräfte haben die Regierung offen unterstützt und arbeiten mit ihr zusammen. Bewegungen, die - wie wir - Autonomie gegenüber dem Staat aufbauen wollen, haben in diesen Arrangements keinen Platz.

Wie funktioniert die Regierungsstrategie?

Sebastián: Neben der erwähnten "Verstaatlichung" kritischer Ansätze ist noch etwas sehr zentral, was man als "Diskurs der Unsicherheit" bezeichnen könnte. Unsicherheit produzieren angeblich sehr viele: Diebe, die sich wehrenden Erwerbslosen oder der Nachbar von nebenan. Die Unsicherheit ist groß, der Staat soll es wieder richten. Damit geht eine soziale Fragmentierung einher, die dem Prozess der Entstehung neuer sozialer Zusammenhänge nach dem Dezember 2001 vollständig zuwiderläuft. Interessant ist dabei, dass dieser Diskurs nicht ausschließlich "von oben" kommt, sondern auch von vielen Menschen aus den Stadtteilen. Die Medien nehmen ihn auf und verstärken ihn. Ein Phänomen ist beispielsweise Juan Carlos Blumberg, ein deutschstämmiger Unternehmer, dessen Sohn im April 2004, kurz nach der Übergabe der Mechanikerschule an die Menschenrechtsgruppen, ermordet wurde. Blumberg ruft zu einer Demonstration auf, zu der 200.000 Menschen kommen. Die politische Rechte und die rechten Medien nehmen das auf, erzeugen einen enormen Druck. Es geht plötzlich nicht mehr um Vergangenheit, Menschenrechte und Neoliberalismus, sondern um Unsicherheit. Auf diese Weise aber werden die Bewegungen weiter isoliert.

Dazu kommt, dass es eine gewisse ökonomische Erholung gibt, von der einige Mittelklasse-Sektoren profitieren. Diese Sektoren interessieren sich überhaupt nicht mehr für die Piqueteros - auch viele von denen nicht, die 2001/2002 noch dafür waren, dass die Kämpfe der Unter- und Mittelklassen zusammen geführt werden müssten.

Wie haben sich die Piquetero-Bewegungen in den letzten Jahren entwickelt?

Andrés: Insgesamt gibt es eine Schwächung. Viele Bewegungen haben sich unter dem enormen ökonomischen Druck auf die Angebote der Regierung eingelassen. Die radikalen Ansätze, denen es um Autonomie geht, haben deutlich an Terrain verloren. Wir sind heute die Dämonen in der Gesellschaft. Unsere Kampfform der Straßensperren verliert an Akzeptanz.

Sebastián: Viele Menschen gehen davon aus, dass die gesellschaftliche Situation jetzt wieder dieselbe ist wie vor den Aufständen, dass es also eine gewisse Normalisierung gibt. Der gesellschaftliche Boden, auf dem wir uns bewegen, hat sich in Wirklichkeit aber stark verändert. Durch den zaghaften Aufschwung gibt es andererseits sogar einzelne Branchen, in denen Arbeitskräfte fehlen. Die aktuellen Pläne der Regierung zielen aber darauf ab, die Menschen zu reproletarisieren, also darauf, die Sozialpläne wieder zu reduzieren. Wir denken, dass sich die Bewegungen vor diesem Hintergrund erneuern müssen oder aber verschwinden werden. Die Strategien, die von 1997 bis heute verfolgt wurden, werden nicht mehr greifen.

Ihr habt ja nach den Aufständen die These eines "neuen sozialen Protagonismus" vertreten, den ihr in den neu entstandenen Bewegungen verortet habt. Wie hat sich dieser soziale Protagonismus, diese neue soziale Handlungsfähigkeit, eurer Meinung nach inzwischen entwickelt?

Sebastián: Zentral für die These vom neuen sozialen Protagonismus ist die Überzeugung, dass der Staat nicht mehr der zentrale Ort der Politik in Argentinien ist. Das weiß der Präsident, das weiß Blumberg, das wissen die Bewegungen. Das Leben lässt sich nicht mehr von der Politik trennen; gesellschaftliche Veränderung lässt sich nicht mehr auf das reduzieren, was traditionell als Politik bezeichnet wird. Es geht um gesellschaftliche Veränderungen, die von konkreten antikapitalistischen Praktiken ausgehen. Diese sind sehr lokal, sehr situativ, ohne dass sie isoliert wären. Es gibt Gruppen von Erwerbslosen, BäuerInnen; es gibt Praktiken sozialer Gerechtigkeit wie die Denunziationen von Menschenrechtsverbrechern, die so genannten escraches. (1) Sie warten nicht auf die versprochene Lösung in der Zukunft, sondern nehmen die Produktion und Reproduktion des Lebens in ihre eigenen Hände. Sie versuchen, antagonistisch zum Kapital zu handeln und neue Werte zu entwickeln. Das alles ist voll von Ambivalenzen, Problemen, Fragen. Auch für uns. Wir wollen nicht verwalten, was geschaffen wurde, uns damit zufrieden geben, dass wir ein paar gute Bücher geschrieben und interessante Hypothesen aufgestellt haben.

Gestern habt ihr in einem Vortrag gesagt, dass seit 2002 Scharen von AktivistInnen und ForscherInnen nach Argentinien gekommen seien. Meines Erachtens gibt es hierzulande eine starke Romantisierung der Piquetero-Bewegungen ...

Sebastián: In der Tat kamen vor allem 2002 enorm viele Menschen, um die dortige neue Revolution in Argentinien zu betrachten. Das ist ja zunächst einmal gut. Hinsichtlich der Interpretationen dominieren meines Erachtens zwei Perspektiven. Eine sieht in Argentinien eine Art Vorläufer dafür, was in Europa passiert, wenn der Sozialstaat zerstört wird. Auf der anderen Seite sehen viele in Argentinien eine Art Modell für eine Revolution. Diese Leute wurden ziemlich enttäuscht. Es gab in beiden Fällen ziemlich problematische Übersetzungen von Argentinien nach Europa. Insgesamt besteht eine geringe Bereitschaft hinzuhören, was denn eigentlich die realen Probleme sind im heutigen Argentinien. Viele wollten sich einfach ihren Film nicht kaputt machen lassen. Das geht teilweise einher mit einer Interpretation, dass die Menschen in Lateinamerika zwar gut kämpfen könnten, ihnen aber ein Verständnis der sozialen Strukturen fehle. Das ist immer ein wenig kolonialistisch. Und wenn die Perspektive zu sehr auf den Makrostrukturen liegt, dann gibt es viele Gründe, vielleicht niemals zu kämpfen. Oft schwingt außerdem mit, dass man arm sein muss, um zu kämpfen. Argentinien ist aber kein Ort von Opfern, sondern einer des Ausprobierens.

Andrés, welche Eindrücke nimmst du von deiner ersten Reise nach Europa mit?

Andrés: Die Disziplinierung hier finde ich beeindruckend. Dazu diese Leere als soziales Subjekt, der offenbare Verlust von Beziehungen, von Spontaneität. Ich kann nicht verstehen, warum Menschen in einer Bar applaudieren, wenn die Polizei einen Betrunkenen abführt, der über dem Tisch eingeschlafen ist. Wir haben ja eine Betriebsführung bei VW in Baunatal mitgemacht. Die Arbeiter bei VW scheinen eine enorme Tristesse zu leben. Da fragst du dich schon: Warum wird das nicht krisenhaft?

Sebastián: Wir mussten eine Nacht auf dem Bahnhof in Hamburg verbringen und dort haben wir das andere Deutschland kennen gelernt - jenes des Alkoholismus, der Exzesse. Uns scheint, dass im reichen Deutschland das Leben für viele wieder prekär wird.

Danke für das Gespräch.

Lesehinweise:

Colectivo Situaciones, Que se vayan todos. Krise und Widerstand in Argentinien. Hamburg/Göttingen: Assoziation A 2003.

Friederike Habermann: Aus der Not eine andere Welt. Gelebter Widerstand in Argentinien. Kronberg: Ulrike Helmer Verlag 2004.

Anmerkung:

1) "Sie nennen sich H.I.J.O.S. - ‚Nachkommen für die Identität und die Gerechtigkeit, gegen das Vergessen und Verschweigen` - und haben einer neuen Aktionsform den Weg gebahnt, den Escraches. Dieses Wort stammt aus dem Lunfardo, dem Dialekt der ImmigrantInnen, der Unterklassen und des Tango am Río de la Plata. Escrache bedeutet ‚ans Licht bringen`. Solange sie nicht von einem Escrache heimgesucht werden, können die meisten Mörder in Uniform unerkannt, unbehelligt und angenehm in Argentinien leben. Die anfängliche Strafverfolgung der Diktaturverbrechen nach 1983 wurde bereits Mitte der 80er Jahre auf Druck der Militärs mit dem sog. ‚Schlusspunktgesetz` und dem sog. ‚Gesetz über den Befehlsnotstand` schnell wieder beendet. Fast zwanzig Jahre nach dem Ende der Diktatur müssen Militärs und andere Verantwortliche nun aber damit rechnen, doch noch für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen zu werden. Die Escraches finden dort statt, wo der Täter lebt. Eine Demonstration zieht durch den Stadtteil bis vor sein Haus, das mit roten Farbbeuteln markiert wird - als Symbol für die begangenen Bluttaten. Mit einer Rede wird sein persönlicher Beitrag zur Unterdrückung bekannt gegeben. Dann zieht die Demo weiter und beendet die Aktion mit Musik und Tanz auf der Straße. Zurück bleiben Hinweise auf dem Bürgersteig oder an der Haustüre: ‚Hier wohnt ein Völkermörder / Folterer`." (Alix Arnold in: Colectivo Situaciones 2003)

30. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:31

Spielformen der Bewusstseinsindustrie

Der Begriff Entertainment hat mittlerweile vielfältige Ableger bekommen: Edutainment, Infotainment, Politainment oder Militainment. Neil Postman hatte mit seinem Begriff des Infotainment die mediale Verpackungspraxis von Informationen zum Gegenstand seiner Fernsehkritik gemacht hat. Die Ausstellung "-tainment" des RealismusStudio der Neuen Gesellschaft für Bildende Künste zeigt noch bis zum 6. Februar 2005 künstlerische Positionen, die sich kritisch mit der Praxis der Simulation und Inszenierung von Realität befassen. Welcher Bildstrategien bedienen sich die neuen Genres und welche Selbstbilder und sozialen Verhaltensmuster bringen sie hervor - solche und ähnliche Fragen stellen sich die in der Ausstellung vertretenen KünstlerInnen. Der Eintritt ist frei.

Berlin, 11.12.2004 - 6.02.2005, "-tainment. Spielformen der Bewusstseinsindustrie", Neue Gesellschaft für Bildende Kunst, Oranienstr. 25, 10999 Berlin-Kreuzberg, Tel. 030/616 51 30, Öffnungszeiten: täglich 12 - 18.30 h, geschlossen: 24., 25., 31. Dez. 04 und 1. Jan. 05

Silvester-Jukss

Auf dem Kongress der Jugendumweltbewegung (Jukss), der dieses Jahr vom 26.12.04 bis zum 2.1.05 in Magdeburg stattfindet, werden auch dieses Mal mehrere Hundert umwelt-politisch engagierte junge Menschen aus dem Schul-, Berufseinstiegs-, FOeJ- und Hochschulbereich erwartet. Themen sind Politik, Gesellschaftsutopie und kritische Öffentlichkeit. Auf dem Kongress gibt es neben zahlreichen Bildungsveranstaltungen, Work-Shops, Aktionen auch Konzerte, Filmvorführungen sowie jede Menge Platz für Austausch und Kontakte innerhalb der Jugendumweltbewegung. Das Besondere ist, dass alles durch Selbstorganisation entsteht und von den Teilnehmenden auch selbst verwaltet wird.

Magdeburg, 26.12.04 - 2.1.05, Infos und Anmeldung zum Jukss-Kongress, www.jukss.de oder www.jugendumweltkongress.de

Solikampagne für Daniel und Marco

Im letzten Jahr erregten die 129a-Verfahren gegen Marco, Daniel und Carsten aus Magdeburg die linke Öffentlichkeit. In der letzten Zeit ist es um das Verfahren ruhiger geworden. Dabei sollen demnächst die Revisionsverhandlungen gegen Marco und Daniel beginnen. Carsten wurde bereits freigesprochen. Auf einer Veranstaltung in Berlin soll über den aktuellen Stand der Verfahren informiert werden und darüber diskutiert werden, wie eine Solidaritätskampagne für Daniel und Marco aussehen könnte.

Berlin, 5.1.05, 21 Uhr, Sama-Cafe, Samariterstr. 32

WEF bekämpfen

Davos, ein Winterkurort in den Schweizer Bergen. Hier findet vom 26.1. bis 30.1.2005 das World Economic Forum (WEF) statt. Unter massiven Sicherheitsvorkehrungen treffen hier selbst ernannte "Global Leaders for Tomorrow" aus Wirtschaft, Politik, Medien und Wissenschaft im ruhigen Hinterland zusammen. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit werden informelle Kontakte zwischen Wirtschafts- und Politikmanagement geknüpft, milliardenschwere Wirtschaftsprojekte eingefädelt und weit reichende Entscheidungen getroffen. Dies geschieht nicht zu Gunsten der Mehrheit der Weltbevölkerung, sondern jeweils zu Gunsten der nationalen Wirtschaft der teilnehmenden Länder. Seit 1998 gibt es massiven Widerstand gegen das WEF. Auch für 2005 sind zahlreiche Gegenaktionen und Demonstrationen in Davos geplant. In Berlin findet am 6.1.05 eine Infoveranstaltung "Wipe out the WEF" statt.

Berlin, 6.1.05, 19 Uhr, BAIZ, Torstr./Ecke Christinenstr. Davos, Schweiz, 26.-30.1.05, Demonstration gegen das WEF, aktuelle Informationen unter www.no-wef.ch oder www.gipfelblockade.de

Hoffnungslos grün

25 Jahre werden sie alt: DieGrünen. Kaum ein Ideal, das nicht verraten, keine urgrüne Position, die nicht über Bord geworfen wurde. Angesichts der rot-grünen Regierungspraxis kein Grund zu feiern oder stolz zu sein,

aber tausend gute Gründe zu streiten. Dies tun einige Ex- und ein Noch-Grüner in einer Podiumsdiskussion zum Thema "Grün ist/ war die Hoffnung". Mit dabei sind Thomas Ebermann (Publizist, Ex-MdBü GAL, Ex-MdB DieGrünen,), Jürgen Reents (Chefredakteur Neues Deutschland, Ex-Bundesvorstand, Ex-MdB DieGrünen) und Hans-Christian Ströbele (Rechtsanwalt, MdB DieGrünen). Moderieren werden Heike Sudmann (Ex-MdBü GAL/ Regenbogen) und Meinhard Meuche-Mäker (RLB). Die Besetzung des Podiums zumindest gibt Anlass zur Hoffnung, verspricht sie doch einen unterhaltsamen Abend.

Hamburg, 14.1.2005, 19.30 Uhr, Werkstatt 3, Nernstweg 32-34

Naziaufmarsch verhindern

Am 15. Januar 2005 rufen verschiedene Neonazigruppen aus Anlass des 60. Jahrestags der Bombardierung Magdeburgs durch die Alliierten im 2. Weltkrieg zu einem "Trauermarsch" auf, zu dem Neonazis aus der ganzen BRD erwartet werden. Bei der am 16.1.05 stattfindenden städtischen Gedenkfeier wird auch ein offen-geschichtsrevisionistischer Ansatz durch die Verklärung von Täter- und Opfer-Rollen verfolgt, was diese Veranstaltung besonders für Neonazis attraktiv macht. Dies wird der erste bundesweite Großaufmarsch der Nazis im Jahr 2005 sein, ein weiterer folgt am 13. Februar in Dresden. Die antifaschistische Gegenmobilisierung läuft über die Seite www.nazis-stoppen.de. In Magdeburg geplant ist eine Demonstration unter dem Motto "Gegen den deutschen Opfermythos - Geschichtsrevisionismus bekämpfen", die um 10 Uhr am Magdeburger Hauptbahnhof starten soll.

Magdeburg, 15.1.05, 10 Uhr, Bahnhofsvorplatz, Informationen unter: www.nazis-stoppen.de.vu

Feiern gegen Kriminalisierung

Anfang des Jahres 2004 fand an der Universität Hamburg ein Streik statt, um gegen die fortschreitende Ökonomisierung der Bildung und der weiteren Ausgrenzung ganzer Gesellschaftsschichten aus der Uni, zu protestieren. Im Rahmen dieses Streiks kam es zu mehreren Aktionen, auch außerhalb der Universität, wie zum Beispiel die Besetzung der Hamburger Morgenpost sowie der SPD und CDU Parteizentralen. Der Einsatz für eine kritische und für alle offene Bildung wird nun "teuer". Über 70 Personen sehen sich seit Monaten mit Prozessen, Strafbefehlen und anderen repressiven Maßnahmen des Staates ausgesetzt. Die AG "Solidarisch gegen Kriminalisierung" lädt am 21. 1. ein zur Soli-Party in der Flora. Neben diversen Punk und Ska Live-Bands gibt es DrumN Bass, Hip Hop DJs und Reggae-Musik aus der Dose.

Hamburg, 21.1.2005, ab 21 Uhr, Rote Flora, Achidi-John-Platz 1, 20359 Hamburg, www.roteflora.de

31. Eigentum grenzt aus!

Raubkopierer ins Gefängnis - Gene ins Patentamt

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:32

Mit Slogans wie "Raubkopierer sind Verbrecher" oder "Raubkopierer kennen Gefängnisse nur aus Filmen. Wir zeigen Ihnen jetzt die Originaldrehorte" macht sich seit einem Jahr die deutsche Filmwirtschaft auf die Suche nach Menschen, die Filme aus dem Internet laden und auf CD oder DVD brennen. Dies ist nach dem deutschen Urheberrecht verboten und kann - wie auf der Website der Kampagne (1) hervorgehoben - zivil- und strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Problematisch an dieser Kampagne ist nicht so sehr die Forderung, dass, wer sich durch Hollywood-Filme berieseln lassen will, auch dafür zahlen soll. Das Beunruhigende ist, dass damit eine besondere Form von Eigentumsrechten durchgesetzt werden soll, nämlich Urheberrechte. Urheberrechte sind so genannte geistige Eigentumsrechte (Intellectual Property Rights, IPR) - und zwar bei weitem nicht die einzigen. Auch Marken, Patentschutz oder pflanzlicher Sortenschutz sollen den "Urheber einer geistigen Leistung" entschädigen und sind Mechanismen für die Kommerzialisierung des Wissens. All diese IPR stellen im Grunde Monopolrechte dar. Sie erlauben dem/der InhaberIn des jeweiligen Rechts, darüber zu bestimmen, wer eine Erfindung oder das Ergebnis eines sonstigen kreativen Prozesses wie nutzen kann.

Piraten überall

IPR verbieten den freien Austausch von Saatgut oder Musik, trumpfen auf mit Patenten auf Pflanzen und Gensequenzen, auf traditionelles Wissen und Ideen der Programmierer. Die "Eigentümer" verlangen für die Nutzung eine Bezahlung.

In den letzten Jahren ist international ein Prozess der Ausweitung geistiger Eigentumsrechte zu beobachten. IPR sind mittlerweile eine bedeutende Profitquelle der so genannten Wissensgesellschaft. Die Freiheit, gesellschaftlich vorhandenes Wissen und die Ergebnisse kreativer Prozesse kostenlos zu nutzen, wird immer weiter eingeschränkt. Beispiele finden sich genug: Musik und Filme sind im Internet verfügbar - es müssen jedoch Gebühren an den "geistigen Eigentümer" der Idee bezahlt werden; Jahrhunderte andauernde bäuerliche Züchtungsarbeit wird von Pflanzenzuchtunternehmen für die Entwicklung von gentechnisch manipulierten Pflanzen benutzt - diese werden aber, bevor sie über die Ladentheke gehen (sollen), patentiert; Indigene im tropischen Regenwald nutzen seit Jahrhunderten bestimmte Pflanzen für medizinische Zwecke - Bioprospektoren der Pharmafirmen "kapern" deren Wissen, um patentgeschützte Medikamente herzustellen.

Arzneimittel- oder SoftwareherstellerInnen, Pflanzenzuchtunternehmen oder Filmwirtschaft begründen die weitere Ausdehnung der IPR und die Verfolgung von Zuwiderhandlungen damit, dass sich nur so Gewinne erwirtschaften ließen, um teure Forschung zu bezahlen und kreative Leistungen zu ermöglichen. Ob Patente und all die anderen geistigen Eigentumsrechte jedoch gesamtgesellschaftlich positiv zu beurteilen sind, ist sogar im Mainstream der ökonomischen Forschung umstritten: Wissenschaftliche Forschung werde auf Grund drohender Verletzung von Patenten erschwert; Innovation und Verbreitung von Wissen werde gehemmt, so die Gegenargumente.

Eine kritische Hinterfragung der aktuellen Entwicklungen muss jedoch tiefer gehen als der ökonomische Mainstream - leider bleibt dies aber im Kontext der globalisierungskritischen Proteste in den Metropolen mit ihrer Fokussierung auf GATS und Investitionen, Agrarfragen und Demokratie in der WTO häufig aus. Dabei dreht es sich um den Kern des Problems: Eigentum. Die Zuweisung von Eigentumsrechten an bestimmten materiellen Gegenständen schließt andere von deren Nutzung aus. Heute, wo immer mehr materielle Dinge von Rechts Wegen als privates Eigentum betrachtet werden - und z.B. die Allmende, die von allen nutzbare Gemeindeweide, nur noch den wenigsten etwas sagen dürfte und derartiges kollektiv nutzbares Gemeingut auch praktisch kaum mehr vorzufinden ist -, üben Eigentümer ungeheure Macht und Kontrolle aus. Bei ihnen handelt sich vielfach um Transnationale Konzerne, die die Wasserversorgung kontrollieren, die Lebensmittelproduktion oder die Medien.

Geistige Eigentumsrechte sind nicht mehr nur schmückendes Beiwerk, sondern begründen immer weitgehender den Kern dieser Kontroll- und Machtbeziehungen. Sie bewirken, dass bestehende Strukturen der

Ausgrenzung verstärkt werden - Menschen ohne dickes Portemonnaie haben immer weniger Zugang zu Nahrung, Bildung, Gesundheit und Kultur. Ein Beispiel: Ungenügende Gesundheitsversorgung in vielen Ländern des globalen Südens hat verschiedene Ursachen, z.B. fehlende öffentliche Infrastruktur, soziale Unterdrückung oder ökologische Ausbeutung. Aber die Problematik wird dadurch verschärft, dass patentgeschützte Medikamente nicht einfach billig nachgebaut und kostenlos an Arme verteilt werden dürfen - selbst dort, wo eine Regierung oder Hilfsorganisationen die dafür nötigen Mittel aufbringen könnten. Der Aids-Medikamente-Skandal in Südafrika im Jahre 2001 dürfte den meisten noch in Erinnerung sein.

Auf vielen Ebenen sind PolitikerInnen, ManagerInnen und Bürokratien seit ca. 20 Jahren damit beschäftigt, ein immer dichteres Netz der IPR zu weben. Wurde im 19. Jahrhundert der Patentschutz besonders von Anhängern des Freihandels scharf kritisiert und als Folge in einigen Ländern abgeschafft, müssen heute alle Länder, die Mitglied der Welthandelsorganisation sind, innerstaatlich die Möglichkeit der Patentgewährung und -durchsetzung (sprich: Gerichtsbarkeit) schaffen. Das so genannte TRIPS-Abkommen (2) lässt Ausnahmen davon in eng begrenztem Umfang zu. Wie die vergangenen Jahre zeigen, stehen diesen Möglichkeiten aber asymmetrische Macht- und Durchsetzungschancen auf dem Weltmarkt gegenüber.

War in den letzten zehn Jahre die WTO das wichtigste Forum, verändert sich derzeit die Verhandlungsebene. Auf Grund der aufkommenden Kritik an der WTO, der sich vergrößernden Ablehnung der Entwicklungsländer, aber auch wegen der Differenzen zwischen den Triade-Staaten erlangen bilaterale Verträge mit so genannten TRIPS-plus Standards, also Regeln, die über TRIPS hinaus gehen, eine immer größere Bedeutung. (vgl. www.bilaterals.org) Aber auch die bereits in den 1960er Jahren zur Koordination verschiedener Abkommen gegründete Weltorganisation für Geistiges Eigentum, WIPO, hat sich ihr Terrain zurück erkämpft und ist mit dem Patent Law Treaty, dem Substantive Patente Law Treaty sowie dem Patent Cooperation Treaty dabei, ein Weltpatentsystem zu schaffen. Weitgehend unstrittig ist dort genauso wie in der WTO, dass all das unter der Sonne patentierbar ist, was von Menschenhand geschaffen wurde. (3) Wie weit man dabei zu gehen bereit ist, ist Auslegungssache bzw. verhandelbar. Das Europäische Patentamt hat bereits Patente erteilt auf Sonnenblumen- oder Maispflanzen und daraus hergestellte Produkte, wobei diese Patente Pflanzen umfassen, die noch gar nicht existieren. Vom US-amerikanischen Patentamt wurden auf Brustkrebsgene oder Algorithmen Patente erteilt. Grundlegende Entwicklungen oder Entdeckungen, ganze Produktionsketten oder lebenswichtige Medikamente werden privatisiert und der Zugang eingeschränkt, mit lebensbedrohlichen Folgen.

ProtagonistInnen in Genf

Die Bedrohung, die von einen verschärften Schutz geistigen Eigentums ausgeht, wurde im Kontext der weltweiten Ernährungssicherung bereits in den 1980er Jahren diskutiert. Einen weiteren Schub bekam die Debatte zu Beginn der 1990er Jahren im Rahmen der Verhandlungen zur Biodiversitätskonvention sowie den Verhandlungen, die später zum TRIPS-Abkommen führten. Hunderttausende indische BäuerInnen demonstrierten bereits 1993 gegen die Kommerzialisierung von Saatgut und Patente auf Pflanzen. Je stärker der Anwendungsbereich geistiger Eigentumsrechte in den letzten Jahren ausgedehnt wurde und je deutlicher die negativen Auswirkungen dieser Ausweitung wurden, desto mehr sind auch Menschen in den Metropolen auf dieses Konfliktfeld gestoßen. Drei "Szenen" haben sich in Deutschland entwickelt: Zum einen StreiterInnen für freie Software und Open Source/Linux, die v.a. in den letzten Monaten gegen die EU-Richtlinie über Softwarepatente protestiert und mobilisiert haben. Zum zweiten und zeitlich ein wenig früher entstanden Proteste bei "entwicklungspolitisch" engagierten Menschen v.a. im Kontext von Kämpfen gegen die Kommerzialisierung von Saatgut, Gentechnik und Biopiraterie. Ein dritter Bereich findet sich v.a. in der christlichen und kritischen MedizinerInnen-Szene, wo über (ethische) Fragen der Entwicklung von Medizin und Patenten auf menschliche Gene sowie Arzneimittel diskutiert wird. Auf internationaler Ebene sind weitere Gruppen zu finden: Bauernorganisationen, die gegen die Verschärfung des Sortenschutzrechts auf TRIPS-Niveau kämpfen; indigene Gemeinschaften, die sich gegen den Diebstahl von Wissen und biologischer Vielfalt wehren, um ihre Kultur zu erhalten; Aids-AktivistInnen, die den freien Zugang zu Medikamenten fordern etc.

Nein, Ya Basta - es reicht zu sagen, ist nötig, um den enormen Anstrengungen der multinationalen Unternehmen, immer weitere Bereiche gesellschaftlichen Wissens durch geistige Eigentumsrechte zu kontrollieren, etwas entgegen zu setzen. "Nein" zu sagen in den häufig separierten Bereichen ist jedoch nicht genug. Um "Freiheit von IPR" zu erreichen, ist eine Bündelung all dieser Kräfte nötig, um neue alte soziale

Räume zurück zu erkämpfen und neu zu gestalten. Alternativen werden gedacht und sollten themenübergreifend ausprobiert werden. Gentechnikfreie-Zonen entstehen derzeit überall in Deutschland - warum nicht auch microsoftfreie? Linux und freie Software sind erfolgreich - warum nicht auch nach dem Open Source Modell Saatgutentwicklung und Pflanzenzüchtung betreiben? "If activists, campaigners, and innovators working on free software, no-patents-on-life, access to genetic resources, traditional medicine, digital rights ... came together and formulated one common platform to rein in the IPR-system, the effect could be explosive." (4)

Resistance weltweit

Ein gemeinsamer, kollektiver, internationaler Protest ist notwendig. Denn in all diesen Bereichen schafft die Privatisierung von gesellschaftlich nützlichem Wissen ähnliche Probleme und zerstört (kollektive) Gegenmodelle. Überall werden kapitalistische, marktkonforme Strukturen ausgedehnt und findet eine Transformation von vorher kollektiv nutzbarem Wissen zu Ware statt. Und damit geht immer eine Umverteilung von unten nach oben einher.

Die Betonung der Gemeinsamkeiten soll nicht bedeuten, dass in den verschiedenen Bereichen keine Unterschiede bestünden, im Gegenteil. Die durch die Patentierung von Software entstehende Gefährdung von open-source Ansätzen ist hauptsächlich ein Problem im Norden. Die Aneignung von traditionellem Wissen indigener Gemeinschaften des globalen Südens durch internationale Pharmaunternehmen hat hingegen eine deutlich kolonialistische Dimension. Der Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten für Arme im globalen Süden ist ungleich wichtiger als das "Recht auf kostenlose Berieselung" durch Hollywood-Filme.

Gregor Kaiser/Christiane Gerstetter

BUKO Kampagne gegen Biopiraterie, www.biopiraterie.de

Anmerkungen:

1) www.hartabergerecht.de

2) Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights - Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte am Geistigen Eigentum; Abkommen im Rahmen der Welthandelsorganisation

3) Sinngemäß zitiert nach einer Entscheidung des Supreme Court der USA über die Rechtmäßigkeit des ersten Patentes auf Bakterien 1980

4) GRAIN, Seedling, October 2004, S. 3.

32. "Werdet Coca-Cola los, rettet das Wasser!"

Kämpfe gegen Austrocknung in Kaladera, Indien

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:33

Dies ist eine klassische "David und Goliath"-Geschichte. DorfbewohnerInnen, konfrontiert mit rapide schlechter werdenden Lebensbedingungen, agitieren gegen eines der größten Softdrink- und Flaschenwasser-Unternehmen der Welt: gegen Coca-Cola. Eine wenig aussichtsreiche Angelegenheit, so scheint es. Doch glücklicherweise gibt es eine Menge Davids.

In den letzten anderthalb Jahren hat sich eine Bewegung gegen eine Coca-Cola-Abfüllanlage in Kaladera und angrenzenden Ortschaften im indischen Distrikt Jaipur, Bundesstaat Rajasthan, gebildet. Mit der intensiven Anti-Coca-Cola-Stimmung in dieser Gegend haben sich 32 Dörfer und eine Anzahl von Organisationen unter dem Banner der Jan Sangharsh Samiti (Regionales Aktionskomitee) organisiert. BäuerInnen aus diesen Dörfern machen Coca-Cola dafür verantwortlich, dass der Grundwasserspiegel drastisch absinkt - mit schwer wiegenden Folgen für Menschen und Landwirtschaft.

Kaladera ist ein großes Dorf, ungefähr 40 Kilometer entfernt von der Stadt Jaipur. Eine große Mehrheit der etwa 13.000 EinwohnerInnen von Kaladera lebt von der Landwirtschaft. Aber der Ort ist zugleich ein Zentrum für Bildungseinrichtungen mit Schulen und Colleges, dank der sozialreformerischer Arbeit verschiedener Organisationen in der Vergangenheit. Viele der SchülerInnen kommen aus betroffenen Dörfern der Umgebung.

Früher war das mal eine fruchtbare Gegend. "Selbst wenn es hier eine Hungersnot in anderen Teilen von Rajasthan gab, die Gegend um Kaladera war davon meist unberührt. Doch in den letzten paar Jahren ist das Grundwasser extrem gefallen", erklärt ein Lehrer aus einem örtlichen College. Mittlerweile wurde die Gegend zur "dunklen Zone" erklärt. Das bedeutet, dass es verboten ist, neue Brunnen zu graben oder Pumpen zu installieren, und es gibt auch keine Darlehen mehr dafür.

Zahlen darüber, wie tief der Wasserspiegel gesunken ist, variieren, aber es gibt nicht den leisesten Zweifel darüber, dass er drastisch gefallen ist. Wirft man einen Blick in die Brunnen der Gegend, deren Tiefe zwischen 40 und 80 Fuß variiert, dann zeigt sich, dass allesamt knochentrocken sind. Ihr einziger Nutzen ist es, einigen heimatlosen Tauben Schutz zu bieten.

"Vor sieben oder acht Jahren hatten diese Brunnen Wasser in Höhe von zwischen 10 und 15 Fuß unter der Erdoberfläche", sagt einer der Bauern, während er auf seinen nunmehr komplett trockenen Brunnen zeigt. Manche Haushalte haben Brunnen, in denen der Brunnenmotor selbst im Wasser etwa 200 Fuß tief eingelassen ist. Der örtliche Gemeindechef erklärt: "Dieser alte Brunnen vor meinem Haus war immer voll - vor etwa acht bis neun Jahren. Dann gab ich diesen Brunnen auf, denn ich musste ein sehr viel tieferes Loch bohren. Die Bauern hier müssen 125 Fuß runter gehen, um Wasser zu bekommen. In fünf Jahren wird die Situation extrem sein. Sie werden das Wasser verbraucht haben und fortgehen."

Wasserspiegel und Hoffnungen sinken

Das "sie" bezieht sich auf die Coca-Cola-Anlage, die ein paar Kilometer weit weg liegt. Errichtet im Jahr 1999 produziert die Abfüllanlage Coca-Cola, Fanta, andere Soft-Drinks und das Flaschenwasser Kinley. Die Wasserentnahmen der Anlage sind von Jahr zu Jahr mehr geworden. Ein Wasserexperte der Behörde erklärte, dass die Grundwasservorkommen in der Region von Kaladera bereits drastisch verflacht seien, weshalb die Bohrungen der Abfüllanlage jetzt noch tiefer gehen würden. Coca-Cola bekommt dieses Wasser gratis, von einer Mini-Gebühr an die Regierung abgesehen - 110 US-Dollar jährlich bis 2002 und 525 US-Dollar seit 2003. In der Nähe der Coca-Cola-Abfüllanlage befindet sich außerdem auch noch eine Brauerei, die die AktivistInnen auch gerne geschlossen sehen würden. Doch ihr Aktionsschwerpunkt liegt auf der großen Coca-Cola-Anlage.

Ein Bericht in der Zeitung The Hindu stellt fest, das Grundwasser hätte im Juli 2004 bei 72 Fuß unter der Erdoberfläche gelegen. Dies hatten Fachleute bei einem Lokaltermin ermittelt. Doch die BewohnerInnen vor Ort weisen darauf hin, dass der Wasserspiegel tatsächlich zwischen 90 und 125 Fuß liegt. "Die Experten haben während der Monsun-Monate gemessen, wenn der Grundwasser-Spiegel steigt", erklärt einer von

ihnen. "In der Nicht-Monsun-Periode ist es viel schlimmer." Sawarmal, ein Jeep-Fahrer aus Kaladera, dem auch ein bisschen Land gehört, macht eine grimmige Vorhersage: "Wie werden noch allenfalls zehn Jahre Trinkwasser haben. Danach wird unser Schicksal das von Jodhpur sein, wo das Wasser in Tankern angeliefert wird."

Ein Coca-Cola-Vertreter gibt Journalisten gegenüber zu, dass die Anlage um die 150.000 Kubikmeter Wasser im vergangenen Jahr verbrauchte, erklärte aber zugleich, Coca-Cola würde letztlich mehr Grundwasser regenieren als verbrauchen. Er wies auch darauf hin, dass das Absinken des Grundwasserspiegels in anderen Regionen sehr viel drastischer sei als in Kaladera.

Leuten, die die Anlage besuchten, wurde erklärt, dass diese 600 Flaschen pro Minute produziert. Aussagen von AktivistInnen zufolge verlassen täglich 24 LKWs, beladen mit jeweils 1.100 Kisten die Anlage. Der Coca-Cola-Repräsentant weigert sich, sich zur Produktionsmenge zu äußern, doch die Zahlen, die die AktivistInnen vorlegen, sind schwerlich widerlegbar, sind sie für eine umfassend mechanisierte Anlage dieser Größe doch absolut realistisch. Die Belegschaft auf der Plantage schwankt zwischen 60 und 250 ArbeiterInnen, in Abhängigkeit von der Saison, im Sommer wird mehr produziert.

Zweifellos tragen auch andere Faktoren zum Absinken des Grundwassers in der Region bei. Und richtig ist auch, dass das Absinken schon begonnen hatte, bevor Coca-Cola in die Region kam - eine Region, die erst in den letzten zehn Jahren industrialisiert worden ist. Nach Auskunft eines langjährigen Beamten des Industrieministeriums in Rajasthan gibt es 36 große und mittlere industrielle Anlagen im Distrikt Jaipur. "Weniger Regenfälle, mehr Brunnen und eine Landwirtschaft, die vom Subsistenzanbau auf kommerziellen Anbau umstellt und mehr Wasser braucht - das alles trägt zum Sinken des Grundwasserspiegels bei", so Rameshwar Kudi, ehemaliger Vizedirektor der Landwirtschaftsbehörde und Aktivist im regionalen Aktionskomitee. Auch die Installierung einer Brauerei in der unmittelbaren Nähe von Coca-Cola hat dazu beigetragen. "Aber", fügt Kudi hinzu, "die Situation hat sich drastisch verschlechtert, seitdem die Coca-Cola-Anlage 1999 errichtet wurde. Ihre Motoren sind viel leistungsfähiger und arbeiten 24 Stunden am Tag. Seitdem müssen die Menschen in der Region hier jedes Jahr tiefer graben." Genau dies musste auch der Reporter vom The Hindu sich immer wieder anhören, egal an welchen Ort hier in der Region er kam: "Seitdem die Coca-Cola-Anlage hier ist, ist alles viel schlimmer geworden ..."

Immer tiefer auf der Suche nach Wasser

Dalits (Kastenlose) und Angehörige niedriger Kasten haben meist extrem kleinen Landbesitz oder sind landlos. Viele von ihnen arbeiten in der Produktion und dem Färben von Leder. Doch auch kleine Farmen könnten produktiv sein, wenn sie genügend Wasser zur Verfügung haben. Diese traditionellerweise sehr fruchtbare Region war stets mit mehr als einer Ernte pro Jahr gesegnet. Hirse, Erdnüsse, Weizen, Senf oder Amaranth beispielsweise wachsen hier im Überfluss. Aber das Wasser für diese Ernten kommt aus einer Kombination aus Regen- und Grundwasser. Es gibt hier keine andere Wasserquelle. "Wir haben keine Kanäle, keine Dämme, der Fluss Bagho ist ausgetrocknet", sagt Rameshwar Kudi. Sinkt das Grundwasser in einer solchen Region ab, bedeutet das nichts anderes als eine auf Dauer gestellte Krise, kurzfristig unterbrochen einzig durch einen - diesjährig recht zaghaften - Monsun.

Der sinkende Wasserspiegel hat zahlreiche Auswirkungen auf die Landwirtschaft: Steigende Investitionskosten, sinkende Produktivität und weniger bestellbares Land. Mukul Yogi, Sprecher des Kaladera Sangharsh Samaiti erläutert dies im Detail. Die Bewässerungs-Motoren, mit denen die Bauern heute ihr Land bestellen, müssen anderthalbfach oder doppelt so leistungsstark sein wie die Motoren, die früher verwendet wurden. Das bedeutet nicht einfach zusätzliche Kosten, sondern zugleich höhere Elektrizitätsrechnungen, die sich zum Teil mehr als verdoppelt haben. Zum zweiten: Früher, als das Wasser noch näher an der Oberfläche war, war der Boden feuchter, was eine höhere Qualität der Produkte garantierte. Auf diese Weise verändert sich auch die landwirtschaftliche Profitabilität drastisch, je nach Produkt. "In den vergangenen vier bis fünf Jahren ist sowohl die Erntemenge von Weizen als auch insbesondere die von Senf deutlich zurückgegangen", so Rameshwar Kudi. Ein anderer Bauer aus dem Dorf sagt: "Unsere große Familie mit mehr als zwanzig Mitgliedern hat normalerweise etwa 980 US-Dollar aus der Landwirtschaft im Jahr erwirtschaftet. Heutzutage können wir nur noch knapp die Hälfte unseres Landes bewässern, der Rest bleibt ungenutzt. Nach dem Verkauf unserer Ernte bleibt kaum noch irgendein Gewinn über." Das heißt natürlich auch: weniger Wasser für den täglichen Verbrauch. Wie Rohtas, ein Landarbeiter ohne eigenes Land, sagt, sind viele Handpumpen

ausgetrocknet - und die, die's noch nicht sind, haben weniger Druck. "Früher konnten wir fünf Kannen pro Stunde füllen, jetzt sind's nur noch knapp zwei, und es kostet sehr viel mehr Anstrengung."

Im Februar 2003 trafen sich mehr als 200 BewohnerInnen aus 22 Dörfern in Kaladera und verabschiedeten eine Resolution, die die Schließung der Coca-Cola-Abfüllanlage fordert. In den folgenden Wochen gründeten sich Aktionskomitees in einigen betroffenen Dörfern, und jedes wählte einen Sprecher für den Dörfer-Rat. Dann trat unerwarteterweise eine Pause von einigen Monaten ein, bevor die Bewegung im Mai 2004 zu neuem Leben erwachte. Anfang Juni wurde ein Sit-in organisiert, in dessen Vorfeld Straßentheatergruppen mehrere Tage lang von Dorf zu Dorf zogen. Zu diesem Zeitpunkt gelang es auch, eine ganze Reihe von anderen Initiativen und Organisationen aus Rajasthan in die Mobilisierung einzubeziehen. Bei dem Juni-Sit-in kam es in Kaladera zu einer Demonstration von mehr als 1000 Menschen gegen die Coca-Cola-Anlage, bei der der Slogan gerufen wurde: "Coca-Cola Bhagao, Pani Bachao!" ("Werdet Coca-Cola los, rettet das Wasser!") An diesem Tag traten mindestens acht der insgesamt 24 Abgeordneten des Regionalparlaments in Kaladera aus Protest von ihrem Amt zurück: Es war das Regionalparlament, das der Abfüllanlage die notwendigen Papiere für die rechtliche Anerkennung ausgestellt hatte.

Die soziale Basis der Bewegung ist breit, allerdings vor allem unter den mittleren und großen Landbesitzern. Eine Gruppe der größeren Landbesitzer hat andere Einkommensquellen; diese Gruppe unterstützt die Proteste nur zum Teil. Dalits sind bislang noch nicht sehr sichtbar in den Bewegungen gewesen. Nicht nur, weil einige von ihnen nicht direkt in der Landwirtschaft arbeiten, sondern auch, weil es innerhalb des komplizierten Kastensystems schwierig ist, zusammenzukommen. Hoffentlich jedoch sind das bloß Anfangsschwierigkeiten einer Bewegung, die erst dabei ist, ein eigenes Profil und Stärke zu entwickeln.

Anfang August demonstrierten Hunderte von SchülerInnen und StudentInnen in Jaipur für die Schließung der Coca-Cola-Anlage in Kaladera und von 23 neuen Brauereien im Bundesstaat. Ende September kam es zu einem Vier-Tages-Marsch von der Distrikthauptstadt Jaipur nach Kaladera, der in jedem Dorf auf der Strecke stoppte und schließlich in einer großen Demonstration in Kaladera mündete. Ein zwei Tage dauerndes Meeting verschiedener Anti-Coca-Cola-AktivistInnen aus ganz Indien wurde in Dehli abgehalten. Auf diesem Treffen wurden Erfahrungen ausgetauscht, Strategien diskutiert und gemeinsame Aktivitäten für das kommende halbe Jahr geplant. Im Moment herrscht das Gefühl vor, dass es in dem Kampf gegen Coca-Cola in Kaladera nie wieder zu einer Pause kommen wird.

Sudansh Pant, Verwaltungschef im Distrikt Jaipur, versteht den Sinn der Proteste nicht. "Die Regierung", sagt er, "gibt doch Millionen aus für die Errichtung von Dämmen und Wasserscheiden." Die einzige Antwort des Staates auf die spezifischen Forderungen der Bewegung war bislang, die Polizei loszuschicken, wo auch immer es zu Aktivitäten kam und jede Versammlung in der Nähe der Abfüllanlage zu verhindern. Unmittelbar zur Anwendung kam ein Paragraph, der Ingewahrsamnahme auf Verdacht ermöglicht. Auch dafür hat Sudansh Pant eine Begründung: "Was, wenn es zu gewalttätigen Aktionen kommt? Rajasthan ist nicht zuletzt deshalb für Investoren interessant, weil das law-and-order-System hier funktioniert."

Attraktion für InvestorInnen

Die Strategie von Coca-Cola ist subtiler und zweischneidiger. Rameshwar Kudi berichtet: "Das Unternehmen hat gezielt Leute gekauft. Der lokale Abgeordnete im Parlament war in der Anti-Coca-Cola-Kampagne engagiert, forderte die Schließung des Werks. Er änderte seine Meinung genau in dem Moment, als er gewählt worden war." Diese Behauptungen sind schwer zu überprüfen, aber Berichte darüber, dass Abgeordnete und Staatsbeamte gekauft worden sein, kommen von überall her.

Auf der anderen Seite engagiert sich Coca-Cola in Sachen Entwicklungsarbeit in der Region. Das Unternehmen baut hier eine Dorfstraße, verteilt dort Medikamente oder Dreiräder an Behinderte, vergibt Stipendien an ausgezeichnete StudentInnen, verschenkt Sämaschinen an Witwen und bemüht sich hier und da um Wiederauffüllung des Grundwassers. Diese Aktivitäten zielen natürlich auch darauf ab, eine wohlwollende Stimmung gegenüber Coca-Cola zu erzeugen und auf diese Weise die Protestbewegung zu unterminieren. Das Wasser bekommen sie gratis, dafür kaufen sie das Bewusstsein der Menschen.

Mit Schlagstöcken für Softdrinks

Es kann keinen Zweifel geben: Die Coca-Cola-Abfüllanlage in Kaladera hat eine tief greifende Wasser-Krise ausgelöst. Die Anti-Coca-Cola-Bewegung wirft im Gegenzug Fragen auf über die maßlose Art und Weise, in der Investitionen unter dem ideologischen Mantra der "Industrialisierung" erlaubt werden. Warum braucht ausgerechnet einer von Indiens trockensten Bundesstaaten Coca-Cola- oder Pepsi-Abfüllanlagen und Brauereien? Wenig verwunderlich, dass die Kämpfe um Wasser in diesem Staat intensiver werden. Erst kürzlich blockierten einige DorfbewohnerInnen in der betroffenen Region eine Nationalstraße. Die Blockade wurde von der Polizei mit Schlagstöcken aufgelöst

Die Nutzung des Grundwassers durch Coca-Cola in Kaladera und anderen indischen Regionen ist im Grunde nichts anderes als eine Privatisierung öffentlichen Wassers, vor allem wenn der Zugang zu dem Endprodukt - ob es nun Kinley-Tafelwasser, Coca-Cola oder eine anderer Softdrink ist - von der individuellen Zahlungskapazität abhängt. Für diese Form der "Entwicklung" zahlen die unteren sozialen Sektoren den Preis - und wofür? Damit die städtische Mittelklasse und die Eliten Flaschenwasser und Limonaden trinken können.

Nagraj Adve, Neu Dehli

Dieser Artikel ist die von der Redaktion übersetzte, gekürzte und bearbeitete Fassung eines Textes, der auf der Homepage der indischen Anti-Coca-Cola-Bewegung nachgelesen werden kann. Dort finden sich auch noch zahlreiche andere Artikel und Berichte zum Thema: www.indiaresource.org/campaigns/coke

33. Mehrstaatlicher Antiterrorismus als mieses Gerichtstheater

Wolf-Dieter Narr zum Verfahren gegen Gabriele Kanze

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:34

Die Audiencia Nacional hat am 29. November in Madrid Gabi Kanze zu zwei Jahren und neun Monaten Haft wegen Unterstützung der ETA verurteilt. Die 48-Jährige wurde noch am selben Tag auf freien Fuß gesetzt, weil sie die Strafe auf den Tag genau bereits in Schweizer Auslieferungs- und spanischer Untersuchungshaft abgesessen hatte. Gabi Kanzes deutsche Verteidigerin Petra Schlagenhauf bezeichnet das Urteil als Ergebnis eines "Zugeständnisses von beiden Seiten". So hatte die Staatsanwaltschaft vor Prozessbeginn angeboten, die Anklagepunkte Waffen- und Sprengstoffbesitz fallen zu lassen, wenn Gabi Kanze auf eine weitere Beweisaufnahme verzichten und eine Verurteilung wegen Unterstützung einer "bewaffneten Bande" akzeptieren würde.

Gabi Kanze und ihre Verteidigerinnen haben dieses Angebot akzeptiert, obwohl die Ermittlungen wegen Waffen- und Sprengstoffbesitzes bereits in Deutschland 1998 mangels Tatverdacht eingestellt worden waren. Die Anschuldigung, sie habe wissentlich eine Wohnung für ETA in Barcelona angemietet, beruht auf einer unter Folter erpressten Aussagen. (vgl. ak 488) In einer Erklärung einer Prozessbeobachterdelegation aus Abgeordneten und VertreterInnen von Menschenrechts- und Anwaltsorganisationen aus Deutschland und der Schweiz, u.a. Wolf-Dieter Narr vom Komitee für Grundrechte und Demokratie, heißt es hierzu: "Die Erfahrung vor dem spanischen Sondergericht Audiencia Nacional zeigt, dass eine Verurteilung selbst auf Grund einer einzigen unter Folter erpressten Aussage übliche Praxis ist. Damit war das Risiko einer Verurteilung zu einer wesentlich höheren Strafe zu groß."

mb.

34. das thema: Kämpfe um Wasser

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:35

Dass wir Wasser zum Leben und Überleben brauchen, ist eine banale Selbstverständlichkeit. Gerade diese Selbstverständlichkeit aber wird weltweit für immer mehr Menschen immer mehr in Frage gestellt. Was das heißen kann und schon konkret heißt, ist Thema unseres Schwerpunktes:

Volker Böge diskutiert in seinem Beitrag die beliebte, aber zu kurz greifende These von den Kriegen, die "um Wasser" geführt würden. Auch diese Kriege sind, wie er zeigt, ohne den Kontext der kapitalistischen Globalisierung nicht zu verstehen. Marianne Hochuli erläutert, welche Konsequenzen es hat, wenn Wasser als "Bedürfnis" und davon ausgehend als Ware definiert wird. Die Privatisierung von Quellen und Wasserwerken geht dabei gerade in Ländern des Südens vor allem zu Lasten der Frauen. Wie Wasser zur Ware wird und warum Kämpfe um Wasser vor allem soziale Kämpfe sind, veranschaulicht schließlich der Bericht aus dem indischen Distrikt Jaipur, in dem Coca-Cola in großem Stil Grundwasser abzapft und die Felder und Brunnen der Menschen in der Region trocken legt.

35. Soldaten sind keine Tiffys

Unterwerfung und Gewalt gehört zur "Männerschmiede Militär"

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:36

Wenn Vorgesetzte im Militär ihre Rekruten schikanieren, heißt dies im Französischen "bizutage"; "Nonnismo" ist der italienische Begriff für stundenlanges Strammstehen, unsinnige Reinigungsaufgaben, verbale Demütigungen und Sanktionen. Der Katalog militärischer Schikanen ist lang, die Übergänge zu Misshandlungen sind fließend. In Deutschland gibt es für diese militärischen Schikanen kein spezielles Wort. Bei Manövern jedoch wird ein Codewort herausgegeben, für den Fall, dass es dem einen oder anderen Rekruten doch zu viel wird mit der bizutage. Tiffy war das Losungswort in Coesfeld.

Tiffy, die Vogelpuppe aus der Sesamstraße, ist rosafarben, plüschig und quirlig. Tiffy ist auf jeden Fall all das, was ein echter Kerl nicht sein will: irgendwie weiblich. Tiffy mag es nicht, im Hinterhalt überfallen und mit Kabelbindern gefesselt zu werden, um dann mit einem über den Kopf gestülpten Beutel in die Kaserne gekarrt zu werden. Tiffy würde nicht vor einer Wand kniend ausharren und mit Wasser bespritzt werden wollen. Spätestens wenn "sie" mit Stromstößen "im Hals-, Leisten- und Bauchbereich" gequält worden wäre, hätte es Tiffy gereicht. Den meisten von den rund 80 Rekruten, denen dies widerfahren ist, hat es anscheinend nicht gereicht, nur ein Soldat brachte das Codewort über die Lippen.

Die Vorkommnisse in Coesfeld sind nur durch Zufall an die Öffentlichkeit geraten, da sich ein Beteiligter beiläufig bei einem Offizier erkundet hatte, ob denn dies zur Grundausbildung gehöre. "Warum haben denn die Jungs nichts gesagt?" wird nun scheinheilig in den Medien gefragt und Verteidigungsminister Peter Struck kündigt vollmundig an: "Wer Untergebene misshandelt, muss die Uniform ausziehen." Würde man ihn beim Wort nehmen, so müsste er die Institution Bundeswehr mit sofortiger Wirkung auflösen, da Schikane, Unterwerfung und Gewalt struktureller Bestandteil jeder Armee sind. Wer also verstehen will, warum die Rekruten ihren Mund hielten und die Misshandlungen über sich ergehen ließen und diese anscheinend als normal betrachteten, muss einen sehr genauen Blick auf die "totale Institution" Militär werfen.

"Niemand wollte als Feigling oder Schwächling darstehen", erläuterte ein beteiligter Soldat das kollektive Schweigen in Coesfeld gegenüber der Presse. Und verweist damit auf eine der wichtigsten Wirkungen von Militär, die in der Herstellung eines bestimmten Männlichkeitstyps und einer massiven Geschlechterpolarisierung liegt. Es ist die Vorstellung einer Welt, in der ein "Mann" eben kein Schwächling zu sein hat. Dies gilt insbesondere für den Soldaten, der als "Prototyp des Mannseins" gedacht wird. Auf dem Weg von der zivilen zur militärischen Identität durchläuft der Einzelne einen Prozess der Entindividualisierung, an dessen Ende jeder Rekrut sein Handwerk gelernt haben soll: das Zerstören und Töten. Als wichtigste Antriebsfeder dient dem Militär dabei neben der nationalen Identifikation ("Das Vaterland verteidigen") das Konstrukt der Männlichkeit ("Der tapfere Held, der Frau und Kinder beschützt"). Militärische Zurichtung arbeitet systematisch mit der Angst vor Verweiblichung und mit Homophobie. "Will jemand Tiffy sein?" schallt es über den Kasernenhof. "Nein, niemand!" tönt es einstimmig zurück.

Wer gelernt hat sich diesen Regeln zu unterwerfen, dem "winkt eine Steigerung von Männlichkeit, insbesondere durch die Ausbildung an den Waffen" beschreibt die Feministin Astrid Albrecht Heide den Prozess der militärischen Sozialisation. Wer mannhaft die tägliche bizutage durchhält und darüber schweigt, der ist eben kein "Feigling" und darf irgendwann selbst schikanieren. So will es das Gesetz des Stärkeren. Diese Dynamik ändert sich übrigens auch nicht, wenn Frauen in der Männerbastion aufgenommen werden - das belegen langfristige Studien über das US-amerikanische und israelische Militär.

Die bekannt gewordenen Misshandlungsfälle zeigen zum einen, dass die Rekruten den Korpsgeist des Mitmachens-und-Fresse-Halten bestens verinnerlicht haben, zum anderen wird deutlich, was die Ausbilder der Bundeswehr so alles unter "realitätsnaher Ausbildung" verstehen: simulierte Geiselnahmen, Scheinerschießungen, Stromschläge, stundenlanges Fesseln mit Kabelbindern, Zigarettenkippen im Nacken ausdrücken. In Zeiten, in denen deutsche Interessen bis zum Hindukusch verteidigt werden müssen, darf man nicht zimperlich sein. Das "Böse" in Form von Terrorismus lauert schließlich überall. In Ahlen wurde z.B. eine Geiselnahme durch albanische Freischärler simuliert, wo die im Dreck liegenden Soldaten im gebrochenen Deutsch beschimpft wurden. Während ein deutscher Soldat nicht foltert, wie Struck trotz unzähliger Einzelfälle

beteuert, foltern "die anderen" um so mehr. Und darauf müsse ein "Peacekeeper" - so die Eigenbeschreibung im Weißbuch der Bundeswehr - vorbereitet sein.

Wie die Feindbilder beim Bund imaginiert werden, kann anschaulich in einem Artikel aus der Bundeswehrzeitung Truppenpraxis 2/1997 nachgelesen werden: "Der Archetyp des neuen Kriegers ... ist ein Mann (sic!), der im Frieden keine Zukunft sieht, beruflich schlecht ausgebildet ist, seinen Lebensunterhalt nicht auf ehrliche Weise verdient und für Frauen als Lebenspartner keine soziale Attraktivität besitzt. Mit der Waffe in der Hand und nationalistische Phrasen dreschend ermordet er die, die ihn einmal gedemütigt haben, vergewaltigt Frauen, die ihn früher gemieden haben, und raubt, was er sonst nie besessen hätte. ... Bundeswehrsoldaten haben keine Vorstellung von der Grausamkeit, zu der diese Art Krieger fähig ist." Bundeswehrsoldaten haben sehr wohl eine Vorstellung von der Grausamkeit und praktizieren diese auch - das nicht erst seit Coesfeld und nicht nur auf deutschen Kasernenhöfen.

Nicole Vrenegor

36. (Haar-)Risse im Putz

Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:37

Schlimmer als im Knast

Es gibt erste Erfahrungsberichte von 1-Euro-JobberInnen, so z.B. aus der Hamburger Arbeit Beschäftigungsgesellschaft (HAB), dem größten kommunalen Beschäftigungsträger der Hansestadt:

"Der Tagesablauf sieht so aus, dass z.B. ein gelernter Maler, 54 Jahre, dort aufgestellte Wände streichen muss. Zuerst in weiß, dann in blau, immer so weiter, bis die Wand ‚kaputt' gestrichen ist, dann wird sie entsorgt und eine neue aufgestellt. Daneben steht eine Wand, da muss einer, auch über 50, Fliesen dran kleben, die dann wieder abgehauen werden und dann wieder neue Fliesen dran. Wieder einer muss eine Mauer mauern, die wird immer wieder, wenn eine gewisse Größe erreicht ist, umgetreten , dann wieder aufgebaut. ... Eine Ungelernte hat Teppichreste bekommen und musste den ganzen Tag mit einem Teppichmesser Teile davon abschneiden und gleich in einen Müllsack schmeißen. ... Sie haben auch ‚Putzfrauen`. Da haben sie welche aus der Gruppe genommen, die müssen immer wieder denselben Flur putzen. Wenn er sauber ist, kommt eine fest angestellte Mitarbeiterin der HAB mit einem Eimer voll ‚Schmierdreck' und macht den Flur wieder dreckig. Und dann müssen sie wieder von vorne anfangen, diesen Flur zu putzen, acht Stunden am Tag ... Am Donnerstag hat eine wissen wollen, wann sie denn nun endlich wirklich arbeiten können, denn das kann es wohl nicht sein, und sie fühle sich, wie die anderen auch, völlig verarscht. Antwort vom ‚Fallmanager`: Richtige Arbeiten haben wir noch nicht für Sie, da kommen demnächst Angebote, und sie müssen die Leute nun eben einfach irgendwie beschäftigen. ... Einige haben sich gefühlt wie in einer Erziehungsanstalt, und teilweise haben wir gedacht, wir sind alle Schwerverbrecher ..."

www.lichter-der-grossstadt.de

Aufstand der Küchensklaven

Das Café Ruc ist eines der Pariser Nobelrestaurants, direkt gegenüber vom Louvre, in unmittelbarer Nähe zur schicken Avenue de l'Opéra. Der Laden gehört, wie 30 weitere "gehobene Etablissements" in Paris auch, den Brüdern Costes. Seit dem 13. Oktober weht über dem Café Ruc die rote Fahne der CGT, und aus Lautsprecherwagen und Megafonen skandieren GewerkschafterInnen immer wieder Slogans wie "Köche, schlecht behandelt, schlecht bezahlt. Die CGT unterstützt euch!"

Denn das Café Ruc wird bestreikt. Nur die von der Direktion direkt ernannten "Teamchefs" arbeiten noch. Es geht um die Arbeitsbedingungen: Die Köche im Ruc arbeiten neun Stunden am Stück, ohne die gesetzlich vorgeschriebene Pause. Sie bekommen keine Mahlzeit, was ebenfalls gegen gesetzliche Bestimmungen verstößt. Und irgendeinen Platz, wo sie mitgebrachtes Essen verzehren können, gibt es auch nicht. Über den Öfen sind Überwachungskameras eingebaut - gegen Lebensmitteldiebstahl. Die Abzugshauben sind verdreckt, altes Fett und altes Wasser tropft auf die Arbeitsplätze. Die streikenden Köche aus Mali, dem Senegal und Sri Lanka fordern Überstundenbezahlung, vernünftige Verpflegung und freie Wahlen von Vertrauensleuten.

Die Konflikte in Costes-Läden schwelen seit langem. Zur offen Eskalation kam es aber, nachdem im letzten Jahr ein Koch aus Sri Lanka mit betrügerischen Methoden zur Kündigung veranlasst worden war. Der Koch, der weder französisch lesen noch schreiben kann, war gerade zum gewerkschaftlichen Vertrauensmann ernannt worden, als ihm von der Direktion ein Kündigungsschreiben vorgelegt wurde - mit der Ansage, es handele sich um Unterlagen für seine Kandidatur zu den Betriebsratswahlen. Dazu muss man wissen, dass eine freiwillige Kündigung durch den Arbeitnehmer normalerweise den Verlust sämtlicher Ansprüche auf Erwerbslosenunterstützung bedeutet.

Seit dem 2. November ist das Café Ruc gänzlich geschlossen. "Wegen Bauarbeiten", wie Le Monde ironisch kommentiert.

www.labournet.de

Ölstreik in Norwegen

Es brodelt auf den Ölplattformen vor der norwegischen Küste. Im Tarifkonflikt im drittgrößten Öl-Exportland der Welt fordert die Gewerkschaft, die Tarifbestimmungen für die Produktion auf den Offshore-Plattformen auch auf die Instandhaltungs- und Reparaturzeiten auszudehnen. Seit dem 2. Juli 2004 kam es deswegen immer wieder zu Streiks. Täglich verliert Norwegen auf Grund des Konflikts 55.000 Barrel Erdöl. Nun sind es die UnternehmerInnen, die den Konflikt weiter zugespitzt haben. Seit November wird ausgesperrt, 18.000 Beschäftigte sind direkt und indirekt betroffen. Die Gewerkschaft wertet diesen Schritt vor allem als "Hilferuf an die Regierung", denn bei schweren Konsequenzen für die Erdölförderung kann die Regierung eine politische Zwangsschlichtung in die Wege leiten.

Süddeutsche Zeitung

37. Wann sind die fetten Jahre endlich vorbei?

Oder: Wie Spaß haben im Kino Linken zum Problem wird

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:38

Was soll man von einem Film halten, der den Anspruch erhebt, irgendwie irgendwas mit antikapitalistischer Politik zu tun zu haben, und der in FAZ und Spiegel hoch gelobt, im Freitag aber gleich von zwei AutorInnen ganzseitig verrissen wird? Nicht viel, vermutlich. "Die fetten Jahre sind vorbei" von Hans Weingartner, in Cannes gefeiert, (nur) eine "warmherzige Komödie" (Spiegel), in der man sich ganz wunderbar "zuhause fühlt" (FAZ)?

Die Geschichte ist schnell erzählt: Drei recht junge und ideologisch recht haltlose BerlinerInnen brechen in Luxus-Villen ein und räumen die Möbel um. Die Stereoanlage in den Kühlschrank, das Sofa in den Pool, die Meißner Figürchen in den Backofen. Sie hinterlassen eine Drohung. Eben: "Die fetten Jahre sind vorbei" oder "Sie haben zu viel Geld. Die Erziehungsberechtigten". Profis sind sie nicht, weder was das Politische angeht, noch in der Aktion. Es passiert deshalb, was unvermeidlich ist: Eines Tages kommt einer der Hausbesitzer zu früh aus dem Urlaub zurück. Man stolpert erst hektisch übereinander und dann wird der Top-Manager nach Tirol in eine Berghütte entführt, wo die drei mit ihm einige Zeit verbringen, bevor sie ihn wieder laufen lassen. Am Ende... nein, lassen wir das.

Was genau gefällt der FAZ jetzt daran so gut? Nun, genau genommen der "nicht mehr ganz so jugendliche Übermut" der Akteure, der "stellt die Ordnung auf den Kopf, aber macht nichts kaputt" - was wiederum genau das ist, was die junge Schriftstellerin Juli Zeh und der emeritierte Politologe Ekkehart Krippendorf im Freitag dem Film zum Vorwurf machen. "Sixties light", schreibt Zeh. "Papiertiger", sekundiert Krippendorf.

Sessel und Sofas schwimmen lassen ...

Richtig ist: Es ist ein Stimmungs- und nicht ein Aufklärungs- oder Agitationsfilm. Doch ist diese Stimmung, von der er handelt, im Kino und ganz nebenbei auch in der Linken immerhin selten genug: dass Revolte, sei sie klein oder groß, ehrenvoll oder lächerlich, spektakulär oder niedlich, am Ende nicht regelmäßig dahin führt, dass die Revoltierenden das Revoltieren - ihr Revoltieren, so lächerlich, niedlich, unspektakulär oder klein es auch gewesen sein mag - bleiben lassen. Sondern dass sie, weil's irgendwie (ja, genau, irgendwie) gut war, dabei bleiben. "Good bye Lenin" etwa, in der Machart ein vergleichbarer Film, dieser Abgesang auf das untergegangene DDR-System (und ebenfalls mit dem zu Recht hoch gelobten Daniel Brühl in einer Hauptrolle), ließ als Fazit kaum einen anderen Schluss zu als diesen: dass mensch froh sein kann, wenn er/sie seit jeher nicht nur im Lenindenkmäler-freien Westen, sondern am besten gleich ganz ohne Politik die eigenen Tage verbringt. Diesen Schluss zu ziehen, genau das erlauben "Die fetten Jahre ..." nicht.

Und das, obwohl sich der Film zwischendrin über sein eigenes Ende nicht wirklich sicher zu sein scheint: Kommen schließlich nicht doch Kapitalist und postmoderne Haschrebellen einander als Menschen näher, lernen voneinander und gehen, reifer geworden, auseinander und in ihre nunmehr befriedeten Parallelwelten zurück? Das hätte so ausgehen können, und damit hätte sich dann auch jede weitere Diskussion über den Film erübrigt. Doch die anpolitisierte Rebellion, deren eines großes Ziel ist - nur ist, könnte man sagen, aber auch: immerhin ist, heutzutage - "wild und frei zu leben", endet am Ende nicht. Die Stimmung dieses Stimmungsfilms erscheint im Rückblick nicht als unvermeidliche Passage dreier Unabgeschlossener auf dem Weg zum bürgerlichen Subjekt, sondern als unabgeschlossenes Projekt.

... geduldig dicke Bretter bohren ...

Dass diese Art Kinoerzählung ungewöhnlich ist, bezeugt der folgende Kommentar eines Zuschauers im Netz: "Warum", so schreibt ForumsteilnehmerIn kava wütend, "entlässt uns der Film nicht mit einer Kompromisslösung??? Warum muss dieser Film im Kissoff doch wieder diese Gegensätze unterstreichen, warum macht er aus dem sich dem guten Konsens annähernden ‚Bösewicht-Bonzen` wieder einen negativen Charakter??? Wird uns etwa erklärt, dass ein Kompromiss gar nicht zu finden ist???" Und, vollends erbost: "Der Film entlässt uns wieder frisch aufs neue polarisiert, soll uns gar noch antreiben in unserem Denken, diese krassen Handlungen hätten Nutzen, der sich auf das ganze Umfeld auswirken könnte. Schwachsinn."

Sich diesen Schwachsinn anzugucken, macht jedoch wirklich Spaß. Was wiederum einen Film mit politischem, gar linkem Anspruch natürlich per se unter Verdacht stellt, der revolutionären Sache, (von der man zugleich weiß, dass sie eh verloren hat), Schaden durch Verharmlosung zuzufügen. Substanz statt Laune fordern deshalb Zeh und Krippendorf ein und sind sich darin einig mit vielen Kommentaren aus dem privaten (linken) Umfeld.

Der Film offeriert, so Zeh, "keine Vorschläge für das innerdeutsche oder gar globale menschliche Miteinander". Das ist schlimm. Und so unnötig. Denn: Schließlich gibt es Vorbilder, auf die der Film hätte zurück greifen können: Die "Tausende junger Idealisten", die sich laut Krippendorf in "konkreten Dritte-Welt- und Umweltprojekten mit der revolutionären Geduld des langsames Bohrens dicker Bretter" engagieren. Unabhängig davon, dass man mit dieser Art Substanz einen Kinoabend sicherlich freudlos machen kann - wer guckt schon gerne Andern einhundertundsechsundzwanzig Minuten beim Bretterbohren zu? - entgeht den beiden KritikerInnen in ihrem Beharren auf Systematik, Tiefgang und Perspektive, dass der Film nicht nur hinter den Politisierungsgrad real existierender Bewegungen in Gegenwart und Vergangenheit zurückfällt (das tut er ganz zweifelsfrei), sondern zugleich auch auf etwas hinweist. Auf die Notwendigkeit der Thematisierung einer einfachen Frage nämlich. Eine Frage, auf die der Film freilich keine Antwort liefert, die er aber im Unterschied auch zu vielen linken Einlassungen gegen Sozialabbau und Prekarisierung wenigstens als Frage in den Raum stellt: Wie die Villen- und Poolbesitzer angreifen? Wie in die Zonen der Reichen einbrechen? Wie dort Angst und Unsicherheit verbreiten, wo die Angst und Unsicherheit der Anderen täglich reproduziert wird? Traurig ist es weniger, dass der Film auf diese Fragen keine überzeugenden Antworten liefert. Traurig ist vielmehr, dass er am Ende nicht den Weg zu einem Ort weisen kann, wo solche Antworten zu finden wären. Was wiederum nicht das Versäumnis Weingartners ist. Seit wann findet Rebellion im Kino statt?

... oder "Bösewicht-Bonzen" bashen?

Möglicherweise hat die Begeisterung von FAZ und Spiegel ja auch noch einen ganz anderen Grund. Je besser man den Film als anrührende Postpubertierenden-Story nieder schreibt, umso leichter lässt sich vielleicht eine bestimmte Beunruhigung übertönen, die bei der einen oder dem anderen FAZ-LeserIn im Kinosessel doch vielleicht angelandet sein mag, in Form einer leisen Stimme im Hinterkopf; einer Stimme, die unregelmäßig wiederkehrend, kaum vernehmbar, doch mit unverkennbar drohendem Unterton flüsternd fragt: "Schon gehört? Die fetten Jahre sind vorbei ..." Okay, nicht sehr wahrscheinlich. Aber schön wär's doch.

efa

Deutschland/Österreich 2004, Regie: Hans Weingartner, Buch: Hans Weingartner, Katharina Held. Darsteller: Daniel Brühl, Stipe Erceg, Julia Jentsch, Burghart Klaußner. 126 Minuten, Start: 25. November 2004

38. Erst spenden, dann rutschen !

Zum Jahreswechsel:

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:39

Es hilft alles nichts: Auch in dieser Ausgabe müssen wir euch an prominenter Stelle auffordern, für den Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik und seine vielfältigen Aktivitäten zu spenden. Dies auch deswegen, weil das bisherige Spendenaufkommen im Vergleich zum letzten Jahr noch leicht hinterher hinkt.

Wahrscheinlich könnt ihr's nicht mehr hören, und eigentlich mag man es auch nicht mehr schreiben, aber es ist wie es ist: Mit eurer Spende sichert ihr für ein weiteres Jahr das Erscheinen von ak und Fantômas. Wem die elf ak- und die zwei Fantômas-Nummern pro Jahr weiterhin wichtig sind, der/die wird uns auch in den Zeiten von Hartz IV und Agenda 2010 finanziell unterstützen müssen.

Die eine mag sich am feuilletonistischen Stil von ak reiben, der andere an der Theoriekost von Fantômas. Wieder andere lieben genau das an Zeitung und Magazin, und noch andere werden auf ihrer Suche nach fundierten Analysen, lebendigen Reportagen und erhellenden Berichten hier wie dort fündig. Wir werden und wollen es nicht allen recht machen - außer in einem: in unserem Bemühen um eine linke Publizistik, die plural orientiert ist, aber dennoch Stellung bezieht; die gesellschaftliche Verhältnisse analysiert und theoretisch einordnet, damit sie praktisch verändert werden können, und deren Lektüre Spaß macht und zur Debatte reizt. Zu einer linken, eingreifenden Publizistik, wie wir sie verstehen, gehören auch die anderen Aktivitäten des Vereins für politische Bildung, Analyse und Kritik: Veranstaltungen etwa zur Bedeutung der Montagsdemonstrationen und die Beteiligung an Konferenzen wie dem BUKO, der attac-Sommerakademie oder dem im Januar stattfindenden Antikriegs-Kongress in München.

Das sind unsere inhaltlichen und formalen Qualitätsmaßstäbe, und wir denken ganz unbescheiden, dass wir ihnen auch gerecht werden. Aber langer Rede kurzer Sinn: Damit wir so gut bleiben, wie wir sind und so gut werden, wie wir eigentlich wollen, braucht es Jahr für Jahr immer wieder euer Geld. Und deswegen liegen wir euch mit solchen Aufrufen immer wieder in den Ohren. Also: Schnappt euch den beiliegenden Überweisungsträger, füllt ihn möglichst großzügig aus und ab damit zur nächsten Bank. Den kleinen, aber nicht unwichtigen Rest erledigt das Finanzamt: Spenden für den Verein sind steuerlich absetzbar - nicht ganz unwichtig, wo's doch jetzt dem Jahresende zugeht. Mitte Januar 2005 verschicken wir eine entsprechende Bescheinigung für Spenden über 50 Euro.

Eure ak-Redaktion

Spendenkonto:

Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Kontonummer: 13150204

Postbank Hamburg

BLZ: 200 100 20

Überweisungsträger liegt bei!

Ausland: BIC: PBNKDEFF

IBAN: DE 60 2001 0020 0013 1502 04

39. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:40

Auch Nazis kaufen bei Ikea. Damit es noch mehr werden, bewirbt das Möbelhaus sein IKEA ROOM Magazin (Abopreis für vier Ausgaben: sechs Euro) neuerdings mit dem Slogan "ROOM UND EHRE". Wird das Angebot demnächst erweitert um Möbel nach Art des "Führerbunkers" und des Berghofs auf dem Obersalzberg? Und wie steht es mit Militaria und nationalbraunen Gardinenstoffen?

Dass Ikea mit seiner Kampagne auf den jüngsten Wahlerfolg der NPD reagiert, ist eher unwahrscheinlich. Vermutlich hat seine Marketing-Abteilung nur eine realistische Einschätzung der politischen Großwetterlage: Der Wettstreit der PatriotInnen, die dümmliche Leitkultur-Propaganda und das hysterische Geschrei über "Parallelgesellschaften" zeigen auch dem Letzten, dass der Wind von rechts weht. Die Bewerbung eines NPD-Kandidaten um das Amt des sächsischen "Rückkehrbeauftragten" (offiziell: Ausländerbeauftragten), ist da nur konsequent. Inzwischen ist eingetreten, was in unserem Artikel über das "dreckige Dutzend" der sächsischen NPD (Seite 4) vorausgesagt wird: Wie schon bei der Wahl des Ministerpräsidenten haben wieder zwei CDU-Abgeordnete mit den Nazis gestimmt; Parteiübertritte von ChristdemokratInnen scheinen nicht mehr ausgeschlossen. Das beunruhigt nun sogar die großen Parteien. Dass sie selbst mit ihrer nationalistischen Politik, die angeblich die Nazis "überflüssig" machen soll, den braunen Köchen die Hasen in die Küche treiben, weisen sie weit von sich: "Gesunder Patriotismus" wird doch wohl erlaubt sein!

Und wo bleibt das Positive? Statt peinliches Selbstlob zu betreiben, können wir auf zwei wohlwollende Besprechungen unseres publizistischen Angebots verweisen: Michael Jäger hebt in seiner Vorstellung des ak-Magazins Fantômas (Freitag 51, 10.12.2004) vor allem die "theoretischen Rekurse" hervor, lobt aber auch "viele Praxisberichte und -reflexionen, die man nicht missen mag". Und ak wird sogar in der antideutschen Gazette Phase 2 zu den Teilen der Linken gezählt, die sich "kritisch und differenziert mit der Geschichte des Nationalsozialismus auseinandersetzen". Dass dieses Lob neben hanebüchenem Unsinn und falschen Tatsachenbehauptungen steht, soll nicht verschwiegen werden. Aber wir sind, was das Differenzierungsvermögen dieses Teils der Linken angeht, bescheiden geworden.

Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir an den bevorstehenden christlichen Feiertagen eine schöpferische Pause; für Lesestoff haben wir gesorgt. Neben den Scheußlichkeiten, die uns die Realität vorgibt - Nazis, Folter bei der Bundeswehr, Krieg, Rassismus und staatliche Repression - bieten wir auch einiges, was zur Aufhellung der Stimmung beitragen könnte: Berichte über linke Aktivitäten, auch solche, die noch bevorstehen, wie die für Anfang Januar geplanten Blockaden von Arbeitsagenturen.

So geht es ab dem 3. Januar mit neuem Schwung ins Jahr 2005. An dessen Ende, im November, erscheint ak 500. Erste Überlegungen, wie das Jubiläum würdig zu begehen ist, gibt es schon ...

ak-Redaktion

40. Desintegration jetzt!

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:41

Erst kürzlich wählten niederländische FernsehzuschauerInnen mit großer Mehrheit den vor zwei Jahren ermordeten Rechtspopulisten Pim Fortuyn zum "größten Niederländer aller Zeiten". Ein eindrückliches Beispiel für "Leitkultur". Nur eben für die niederländische. Was aber ist deutsche Leitkultur? Eine Frage, die im Reality-Parlament von Sabine Christiansen zwar direkt oder indirekt regelmäßig aufgeworfen wird, aber bislang nicht, wie wir bedauernd feststellen müssen, befriedigend beantwortet werden konnte. "Integration", "Patriotismus", "Liebe zu Deutschland", "Parallelgesellschaft" und "Islamismusgefahr" sind dafür zwar wichtige Orientierungsbegriffe, aber doch noch nicht die Antwort selbst. Oder?

Am konkretesten scheint noch die Sache mit dem Spracherwerb. "Muslime, lernt deutsch!" fleht der bayerische Innenminister Beckstein. Und auch Bundeskanzler Schröder fordert unsere ausländischen "Mitbürger und Mitbürgerinnen" aktiv zur "Integration" auf. Dazu gehöre jedoch zuallererst die Bereitschaft und Fähigkeit zur Verständigung durch "Sprachkompetenz". Sprachkompetenz hat wohl, wer möglichst viel deutsch und möglichst wenig anderes spricht. Ausländischsprech ist Deutschsprech abträglich und deshalb zu vermeiden. Deutschsprech ist Grundlage für Deutschkultur statt Barbarei. Und Deutschkultur ist ... jedenfalls kein Ökonomismus, erklärt Schröder, offenkundig ein wenig gekränkt. Denn es ist so unfair, ihm Ökonomismus vorzuwerfen, wo er doch "mit all seinem Handeln dafür sorgen will, dass Deutschland nach vorne kommt". Patriot will er sein, der Kanzler, Nationalist, nicht Ökonomist. Ach Gerhard, sei nicht traurig, du kannst bestimmt auch beides sein. Das eine ist doch seit jeher so deutschgut wie das andere!

Nicht umsonst verlangt schließlich die CSU die Kürzung von Sozialleistungen für MigrantInnen, die die "christlich-abendländische Leitkultur" nicht vollständig akzeptieren. Deutschkultur gibt's nun einmal nicht gratis. Deutschkultur ist teuer. Aber nicht nur das. Auch sensibel und verletzlich. Trotzdem gibt es immer wieder welche, die einfach immer noch eins drauf setzen, Hohn und Spott ausgießen. Das hält die stärkste Sau nicht aus! Irgendwann ist mal Schluss! "Wer unsere Wertordnung - unsere freiheitliche demokratische Leitkultur - ablehnt oder sie gar verhöhnt und bekämpft, für den ist in unserem Land kein Platz", stellt deshalb die CDU auf ihrem Parteitag fest, stellvertretend für die gedemütigte Deutschkultur. Immer weniger Platz hier sollten besser auch die VertreterInnen von "Multikulti-Orgien" oder "multikultureller Kuschelpolitik" haben, wie der taz zu entnehmen ist; das nämlich sind, wiederum elder-Leitkultur-man Helmut Schmidt zufolge "intellektuelle Idealisten", "Schwätzer" und "Traumtänzer" - und verantwortungslose zudem. Denn die sind verantwortlich dafür, "dass Menschen kommen und bei der deutschen Sozialfürsorge um eine Wohnung nachsuchen, um einen Fernseher oder ein Telefon". Und damit nicht genug: Am Hamburger Steindamm, Schmidt hat's mit eigenen Augen gesehen, sind viele Aufschriften von Geschäften türkisch. Das ist Parallelgesellschaft pur. Mitten in Hamburg. Mitten in Deutschland. Da muss man doch was tun! "Wir werden lernen müssen, klarer die Errungenschaften unserer Kultur zu beschreiben und zu verteidigen" bringt es Autorin Renée Zucker für die taz-LeserInnen deutlich auf den Punkt. Eben! Nix Wohnung, Fernseher oder Telefon, capito? Und warum nicht? Weil wir Deutschmenschen eine Demokratie haben. Multikulturelle Gesellschaften, so der Altbundeskanzler, funktionieren nur dort friedlich, "wo es einen starken Obrigkeitsstaat gibt." Ja, da muss man sich schon entscheiden, nicht wahr: entweder Multikulti mit Obrigkeit und Frieden oder Multikulti mit Demokratie und Krieg.

Genau so wie Schmidt hat auch Grünen-Bundesvorstand Reinhard Bütikofer Angst vor einem "Kampf der Kulturen". Nur macht Bütikofer dafür nicht MigrantInnen mit Telefon und Fernseher, sondern die "Scharfmacher von rechts" verantwortlich. Denen hält er sorgenvoll das Substrat christlich-deutscher Leitkultur entgegen: Christenmenschen geht es darum, so Bütikofer, "sich auch gegenüber Musliminnen und Muslimen des Satzes ihres Messias zu erinnern: ‚Was Ihr getan habt einem dieser meiner geringsten Brüder, das habt Ihr mir getan.`" Wenn die MuslimInnen die geringsten Brüder sind, dann ist Bütikofer einer der höchsten. Aber ein toleranter höchster Bruder, das ganz sicher. Er fordert nämlich, dass sich Verfassungsschutz und Polizei "interkulturell öffnen", um den "islamistischen Extremismus mit allen Mitteln des Rechtsstaates bekämpfen zu können". Das ist aber bestimmt nur eine vorübergehend notwendige Maßnahme; solange, bis das mit dem Deutschsprech wirklich greift. Danach braucht es doch auch keine interkulturellen Bullen mehr.

Oder? Ist Integration in die Leitkultur nicht trotzdem ein bisschen mehr als einfach nur ohne Fernseher deutsch zu sprechen? Innenminister Schily ist sich da sicher: "Wenn sie hier auf Dauer leben wollen, müssen sie am Schluss sagen: Sie sind Deutsche." Und vielleicht hilft das ja auch für sonstige Begriffstutzige. Solche, die vielleicht sogar einen deutschen Pass haben, aber trotzdem nicht wissen, wohin sie sich integrieren sollen. Also, nur Mut, machen wir die Probe aufs Exempel, sprechen wir es aus. Das kann doch nicht so schwer sein! Einfach nachsprechen: "Ich bin deutsch. Deutsche. Deutscher." Was passiert? Nichts? Dann hilft nur eins: Aktive Desintegration. Lasst hundert Parallelgesellschaften blühen. Jetzt.

41. Errata!

CD-Datei: daten/aksuche/ak490/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:490:42

In der letzten Ausgabe haben wir leider vergessen, auf den Fotografen hinzuweisen, von dem das Bild auf der Titelseite stammt. Wir möchten uns ganz herzlich bei Christian Ditsch vom der Fotoagentur Version dafür entschuldigen.

ak-Redaktion